G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gunnar Matthiessen
Abrüstung und Ideologie des Gleichgewichts

Dieter Boris, Elisabeth Boris und Wolfgang Ehrhardt
Ein Jahr Unidad Popular in Chile

Frank Deppe
„Alte" und „neue" Arbeiterklasse

Gerhard Kade
Kernenergie, Elektrizität und Umwelt

Dorothea Beilfuß und Ulf Preuss-Lausitz
Zauberin und Arbeitstier. Die Frau im Lesebuch

10'71

Oktober 1971 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Oktober 1971

CHRONIK DES MONATS SEPTEMBER 1971 997

ERNST WOLF † 1000

KOMMENTARE UND BERICHTE

Einige Bemerkungen zur Lage . . . . . *Karl D. Bredthauer* 1001
SHB und SPD . . . . . *Stephan Albrecht* 1003
RAND — die zerbombte Denkfabrik . . . . . *Joachim Joesten* 1006

HAUPTAUFSÄTZE

Die Abrüstung und die Ideologie des Gleichgewichts *Gunnar Matthiessen* 1009
Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik Nixons . . . . . *Martin Hall, Los Angeles* 1018
Ein Jahr Unidad Popular in Chile . . . . . *Dieter Boris, Elisabeth Boris und Wolfgang Ehrhardt* 1026
„Alte" und „neue" Arbeiterklasse. Überlegungen zur Klassenanalyse der wissenschaftlich-technischen Intelligenz *Frank Deppe* 1042
Kernenergie, Elektrizität und Umwelt . . . . . *Gerhard Kade* 1056
Zauberin und Arbeitstier. Analyse des Frauenbildes in Grundschullesebüchern . . . *Dorothea Beilfuß und Ulf Preuss-Lausitz* 1068

BÜCHER

Richard J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes . . . . . *Rainer Rilling* 1082
SIPRI Yearbook of World Armaments and Disarmament 1969/70. / Dieter Senghaas (Hrsg.), Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs. / Georg Picht und Wolfgang Huber, Was heißt Friedensforschung? / Dieter Senghaas (Hrsg.), Kritische Friedensforschung. / Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Band I/1971. / Gerta Scharffenorth und Wolfgang Huber (Hrsg.), Bibliographie zur Friedensforschung . . . . . *Wilfried v. Bredow* 1085
Günther Gereke, Ich war königlich-preußischer Landrat . . . . . *Fred Wilm* 1087
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1089

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Abkommen zwischen Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 3. September 1971 (Wortlaut) 1091
Kommuniqué über die Begegnung zwischen Willy Brandt und Leonid Breschnew in Oreanda vom 16. bis 18. September 1971 (Wortlaut) 1099
Erklärung der Konferenz zu Fragen der Europäischen Sicherheit in Bad Godesberg am 25. September 1971 (Wortlaut) 1101
Offener Brief von 661 Unterzeichnern, vorwiegend evangelischen Pfarrern, an Bundeskanzler Brandt (Wortlaut) 1104

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Sechzehnter Jahrgang · Heft 10/1971

Herausgeber

HILDE BENTELE †
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN

MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER

ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHOFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats September 1971

1. 9. — Qatar. Großbritannien und das Sultanat Qatar (Katar) lösen das seit dem Jahre 1916 bestehende Protektoratsverhältnis und schließen am 3. 9. einen „Freundschaftsvertrag". Das Sultanat (22 014 qkm — 0,1 Mill. Einw.) konstituiert sich als unabhängiger Staat und beantragt Aufnahme in die Vereinten Nationen und die Arabische Liga.

3. 9. — Berlin. Die Botschafter Jean Sauvanargues (Frankreich), Sir Roger Jackling (Großbritannien), Kenneth Rush (USA) und Pjotr Abrassimow (UdSSR) unterzeichnen eine Vereinbarung, mit der die seit dem 26. März 1970 im Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrates in Westberlin geführten Gespräche der Vier Mächte zunächst beendet werden. Die offiziellen Texte, die aus einem Abkommen (I. Allgemeine Bestimmungen; II. Bestimmungen, die die Westsektoren Berlins betreffen; III. Schlußbestimmungen) mit mehreren Anlagen sowie zwei Verhandlungsprotokollen bestehen, sind in englischer, französischer und russischer Sprache abgefaßt (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

— BRD/DDR. Das Bundeskabinett ermächtigt Staatssekretär Bahr zur Einleitung von Verhandlungen mit der DDR-Regierung, um „eine Vereinbarung zur Durchführung und Ergänzung von Teil II A des Abkommens der Vier Mächte vom 3. September 1971 sowie des Anhanges I zu diesem Teile des Abkommens abzuschließen".

— Am 6. 9. treffen in Bonn die Staatssekretäre Bahr (BRD) und Kohl (DDR), in Westberlin Senatsdirektor Müller und DDR-Staatssekretär Kohrt zusammen. Die Gespräche auf beiden Ebenen werden im Laufe des Monats fortgesetzt. — Am 30. 9. signieren Beauftragte der Postministerien ein Protokoll über die Ausweitung des Post- und Fernmeldedienstes zwischen den beiden deutschen Staaten einschließlich Westberlins. Vorgesehen ist u. a. die Schaltung zusätzlicher Telefonleitungen sowie die allmähliche Automatisierung des Telefonverkehrs. Die Bundesrepublik verpflichtet sich zur Zahlung eines Pauschalbetrages von 250 Mill. DM für Mehrleistungen der DDR-Post in den zurückliegenden Jahren.

6. 9. — Abrüstung. In einem Schreiben an UN-Generalsekretär U Thant beantragt der sowjetische Außenminister Gromyko die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz: „Die Tatsache der Universalität einer solchen Konferenz ist ein wichtiges Unterpfand für deren Gelingen ... Eine besonders große Bedeutung hat die Teilnahme an der Abrüstungskonferenz für diejenigen Staaten, die über bedeutende Streitkräfte und Waffen verfügen." — Am 28. 9. unterbreiten die auf der Genfer Abrüstungskonferenz vertretenen Mitglieder der NATO (USA, Großbritannien, Kanada, Italien, Niederlande) und des Warschauer Vertrages (UdSSR, Bulgarien, Polen, Rumänien, CSSR, Ungarn) sowie die Mongolische Volksrepublik einen gemeinsamen Entwurf für eine Konvention über das Verbot bakteriologischer Waffen. — Am 30. 9. wird die Sommersession der Genfer Konferenz mit der Übermittlung eines Berichts an die UN-Generalversammlung beendet.

7. 9. — Jordanien. König Hussein gibt im königlichen Palast von Amman vor rund 200 geladenen Persönlichkeiten die Gründung einer Einheitspartei unter dem Namen „Jordanische Nationale Union" bekannt, die im kommenden Jahr einen „Volkskongreß" abhalten werde.

10. 9. — Finnland. Das Außenministerium übermittelt den Regierungen in Bonn und Berlin den Entwurf eines Vertrages über die umfassende Regelung der zwischenstaatlichen (einschließlich der diplomatischen) Beziehungen. In einem in Helsinki publizierten Kommuniqué heißt es, außerdem sollten die von den Truppen des Deutschen Reiches verursachten Zerstörungen in Finnland in den Jahren 1944—45" festgestellt und „andere durch den Krieg entstandene Fragen" geregelt werden. Die „gleichwertige Stellung Finnlands gegenüber zwei deutschen Regierungen" setze voraus, „daß der Vertrag zwischen Finnland und der BRD und der Vertrag zwischen Finnland und der DDR am selben Tag in Kraft treten müssen". Während das Auswärtige Amt in einer Stellungnahme den „Standpunkt der Bundesregierung zur vorzeitigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch dritte Staaten" als „unverändert" bezeichnet, begrüßt die DDR-Regierung die finnische Initiative und erklärt ihre Bereitschaft, „in Verhandlungen über den Abschluß eines Staatsvertrages zur Regelung der Gesamtbeziehungen und der damit verbundenen Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Finnland einzutreten".

11. 9. — Frankreich. Nach offiziellen Besuchen in Ungarn (8.—10. 9.) und Bulgarien (10.—11. 9.) erklärt der französische Außenminister Schumann vor Pressevertretern in Sofia, mit seinen Gesprächspartnern in den beiden osteuropäischen Ländern bestehe Übereinstimmung darüber, daß die von verschiedenen Seiten genannte Vorbedingung für eine Europäische Sicherheitskonferenz mit der Unterzeichnung des Berlin-Abkommens erfüllt sei; weitere Vorbed ngungen dürften nicht gestellt werden.

16.—18. 9. — UdSSR/BRD. Bundeskanzler Brandt folgt einer Einladung des sowjetischen Parteisekretärs Breschnew zu einem umfassenden Meinungsaustausch nach Oreanda in der Nähe von Jalta auf der Krim. Zur Begleitung des Bundeskanzlers gehört u. a. Staatssekretär Bahr (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

18. 9. — Pakistan. Die in Karachi erscheinende Zeitung „Morning News" meldet, das am 11. 8. eröffnete Geheimverfahren gegen den Führer der ostpakistanischen Awami-Liga, Sheikh Mujibur Rahman, sei beendet worden. Über das „Ergebnis des Prozesses" kann das Blatt Einzelheiten nicht mitteilen.

21. 9. — UNO. In New York beginnt die 26. Generalversammlung der Vereinten Nationen, zu deren Präsident der indonesische Außenminister Adam Malik gewählt wird. Nach der Aufnahme von drei neuen Staaten (Bhutan, Bahrein und Qatar) zählt die Organisation 130 Mitglieder. Der Versammlung liegt der letzte Jahresbericht des

scheidenden Generalsekretärs vor; U Thant spricht sich darin u. a. für eine Mitgliedschaft auch der geteilten Staaten aus, die nicht mit Problemen verknüpft werden sollte, die aus ihrer Spaltung resultierten: „Ihre UNO-Mitgliedschaft sollte im Gegenteil als eine Möglichkeit betrachtet werden, die Suche nach Lösungen für diese Probleme zu erleichtern."

21. 9. — Dänemark. Die aus Sozialliberalen (Radikale Venstre), Liberalen und Konservativen bestehende Koalition geht aus den Parlamentswahlen geschwächt hervor. Die Radikale Venstre des Ministerpräsidenten Hilmar Baunsgaard kann zwar ihre 27 Mandate behaupten, die Zahl der Abgeordneten für die Liberalen geht jedoch von 34 auf 30, die der Konservativen von 37 auf 31 zurück. Gewinner sind die Sozialdemokraten (von 62 auf 70) und die Sozialistische Volkspartei (von 11 auf 17); je zwei Abgeordnete werden nach besonderen Bestimmungen für die Faröer und für Grönland gewählt.

22. 9. — Kernwaffen. Auf der in Wien tagenden 15. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) teilt Generalsekretär Dr. Eklund mit, der am 15. März 1970 in Kraft getretene „Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen" vom 1. Juli 1968 (Text in „Blätter", Heft 7/1968, S. 767 ff.) sei bisher von 69 der 98 Signatarstaaten ratifiziert worden. Offizielle Verhandlungen mit der IAEO über die von der Organisation durchzuführenden Sicherheitskontrollen nach Artikel III/1 hätten 30 Staaten eingeleitet. Entsprechende Vereinbarungen mit drei Staaten (Finnland, Österreich und Uruguay) seien bereits perfekt. Der Delegierte Italiens, Staatssekretär Mario Pedini, unterrichtet die Konferenz über einen Beschluß des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaften vom 20. 9., für fünf EURATOM-Mitglieder (Belgien, Bundesrepublik, Italien, Luxemburg und Niederlande) Verhandlungen über die Sicherheitskontrollen mit der IAEO aufzunehmen; Frankreich hat den Kernwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet.

22.—25. 9. — Jugoslawien/UdSSR. Parteisekretär Breschnew stattet Jugoslawien einen „inoffiziellen Freundschaftsbesuch" ab, um mit Staatspräsident Tito, der gleichzeitig Parteivorsitzender ist, zu konferieren. In einer Deklaration werden u. a. die gemeinsamen Fundamente der Gesellschaftsordnung, die ähnliche Einstellung zu vielen internationalen Problemen, die Treue zum Prinzip des sozialistischen Internationalismus und der Kampf für Friede und Gerechtigkeit als Basis für die künftige Zusammenarbeit genannt. Breschnew macht auf der Rückreise Station in Budapest (25.—26. 9.) und Sofia (26.—27. 9.).

27. 9. — Irland. Zum ersten Male seit dem Jahre 1925 halten die Regierungschefs Großbritanniens, Nordirlands und der Republik Irland eine gemeinsame Beratung ab; Heath, Faulkner und Lynch treffen sich auf dem Landsitz des britischen Premiers in Chequers, um die Lage in Nordirland „in allen ihren Aspekten" zu erörtern. In unverbindlichen Formulierungen wird in einem Kommuniqué die Beendigung der „Präventivhaft" und anderer „Notmaßnahmen" in Aussicht gestellt.

28. 9. — Ungarn. Kardinal Josef Mindszenty gibt nach 15 Jahren sein Asyl in der amerikanischen Botschaft in Budapest auf. Die staatliche Nachrichtenagentur MTI meldet, der Kardinal habe „aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Ungarischen Volksrepublik und dem Heiligen Stuhl ... das Gebiet Ungarns endgültig verlassen" und sei „nach Rom abgereist". Mindszenty hatte bis zum Jahre 1949 als Kardinal und Erzbischof von Esztergom das Amt des Oberhauptes der katholischen Kirche in Ungarn ausgeübt und war seinerzeit zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. — Am 29. 9. erscheint im Regierungsanzeiger „Magyar Köszlöny" folgende Mitteilung: „Der Präsidialrat der Ungarischen Volksrepublik erläßt den restlichen Teil der durch das Urteil vom 6. Juli 1949 des Landesrates der Volksgerichte über Josef Mindszenty verhängten Freiheitsstrafe."

30. 9. — SALT. Als erstes Ergebnis der seit November 1969 geführten amerikanisch-sowjetischen „Strategic Arms Limitation Talks" unterzeichnen Staatssekretär Rogers und Außenminister Gromyko in Washington zwei Vereinbarungen, die die Einrichtung einer neuen Direktverbindung zwischen beiden Hauptstädten über Satelliten sowie Maßnahmen im Falle eines unvorhergesehenen „nuklearen Zwischenfalles" betreffen. Die 5. Runde der abwechselnd in Helsinki und Wien geführten SALT-Gespräche war am 23. 9. in der finnischen Hauptstadt beendet worden.

Ernst Wolf †

Der Mitherausgeber unserer Zeitschrift Prof. D. Dr. Dr. Ernst Wolf, zuletzt Ordinarius für Systematische Theologie an der Universität Göttingen, geboren am 2. August 1902 in Prag, ist am 11. September 1971 verstorben.

Ernst Wolf — von der Freundschaft zu Karl Barth und der Zugehörigkeit zur Bekennenden Kirche ebenso geprägt wie von früher Beschäftigung mit Fragen der Ethik und der Sozialethik — zählte zu den führenden evangelischen Theologen der Nachkriegszeit. Nachdem er schon in den dreißiger Jahren ein vielbeachtetes Werk über Luther veröffentlicht hatte, legte er nach 1945 unter anderem eine grundlegende historische wie perspektivische Deutung des Gedankens der Bekennenden Kirche vor („Barmen"). Von Ernst Wolf gingen Initiativen aus — und wo immer andere, auch Jüngere, nach neuen Wegen suchten, stützte und stärkte er sie. Schon dem jungen Kirchengeschichtler hatte die unverhohlene Gegnerschaft zum Nationalsozialismus eine Strafversetzung eingetragen. Konsequent ging Ernst Wolf auch nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland weiter den Weg einer theologisch fundierten, sich öffentlich manifestierenden Opposition gegen die Neuauflage der verhängnisvollen historischen Allianz von „Thron und Altar". Im Sinne dieses demokratischen Widerstandes gegen die politische und theologische Restauration in der BRD stand er in den fünfziger Jahren mit an der Spitze jener westdeutschen Theologen, die den Militärseelsorge-Vertrag bedingungslos ablehnten. Ebenso sei hier Ernst Wolfs Engagement in der Anti-Atom-Bewegung und in der Anti-Notstands-Kampagne festgehalten. Verbundenheit zu den demokratischen Kräften war es dann auch, die ihn im Jahre 1964 zu aktiver Mitarbeit an dieser Zeitschrift führte.

Wir verdanken dem Verstorbenen zahlreiche Anregungen substantieller Art, die erheblich zur Geltung der „Blätter" beigetragen haben.

Ernst Wolf wird uns als leidenschaftlich engagierter, bescheidener, zu jeder Zeit ansprechbarer Mensch in Erinnerung bleiben.

Redaktion und Verlag

Kommentare und Berichte

Einige Bemerkungen zur Lage

Die internationale Politik gerät in Bewegung. Kräftefelder verschieben sich. Erstarrte Weltbilder verrutschen; bisher Verdecktes wird, fast unvermittelt, deutlicher sichtbar. Zwischen Staaten, die bisher verfeindet waren oder doch zurückhaltenden Umgang miteinander hatten, haben sich in den letzten Monaten neue Beziehungen auf gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen entsponnen. Das geht bis zu umfassenden Vertragswerken wie dem sowjetisch-ägyptischen, dem sowjetisch-indischen oder dem Abkommen zwischen Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und den USA über Westberlin betreffende Fragen.

Zentren neuer Bewegungsmomente sind, aufeinander in widersprüchlicher Weise einwirkend, besonders Europa und die Vereinigten Staaten. Die Fieber des Indochina-Fiaskos verquicken sich für die Nixon-Administration mit dem Zusammenbruch des westlichen Währungssystems von Bretton Woods, einem Grundpfeiler ökonomischer Expansion und Hegemonie der USA. Die anmaßende „Position der Stärke", aus der die kranke Hegemonialmacht (von deren innerem Zustand hier geschwiegen sein soll) seit dem 15. August die Bemühungen der aufgeschreckten Verbündeten-Konkurrenten beobachtet, vertieft die Widersprüche zur Dritten Welt ebenso wie zu Westeuropäern und Japanern. Letztere sehen sich besonders unangenehm düpiert auch durch die Art, wie Washington Tokios bisherige Nibelungentreue zur Anti-china-Politik honorierte. Ohne nach links oder rechts zu sehen, hatte Nixon ergriffen, was ihm als einziger diplomatischer Halt im Getriebe der asiatischen Niederlage und ihrer inneren wie internationalen Rückwirkungen erschienen sein mag: die Ping-Pong-Hand Mao-Chinas. Was eine Art außenpolitischer Wiedergutmachung Washingtons gegenüber Peking, ein Akt der Rückbesinnung auf völkerrechtliche Normen der UNO-Charta sein könnte, trägt unter den gegebenen Umständen Züge eines Zusammenspiels interessierter Kräfte in China und den USA gegen dritte Länder, vor allem gegen die UdSSR und ihre Verbündeten. Also immer noch, wiederum das gefährliche Kalkül des Kalten Krieges, nur neu gewendet? Gegenwirkungen zeichnen sich ab: Von Indien war schon die Rede. Auch Japan verstärkt seine Verbindungen zu den europäischen Staaten, nicht zuletzt zur Sowjetunion.

Während die internationale Politik der USA noch immer, zurückhaltend formuliert, wenig Verständnis für die völkerrechtlichen Grundregeln der Beziehungen zwischen den Staaten, für die Prinzipien der Nichtanwendung von Gewalt oder Druck, der vollen Respektierung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten erkennen läßt, beginnen sich in Europa demgegenüber stabile vertragliche Grundlagen friedlicher Koexistenz und Kooperation herauszubilden; Ansätze sind schon heute realisiert. Gegenwärtig tritt Europa bereits zunehmend ins Zeichen der konkreten Vorbereitung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit. Reger diplomatischer Austausch zwischen ost- und westeuropäischen Staaten, Reiseaktivitäten wie die Breschnews in Frankreich, Kossygins in Skandinavien, Podgornys im benachbarten Mittelmeerraum signalisieren Klimaveränderungen. Für unser Land von erstrangigem, aber auch weit dar-

über hinaus von beträchtlichem Belang war die kürzliche Begegnung zwischen Brandt und Breschnew am Schwarzen Meer: ein Test auf die Tragfähigkeit der prinzipiell neuen Basis, die der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 den Beziehungen zwischen BRD und UdSSR gewährleisten soll. Das Kommuniqué von Oreanda, alles andere als Diplomatengeschnörkel, beweist ausführlich, auf welche Weise die Erfolge des August 1970 voll wirksam werden können: rasche Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages; aktive Förderung der bilateralen und multilateralen Vorbereitung der Sicherheitskonferenz, „um die Abhaltung einer solchen Konferenz zu beschleunigen", wie es im Kommuniqué heißt; ferner unverzögerte Vertragsverhandlungen nun auch mit unseren Nachbarn CSSR und DDR, mit der endlich normale völkerrechtsgültige Beziehungen herzustellen sind. Die gegenwärtigen Bemühungen, die Universalität der UNO herzustellen, verweisen mit Dringlichkeit auf die Frage der Mitgliedschaft auch von BRD und DDR, wozu das Kommuniqué von Oreanda wiederum positive Hinweise gibt.

In aller Kürze und Kompaktheit ist hier das im Bau befindliche Fundament gesicherter, dem modernen Völkerrecht gerecht werdender Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, ungeachtet ihrer unterschiedlichen sozialökonomischen und politischen Verfaßtheit, gezeichnet. Das Fundament heißt friedliche Koexistenz. Was es ermöglicht: Zusammenarbeit in Europa, Kooperation bei der Bewältigung der gleichermaßen geballten Probleme wie Chancen im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution, Schließung der „technologischen Lücke", Umweltschutz, Entwicklung einer gesicherten Friedenswirtschaft — das sind nur Stichworte, Anhaltspunkte zur Orientierung in neuentdecktem Gelände. Vieles steht schon auf der Tagesordnung, die von den Warschauer Pakt-Staaten für die erste gesamteuropäische Konferenz angeregt wurde. Was bilateral bereits möglich ist, nun auch zwischen uns und der Sowjetunion, deutet beispielsweise folgende einfache Feststellung von Oreanda an: „Für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit soll eine gemischte Kommission geschaffen werden." Das Fazit des Krim-Kommuniqués wird gegenwärtig schon vom alltäglichen Augenschein bekräftig: Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970, obwohl noch nicht ratifiziert, „leistet bereits jetzt einen Beitrag zur Verbesserung des politischen Klimas zwischen beiden Ländern und wirkt sich günstig auch auf das europäische Geschehen aus".

Der Weg nach vorn ist also frei. Die von der Bundesrepublik seit ein, zwei Jahren ausgehenden Anzeichen von Bereitschaft, sich auf die politisch-völkerrechtlichen Realitäten des Europa von heute zu orientieren, haben uns in der internationalen Politik bereits reichen Kredit zuteil werden lassen. Erinnert sei besonders an den erfolgreichen Abschluß der Westberlin-Verhandlungen der Vier. Manchem scheint freilich bis heute nicht klar zu sein, welcher — wenn man so sagen darf — „Klimaverbesserung auf Vorschuß" die wiedergewonnene Handlungsfreiheit unseres Landes für eine aktive Rolle in der europäischen Entspannung und Verständigung zu danken ist; sonst gäbe es weniger Leichtsinn im Umgang mit den bekannten Kräften von rechts, die im nationalen wie internationalen Maßstab ihre Stellungen für neue Offensiven ausbauen, neue Minen legen, neue Vorbedingungen und Bremsmechanismen konstruieren. Was steckt beispielsweise hinter der „Agenten"-Inszenierung von London? Der amerikanische Außenminister Rogers hat mit unverkennbarer Genugtuung den Ball aufgegriffen, der ihm da zugespielt wurde. Als neueste Vorbedingung gegen die Einberufung der unerwünschten Europäer-Konferenz schlug Rogers vor, man könne doch eine vorherige Einstellung jeglicher östlicher

Spionagetätigkeiten fordern. Nach jüngsten britischen Maßstäben für „Spionagetätigkeit" ließe sich diese Vorbedingung nachgerade bis zur Forderung nach Auflösung sämtlicher diplomatischer Vertretungen hochschrauben, um — im zynischen Jargon der Londoner Rechtfertigungen zu sprechen — zur Vorbereitung der Sicherheitskonferenz die Beziehungen zwischen Ost und West auf eine „neue, vertrauensvollere Grundlage" zu stellen. Bahnt sich hier eine gemeinsame Großoffensive entspannungsfeindlicher Kräfte der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik an?

Hier soll nicht schwarzgemalt werden; im Gegenteil. Die gegenwärtige Situation in Europa ist voll zukunftsträchtiger Impulse wie selten zuvor. Aber eben deshalb wäre es grundfalsch, die Manöver der Rechtskräfte aller Schattierungen außer acht zu lassen. Eben deshalb stimmen fortdauernde Bonner Halbherzigkeiten doppelt bedenklich: sie wirken auf die Öffentlichkeit nicht überzeugend und bieten den Kampagnen der Entspannungsgegner immer neue Nahrung. Zuviel steht auf dem Spiel. Wem nützt es, wenn die Bundesregierung immer noch Gerümpel der Adenauer-Eiszeit mit sich herumschleppt? Insbesondere im Umgang mit der DDR, der in einem Stil geradezu kläglicher Kleinkrämerei noch immer Rechte abgefeilscht werden sollen, die eher über kurz als über lang ohnehin als unveräußerliche völkerrechtliche Positionen der unabhängigen, gleichberechtigten, souveränen Nachbarrepublik anerkannt werden, mit Zwangsläufigkeit, ob nun mit oder ohne späte Einsicht. (Überall in den westeuropäischen Hauptstädten studiert man bereits heute aufmerksam die Fahrpläne nach Berlin/DDR, um den sich ankündigenden Zug nicht zu verpassen.) Wer Ballast abwirft, bewegt sich freier.

Schon die Umrisse neuer Möglichkeiten, die nach den bisherigen ersten Schritten auf Koexistenz und Kooperation in Europa hin erkennbar werden, sind Anlaß genug für das volle Engagement aller demokratischen Kräfte, denen sehr wohl bewußt ist, daß dauerhafte Entspannung ohne mehr Demokratie und Abbau der vielfältigen, weitverwurzelten Machtstrukturen der Reaktion nicht möglich ist. Die Verwirklichung der Wende in den Beziehungen der Europäer untereinander kann nicht Sache der Regierungen allein sein; wohin Europa gehen soll, das betrifft unmittelbar die vitalen Interessen der Völker, der Menschen.

Karl D. Bredthauer

SHB und SPD

Die Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihren Hochschulorganisationen haben eine Geschichte.

Hatte der Vorstand der SPD im Jahre 1960 dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) die Freundschaft aufgekündigt und 1961 sogar einen Unvereinbarkeitsbeschluß zwischen SPD- und SDS-Mitgliedschaft gefällt, so ist die SPD nun auf dem besten Wege, vor dem Bundestagswahlkampf 1973 Ähnliches oder Gleiches mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund zumindest zu versuchen.

Denn der als Gegengewicht zu dem marxistisch tendierenden SDS gegründete SHB hat im Laufe seiner nunmehr über zehnjährigen Geschichte — eingebettet in die Geschichte der Bundesrepublik in dieser Zeit — in vielen wesentlichen Fragen eine oppositionelle Stellung zu der offiziellen Politik der Bonner SPD eingenommen.

Zum Ausdruck kam das auf der 7. Bundesdelegiertenversammlung im März 1966, die „den örtlichen SHB-Gruppen

zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen der BRD und der DDR Kontakte zu Institutionen und Studentengruppen an den Universitäten der DDR empfiehlt" [1]), sich gegen jede Notstandsgesetzgebung ausspricht und „die Ziele der ‚Kampagne für Abrüstung' begrüßt und unterstützt" [2]).

In der Folgezeit der aufflackernden antiautoritären Studentenbewegung blieb auch der SHB nicht von der irreführenden „Strategie der großen Verweigerung" verschont, konnte sich aber dennoch dank seines guten Images als SPD-Studentenorganisation in den Allgemeinen Studentenausschüssen und Studentenparlamenten an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen oftmals am Ruder halten.

Seit geraumer Zeit bestimmt die Diskussion über das Selbstverständnis den SHB als Teil der außerparlamentarischen sozialistischen Opposition in der BRD.

Vor allem die Verabschiedung der Notstandsgesetze und die Große Koalition von SPD und CDU/CSU hatten deutlich werden lassen, daß die „parlamentarische Demokratie" der Bundesrepublik schon lange nur eine solche für die Herrschenden zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft war, nicht aber ein Austragungsort der gesellschaftlichen Konflikte.

Zur Bundestagswahl 1969 beschloß daher die 2. außerordentliche Bundeskonferenz, die vom 26.—28. Juli 1968 in Saarbrücken tagte, „nur SPD-Kandidaten (zu) unterstützen, die den folgenden Kriterien genügen: 1) Ablehnung der Großen Koalition; 2) Ablehnung der Notstandsgesetze; 3) Ablehnung jedes kleinere politische Parteien diskriminierenden Wahlrechts; 4) Ablehnung des Konzepts der ‚sozialen Symmetrie' und der ‚konzertierten Aktion'; 5) Eintreten für eine Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung" [3]).

Auf der 11. Bundesdelegiertenversammlung vom 20.—22. November in Koblenz wurde entgegen dem Beschluß des Parteirates vom 14. November von den sozialdemokratischen Studenten mit übergroßer Mehrheit ein Beschluß gefaßt, der „die Zusammenarbeit mit Kommunisten in Fragen, in denen gemeinsame Interessen und Auffassungegen bestehen", für den SHB zu einem „notwendigen und weiterhin zu praktizierenden Mittel" erklärte, um „den Politisierungsprozeß in der Studentenschaft und der Bevölkerung zu fördern" [4]).

Diese politische Entwicklung des SHB mußte bei der auf Anpassung bedachten Parteispitze auf Widerstand stoßen. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten.

Mehrere Male versuchte der Parteivorstand der SPD, den SHB über die Streichung der finanziellen Zuwendungen politisch zu bändigen und „auf Kurs zu bringen". Dies allerdings war und ist aus zwei verschiedenen Gründen nur schwer möglich.

Einmal hat die Sozialdemokratische Partei in ihren programmatischen Äußerungen sowohl für den gesamten Wissenschafts- und Bildungsbereich als auch auf gesellschaftspolitischem Gebiet für die lernende und arbeitende Jugend keinerlei zukunftweisende Grundsätze ihrer Politik entworfen oder sich auch nur darum bemüht. In den „Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den Siebziger Jahren" wird lediglich festgestellt, daß „von der Förderung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung im entscheidenden Maße unsere volkswirtschaftliche Entwicklung abhängt" [5]).

---

[1]) 7. Bundesdelegiertenversammlung des SHB vom 4.—7. 3. 1966 in Mainz, Beschlüsse, in: „Sozialistische Hefte", 5. Jahrg. 1966, H. 4, 51 ff.

[2]) Ebenda.

[3]) Beschluß der 2. ao. Bundesdelegiertenversammlung des SHB vom 26.—28. 7. 1968 in Saarbrücken zur Bundestagswahl 1969, in: „Sozialistische Hefte", 7. Jahrg. 1968, H. 8, 475 ff.

[4]) Beschlüsse der 11. o. Bundesdelegiertenversammlung des SHB vom 20.—22. 11. 1970 in Koblenz, in: „SK-Extra", Nr. 7, hrsg. von der Redaktion der „Sozialistischen Korrespondenz", Hamburg 1970, S. 4.

[5]) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den Siebziger Jahren, in: „Tatsachen und Argumente", Nr. 242/68, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1968, S. 25.

Wenn die SPD von sich behauptet, die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist in unserem Lande die politische Kraft, die die Impulse der jungen Generation aufnimmt und so gestärkt schon heute den Schritt ins nächste Jahrzehnt ansetzt" [6]), so erweist sich dies bei Betrachtung der praktischen Politik der SPD-Führung sowohl in der Großen Koalition als auch als führende Bundespartei als Anspruch, der nicht einmal annähernd eingelöst wurde.

Die SPD hat es nicht vermocht, ein Programm zu entwickeln, das der arbeitenden und lernenden Jugend eine gesellschaftliche Perspektive weist und deren Aufgaben und Rolle umreißt, eine gesellschaftliche Perspektive ohne Ausbeutung und Krieg, ohne unvorstellbare Armut auf der anderen Seite — mithin eine Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik.

Ein solches zukunftsträchtiges Programm allerdings ist nur vorstellbar in einem profilierten Gesamtkonzept der SPD, das, auf die Interessen der Bevölkerung gestützt, sich notwendig scharf gegen die CDU/CSU als Hauptkraft des autoritären Rechtsstaates richten muß. Die zweite wesentliche Ursache für die politischen Konflikte zwischen der SPD-Spitze und dem Sozialdemokratischen Hochschulbund liegen in der Wissenschafts- und Bildungspolitik der SPD/FDP-Regierung.

Denn das Vorgehen des Leussink-Ministeriums ist keineswegs dazu angetan, den Notstand und die strukturellen Fehler des bundesrepublikanischen Bildungssystems kritisch zu analysieren und auf Veränderung hinzuwirken. Im Gegenteil, die bislang vorgelegten Pläne und Gesetze, so vor allem das Bundesausbildungsförderungsgesetz, das Graduiertenförderungsgesetz, das Hochschulrahmengesetz und der sich auf Druck von seiten der CDU/CSU immer weiter in seine Bestandteile auflösende Bildungsgesamtplan haben zum Ziel eine Modernisierung und Effektivierung im Rahmen der unveränderten gesellschaftlichen Bedingungen.

Alle diese Maßnahmen und Prozesse, vom SHB als „Formierung" beschrieben, haben ihre Auswirkungen auf die Studenten nicht verfehlt: immer mehr von ihnen erkennen, daß sie sich selbst aktiv und organisiert für ihre sozialen und politischen Interessen einsetzen müssen.

Dazu bietet ihnen der SHB im Rahmen seiner Politik der gewerkschaftlichen Orientierung eine Möglichkeit, und deshalb ist er momentan der stärkste studentische Verband in der BRD, der allein mehr als 20 % der Sitze in den Studentenparlamenten innehat.

Die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung und die Zusammenarbeit mit dem marxistischen „Spartakus" in diesem Rahmen aber lassen immer wieder die Konflikte innerhalb der SPD aufbrechen, denn seit den Parteiratsbeschlüssen vom 26. Februar 1971 ist die Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen offiziell von der Parteispitze geächtet.

Willy Brandt versuchte zwar, dies abzuschwächen, indem er betonte: „Und hier ist doch nicht die Rede davon, daß Sozialdemokraten sich einer Diskussion entziehen, weil an ihr auch Kommunisten teilnehmen. Im Gegenteil, wir stellen uns der Diskussion, wir messen unsere Argumente mit denen anderer" [7]).

Aber die Ausschlußverfahren gegen viele aktive Jungsozialisten zeigen nur allzu deutlich die Funktion dieser Beschlüsse.

Nach den Plänen des Parteivorstandes sollte dem SHB im September 1971 der Garaus gemacht werden. Auf der Grundlage eines am 3. Juli 1961 abgeschlossenen Vertrages sollte dem SHB das „sozialdemokratisch" verboten

6) Ebenda.

7) Zur Diskussion in der SPD, Beiträge von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner in der Sitzung des Parteirates am 26. 2. 1971, hrsg. vom Parteivorstand der SPD, Bonn 1971, Reihe Parteien, H. 2.

werden, um auf diese Weise vor dem ständigen Vorwurf der Reaktion, daß die „SPD von Kommunisten unterwandert" sei, Ruhe zu haben.

Wiederholte Bereitschaft der Bundesleitung des SHB zu klärenden Gesprächen wurden von dem SPD-Vorstand nicht beachtet, sondern innerhalb der Führungsgremien wurde mit Materialien des Verfassungsschutzes „nachzuweisen" versucht, daß der SHB keine sozialdemokratische Organisation mehr sei.

Der SHB wird auf der kommenden, der 12., Bundesdelegiertenversammlung im November 1971 ein Programm zu diskutieren haben, das ihm eine eigenständige politische Rolle an den Hochschulen der Bundesrepublik und zugleich die Erfüllung seiner Aufgaben innerhalb der SPD, die nach wie vor einen bedeutenden Teil der Arbeiterbewegung in der BRD repräsentiert, ermöglicht.

Daß die Verwirklichung eines solchen Programms immer wieder zu Konfliktsituationen mit konservativen Kräften in der SPD führen muß, ist ebenso klar wie unvermeidlich. Stephan Albrecht

RAND – die zerbombte Denkfabrik

Nirgendwo anders hat die Enthüllung der geheimen Pentagon-Papiere durch die „New York Times" so verheerende Folgen gehabt wie in der berühmtberüchtigten „Denkfabrik" von Santa Monica (Kalifornien), der „Rand Corporation". Dort hatte sich Daniel Ellsberg, der bei Rand mehrere Jahre lang als „Verteidigungsanalytiker" gearbeitet hat, die massive Mc-Namara-Studie ausgeliehen und in aller Heimlichkeit kopieren lassen. Darum ist auch dort oder, genauer gesagt, im nahegelegenen Los Angeles die Anklage gegen ihn wegen Geheimnisverrats erhoben worden. Der Prozeß soll im Januar 1972 stattfinden.

Die Rand Corporation ist die älteste, größte und einflußreichste der 12 „Denkfabriken", deren sich die amerikanische Regierung zu verschiedenen Zwecken, hauptsächlich aber zur wissenschaftlichen Erforschung von Problemen der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung bedient. Zusammen haben sie im vergangenen Jahr einen „Umsatz" von 238,5 Mio. Dollar gehabt, wovon der Löwenanteil auf Rand entfiel.

„Denkfabrik" ist kein schönes Wort, aber der amerikanische Ausdruck dafür, think tank, ist noch häßlicher. Er ist bezeichnend für ein Land, in dem Enthumanisierung in krassester Form vordringt. Menschliches Denken wird dort wie Erdöl oder Wasser in einen Tank abgefüllt, den die Regierung nach Bedarf anzapfen kann.

Die Rand Corporation ist schon 1946 mit Geldern der amerikanischen Luftwaffe gegründet worden, nach außen als „private consulting firm" (private Beratungsfirma) getarnt. Um die gleiche Zeit entstand die Central Intelligence Agency, der heute größte Geheimdienst der Welt. Diese Gleichzeitigkeit der Entstehung war nicht zufällig. Wenn auch die Rand Corporation meist als Denkfabrik des Pentagons bezeichnet wird, so ist sie doch in Wirklichkeit eine Filiale des CIA, worin natürlich kein Gegensatz liegt. Seit eh und je haben die Pentagon-Leute und damit die kriegstreibenden Kräfte der USA auch im Geheimdienst den Ton angegeben.

Auch Ellsberg war längere Zeit CIA-Mann. Er hat sogar auf dem indochinesischen Kriegsschauplatz im persönlichen Stab jenes berüchtigten Geheimdienstgenerals Edward Lansdale gedient, der seit 1954 die Saigoner Marionetten gängelt und in zwei Filmen

(„The Ugly American" und „The Quiet American") idealisiert worden ist.

Ellsberg war schon nach Beendigung seiner Studien an der Harvard-Universität Anfang der 60er Jahre zum ersten Mal zur Rand Corporation gestoßen und wurde dort vor allem mit Arbeiten auf dem Gebiet der Wahrscheinlichkeitstheorie im Kriegswesen betraut. Seine Fähigkeiten und seine Hingabe an die Arbeit verschafften ihm bei dem Präsidenten der Rand, Henry Rowen, hohes Ansehen.

Obwohl Rand mit seinen 1100 Angestellten ein Großbetrieb ist — ein erheblicher Teil von ihnen arbeitet allerdings bei einer Zweigstelle in Washington — fühlte sich Ellsberg in Santa Monica wohl. Das Hauptquartier der Organisation ist am Ende der Main Street in reizvoller Umgebung auf einem drei Hektar großen Gelände mit Aussicht auf den Strand untergebracht. Das pastellfarbige Hauptgebäude ist in modernem Stil gehalten, mit weiten Fensterfluchten und hellen, vollklimatisierten Räumen. Die Atmosphäre wird mehr akademisch als militärisch geschildert, wenn auch in einem großen Teil der Zimmer an langgestreckten Tischen Kriegsspiele geübt werden, die zur Ausarbeitung strategischer Pläne dienen. Andere „Denkarbeiter" betätigen sich in den aufs beste ausgerüsteten Laboratorien oder brüten mit Hilfe modernster Computer alle möglichen Probleme aus.

Wie oft bei solchen Institutionen, besteht eine Frontenbildung der verschiedenen Fachleute gegeneinander. Insbesondere stehen sich die „harten Wissenschaftler", d. h. die Physiker, Chemiker, Mathematiker und militärischen Spezialisten, auf der einen Seite und die „weichen Wissenschaftler", worunter man die Psychologen, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler, Historiker usw. versteht, oft konkurrierend gegenüber, vor allem weil Rowen in dem Ruf steht, der letzteren Gruppe den Vorzug zu geben.

Nach etwa dreijähriger Tätigkeit in Santa Monica wechselte Ellsberg 1964 ins Pentagon hinüber und ließ sich bald darauf auf eigenen Wunsch an die Front in Vietnam versetzen. Dort galt er lange Zeit als einer der blindwütigsten „Falken" überhaupt. 1967 kehrte er nach Santa Monica und zu Rand zurück. Dort arbeitete er fast ein Jahr lang an einem Band eben jener McNamara-Studie, die er später ans Licht der Öffentlichkeit brachte.

Die meisten seiner früheren Kollegen nahmen ihm diese Handlungsweise bitter übel. Wie „Newsweek" in seiner Ausgabe vom 12. Juli 1971 berichtete, erklärte ein Rand-„Denker": „Was Ellsberg getan hat, ist ungeheuerlich und unglaublich illoyal — eine anmaßende, eigensüchtige Handlung eines Mannes, der einen Märtyrerkomplex hat." Ein anderer meinte: „Rowen hätte sofort den Sicherheitsdienst alarmieren sollen, als Ellsberg und fünf weitere Mitarbeiter von Rand im Jahre 1969 in einem Brief an die ‚New York Times' den Vietnamkrieg verurteilten. Sein Verhalten war schon damals entschieden abwegig."

Schon bald nachdem der weltweite Wirbel um die Pentagon-Papiere ausgebrochen war, verfügte Verteidigungsminister Melvin Laird, daß der Rand Corporation bis auf weiteres alle in ihrer Obhut befindlichen Geheimdokumente entzogen werden sollten. Laird legte in einem Memorandum dar, daß Sicherheitsbeamte im Sicherheitssystem und in den Praktiken der Gesellschaft „eine Reihe von Unzulänglichkeiten" entdeckt hätten. Gemeint war damit vor allem, daß man es in Santa Monica unterlassen hatte, die Aktentaschen des Personals beim Verlassen des Gebäudes auf ihren Inhalt zu überprüfen. Auf diese Weise hatte ja Ellsberg den Berg von Geheimdokumenten Stück um Stück hinausgeschmuggelt und nach dem Kopieren wieder zurückgebracht. In Zukunft, so verfügte Laird, müßten sich alle Personen, die die Anlagen der

Rand in Santa Monica und Washington verlassen oder betreten, einer Leibesvisitation unterziehen. Insbesondere muß jeder seine Aktentasche zur Inspektion vorlegen.

Ende August ging Laird noch einen Schritt weiter. Nur noch 450 von den insgesamt 1300 Angestellten und freien Mitarbeitern der Rand, die früher Zugang zu allem Material hatten, dürfen in Zukunft Dokumente einsehen, die den Stempel TOP SECRET tragen. Was das bedeutet, kann man am besten daran ermessen, daß das Pentagon — wie im Laufe der „New York Times"-Affäre bekannt geworden ist — in seiner Geheimniskrämerei soweit gegangen ist, sogar Zeitungsausschnitte mit diesem Stempel zu versehen. In einem Fall, so erfuhr man u. a., war ein Dokument aus dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1899 nicht nur mit TOP SECRET, sondern zusätzlich mit dem Vermerk „Sensitive" (empfindlich) abgestempelt und damit in die höchste Stufe der Geheimhaltung eingereiht worden. Der Mißbrauch der „Klassifizierung", wie man die Einstufung von Dokumenten in die Kategorien Confidential (vertraulich), Secret (geheim), Top Secret (streng geheim) und Top Secret-Sensitive nennt, ist jüngst sogar von dem früheren Chef der damit befaßten Abteilung im Pentagon, William G. Florence, gegeißelt worden. Dieser erklärte öffentlich, daß von den rund 20 Millionen klassifizierten Dokumenten des Verteidigungsministeriums höchstens ein halbes Prozent verdienen, geheimgehalten zu werden!

Ferner wurde die bisher von der Rand ausgeübte Selbstkontrolle abgeschafft und die Überwachung ihres sämtlichen Materials und Personals dem Sicherheitsdienst der Luftwaffe übertragen.

Daß sich damit das Betriebsklima bei dieser Organisation entscheidend verschlechtert hat, braucht kaum erwähnt zu werden. Da sich der Mitarbeiterstab fast ausschließlich aus Akademikern, viele von ihnen im Professorenrang, zusammensetzt, ist das Gefühl der Degradierung weit verbreitet. Welcher Forscher kann schon gute Arbeit leisten, wenn ihm ein Polizist dauernd über die Schulter schaut?

Schon hat eine Reihe von namhaften Mitarbeitern der Denkfabrik gekündigt. Einige von ihnen haben sich öffentlich mit Ellsberg solidarisiert, wie z. B. Professor Melvin Gurtov, der seinen glänzend bezahlten Posten bei der Rand gegen einen erheblich weniger gut dotierten Lehrstuhl an der Universität von Kalifornien vertauscht hat. Gurtov, der auch zu den Autoren der Mc-Namara-Studie gehört, gab gleichzeitig eine Erklärung ab, in der er hervorhob, daß der systematische Betrug der öffentlichen Meinung, der das Lyndon-Johnson-Regime kennzeichnete, von Nixon unverändert fortgesetzt werde.

„Man soll nur nicht glauben", sagte er, „daß diese Dokumente ein Ausdruck falscher Denkweise sind, die 1968 aufgehört hat. Es ist äußerst wichtig, daß man nicht ihre wirkliche Bedeutung für die Politik von heute übersieht oder aus ihnen einen politischen Fußball macht. Das wäre eine große Tragödie."

Rand ist schon einmal im Frühjahr 1970 in die Schußlinie der öffentlichen Kritik geraten. Das war, als eine Reihe amerikanischer Blätter, darunter das konservative Finanzblatt „The Wall Street Journal" vom 24. 4. 1970, meldeten, in der Denkfabrik von Santa Monica werde im Auftrag Nixons ein Putschplan ausgearbeitet, um gegebenenfalls die Wahlen vom November 1972 ausfallen zu lassen, „wenn radikale Gruppen mit Störungen drohen". Das wurde natürlich sofort in aller Form dementiert, doch glaubt man in eingeweihten Kreisen bestimmt, daß das Dementi, nicht die Meldung, falsch war.

Im Falle Ellsberg aber gibt es nichts zu dementieren. Auch die diesem „Verräter" drohende Verurteilung und harte Strafe können das frühere Prestige der Rand Corporation nicht wiederherstellen. Die Bombe der „New York Times" war ein Volltreffer auf die Denkfabrik von Santa Monica. Joachim Joesten

Die Abrüstung und die Ideologie des Gleichgewichts

Von Gunnar Matthiessen

Während gegen Ende des unmenschlichsten aller Kriege, des Zweiten Weltkrieges, Millionen von Menschen auf einen prinzipiellen Neuanfang hofften, wurden in Hiroshima und Nagasaki die Signale gezündet, die auch für die nächste Zukunft die Fortsetzung des Wettrüstens in noch viel schrecklicheren Dimensionen ankündigten. Die Erfahrungen des unendlichen Leids schien denen, die die politischen und militärischen Machtapparaturen bedienten, kein Hinderungsgrund. Militärisch sinnlos wurden die ersten Atombomben gezündet, die alles bisher Dagewesene übertrafen. Der Abwurf hatte ausschließlich politische Funktion; die Opfer zählten dabei nicht. Nicht wurde die Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen, nun die internationalen Beziehungen auf die Grundlage friedlicher und freundschaftlicher Zusammenarbeit zu stellen. Auch künftighin sollten die internationalen Beziehungen nach den Prinzipien der Macht und Politik der Stärke geregelt werden. „In den 50er Jahren — der Phase eindeutiger nuklearer Überlegenheit Amerikas — galt die Doktrin der ‚massiven Vergeltung'. Die Vereinigten Staaten wollten sich nach dieser Doktrin vor allem auf ihre enorme Fähigkeit verlassen, augenblicklich mit Mitteln und an Orten eigener Wahl jeden Angriff zu vergelten" (John Foster Dulles). „Die Drohung mit dem massiven nuklearen Vergeltungsschlag sollte die massive konventionelle Verteidigung ersetzen" [1]). Der neue Rüstungswettlauf war beschlossen, noch bevor der alte endete.

Wettrüsten

Mit Hiroshima und Nagasaki war noch während des Krieges die Ausgangslage geschaffen, in ein neues, nun überdimensioniertes Wettrüsten einzutreten. Zug um Zug wurden Waffensysteme, neue Technologien und Vernichtungspotentiale entwickelt, von denen man sagt, daß sie heute die „overcapacity", d. h. die Möglichkeit der mehrfachen Menschheitsvernichtung erreicht haben. Sie sind bislang nicht zur Anwendung gekommen, andernfalls könnte man darüber nicht mehr schreiben. Ihre Folgen aber sind gleichwohl verheerend.

In ihrer Erklärung zur Einberufung einer Konferenz der fünf Atommächte hat die Regierung der UdSSR hierzu in folgendermaßen Stellung genommen: „Einer der Faktoren, die sich besonders negativ auf das ganze internationale Leben auswirken, ist das Wettrüsten. Es bringt immer größere Gefahren für den Frieden hervor und verschlingt darüber hinaus riesige materielle und geistige Ressourcen, die für die Beschleunigung des wirtschaftlichen, sozialen Fortschritts, für das Wohl der Völker eingesetzt werden könnten. Es liegt auf der Hand, daß die größten Gefahren im nuklearen Wettrüsten liegen. Daher rührt auch die Unruhe der Völker und ihre Sorge um die Zukunft" [2]). Im Weltbild der Apologeten des Rüstungswahns erscheint alles verdreht. Nicht dort soll Frieden sein, wo es keine Waffen gibt, um Krieg zu führen, sondern dort, wo möglichst beide

[1]) Weißbuch 1970 zur Sicherung der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, Bonn 1970, S. 27.
[2]) „Neues Deutschland", 24. 6. 1971.

Seiten bis an die Zähne bewaffnet sich gegenüber stehen. Nicht dort soll soziale Sicherheit sein, wo die Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit ganz in deren Dienst gestellt werden, sondern dort, wo möglichst viel gesellschaftlicher Reichtum für Rüstungsproduktion vergeudet wird, um für den sozialen, industriellen Fortschritt einige wissenschaftliche und technologische Brosamen und Abfälle vom Tische der reichen Rüstungsindustrie fallen zu lassen. Nicht dort soll wirtschaftliche Stabilität herrschen, wo die Sicherheit der Arbeitsplätze, des Geldwertes und der Preise durch eine langfristige Planung gesellschaftlicher Bedürfnisse geleistet wird, sondern dort, wo die Unwägbarkeiten eines immer rasanteren Wechsels der Waffengattungen eine sinnvolle gesellschaftliche Planung verhindern, die Arbeitsplätze verunsichern, in die Inflationierung treiben und die innergesellschaftlichen Strukturen als Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums zerrütten. Analog der Verwandlung produktiver gesellschaftlicher Möglichkeiten in Destruktivkräfte hat sich auch produktives Denken in destruktives verwandelt. Es erscheint denen, denen die Zukunft der internationalen Beziehung nur auf der Grundlage des Rüstungswettlaufs denkbar ist, als das einzig Richtige. „Mit der Atombombe leben" ist die Zusammenfassung dieses Denkens zur kruden Formel. Sie steht für die totale Resignation.

Sowjetunion und die totale Abrüstung

Die Völker aber haben sich ihr nicht gebeugt. Die Einsicht, daß Rüstung und Abrüstung abhängt von ihrem politischen Willen, hat an Umfang ständig zugenommen. Die realen Möglichkeiten der Abrüstung sind systematisch gewachsen. Vor diesem Hintergrund vermag keine Regierung mehr, den Rüstungswettlauf noch zu rechtfertigen. Sein Irrwitz ist zu nachdrücklich immer größeren Teilen eben jener Völker bewußt geworden, die ihn unmittelbar zu tragen haben. Dennoch scheiden sich die Geister, wenn es um die Fragen der konkreten Abrüstungsschritte und die Perspektive der völligen Abrüstung geht.

Die unterschiedlichen Auffassungen, die zwischen West und Ost dem Prinzip nach bestehen, erinnern an den Unterschied von amerikanischen und russischen „Science Fiction"-Geschichten [3]). Welche Zukunftsvisionen in den amerikanischen auch immer entwickelt wurden, sie endeten alle in Chaos und Untergang, im Versagen des Menschen. Die Autoren der russischen Geschichten gingen alle davon aus, daß es prinzipiell den Menschen möglich sein wird, ein produktives Verhältnis zu der von ihr selbst erzeugten Technik zu finden und sie in den Dienst des Fortschrittes der Menschheit zu stellen.

Tatsächlich ist unbestritten die Abrüstungsfrage für die sowjetische Politik von Anfang an ein zentrales Thema. 1922 unterbreitete auf der Konferenz von Genua der damalige Außenminister Tschitscherin den Vorschlag, die Streitkräfte aller Staaten erheblich zu verringern und die barbarischsten Formen der Kriegsführung, wie die Anwendung von Giftgas, von Massenvernichtungswaffen gegen die Zivilbevölkerung sowie den Luftkrieg zu verbieten [4]). Im Dezember 1922 trat die Sowjetregierung auf der Moskauer Abrüstungskonferenz mit dem Projekt auf, die Landstreitkräfte um 75 % zu verringern und die Grenzgebiete zu neutralisieren, um so die Gefahr militärischer Zusammenstöße zu beseitigen [5]). Und fünf Jahre später, auf der vierten Tagung der Vorbereitungskommission für die Abrüstungskonferenz im Rahmen des Völkerbundes im Herbst 1927 unterbreitete die sowjetische Delegation erstmals in der Geschichte der inter-

3) „Roboter", hrsg. von Peter Naujack, Zürich 1962. „Science Fiction", wissenschaftlich-phantastische Geschichten aus Rußland, München 1963.
4) Vgl. W. M. Chaizman, Die UdSSR und die Abrüstung zwischen den beiden Weltkriegen, Berlin 1963, S. 40 ff.
5) Ebenda, S. 43 ff.

nationalen Beziehung den Vorschlag, die allgemeine und vollständige Abrüstung durchzuführen. Dem Widerstand Rechnung tragend, der ihr von westlicher Seite entgegengebracht wurde, unterbreitete sie Anfang 1928 einen neuen Entwurf, mit dem Ziel, Teilabrüstungsmaßnahmen zu beginnen und Schritt für Schritt die allgemeine und vollständige Abrüstung anzustreben [6]). Die Forderung nach einer vollständigen Abrüstung als allgemeiner Perspektive von Teilabrüstungsmaßnahmen gehört seit Existenz der Sowjetunion zum integrierenden Bestandteil ihrer Außenpolitik. Auf der ersten Sitzung des Genfer Abrüstungsausschusses der UNO legte die sowjetische Delegation 1962 einen umfassenden Abrüstungsplan vor, der auch heute noch die Grundlage aller ihrer Initiativen bildet. Bei der Eröffnung der 195. Sitzung des Genfer Abrüstungsausschusses verwies der sowjetische Delegationsleiter, Botschafter Rostschin, darauf, daß nach wie vor die allgemeine und vollständige Abrüstung den wichtigsten Platz in allen Überlegungen einnehme, und erinnerte in diesem Zusammenhang an das weitgehende Abrüstungsprogramm, das die Sowjetregierung 1962 vorgelegt hatte. Abschließend sagte er: Einige Schritte vorwärts auf dem Gebiet der einzelnen Abrüstungsmaßnahmen haben überzeugend bewiesen, daß Übereinkünfte möglich sind. Dies ist eine Ermutigung zu größeren Anstrengungen, um Vereinbarungen auf weiteren Gebieten der Abrüstung zu erreichen. In einer Zeit, da die Gefahr eines Atomkrieges die Hauptbedrohung der Menschheit darstellt, ist es nur natürlich, daß die Frage der nuklearen Abrüstung im Vordergrund steht" [7]).

Der Westen und arms control

Der Westen geht von anderen Ausgangsüberlegungen an einzelne Abrüstungsmaßnahmen heran. Er sieht in der Strategie des Gleichgewichts des Schreckens die einzige Möglichkeit, den als Frieden bezeichneten Zustand des Nichtkrieges zu erhalten. Strömungen, die im Westen den sowjetischen Vorstellungen einiges Interesse entgegenbringen, verfallen noch immer leicht feindseliger Abqualifizierung: es handele sich „um unverbindliche Forderungen wirklichkeitsfremder Ideologen, die den Krieg als Folge von Rüstung und Rüstung als Folge dunkler Machenschaften profitgieriger Waffenproduzenten deuten und mit ihrer meist wohlgemeinten Aktivität mehr Schaden als Nutzen stifteten: die Geister, die verwirrt und unabsichtlich, gelegentlich aber auch absichtlich (aus einer pervertierten Vorstellung der Fairneß gegenüber dem angeblichen Underdog) das Spiel des Gegners spielten" [8]).

Anstelle der völligen Abrüstungsperspektive möchte der Westen seine Strategie der arms control setzen. Sie ist alternativ zur völligen Abrüstung gedacht. „Totale Abrüstung, von Chruschtschow noch mit dramatischer Geste in der UNO empfohlen und in politischen Deklarationen des Ostens weiterhin als Forderung enthalten, wird von den realistischen Theoretikern und Praktikern der arms control überhaupt nicht mehr anvisiert. Sie steuern eher auf militärische Sicherheit und Gleichgewichtsregulierungen denn auf Abrüstung hin" [9]). Mit unendlicher Intensität haben sich die westlichen Rüstungsexperten diesem Thema gewidmet [10]). Was unter ihr zu verstehen sei, versucht Graf v. Baudissin zu definieren: „Arms control wird zumeist mit ‚Rüstungskontrolle' oder ‚Rüstungsbegrenzung' übersetzt. Doch geben diese Termine den wirklichen Bedeutungsinhalt nicht oder nur höchst unzureichend wider. Sie verengen diese Strategie auf Teilgebiete, die nicht einmal notwendige Bestandteile einer arms control zu sein

6) Ebenda, S. 157 ff.
7) Dokumentation der Zeit (DDZ), 8/71, S. 46.
8) Peter Coulmas, Rüstungswettlauf und Rüstungskontrolle, Moderne Welt, 4/69, S. 339.
9) Peter Coulmas, a.a.O., S. 340.
10) S. Helga Haftendorn, Die Konzeption der arms control, Moderne Welt, 4/69, S. 393 ff.

brauchen. Stattdessen dürfte der Begriff ‚kooperative Rüstungsteuerung' besser der inhaltlichen Aussage entsprechen..." [11]). Wie auch immer, Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung oder Rüstungssteuerung, in allen Begriffen ist gleichmäßig die Auffassung enthalten, daß die Rüstung weiterhin die Grundlage internationaler Beziehungen sein wird und daß auch der Rüstungswettlauf, lediglich in einzelnen Bereichen kontrolliert und eingedämmt, weiter aufrecht erhalten wird. Die unter dem Begriff der arms control vorgetragenen Rüstungskontroll- oder Abrüstungsmaßnahmen stellen damit im Rahmen der Gesamtkonzeption nicht den Versuch dar, durch einzelne konkrete Abrüstungsmaßnahmen zur völligen Abrüstung zu gelangen, sondern die Strategie des Gleichgewichts des Schreckens jeweils zu modifizieren und neueren politischen wie militärtechnischen Gegebenheiten anzupassen. Aufgabe von arms control ist: „1) Rüstungskontrolle soll die Gefahr eines Krieges vermindern, vor allem die Gefahr eines nuklearen Krieges. — 2) Rüstungskontrolle soll den Schaden begrenzen, falls trotzdem ein Krieg ausbricht. — 3) Rüstungskontrolle soll im Kriegsfalle eine baldige Beendigung des Krieges erleichtern bzw. ermöglichen. — 4) Rüstungskontrolle soll den Umfang, die Kosten und die Lasten des Wettrüstens verringern" [12]). Die Ablehnung von Maßnahmen, die zur wirklichen Abrüstung und Beendigung des Wettrüstens führen würden, kommt auch in den Vorstellungen des Westens zu den laufenden SALT- wie zu den planten Verhandlungen über die Truppenreduktion zum Ausdruck. Ebenso basieren die herrschenden westlichen Entspannungskonzeptionen auf der Grundlage dieser Militärstrategie. Sie wird nicht alternativ zur Entspannung, sondern als deren andere Seite betrachtet. In einem Vortrag vor der Princeton Universität in New York führte Helmut Schmidt aus: „Ich bin davon überzeugt, daß unsere Außenpolitik und unsere Sicherheitspolitik einander ergänzen und dem Frieden dienen. Sie sind realistisch und nüchtern und bilden ein geschlossenes Konzept, das keinen bedroht und das unsere Freiheit nicht in Frage stellt... Sicherheit und Entspannung — das sind die beiden Eckpfeiler unseres Konzepts ... Eines wissen wir genau: Entspannung ohne Sicherheit wäre Leichtsinn. Wir wissen aber auch: Sicherheit ohne Entspannungswillen wäre politischer Stillstand und Fortführung des Kalten Krieges. Eine so verstandene Entspannungspolitik bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung unseres Verteidigungspotentials ist also nichts anderes als die Fortsetzung der Strategie des Gleichgewichts mit anderen Mitteln. Das Ausmaß unserer Sicherheit, der *gemeinsamen* Sicherheit soll nicht verringert, sondern durch neue außenpolitische Impulse erhöht werden" [13]). Diese Politik möchte Helmut Schmidt zur Grundlage eines Europäischen Sicherheitssystems erklären. „Ein europäisches Sicherheitssystem, das Ost und West zusätzliche Sicherheit bietet, kann theoretisch so konstruiert werden, wie die Sowjetunion es bisweilen propagiert hat, nämlich durch die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt. Sie könnten durch ein gemeinsames System von Rüstungsbegrenzungs-, Nichtangriffs- und Beistandsverpflichtungen ersetzt werden, deren Innehaltung durch die beiden Weltmächte garantiert würde... Eher wahrscheinlich ... wäre eine Beibehaltung der beiden Militärpakte, die durch gemeinsam akzeptierte Verpflichtung zum Nichtangriff, zur Rüstungsbegrenzung und deren Kontrolle überwölkt würden. Im Interesse unserer eigenen Sicherheit wie auch unserer Deutschlandpolitik wäre dieses Modell im Prinzip durchaus akzeptabel. Es entspräche den bisherigen Vorstellungen von regionaler Rüstungsbegrenzung in

---

11) Wolf Graf v. Baudissin, Grenzen und Möglichkeiten militärischer Bündnissysteme, sicherheitspolitische Perspektiven im kommenden Jahrzehnt, Europa Archiv, 1/1970, S. 5, Fußnote 4.
12) Theo Sommer, Verkehrsregeln für den Rüstungswettlauf. Moderne Welt, 4/69, S. 346.
13) Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 60, S. 621, vom 22. April 1971.

Europa. Es ließe die Deutsche Frage für zukünftige Entwicklung offen" [14]).

Strategie der flexible response

Militärisches Modell für die Fortsetzung dieser Strategie des Gleichgewichts des Schreckens auch als künftiger Grundlage für ein europäisches Sicherheitssystem, das somit nicht als Alternative zur bisherigen militärpolitischen Konfrontation, sondern lediglich als deren Modifizierung konzipiert ist, ist die flexible response. Ihre Zielsetzung ergibt sich zwangsläufig aus der realistischen Einschätzung der veränderten politischen und militär-technischen Kräfteverhältnisse in Europa. Die flexible response tritt an die Stelle der Strategie der massiven Vergeltung, wie sie von Dulles seinerzeit noch entwickelt worden war und die auf der atomaren Überlegenheit der USA gegenüber der Sowjetunion aufbaute. „Diese Idee konnte jedoch das rasche Aufholen der sowjetischen Kernwaffen- und Raketentechnik nicht lange überleben. Als der amerikanische Kontinent in die Reichweite der sowjetischen Kernwaffen rückte, setzte sich bald die Erkenntnis durch, daß ein Vergeltungsschlag auch die Vereinigten Staaten tödlich treffen könnte ... Die Entwicklung fand ihren Abschluß im Jahre 1967 mit der Festlegung des neuen strategischen Konzepts der flexiblen Reaktion" [15]). Was konkret unter dieser Strategie zu verstehen ist, ist wiederholt in NATO-Dokumenten, im Weißbuch 1970 und Helmut Schmidts Buch „Strategie des Gleichgewichts" entwickelt worden. Die Gefährlichkeit dieser flexiblen Reaktion für den Frieden liegt in ihrem Grundgedanken, daß — gleichsam in Nachfolge des Clausewitzschen Denkens — das militärische Instrument nach wie vor eine Funktion der Politik sei und das Neue gegenüber der Politik der Stärke lediglich die Ergänzung der strategisch/nuklearen Komponente durch die taktisch/nukleare und konventionelle sei. Ihr jeweiliger Einsatz soll stufenweise nach dem Muster funktionieren, das der amerikanische „Chefdenker" („Der Spiegel"), Herman Kahn, einmal als Eskalationstheorie vorgestellt hat: „Man kann Eskalation verstehen als Steigerung der gegenüber dem Gegner (oder Partner) angewandten psychologischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mittel. Sie reichen vom diplomatischen Protest über die Demonstration militärischer Mittel bis zu deren Anwendung, von punktueller Anwendung konventioneller militärischer Macht bis zur äußersten Kriegsanstrengung. Herman Kahn hat ein theoretisches Denkmodell der Eskalation errichtet, das 42 Treppenstufen umfaßt" [16]). Der flexible response liegt also nicht der Gedanke zugrunde, prinzipiell auf den Einsatz atomarer Waffen zu verzichten, sondern die Absicht, wie es schon im Begriff zum Ausdruck kommt, die nukleare Kompenente als die bislang vorherrschende zu ergänzen durch die konventionelle und taktisch/atomare, um ein flexibleres militärisches Instrument zur Kriegsführung in die Hand zu bekommen. Es hat zwei Funktionen: eine militärische, auf den unmittelbar militärischen Konflikt bezogene, und eine politische, die auch außerhalb und vor einer militärischen Auseinandersetzung zur Geltung kommen soll. Das Verhältnis umreißt Adelbert Weinstein: „Wer der Auffassung ist, daß die beste Vorwärtsverteidigung eine Außenpolitik ist, die ihre Position nach Osten vorschiebt (gemeint ist die neue Ostpolitik), der wird das militärische Instrument nicht stumpf lassen. Er wird ihm einen neuen Standort zuweisen" [17]). Diese Doppelseitigkeit der flexible response wird unter dem Begriff der Kriegsstreitmacht und Krisenstreitmacht zusammengefaßt, der die zweifache Aufgabenstellung verdeutlichen soll.

---

14) Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1969, S. 246.
15) Weißbuch 1970, a.a.O., S. 27.
16) Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, a.a.O., S. 69.
17) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 9. 2. 1967.

Gehofft wird auf die Möglichkeit, im Rahmen der Eskalationstheorie mit der Androhung militärischer Gewalt, mit dem partiellen Einsatz konventioneller Kräfte oder aber mit sogenannten atomaren Signalen den Gegner psychologisch unter Druck setzen und ihm Zugeständnisse abzuzwingen. Dem Begriff des „Flexiblen" liegt die irrige Hoffnung zu Grunde, militärische Konflikte in Europa unterhalb der Schwelle eines atomaren Vernichtungskrieges führen zu können. Dies verweist auf die Gefährlichkeit solcher Strategie für den Frieden, weil sie zu falschen Einschätzungen des Kräfteverhältnisses führt und die Hoffnung nährt, die Eskalation bis zu bestimmten Stufen vorwärtstreiben zu können, um sie dann abzubrechen. Es könnte sich allzu schnell zeigen, daß solches „kalkuliertes Risiko", wie man diesen Irrwitz bezeichnet, sich als unkalkulierbar und Selbstmord erweisen könnte. Diesen verhängnisvollen Denkmechanismus möchte ich durch einige Zitate verdeutlichen, die sein gefährliches Ausmaß umreißen. Zur Klarstellung: Sicherlich werden beide Seiten, solange das Wettrüsten andauert, sich Gedanken machen über den Notfall, um militärisch vorbereitet zu sein. Der Unterschied liegt darin, daß die NATO auf die Militärstrategie als Instrument der Politik nicht verzichten möchte und in diese den Krieg als permanente Möglichkeit einbezieht. Es ist dies der Unterschied von Militär und Militarismus. „Die Eskalationstheorien stellen einen Versuch dar, ein abgestuftes, flexibel anwendbares Denkinstrumentarium zu setzen, das trotz der Paktlage einen annähernd kalkulierbaren machtpolitischen Handlungsspielraum auch in Krisensituationen eröffnet, um auf diese Weise Krisen sogar ‚anheizen', also begrenzt und genau abgestuft steigern zu können" [18]). „Mithin scheint in der öffentlichen Meinung ein Umdenkungsprozeß anzulaufen, an dessen Ende eine zwar eigenschränkte Akzeptierung von Kriegen, die ohne Nuklearwaffen geführt und mit Verhandlungsfrieden enden, stehen könnte" [19]). „Durch den Aufbau der Krisenstreitmacht würde nicht nur das Verteidigungssystem flexibler und differenzierter, sein militärischer Auftrag würde auch tiefer in den Frieden hineinreichen. An die Stelle der — auch geographisch — starren, stufenweisen Abschreckung träte ein System der ‚flexiblen Warnung', mit dessen Hilfe die NATO eine Fülle politischer Signale mit militärischen Mitteln geben könnte, die dem Gegner den Ernst der Situation anzeigen. Das System kann allerdings ebenso wie das augenblickliche nur vor dem Hintergrund nuklearer Waffen verstanden werden. Manchmal würde es sich empfehlen, den Willen der Allianz unverzüglich und gemeinsam militärisch zu demonstrieren. In anderen Fällen wären vielleicht Demonstrationen regionaler Art — Europa-Nord, -Mitte, -Süd — vorzuziehen" [20]). „Wächst sich eine politische Spannung in Europa zu einer Krise aus, so wird die amerikanische Luftflotte in Alarmzustand versetzt, alle für Europa vorgesehenen Atomträger sollen in ‚relativ kurzer Zeit' voll einsatzbereit sein, ‚big lift' läuft an, ‚sealift' wird befohlen, die Bundeswehr macht mobil, NATO-Truppen marschieren auf, die Wirtschaftsblockade wird verkündet, jede Maßnahme soll nach amerikanischen Vorstellungen einer eskalierenden Drohung gleichkommen. Der Feind soll phsychologisch auf die Katastrophe vorbereitet werden. In diesem Programm könnte die Bundeswehr zu einer Krisenstreitmacht werden, die uns jenen Anteil an der neuen Strategie gibt, der uns zusteht" [21]).

Die Konzeption von Helmut Schmidt läuft darauf hinaus, in der Bundesrepublik die politischen Voraussetzungen für die Bedingungen zu schaffen, um eine solche Anwendung der flexible response notfalls auch im Alleingang der Bundesrepu-

18) H. E. Säuberlich, Wehrkunde, München 1967, Heft 6, S. 282.
19) Joachim Sochaczewski, Major im Generalstab der Bundeswehr, Wehrkunde, München 1967, Heft 10, S. 510.
20) Brigadegeneral der Bundeswehr Gerd Schmückle, Europa Archiv, 25. 4. 1967, 8. Folge. Derselbe in Europa Archiv Nr. 15 vom 10. 8. 1967, S. 554 ff.
21) Adelbert Weinstein, „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 16. 5. 1967.

blik zu ermöglichen. Denn es gehört zum Charakter der flexible response, daß sie in einigen Ländern größeren Spielraum einräumt und von dorther auch die Gefahr erhöht, daß durch die militärischen Aktionen der einen Nation die anderen in Mitleidenschaft gezogen werden und unfreiwillig in den Eskalationskreislauf hineingezogen werden. „Da es sich bei der Krisenstreitmacht um eine Zusammenfassung nationaler Kontingente handeln würde, wäre ausreichend Spielraum für unterschiedliche nationale Entscheidungen gegeben" [22]). Der Verteidigungsminister hat sich zum Ziel gesetzt, „daß auch in der Bundesrepublik Deutschland eine eigene politische Führungsfähigkeit und eine Fähigkeit für Krisenmanagement und — bei einer weiteren Erosion von Bündnis und NATO — die Fähigkeit entwickelt werden muß, in allen Situationen selbst handlungsfähig zu bleiben" [23]).

Flexible response und Truppenverminderung

Die Anwendbarkeit dieser Strategie bedarf einiger Voraussetzungen, die vorerst zu erfüllen sind; zuerst einmal ist es notwendig, die beiden atomar bewaffneten militärischen Bündnissysteme an der „Demarkationslinie" auseinanderzurücken, um die Anwendung konventioneller Waffen zu ermöglichen, deren Gebrauch nicht sofort in einen atomaren Vernichtungskrieg umschlägt. Diesem Ziel soll die Truppenreduktion in Mitteleuropa dienen. „Heute, wo sich die Truppen unmittelbar an der Elbe gegenüberstehen, ist die NATO gezwungen, in der Frage des Konflikts in allerkürzester Frist den Befehl zur Auslösung der nuklearen Waffen zu geben. Bei Errichtung einer solchen Kontrollzone hätte sie sehr viel mehr Zeit, diesen Entschluß sorgfältig zu fundieren. Sie könnte vor diesem Entschluß an den Gegner das Ultimatum richten, seine Aktion zu stoppen, und hätte dann immer noch Zeit, den Druckknopf auszulösen" [24]). Gleichzeitig käme eine Truppenverminderung der Art, wie sie Helmut Schmidt sich vorstellt, einer qualitativen Umrüstung der Bundeswehr entgegen. Um sie zu der beabsichtigten Krisenstreitmacht umzuwandeln, bedarf es ihrer Aufgliederung in kleine mobile, schnell bewegliche Truppeneinheiten, deren Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen und der Qualifizierung der Bundeswehr durch den Ausbau des Offizierskorps, der Perfektionierung des Mobilmachungssystems und der Zentralisierung der militärischen Entscheidungsgewalt, die allein den gezielten und raschen Einsatz ermöglicht. Unter der Devise „größere Effektivität bei geringerer Truppenstärke" soll die Struktur der Bundeswehr beweglich gestaltet werden, weil dem Kriegsbild die Vorstellung der Blitzkriegsstrategie zugrunde liegt. „Die in einer Spannungskrise wahrscheinlichen Fälle militärischer Aggression sind örtlich begrenzte Faustpfandunternehmen in bestimmten Gebieten mit operativen Zielen, die mit einem sorgfältig kalkulierten Aufwand und in relativ kurzer Zeit erreicht werden könnten" [25]). „Verwirklichungen solcher Stellvertreterkriege lokalen Umfangs wären denkbar in Berlin, an deutschgesicherten Teilen der Demarkationslinie, in Nordgriechenland" [26]). „Eine Ausdehnung der taktischen Atomwaffen bis hinunter in die Kampftruppenteile" [27]) soll erfolgen, um durch einen schnelleren Übergang zum Einsatz von Atomwaffen im Rahmen der Eskalationsstufen den Druck auf den Gegner zu verstärken. „So könnte die Bündnisstrategie der flexiblen Abwehr mit angemessener Steigerung der Kampfhandlung und progressivem selektiven Rückgriff auf Nuklearwaffen überzeugender als bis-

22) G. Schmückle, Europa Archiv , Nr. 15/67, S. 554.
23) Helmut Schmidt, Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode Bonn, 6. 12. 1967, S. 7158.
24) Helmut Schmidt, Beiträge. Stuttgart 1968, S. 501.
25) „Die Welt", 9. 5. 1967.
26) Meyer-Detring, Wehrkunde, München 1967, Heft 7, S. 338.
27) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 5/12/39.

her formuliert und einem potentiellen Angreifer als unkalkulierbares Risiko angeboten werden" [28]). Zugleich auch spielt bei der Diskussion um die Senkung der Atomschwelle „die Möglichkeit, durch Nuklearexplosionen in unbesiedelten Gebieten Signale zu setzen, eine gewisse Rolle" [29]). Der Aufbau des Offizierkorps wird in dem Maße notwendig, wie durch neue Organisationsstrukturen und Bewaffnungssysteme die einzelnen Bundeswehreinheiten qualifiziert werden sollen. Die Perfektionierung des Mobilisierungssystems wird notwendig, um maximal alle Wehrpflichtigen zu erfassen als Voraussetzung für die Anwendung der konventionellen Kriegsführung. Mit einer Defensivstruktur der Bundeswehr hat dies nichts mehr zu tun. Den Richtlinien ihres Umbaus nach ist sie eindeutig nach Gesichtspunkten militärischer Blitzaktionen strukturiert. Helmut Schmidts Theorie der Wehrgerechtigkeit zielt darauf ab, aufgrund mangelnder Kapazitäten die Wehrdienstzeit auf fünfzehn Monate herabzustufen, um möglichst alle Wehrpflichtigen zu erfassen. Schon das zu verwirklichen, bedarf es der Qualifizierung durch den Ausbau des Offizierskorps [30]).

„Eine Truppenreduzierung um 5 % ... würde die Bundeswehr effektiver machen, ... weil wir natürlich in den Mannschaften ... nicht aber bei Offizieren und Unteroffizieren kürzen würden" [31]).

Der irrigen Hoffnung, daß es sich bei den Truppenreduktionsvorschlägen um Abrüstungsvorschläge handeln könnte, die auch gleichzeitig eine Senkung des Rüstungsetats erlauben könnten, tritt Helmut Schmidt entschlossen entgegen. „Kürzerer Grundwehrdienst spart kein Geld — er kostet mehr Geld wegen der höheren Personalunkosten für Ausbilder. Dabei ist nicht auszuschließen, daß ein Teil der Mehrkosten durch weitere Umschichtung innerhalb des Wehretats, die dann einer Beschleunigung des Aufbaus des Unteroffizierskorps dienen, aufgebracht werden kann. Wir brauchen mehr Unteroffiziere und Truppenoffiziere, um das Personal- und Ausbildungsproblem zu bewältigen" [32]). Die endgültige Umwandlung der Bundeswehr zur Krisenstreitmacht, die flexibel genug ist, Faustpfandunternehmen und Blitzkriegstrategien zu verwirklichen, gibt dem Heer eine doppelte Struktur, die bei geringerer Mannschaftsstärke militärisch effizienter sein soll. „Deshalb kommt es bei der Wehrpflicht eben keineswegs auf die Ausbildung der Wehrpflichtigen an, sondern vor allem auf die Verfügbarkeit einsatzbereiter präsenter Truppen. Dies wird meistens mißverstanden. Mit der Ausbildung der Soldaten ist es nicht getan. Nicht allein der Ausbildung wegen müssen sie dienen, sondern sie müssen vor allem dienen, um danach als ausgebildetes Instrument der Bündnis- und Sicherheitspolitik präsent zu sein. Ich vermute, daß die Tendenz im Laufe dieses Jahrzehnts zu einer aus zwei Komponenten zusammengesetzten Wehrstruktur führen wird: Einerseits zu jederzeit voll einsatzfähigen und vollaufgefüllten Verbänden, die weit überwiegend aus längerdienenden Mannschaften und längerdienenden oder Berufsoffizieren und Unteroffizieren bestehen, vorwiegend für Luftwaffe und Marine, aber auch für eine beschränkte Zahl verfügbarer Verbände des Heeres. Daneben wird es andere Verbände geben, die im Notfall durch Reservisten präsent gemacht werden, d. h. mit Reservisten gefüllt werden, die kraft der allgemeinen Wehrpflicht bei relativ kurzem Grundwehrdienst dazu

---

28) „Die Welt", 17. 11. 1969.
29) „Neue Zürcher Zeitung", 28. 11. 1968.
30) Vgl. Weißbuch 1970, S. 65 f.
31) H. Schmidt in Kontraste, HRD, 15. 7. 1971. Die Symbolik der ohne alle Gegenleistung vorgeschlagenen symbolischen Truppenverminderung um 5 % wird deutbar.
32) „Die Welt", 2. 6. 1971.

befähigt werden, mit relativ einfachen Waffen regionale oder lokale Kampfaufträge zu erfüllen. Diese Verbände werden anders ausgestattet sein als die vorgenannten" [33]). Diese Vorstellung steht einer Truppenreduktion also keineswegs prinzipiell entgegen, sondern sieht in ihr die Voraussetzung, zu einer qualitativen neuen Struktur des Heeres zu kommen.

Zugleich auch hofft Helmut Schmidt, durch die Verwirklichung seines Truppenreduktionsmodells einen militärischen Vorteil des Westens gegenüber dem Osten zu erlangen. „Ehe etwa sowjetische Truppen, die dann hinter dem Bug stehen, das Zentrum wiederreichen können, würden die NATO-Kräfte von jenseits des Rheins in heutigen Stellungen wieder aufkommen. Vor allem aber stehen in diesem Zentrum Europas die Streitkräfte der Bundeswehr" [34]). „Wenn die Sowjets in Zukunft wieder in die Begrenzungszone einmarschierten, hätte die NATO sehr viel mehr Zeit zur Alarmierung der Streitkräfte, zur Vorwärtsentfaltung von den deutschen Westgrenzen aus nach Osten. Und sie würde ihre gegenwärtigen Ausgangspositionen in Deutschland sehr viel schneller wieder erreichen als die Sowjets ihre gegenwärtigen Ausgangspositionen in Ostdeutschland" [35]). „Weiterhin muß darauf hingewiesen werden, daß die zur Zeit wichtigsten taktischen Atomwaffen des Westens, nämlich die Jagdbombergeschwader in Eifel und Hunsrück, bei Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone nur wenige Kilometer nach Westen verlegt zu werden brauchten, während die Jagdbombergeschwader der Sowjets große Ostwärtsverlegung erleiden würden" [36]). Wesentlich dabei ist, daß durch eine solche Rüstungsbegrenzungszone die Bundesrepublik für politische und militärische Alleingänge einen größeren Spielraum erhalten würde, wie es für die Umwandlung der Bundeswehr in eine Krisenstreitmacht als notwendig erachtet wird. „In einer solchen Zone der Rüstungsbegrenzung würde die Bundesrepublik im Verhältnis zu ihren NATO-Partnern eine Sonderstellung bekommen müssen" [37]). Die vorgeschlagene, symbolische Truppenreduktion um 5 % wäre kein echter Beitrag zur Abrüstung, wenn es sich bei ihm lediglich um eine Umstrukturierung der Bundeswehr handelt. Deshalb glaubt man gar, auf Verhandlungen überhaupt verzichten zu können. „Dabei denken diese Kreise (die die Truppenverminderung vorschlagen) weniger an Verhandlungen mit den Sowjets als vielmehr an die Entwicklung und Verwirklichung bestimmter militärischer Modelle, wie etwa die Rotation amerikanischer Heeres- und Luftwaffenverbände. Die Russen, hofft man, würden entweder dies Modell nachahmen oder ein anderes entwickeln" [38]). Daraus erklärt sich auch die Zurückhaltung, die gerade die Bundesregierung an den Tag legte, als es zum Signal von Tiflis kam, obwohl sie für sich stets beanspruchte, „maßgeblich am Zustandekommen des Signals von Reykjavik beteiligt" zu sein, das ja bekanntlich den sozialistischen Ländern die Truppenreduktion vorschlug [39]). Gegenwärtig stellt sich für die Verwirklichung dieses Problems zentral die Frage der Haltung Frankreichs, das nicht gewillt ist, ausländische Truppen auf seinem Boden zu stationieren, und ebenso wenig gewillt ist, dem Militär der Bundeswehr eine Sonderstellung in Europa einzuräumen.

(Schluß folgt)

---

33) Helmut Schmidt, „Die Welt", ebenda.
34) Beiträge, a.a.O., S. 491.
35) Ebenda, S. 492.
36) Ebenda.
37) Ebenda, S. 494.
38) Gerd Schmückle, Europa Archiv, 15/67, S. 554.
39) Weißbuch 1970, S. 10.

Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik Nixons

Von Martin Hall, Los Angeles

I

In diesem Sommer hat die Regierung Nixon politische Bomben explodieren lassen. Es begann mit der Ankündigung des Präsidenten, er habe — Ergebnis einer extrem geheimgehaltenen Reise Henry Kissingers nach Peking — eine Einladung angenommen, die Volksrepublik China zu einem beliebigen Zeitpunkt vor Mai 1972 zu besuchen. Keiner der Alliierten war konsultiert worden. Selbst die japanische Regierung wurde erst zehn Minuten vor der öffentlichen Bekanntgabe einer Entscheidung informiert, mit der die amerikanische Asienpolitik mindestens der letzten zwanzig Jahre über den Haufen geworfen wurde.

Am 15. August kündigte Nixon dann nach einer Geheimkonferenz mit den meisten seiner Wirtschaftsberater und mit dem unermüdlichen Kissinger die völlige Umkehrung seiner bisherigen Wirtschaftspolitik an. Löhne und Preise sollten für die Dauer von neunzig Tagen eingefroren und die meisten Importwaren mit einer zehnprozentigen Einfuhrsteuer belegt werden. Zur „Wiederbelebung" der Wirtschaft werde man bei der Besteuerung der Industrie einen zehnprozentigen Investitionskredit gewähren. Der siebenprozentige Steueraufschlag für amerikanische Autos solle beseitigt werden, und nicht zuletzt würden die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtung „aussetzen", Dollars gegen Gold, und zwar zum festen Satz von 35 Dollar pro Goldunze (31,1 g), einzutauschen.

Viele dieser Maßnahmen waren von den Demokraten gefordert worden. Bis eine Woche vor der Ankündigung hatten sich die Regierungssprecher jedoch hartnäckig jedem Gedanken einer Lohn- und Preiskontrolle widersetzt.

Seit langem hatten sämtliche Wirtschaftsindikatoren gezeigt, daß weder die inflationären Tendenzen noch die Arbeitslosigkeit zurückgehen würden. In der Tat waren die Arbeitslosigkeitsziffern, nach einem kurzen und unbedeutenden Rückgang um weniger als ein Prozent gegenüber dem nationalen Durchschnittswert von über sechs Prozent, wieder gestiegen. Die Lebenshaltungskosten steigen ständig.

Der Wechsel in der Regierungspolitik war so abrupt, daß keinerlei Apparat zur Verfügung stand, ihn in die Praxis umzusetzen. Das Amt für Notstandsplanung sah sich plötzlich der monumentalen Aufgabe gegenüber, das Einfrieren von Löhnen und Preisen zu überwachen, Entscheidungen über die Anwendung zu treffen und zahllose besorgte Fragen zu beantworten: Gibt es auch dann keine Lohnerhöhungen, wenn sie in gewerkschaftlichen Tarifverträgen vor dem 15. August vereinbart wurden? Erhalten Lehrer ihren jährlichen Gehaltszuwachs? — Die Armee, die zur Werbung von Freiwilligen Solderhöhungen angekündigt hatte, ließ durch den Stellvertretenden Verteidigungsminister Packard mitteilen, sie werde vom Lohnstopp ausgenommen. Kurze Zeit später widersprach der neue Schatzminister John Connally (ein früherer Gouverneur von Texas, der einzige Demokrat in Nixons Kabinett und jetzt sein offizieller Sprecher in Fragen der Wirtschaftspolitik) Packard und erklärte, die Solderhöhungen in der Armee

würden ebenso wie alle anderen Lohnforderungen während der Neunzig-Tage-Periode eingefroren.

Arbeitsminister Hodgson erhoffte sich ein Verbot aller Streiks während dieser Periode. Aber beim Streik der Hafen- und Lagerarbeiter an der Westküste, der dort während der letzten zwei Monate alle Häfen lahmgelegt hat, erklärte der Vorsitzende des Streikkomitees, Harry Bridges, öffentlich, der Ausstand werde so lange weitergeführt, bis die Forderungen der Gewerkschaft nach Lohnerhöhungen und besseren Ecklöhnen erfüllt seien.

Noch schlimmer wurde es für die Regierung, als alle der AFL-CIO angeschlossenen Gewerkschaften das Regierungsprogramm ablehnten. George Meany, der Präsident der AFL-CIO, bezeichnete es als „offenkundige Diskriminierung von Arbeitern und Arbeiterinnen". Dabei war George Meany eine der stärksten Stützen für Nixons Vietnampolitik gewesen und hatte in der Vergangenheit immer eng mit der Regierung zusammengearbeitet. Jetzt kam es zum Konflikt. Meany wies mit Recht darauf hin, daß der Lohn- und Preisstopp die Dividenden und Unternehmergewinne nicht betrifft. Dem Einfrieren der Löhne ständen steigende Profite gegenüber. Die Antwort der Regierung, das Gesetz zur wirtschaftlichen Stabilisierung gebe dem Präsidenten keine Vollmacht über Gewinne und Dividenden, konnte den in Rage geratenen alten Meany nicht befriedigen. Er erklärte, der Präsident hätte ja den Kongreß um derartige Vollmachten ersuchen können.

Zwei wenig diplomatische Bemerkungen von Arbeitsminister Hodgson und Schatzminister Connally machten einen Zusammenstoß mit den Gewerkschaften unvermeidlich. Hodgson erklärte, er habe den Eindruck, Meany sei „traurig weit entfernt von einer Übereinstimmung mit den Bedürfnissen und Wünschen der arbeitenden Männer und Frauen Amerikas". Connally goß dann noch Öl ins Feuer, als er Meany beschuldigte, er traue den Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern nicht zu, „ihre eigenen Probleme zu begreifen, was sie in Wirklichkeit durchaus tun".

Der frühere texanische Gouverneur Connally sah sich in Verlegenheit, als der heutige Gouverneur Preston Smith — seinerzeit Stellvertreter Connallys in Texas — öffentlich erklärte, er werde den Lehrern und den Angestellten im Öffentlichen Dienst in Texas (insgesamt 112 000) die Lohn- und Gehaltserhöhungen gewähren, mit der sie zum 1. September gerechnet hätten. Gouverneur Smith erklärte: „Weit wichtiger als ein bloßes Einfrieren der Löhne ist für Texas die Frage, ob der Präsident der Vereinigten Staaten die Macht hat, texanische Gesetze außer Kraft zu setzen." Das Justizministerium leitete ein Verfahren ein, um den Staat Texas zu zwingen, sich der Anordnung des Präsidenten zu unterwerfen.

Die Geschäftswelt erklärte sich eilfertig zur Unterstützung des Lohn- und Preisstopps bereit, denn für sie bedeutet der zehnprozentige steuerliche Investitionskredit einen wirklichen Anreiz.

Als Antwort auf die beharrliche Opposition seitens der Gewerkschaften und anderer Gruppen kündigte Nixon in einer sonst unbedeutenden Fernsehrede an, er werde eine Konferenz der Gewerkschaften, der Unternehmer und der breiten Öffentlichkeit einberufen, um praktische Schritte für die Zeit nach der 90-Tage-Periode zu beraten. Er erklärte, die Einfrierung von Preisen und Löhnen werde nicht über dieses Datum hinaus verlängert; er deutete jedoch nicht an, was stattdessen unternommen werden soll. Niemand glaubt daran, daß mit der 90-Tage-Periode die Inflation gestoppt und die Industrie über Nacht wiederbelebt werden kann. Irgendeine Art Kontrolle und Planung seitens der Regierung scheint not-

wendig zu sein. Da es jedoch keine konkreten Vorschläge gibt, dominiert die Unsicherheit, die nicht ohne Auswirkungen auf die Börse geblieben ist. Zunächst trieb ein Ausbruch optimistischer Begeisterung die Kurse in die Höhe. Das dauerte jedoch nur drei Tage. Dann sackten sie wieder ab, wurden bestenfalls nicht notiert und sanken nach der Veröffentlichung entmutigender Informationen noch weiter ab.

Präsident Nixon hat bereits viel Zeit damit verbracht, im Lande herumzureisen, als habe der Wahlkampf für 1972 bereits begonnen. Vor kurzem sprach er über das „Arbeitsethos" unserer Vorfahren. Derartig schlichte Ermahnungen, sich daran zu erinnern, „daß keine Arbeit entwürdigend ist" und daß „der Stolz darüber, gute Arbeit zu leisten, mehr wert ist als finanzielle Vorteile", mögen in einigen ländlichen Gemeinden Beifall auslösen, Stimmen werden sie jedenfalls in der Wahlperiode nicht bringen. Der Präsident hat plötzlich jedes Interesse an seinem sozialen Reformprogramm und an seinem Plan verloren, die Beteiligung von Staaten und Großstädten am Steueraufkommen zu regeln. Wenn er den „Willen, sein Tagewerk zu vollbringen", noch immer als Haupttugend eines Bürgers bezeichnet, dann vergißt er die Tatsache, daß Millionen, die arbeiten wollen, keine Beschäftigung finden können. Dabei steigt der Anteil junger Erwachsener ständig; sie haben vor kurzem das Wahlrecht erhalten und können sehr wohl ein verändertes Wahlergebnis bewirken.

II

Der Präsident hat einen neuen Feind erfunden, der die Wirtschaft Amerikas bedroht: „die internationalen Geldspekulanten". Da er sich in einzigartiger Weise als unfähig erwiesen hat, mit der Dollarkrise fertig zu werden, schiebt er die Schuld dafür anderen in die Schuhe. Im Ergebnis der gegenwärtig im In- und Ausland geführten Verhandlungen rechnet man mit einer Dollarabwertung um 12 %. Dies verbessert zwar die Wettbewerbslage amerikanischer Exporte auf dem Weltmarkt; es ist jedoch klar, daß Länder, die bereits durch die zehnprozentige Einfuhrsteuer benachteiligt werden, zurückschlagen können, falls diese aufrecht erhalten wird. Wichtige Gespräche mit fünf Mitgliedern des japanischen Kabinetts, die zu Verhandlungen über Handelsbestimmungen nach Washington gekommen waren, haben bereits gezeigt, wie schwierig es werden wird, zu irgendeiner Abmachung zu kommen. Dieses Treffen fand in der zweiten Septemberwoche statt — vor dem Hintergrund einer Handelsbilanz, die für Japan einen Gewinn von 2,8 Mrd. Dollar verzeichnete. Außenminister Rogers machte den Kabinettsmitgliedern strenge Vorhaltungen und erklärte: „Alle maßgeblichen Wirtschaftsindikatoren belegen Japans Großmachtrolle; Ihre Währungsparität hat sich jedoch gegenüber dem 1953 vereinbarten Stand nicht verändert, und damals war Japan schwach und verwundbar ... Andererseits haben Sie amerikanische Importe nach Japan durch Beteiligungen und Lizenzforderungen behindert ... Psychologisch hat das bei Unternehmer- und Gewerkschaftskreisen unseres Landes zu Ressentiments wegen der Beschränkung von US-Exporten und amerikanischen Investitionen sowie zu Befürchtungen angesichts der Durchdringung des amerikanischen Marktes mit japanischen Waren geführt."

Die Antwort des japanischen Außenministers Fukuda war klar und deutlich. Er wies darauf hin, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA nicht auf einer gestörten Handelsbilanz mit Japan beruhten, sondern auf dem Mißerfolg der egoistischen Steuer- und Finanzpolitik Amerikas. Er fügte hinzu, die USA täten gut daran, ihren zehnprozentigen Importaufschlag wieder aufzuheben.

Andernfalls könnten andere Länder gezwungen sein, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die den Zusammenbruch des freien Handelssystems bewirken würden.

Wie tief die Differenzen mit Japan wirklich sind, wurde durch eine Bemerkung des früheren japanischen Außenministers Zentaro Kosaka illustriert, die dieser in einem Interview mit „Newsweek" machte: „Mein persönlicher Vorschlag zur Lösung unserer Probleme besteht darin, daß Japan den USA eine Anleihe in Höhe von 4 Mrd. Dollar gewährt, die die USA in öffentlichen Investitionen anzulegen hätten — wie zur Zeit des ‚New Deal'."

Auf amerikanischer Seite gibt es noch immer die alte Arroganz gegenüber Asiaten. „Newsweek" zitiert einen Beamten des amerikanischen Schatzministeriums, der gesagt haben soll: „Jede Stabilisierung der gestörten Handelsbilanz, die uns 6,2 % Arbeitslosigkeit und Japan nahezu keine bringt, steht völlig außer Frage." Die Serie von Nackenschlägen für die Japaner könne die asiatische Inselgroßmacht sehr wohl zu „Amerikas wirtschaftlichem Vietnam" machen, meinte der Tokioter Vertreter von „Newsweek".

Daß Japan weder zu Nixons Plan eines Peking-Besuches noch zur neuen Wirtschaftspolitik konsultiert wurde, wirkt sich jetzt dahingehend aus, daß die japanische Regierung offen andeutet, Japan werde künftig einen unabhängigen Kurs steuern. Die erste direkte Konsequenz besteht in der Weigerung Japans, die US-Resolution über eine Zwei-China-Politik zu unterstützen, wenn in den Vereinten Nationen über sie abgestimmt wird.

III

Nixon scheint lange gezögert zu haben, bevor er sich auf das gegenwärtige wirtschaftliche Glücksspiel eingelassen hat. Ähnlich wie der geplante Peking-Besuch ist auch diese Entscheidung offenbar nicht in all ihren Konsequenzen durchdacht worden. Denn sollte Nixon an der Wirtschaftsfront Mißerfolg haben und gleichzeitig seine Verbündeten in Übersee verprellen, dann würde er kaum noch die Wahl im Jahre 1972 gewinnen können.

Es stimmt, daß er durch die Übernahme eines Teils der Vorschläge, die die Demokraten seit langem befürwortet haben, die Opposition zumindest vorübergehend gelähmt hat. Von den führenden Senatoren ging nur McGovern nicht in diese Falle; er bezeichnete Nixons Spielplan als „wirtschaftlichen Wahnsinn".

Einige seiner demokratischen Kollegen lobten den Präsidenten und versprachen sogar, seine Steuerpläne im Kongreß zu unterstützen. Doch die praktisch einstimmige Opposition der Gewerkschaftssprecher hat ihnen Zeit und Möglichkeit gegeben, ihre Haltung noch einmal zu überdenken.

Präsident Nixon hat seine neue Wirtschaftspolitik zusammengefaßt mit der Aussage, eine „Prosperität ohne Krieg" müsse „mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen, das Ansteigen der Lebenshaltungskosten bremsen und den Dollar vor den Angriffen der internationalen Geldspekulanten schützen".

Zu diesem Zweck schlägt er ein Gesetz des Kongresses über die Entwicklung von Arbeitsmöglichkeiten vor, das den Unternehmern einen einjährigen Steuerkredit einräumen würde. Den Unternehmern würden damit 3,5 Mrd. Dollar in den Schoß fallen. Dabei muß man sich daran erinnern, daß die Unternehmer unmittelbar vor Nixons Ankündigung des Lohn-Preis-Stopps vom Schatzministerium noch eine Steuerermäßigung von 4 Mrd. Dollar jährlich erhalten hatten, die über eine Periode von zehn Jahren verlängert werden soll.

Die Regierung hofft mit diesen Stimulantien die großen Unternehmen zu neuen Investitionen zu ermutigen. Man wird gut daran tun, sich in diesem Zusammenhang an die Warnungen der Stahlindustrie zu erinnern, jeder längere Streik werde diesen Industriezweig ebenso wie die Autoindustrie veranlassen, derart umfassend zu mechanisieren, daß die Zahl der Arbeitsplätze in Zukunft absinken würde. Verglichen mit den verschwenderischen Geschenken an die Unternehmer ist der Vorschlag, für jeden einzelnen Steuerzahler und für jede von ihm abhängige Person den Steuerfreibetrag um 50 Dollar jährlich anzuheben, und das für einen Zeitraum von einem Jahr, mit Recht als eine Beleidigung des Staatsbürgers bezeichnet worden.

Die Gehaltserhöhungen für Bundesangestellte wurden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die Gehaltsliste auf Bundesebene soll um 5 %, die nichtmilitärische Auslandshilfe um 10 % gekürzt werden. Die Bundesausgaben sollen dann noch einmal um 5 % reduziert werden; die Kürzungen sollen sämtlich das hart bedrängte Ministerium für Gesundheitswesen, Bildung und Soziales betreffen.

Da Nahrungsmittel vom Preisstopp ebenso ausgenommen bleiben wie landwirtschaftliche Produkte, Nahrungsmittel jedoch den Hauptteil im Budget der arbeitenden Bevölkerung ausmachen, trifft das Einfrieren der Löhne die Armen weit härter als die gutbezahlten leitenden Angestellten, in deren Budget die Ausgaben für Nahrungsmittel eine weit geringere Rolle spielen. Das gleiche gilt für die ebenfalls hart betroffenen Alten und für die meisten derjenigen, die von festem Einkommen leben, von Pensionen, Renten oder Sozialhilfe. Schon vor Beginn der 90-Tage-Periode waren Löhne, Sozialhilfen und Pensionen weit hinter den ständigen Preissteigerungen zurückgeblieben, so daß jetzt die Kaufkraft der unteren Schichten der Bevölkerung weiter beschnitten wird. Und während der Präsident den Lohn- und Preisstopp „angeordnet" hatte, „appellierte" er lediglich an die Unternehmen, ihre Profite für diesen Zeitraum gleichfalls einzufrieren.

IV

Um die oft überraschenden politischen Schachzüge des Präsidenten zu verstehen und um die Gründe für zwei dramatische Kurswechsel in seiner Politik — zunächst im Hinblick auf die Volksrepublik China und jetzt in seiner Wirtschaftspolitik einschließlich der Abschaffung des Goldstandards und der Errichtung einer protektionistischen Zollschranke — auszumachen, genügt es nicht, auf die kritische Situation des Dollars oder auf die offensichtlich gescheiterten Versuche hinzuweisen, die Inflation zu stoppen oder die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Für den Politiker Nixon ist der Zeitpunkt solcher Überraschungen mindestens ebenso wichtig wie die Entscheidungen selbst. Er hätte es vorgezogen, einen drastischen Wechsel in der Wirtschaftspolitik erst später zu vollziehen, so daß ein möglicher Erfolg sich bei den Wahlen des Jahres 1972 zu seinen Gunsten hätte auswirken können. Wahrscheinlich hätte er auch seine neue Einstellung gegenüber China aus dem gleichen Grunde lieber verschoben. Im letztgenannten Fall wollte man mit der plötzlichen Ankündigung der Pekingreise den Druck vom Weißen Hause nehmen und alle Versuche abblocken, den Präsidenten zur Festsetzung eines definitiven Datums für den Truppenabzug aus Vietnam bis Ende dieses Jahres sowie zu ernsthaften Verhandlungen über die in Paris vorgelegten Friedensvorschläge zu zwingen. Offensichtlich hatte man den Preis, den er für diese Entscheidung zu zahlen hatte — die Verschlechterung der Beziehungen mit Japan, Taiwan und anderen asiatischen Ländern —, von vornherein als tragbar und unvermeidlich einkalkuliert.

Die neue Wirtschaftspolitik mußte zu diesem Zeitpunkt bekanntgegeben werden, weil der Bankrott von Nixons ursprünglicher Politik sich in jeder Familie bemerkbar machte und von den Demokraten immer erfolgreicher als Hauptargument für den kommenden Wahlkampf benutzt wurde. Beide große Parteien haben längst mit dem Wahlkampf begonnen.

Falls die Demokraten sich von dem Schock erholen, der den meisten von ihnen die Sprache verschlagen hat, und wenn sie die plötzlich erreichte Einigkeit in der organisierten Arbeiterschaft zur Basis ihres Kampfes gegen die Innenpolitik der Republikaner machen, dann wird Nixon seine Entschlüsse noch bedauern. Denn es ist klar, daß die wirklichen Probleme und damit die Entscheidung darüber, ob die neue Wirtschaftspolitik besser als die diskreditierte alte funktionieren wird, noch ausstehen.

Die Unsicherheit darüber, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden, wenn der neunzigtägige Lohn- und Preisstopp am 13. November beendet sein wird, haben die Börse nervös gemacht. Ernster ist jedoch die Auswirkung auf die Wirtschaft, die vorsichtige Unternehmer davon abgehalten hat, ihre Investitionen zu vergrößern, ihre Maschinenparks neu auszurüsten und die „neuen Arbeitsplätze" zu schaffen, von denen Nixon gesprochen hatte. Inzwischen hat Nixon seinen sozialen Reformplan zurückgestellt, ebenso den groß angekündigten Plan einer Beteiligung der Staaten und Großstädte am nationalen Steuereinkommen. Sie werden so lange aufgeschoben, bis zumindest die Hauptpunkte der neuen Wirtschaftspolitik verwirklicht sind. Aber die Lage in den Großstädten ist verzweifelt, und die Finanzen der Bundesstaaten sind zerrüttet. Jedes Zurückstellen der finanziellen Unterstützung der Staaten und der großen Stadtzentren kann für die Republikaner 1972 verheerende Folgen haben.

Es mag also so aussehen, als seien alle Umstände günstig für die Demokraten. Mit der Unterstützung durch die organisierte Arbeiterschaft könnten sie den diskriminierenden Charakter der Regierungspolitik in Wirtschaftsfragen attackieren. Sie könnten eine Politik fordern, die zu einer Neuverteilung der nationalen Reichtümer führen würde; dazu müßten sie die privilegierte Stellung der Monopole aufs Korn nehmen und die ständig wachsende Kraft der Verbraucherbewegung einbeziehen. Eine solche Kampagne würde jedoch notwendigerweise Kritik am Funktionieren der bestehenden Steuermechanismen beinhalten. Diese wurden sämtlich in den Tagen des New Deal installiert; die meisten von ihnen sind jedoch von Instrumenten zur Steuerung der großen Unternehmen zu Agenturen geworden, die mehr oder weniger von den großen Unternehmen gesteuert werden. Es würde Mut und Vorstellungskraft erfordern, die Art von breiter Koalitionsplattform zu entwickeln, die die Wählerschaft von der Notwendigkeit überzeugen könnte, Nixon 1972 eine Abfuhr zu erteilen.

V

Es sollte inzwischen klar sein, daß — welche Überraschung Nixon bis zu den Wahlen des Jahres 1972 auch noch planen und wie kurzfristig ihre jeweilige Auswirkung auch immer sein mag — die Opposition es sich nicht leisten kann, abseits zu stehen und lediglich auf den Zusammenbruch der Regierungspolitik zu warten.

Nixon hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er den Kongreß und dessen demokratische Mehrheit für jede weitere wirtschaftliche Rezession verantwortlich machen wird, wenn seine Vorschläge nicht akzeptiert und zum Gesetz gemacht

werden. Sollte andererseits der Kongreß lediglich die Regierungsvorschläge übernehmen, so kann Nixon sich immer als Urheber aller möglicherweise positiven Ergebnisse hinstellen. Nur eine plausible, überzeugende Alternativpolitik, die von der organisierten Arbeiterschaft, von den Minderheiten, den Arbeitslosen und Rentnern unterstützt werden müßte, könnte alle künftigen Manöver der Republikaner neutralisieren. Nur eine derartige Politik könnte auch für die 5 Millionen 18—20jährigen Neuwähler attraktiv sein.

Es wäre ein Fehler, wollte man den Effekt unterschätzen, den ein plötzlicher Aktionsstoß nach einer so langen Periode des Zögerns und der Untätigkeit seitens der Regierung beim Durchschnittsbürger hervorruft. In dieser Situation sieht nahezu jede Initiative gut aus. Es war ein Meisterstück des Präsidenten, einen prominenten Demokraten, John Connally, den früheren Gouverneur von Texas, für das Amt des Schatzministers auszuwählen und ihn zum Chefsprecher in wirtschaftspolitischen Fragen zu machen. Er sieht gut aus, ist ein zwingender Redner, robust und jederzeit zur politischen Auseinandersetzung bereit, andererseits jedoch auch vertraut mit der Art und Weise, in der der Kongreß behandelt werden will — Connally ist exakt der geeignete Mann für dieses Amt. Was ihn persönlich anbetrifft, so spielt Connally mit hohem Einsatz. Sollte die neue Wirtschaftspolitik fehlschlagen, so werden seine früheren Kollegen aus der Demokratischen Partei von einer gerechten Niederlage sprechen, die einen Mann ereilt hat, der in das Lager Nixons überwechselte. Und Nixon selbst würde keinen Moment zögern, jeden Fehlschlag „jenem Demokraten" Connally in die Schuhe zu schieben. Auf der anderen Seite hat ihn die Möglichkeit gelockt, im Jahre 1972 Nixons zweiter Mann zu werden und Spiro Agnew zu ersetzen, der immer mehr als Belastung empfunden wird.

Connally wäre der letzte, der sich für eine Kostenbeteiligung der Unternehmer am Zustandekommen von Nixons „Prosperität ohne Krieg" einsetzen würde. Während der neue Plan Beschränkungen der Regierungsausgaben vorsieht, wird der Verteidigungshaushalt noch erhöht. Steigen werden damit auch die Profite der Vertragspartner des Verteidigungsministeriums.

Am 16. August wurde Connally im Verlauf einer Pressekonferenz gefragt: „Herr Minister, als Sie sich entschlossen, Löhne, Preise und Mieten einzufrieren, haben Sie da überhaupt daran gedacht, auch die Dividenden einzufrieren?" Er antwortete: „Es gab keine Vollmacht, Dividenden einzufrieren. Dennoch hat der Präsident, wie Sie gehört haben, an die amerikanischen Unternehmer appelliert, Geist und Buchstaben des Gesetzes zur Stabilisierung der Wirtschaft von 1970 zu befolgen. Wir waren nicht der Meinung, daß eine Analyse und eine Anwendung dieses Gesetzes auf Profite während einer Periode von 90 Tagen eine praktikable Verfahrensweise wäre. Wir waren der Ansicht, daß bei einer Kontrolle der Preise auch die Profite der amerikanischen Unternehmer nicht allzu groß sein können."

In der Augustausgabe ihres Informationsbriefes berichtete die New Yorker First National City Bank, im zweiten Quartal dieses Jahres seien die Gewinne der Unternehmen 11 % höher als im vergangenen Jahr gewesen, und der Index der Gewinne nach Abzug der Steuern sei für die Hersteller um 18 % gegenüber den Werten des gleichen Zeitabschnittes 1967 gestiegen und bewege sich in der Nähe des im vierten Quartal von 1968 erreichten Hochs. Diese Zahlen sind um so bezeichnender, als sie sich auf eine Periode beziehen, in der nur 73 % der Industriekapazität der USA ausgelastet sind.

In seinem alle zwei Wochen erscheinenden Informationsdienst aus Washington

schrieb I. F. Stone am 26. August: „Mit dem Einfrieren hat Nixon den Demokraten politisch die Möglichkeit eröffnet, eine neue Wirtschaftspolitik zu verfolgen. Hätte ein demokratischer Präsident den Lohn- und Preisstopp verfügt, dann wäre die Geschäftswelt in Aufruhr. Wie im Fall Chinas mußte ein republikanischer Präsident den Durchbruch herbeiführen. Sein Wirtschaftsprogramm begünstigt einseitig die Reichen und die großen Unternehmer, aber sie bilden seine Wählerschaft ... Das Nationalkomitee der Demokraten ... hat sich darüber beklagt, daß dies ein ‚Republikanisches Programm' sei. Das war naiv und unfair. Das steuerliche Beiwerk ist republikanisch und soll das Programm für Nixons Anhänger schmackhaft machen. Aber das Kernstück — das Einfrieren und die Abwertung — wurde von den Demokraten übernommen. Es ist jetzt Sache der Demokraten, zu zeigen, daß sie es besser machen können."

Können sie das wirklich? Das Weiße Haus hat bekanntgegeben, der Lohn- und Preisstopp werde am 13. November beendet. Und danach würden einige harte neue Maßnahmen ergriffen, unter anderem müsse die Industrie Federn lassen. Da wir den Präsidenten kennen, können wir bereits vorhersagen, daß er auch weiterhin den Demokraten die Schau stehlen wird — mit einer Ausnahme. Sie besteht darin, daß sowohl Republikaner wie Demokraten die Probleme nicht mehr verstehen, mit denen die amerikanische Wirtschaft fertig werden muß. Jahr für Jahr, mit jedem technologischen Fortschritt wird der Abstand zwischen reich und arm größer. Eine Neuverteilung des Vermögens kann nicht mehr nur mit sekundären Beschwichtigungsmaßnahmen erreicht werden. Erforderlich sind grundlegende Änderungen und ein neues Denken. Der Druck zur Herbeiführung dieses neuen Denkens, dieser neuen Analyse unserer grundlegenden Wirtschaftsprobleme kann nur von denjenigen kommen, die so lange entrechtet bleiben, wie das gegenwärtige Denken beibehalten wird. Wie immer in unserer Gesellschaft wird der Druck nur dann erfolgreich sein, wenn er von einer organisierten Opposition ausgeübt wird.

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

1 *Holz* Utopie und Anarchismus. 134 S. Beim Verlag vergriffen.

2 Sozialdemokratie und Sozialismus heute. 230 S. DM 5,–

3 *Beyer* Tendenzen bundesdeutscher Marxbeschäftigung. 151 S. Beim Verlag vergriffen.

4 *Rose* Konvergenz der Systeme. 214 S. DM 9,80

5 *Beyer Vier* Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács. 232 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Ein Jahr Unidad Popular in Chile

Von Dieter Boris, Elisabeth Boris und Wolfgang Ehrhardt

Der Wahlsieg der „Unidad Popular" (Volkseinheit) und ihres Kandidaten Salvador Allende im September 1970 wurde in der Weltöffentlichkeit — je nach politischer Couleur — mit großem Jubel oder ernster Besorgnis aufgenommen. Übereinstimmung bestand jedoch darin, daß eine aus dem Wahlausgang sich ergebende Umwälzung der sozialen Verhältnisse in Chile und deren längerfristige Stabilisierung nicht nur auf den lateinamerikanischen Kontinent, sondern auch auf das internationale Kräfteverhältnis einen nicht zu unterschätzenden Einfluß ausüben würde.

I

Zur Klärung der naheliegenden Frage, wie es in dem von blutigen Umstürzen und Machtusurpationen gezeichneten Lateinamerika überhaupt möglich gewesen ist, daß eine von marxistischen Parteien — der Sozialistischen und der Kommunistischen — geführte Volksfront in einem legalen Wahlverfahren an die Macht zu gelangen imstande war, können einige Hinweise auf die Eigentümlichkeiten der chilenischen Geschichte dienlich sein.

Grob gesprochen, ist die Situation Chiles dadurch gekennzeichnet, daß es über ein relativ fortgeschrittenes politisches System (dem ein allgemein hoher politischer Bewußtseinsstand entspricht) verfügt, andererseits viele ähnliche ökonomische Strukturen wie seine Nachbarländer aufweist. Die Rolle und Tradition des chilenischen Militärs, des Parlaments und des Staates, der Umfang und die politische Stärke der Arbeiterklasse und der kleinbürgerlichen Zwischenschichten (Angestellte und Freiberufliche) — um nur einige in mehr oder minder starkem Maße von anderen lateinamerikanischen Staaten abweichende gesellschaftliche Elemente zu erwähnen — gehen auf verschiedene Perioden der chilenischen Geschichte zurück. Die starke Stellung des Staates in Gesellschaft und Politik z. B., wie auch die Rolle des ihm im wesentlichen untergeordneten Militärs, ist weitgehend Resultat der Jahrhunderte währenden Kampfsituation der europäischen Einwanderer und Kolonisatoren gegenüber den einheimischen Indianerstämmen. Diese besondere Konstellation behinderte lange Zeit das Aufkommen großer Landbesitze und eine Vielfalt dezentraler Caudillo-Gewalten und erforderte stattdessen die Konzentration und Monopolisierung der staatlichen und militärischen Macht. Dieser Umstand begünstigte nach der Unabhängigkeit (1818) die Entfaltung eines relativ starken einheimischen Kapitalismus bis 1850/60, welcher der Einführung eines Rechtssystems entsprach, das in mancher Hinsicht zu den fortschrittlichsten jener Zeit gehörte [1]). Während in vielen anderen Ländern Lateinamerikas Differenzen innerhalb der Oligarchie gewöhnlich in fehdeähnlichen Cliquenkämpfen und durch Putsche (falls man die Zuhilfenahme der staatlichen Machtmittel für nötig erachtete) bereinigt wurden, bildete in Chile schon sehr früh das Parlament eine entsprechende „Stätte der Begegnung" für die Oligarchie. Nicht zuletzt dieser rationalisierten Form der Herrschaftsausübung ist es zuzuschreiben, daß Chile im „Salpeterkrieg" (1879—1883)

1) Z. B. die Verfassung von 1833 und der Código Civil von 1857.

in der Lage war, seinen Nachbarn Peru und Bolivien Territorien zu entreißen, die im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts erhebliche ökonomische Bedeutung erlangen sollten. Zwar mußte Chile die Ausbeutung seiner natürlichen Reichtümer (Salpeter und Kupfer) weitgehend dem britischen Großkapital überlassen, doch war die damals einsetzende rasche und punktuelle ökonomische Entwicklung auch für die einheimische herrschende Klasse insofern einträglich, als die Handelsbourgeoisie am neu erschlossenen Reichtum partizipieren konnte, der Export der Latifundistas florierte und der Staat Salpeterexportsteuern bezog, die eine auch nur minimale Belastung einheimischer Besitzklassen entbehrlich machte.

Sowohl durch den Salpeter- und Kupferbergbau wie auch durch die dazugehörigen infrastrukturellen Ausstattungen (Eisenbahnbau, Straßenbau, Erweiterung der Hafenanlagen etc.) entstand schon in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine Arbeiterklasse, deren Umfang, lokale Konzentration und Militanz in keinem anderen lateinamerikanischen Land erreicht wurde. Die ersten gewerkschaftlichen Massenkämpfe unter Führung der Bergarbeiter datieren aus den 80er Jahren, und die erste sozialistische Arbeiterpartei wurde bereits um die Jahrhundertwende gegründet. Schon kurz vor dem Ersten Weltkrieg konnte sich die marxistische Richtung in ihr unter Führung von Emilio Recabarren gegen mutualistische und anarcho-syndikalistische Strömungen durchsetzen. 1920 benannte sich die Partei in „Kommunistische Partei Chiles" um und trat 1921 der 3. Internationale bei. Wenn auch das Proletariat bis zu diesem Zeitpunkt und danach der herrschenden Klasse gewisse Rechte und Garantien abtrotzen konnte und einen Machtfaktor im politischen Kräftefeld darstellte, waren es doch eher die mit der Ausweitung des Staats- und Verwaltungsapparats entstehenden Zwischenschichten, die — nächst der traditionellen Oligarchie — eine wichtige Rolle in der politischen Geschichte des Landes, insbesondere seit 1920, spielten.

Im Gefolge der starken Erschütterungen, die die Weltwirtschaftskrise in Chile verursachte, kam es 1938 zu der ersten Volksfrontregierung, die ein Bündnis dieser Schichten und der Arbeiterklasse darstellte. Zwar konnte unter ihr auch das Proletariat seine Position durch die eingeleiteten Entwicklungs- und Industrialisierungsmaßnahmen in gewissem Umfang festigen, doch ging es 1947, als ihm das Bündnis jäh aufgekündigt und das Verbot der Kommunistischen Partei erlassen worden war, politisch geschwächt und gespalten aus dieser Phase hervor. Erst während zweier Regierungsperioden (1952—1964), die die klare Herrschaft der Vertreter der Rechten manifestierten und Chile immer stärker in die ökonomische Stagnation (verbunden mit dem Absinken des Lebensstandards der breiten Massen) führten, gelang es der Linken, neue Kräfte zu sammeln und wiederum eine gemeinsame Front zu bilden, die schon bei den Präsidentschaftswahlen 1958 ernsthaft die Hegemoniestellung der Großbourgeoisie gefährdete. Als deren Wahlchancen 1964 durch die weiter fortgeschrittene Politisierung der Volksmassen aussichtslos waren, präsentierte sie (im Verein mit interessierten US-amerikanischen und westeuropäischen Teilhabern) den dynamischen Christdemokraten Eduardo Frei, der mit seinem Slogan „Revolution in Freiheit" sowohl die unterdrückten und marginalen Schichten wie auch die auf wirtschaftliche Freiheit bedachten Kreise anzusprechen verstand.

So entwickelte die christdemokratische Politik [2]) des „dritten Weges" — konzipiert als Alternative zur kubanischen Revolution — auf der Grundlage einer heterogenen Klassenbasis durchaus notwendige und teilweise fortschrittliche

2) Vgl. hierzu die Ausführungen der Verf. in: Lage und Perspektiven Chiles, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", H. 10 (Oktober 1970), S. 1075—1092.

Gesetzesinitiativen, die aber entweder in ihrer Anlage unzureichend waren oder in ihrer Durchführung an der immer größeren Kompromißbereitschaft gegenüber einheimischen wie ausländischen traditionellen Interessen scheitern mußten.

Beispielsweise ermöglichte die intendierte radikale Agrarreform zum erstenmal in der chilenischen Geschichte die Bildung von Arbeiterorganisationen auf dem Lande; gleichzeitig wurden aber Expropriation und Verteilung von Boden an landlose Familien immer wieder verschleppt und nicht einmal die von der Regierung gesetzten bescheidenen Ziele erreicht, so daß die Herrschaftsstruktur auf dem Lande unangetastet blieb; andererseits verursachten die Enteignungen sehr hohe Kosten (durch Aufkauf der Ländereien und Ausstattung der angesiedelten Bauern), denen nur geringe landwirtschaftliche Zuwachsraten gegenüberstanden.

Ebenso erfolglos blieb die Politik der „Chilenisierung" des Kupferbergbaus, die eine Teilhabe des Staates an den wichtigsten Unternehmen dieses Sektors beinhaltete. Mit Rücksicht auf die betroffenen US-amerikanischen Konzerne und die für die Weiterverarbeitung des Kupfers zu interessierenden ausländischen Investoren wurden Verträge und Zahlungsmodi unter äußerst ungünstigen Bedingungen abgeschlossen. Die Kosten der gescheiterten Reformen wurden zum größten Teil der Arbeiterklasse aufgebürdet. Die relativ günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Jahre 1964—1966 konnte — selbst auf der Basis extrem hoher Kupferpreise des Weltmarkts — in den folgenden Jahren nicht aufrecht erhalten werden, so daß — bei hohen Inflationsraten — der Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten sinken mußte. Eine Reihe von heftigen Streikauseinandersetzungen, die neben Industrie- und Minenarbeitern auch das Landproletariat sowie Teile der Angestellten erfaßten, beantwortete die Regierung mit stets größerer Repression.

Es ist einleuchtend, daß in dieser politischen Situation dem Versuch der Gewinnung „marginaler" Schichten sowie des Landproletariats als eigener Massenbasis enge Grenzen gesetzt waren, während die Manöver zur Spaltung der kommunistisch und sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung vollständig mißlangen. Im Gegenteil: Durch die stets deutlicher werdende Diskrepanz zwischen christdemokratischen Versprechungen und der Wirklichkeit sowie durch intensive und kontinuierliche politische Arbeit der Linken konnte diese ihre Position festigen und die Polarisierung der Klassenkräfte vorantreiben.

Diese politisch günstige Lage ermöglichte ein Wiederaufleben der FRAP („Frente de Acción Popular", ein in zahlreichen Wahlen seit 1956 bestehendes Bündnis der Linksparteien), zumal die Christdemokraten bei den Gemeindewahlen 1967 wie bei den Parlamentswahlen von 1969 erhebliche Schlappen einstecken mußten, wohingegen die beiden Parteien der Arbeiterklasse ihre Stimmenanteile zu vergrößern vermochten. Ausdruck dieser Konsolidierung der Linken wurde schließlich die Bildung der „Unidad Popular" vom Oktober 1969.

Das Programm der UP — der neben Sozialisten und Kommunisten die Radikale Partei, der christdemokratische Splitter MAPU („Movimiento de Acción Popular Unitario") sowie zwei sozialistische bzw. sozialdemokratische Splittergruppen angehören — geht über die bisherigen programmatischen Erklärungen linker Wahlbündnisse weit hinaus und enthält folgende wesentliche Forderungen: Erweiterte Befugnisse der zentralen Planungsbehörde, Verstaatlichung der gesamten Grundstoffindustrie sowie der in- und ausländischen Monopole inklusive der Banken, Förderung der mittleren und kleineren Betriebe (durch staatliche Beteiligung oder Kreditgewährung) bei bestimmten Produktionsauflagen, Beschleuni-

gung der Agrarreform und entschiedene Bekämpfung der Inflation. Ebenso: rechtliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens, ein forciertes Wohnungsbauprogramm sowie die Beseitigung von regionalen Disparitäten. Schließlich ist in ihm festgelegt, daß mit allen sozialistischen Ländern diplomatische und Handelsbeziehungen aufgenommen werden [3]). Gleichfalls waren die Parteien und Organisationen der UP übereingekommen, an Arbeitsplätzen und in den Wohnbezirken „Comités de Unidad Popular" zu gründen, um eine anhaltende Mobilisierung ihrer Anhänger zu gewährleisten, die im Falle des Sieges an Ort und Stelle konterrevolutionäre Gegenschläge abwehren sollten.

II

Der knappe Wahlsieg Allendes vor dem Kandidaten der Rechten ist folgendermaßen zu interpretieren: Während ein großer Teil früherer Frei-Wähler die Rechte (Alessandri) unterstützte und der PDC-Kandidat Tomic — trotz eines mit linken Parolen geführten Wahlkampfes — den sich seit 1967 abzeichnenden Stimmenverlust seiner Partei nicht aufhalten konnte, war es der UP möglich, nicht nur ihren traditionellen Anhang zu erhalten, sondern auch in bisher unerreichte Schichten — Landarbeiter und Subproletariat — vorzudringen. Die numerische Knappheit des Wahlsieges der UP wird durch die Tatsache relativiert, daß ein Großteil der Tomic-Wähler in bezug auf ihre soziale Lage und ihren Bewußtseinsstand sich von den UP-Wählern kaum unterscheidet. Das bestätigte sich im April 1971 bei den Gemeindewahlen, als die UP-Parteien eine knappe absolute Mehrheit erringen konnten [4]).

In der Zeit vom 4. September bis zum 4. November, bis zur endgültigen Entscheidung des Kongresses, die durch die einfache Mehrheit des Erstplazierten notwendig wurde, und dem Amtsantritt Allendes, setzten — auf verschiedenen Ebenen — massive Versuche der Rechten und eines Teils der Christdemokraten ein, das Zustandekommen der Volksfrontregierung doch noch zu verhindern. Es fanden parlamentarische Manöver statt, die letztlich damit endeten, daß die christdemokratische Fraktion ihre Zustimmung zu Allendes Präsidentschaft nur unter der Zusicherung konstitutioneller Garantien geben würde, was die UP unter Hinweis auf ihr Programm zugestand. Außerdem begann eine heftige Fluchtbewegung von Kapital und den dazugehörigen Personen; Unzufriedenheit von Kapitalkreisen tat sich auch in zahllosen Sabotageakten, Finanzmanövern und Produktionsdrosselungen kund. Schließlich wurde wenige Tage vor der Kongreßentscheidung ein tödliches Attentat auf den Oberkommandierenden der Armee, René Schneider, mit der Zielsetzung verübt, diese Aktion der Linken zuzuschieben und ein Eingreifen der Armee zu provozieren. Doch wurde nicht zuletzt gerade durch diesen extremsten und deutlichsten Akt der Reaktion, deren Hintermänner sich aus bestimmten Gruppierungen des Militärs und aus Kreisen des rechten Flügels der PDC und der rechtsradikalen Parteien rekrutierten, eine Empörungswelle gegen die Rechtsterroristen und ein Solidarisierungseffekt mit der zukünftigen UP-Regierung hervorgerufen, der sogar Teile des Militärs erfaßte [5]).

---

3) Vgl. Programa Básico de Gobierno de la Unidad Popular, Santiago 1970.
4) Vgl. die Analyse der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen von J. Petras, La clase obrera chilena y la victoria electoral socialista de 1970, in: „Punto Final", Nr. 121 (V 1971), S. 2—5.
5) Vgl. hierzu: E. Labarca, Chile al rojo. Reportaje a una revolución que nace, Santiago de Chile, 1971, S. 29—105. Und: El Mir denuncia a los verdaderos culpables del asesinato del General Schneider, in: Documentos, Supplement von „Punto Final", Nr. 117 (IV 1970).

III

Die mit der Wahlkampagne einhergehende massenhafte Mobilisierung und Aktivierung breiter Volksschichten wurde durch den Wahlsieg der UP erheblich beschleunigt und auf eine neue Ebene gehoben. Die ersten Maßnahmen der Regierung wurden daher nicht als Geschenke hingenommen, sondern als konsequenter Ausdruck der Volksmacht begriffen. So entstand ein kompliziertes Wechselverhältnis zwischen parlamentarischer und exekutiver Arbeit einerseits und der Entfaltung von Eigeninitiative an der Basis andererseits. Der Sieg des Proletariats bedeutet daher den Aufbruch zu großen Hoffnungen, der seinerseits ungeheure schöpferische Energien weckt und den revolutionären Prozeß beschleunigen und vertiefen hilft.

So erwiesen sich die während des Wahlkampfes gebildeten 14 800 Basiskomitees der UP — die sich heute allerdings teilweise im Auflösungsprozeß befinden — unmittelbar nach dem September-Sieg zum einen als Machtfaktor der Verteidigung gegenüber eventuellen Attacken seitens der Rechten, zum anderen bildeten sie den Zellkern und Ausgangspunkt für die Übernahme der Leitung bzw. Produktion von enteigneten Fabriken und landwirtschaftlichen Betrieben in Arbeiterhand oder für die Formulierung unmittelbar notwendiger Forderungen und deren Durchführung. Diese Aktionen haben teilweise — besonders die Landnahmen der Mapuche-Indianer im Süden des Landes — die Legalität überschritten, deren strikter Einhaltung sich die Regierung verschrieben hat, und zu Konfrontationen mit der Polizei geführt. Die vor allem auf Initiative der MIR („Movimiento de Izquierda Revolucionaria"), einer außerparlamentarisch arbeitenden sozialistischen Bewegung, aus Landbesetzungen hervorgegangene Bauerngewerkschaft „Movimiento Campesino Revolucionario" argumentiert demgegenüber, daß die sogenannte Rechtsordnung für die „fundistas" nie existent gewesen sei und daß es demzufolge absurd sei, sich ihrer plötzlich zu entsinnen.

Da sich die UP die Einleitung wesentlicher Umstrukturierungen des politischen und ökonomischen Systems Chiles als unmittelbares Ziel gesetzt hat: nämlich die Durchführung einer demokratischen, antiimperialistischen und antioligarchischen Revolution, sie sich also als Übergangsregierung begreift, müssen ihre Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, das Proletariat auf die Potenzen wie auf die Beschränkungen der Volksregierung unter den noch herrschenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen hinzuweisen. So zielen die bereits im Wahlkampf genannten „Ersten 40 Maßnahmen der Volksregierung" auf die Behebung der dringendsten materiellen und kulturellen Nöte der ärmsten Schichten des Proletariats. Unmittelbar seit der Amtsübernahme Allendes wird an jedes Kind unter 15 Jahren täglich ein halber Liter Milch gratis verteilt; billiges Volksbrot, dessen Herstellung amtlicher Qualitätskontrolle unterliegt, wird überall im Lande hergestellt; Strom- und Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel wurden gesenkt und vereinheitlicht; billige Einheitsschuhe werden produziert. Ein „Volksgesundheitszug" bietet in den besonders vernachlässigten Südprovinzen kostenlose ärztliche Beratung und Behandlung; ein „Volkskulturzug" bereist ländliche Gebiete (die Gehälter der Kulturschaffenden liegen 60 % unter dem Tarif); für Tausende wurden bereits zehntägige „Volksferien" für ein geringes Entgelt veranstaltet [6]).

Die Politik der Regierung wird auf unzähligen politischen Veranstaltungen und Massenmeetings im Volk diskutiert. Der Dialog zwischen der Regierung einerseits und den Parteien, Gewerkschaften und Basisorganisationen andererseits

[6]) Vgl. „Viaje", Nr. 448 (Februar 1971), S. 9—12.

ist durch rege Reisetätigkeit und permanente Diskussionsbereitschaft von Kabinettsmitgliedern und führenden Politikern garantiert. Kritik und Selbstkritik sind somit institutionalisiert, die Tätigkeit der UP-Regierung wird den Massen erklärt, ebenso wie die Manöver der in- und ausländischen Reaktion. Der unter diesen Bedingungen ausgelöste Politisierungseffekt sowie die bereits sichtbaren materiellen Verbesserungen des Lebensniveaus erweitern nicht nur die politische Basis der UP, sie lassen darüber hinaus in vielen sozialen Bereichen neue demokratische Organisationen und Gruppen entstehen, deren zunächst spontane Initiativen nach und nach organisierten Charakter annehmen [7]). Bereits Anfang des Jahres haben 50 000 Jugendliche in freiwilligen Brigaden Aufbauarbeit geleistet; zahlreiche Studenten nutzen die Semesterferien zu produktiver Arbeit auf dem Lande oder in städtischen Slums; linke Journalisten bilden einen eigenen Interessenverband und gründen Arbeiter-Redakteur-Kooperativen; Fabrikarbeiter enteigneter Betriebe verpflichten sich zur Plansoll-Erfüllung; Mitte Mai absolvierten 2 Millionen Chilenen den ersten freiwilligen Arbeitstag (unter Beteiligung von Armeeangehörigen), der mit Massenveranstaltungen und Diskussionen über die geleistete Arbeit endete . . .

Dieser politische Aufbruch gewaltiger Volksmassen vermag jedoch nicht über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß zahlreiche Aktionen immer wieder an die institutionalisierten Grenzen bestehender Gesetze stoßen, welche — auf Grund der relativen Schwäche der UP-Fraktion im Kongreß — nur unter großen Schwierigkeiten den politischen Notwendigkeiten einer raschen Demokratisierung entsprechend modifiziert werden können. Die bestehenden parlamentarischen Schranken sind jedoch — in der gesellschaftlichen und politischen Totalität gesehen — ein Hebel zur weiteren politischen Mobilisierung des Volkes, da ihm die Einsicht in die Notwendigkeit ihrer Überwindung durch die alltägliche Praxis vermittelt wird.

Daher kann eine unter Frei verabschiedete Verfassungsreform, die die Möglichkeit eines Plebiszits im Falle eines von der Legislative abgelehnten Gesetzes vorsieht, jederzeit durchgeführt werden — sofern es politisch als opportun angesehen wird. Allende hat mehrfach versichert, daß er zu diesem Mittel greifen wird, falls das Parlament entscheidende Reformmaßnahmen bremsen sollte.

Zumindest für ein wesentliches verfassungsmäßiges Vorhaben gilt es heute bereits als sicher, daß ein Plebiszit erfolgreich für die Regierung ausgehen würde: Die Schaffung eines Einkammersystems („asamblea del pueblo"), das die wichtigste Institution einer sozialistischen Verfassung darstellen soll — nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, daß es ihm obliegen würde, die Mitglieder des Obersten Gerichts zu wählen, das heute noch ein Zentrum der Reaktion bildet [8]).

Ein anderes Projekt, das bereits von der Regierung dem Kongreß vorgelegt wurde, aber wegen der Aussichtslosigkeit seiner Annahme wieder zurückgezogen wurde, intendiert die Etablierung von Nachbarschaftsgerichten nach kubanischem Vorbild. Ein aus drei „Richtern" bestehendes Tribunal (von denen zwei aus der Nachbarschaft gewählt und ein dritter von der Distriktverwaltung ernannt wird) soll vornehmlich anti-soziales Verhalten wie Trunkenheit, Vernachlässigung der Kinder, Schlagen der Frau usw. ahnden und Strafen wie sonntägliches Straßenfegen oder öffentliche Ermahnungen verhängen [9]).

---

7) Vgl. zum folgenden: Estudiar, Luchar, Criticar, Crear. Hrsg. v. d. Consejería de Difusión de la Presidencia de la República, Santiago de Chile 1971.
8) Vgl. „Latin America" (London) v. 28. 5. 1971.
9) Vgl. „The New York Times" v. 1. 1. 1971, 27. 1. 1971 und 5. 3. 1971.

IV

Die Wirtschaftspolitik der UP hat sich kurzfristig im wesentlichen drei Ziele gesetzt: 1) Lösung der unmittelbarsten Hauptprobleme der großen Mehrheit der Bevölkerung, 2) Einleitung von strukturellen Veränderungen in der chilenischen Wirtschaft und 3) neue Orientierung und Entwicklungsrichtung des gesamten ökonomischen Systems.

Die erste Ebene umfaßt die hohe Arbeitslosigkeit, das rapide Inflationstempo (1970: 35 %), die niedrigen Löhne der Mehrheit der Arbeiter, den akuten Mangel an Wohnraum sowie die allgemein elenden Lebensbedingungen. Der noch im November 1970 verabschiedete und in Gang gesetzte Notstandsplan sah die völlige Angleichung der Löhne an den Anstieg des Preisniveaus (der Minimallohn wurde sogar um 66 % erhöht) und die von einer verschärften Kontrolle begleitete Einfrierung der Preise vor. Ferner wurde ein weitgespanntes Programm öffentlicher Arbeiten und ein Wohnungsbauprogramm von bisher nicht gekannten Ausmaßen (100 000 neue Wohnungen sollen 1971 fertiggestellt werden) vorgesehen. Hierbei schloß die Regierung sogenannte Produktionsverträge (die auch Kreditkonditionen umfassen) mit Fertighausfirmen und Baumaterialproduzenten ab. Ähnliche Abkommen — mit Preis- und Beschäftigungsauflagen — wurden mit Produzenten von billigen Massengebrauchsgütern vereinbart. Andererseits wurde durch die stark angehobene Kaufkraft der Lohnabängigen die Massenkonsumgüterproduktion (z. B. Nahrungsmittel- und Textilbranche), die in den vorangehenden Jahren z. T. unter erheblicher Unterauslastung der Kapazitäten litt, von der Nachfrage her stark stimuliert. Tatsächlich hat sich bis zur Jahresmitte die industrielle Produktion bereits um 8 bis 10 % erhöht, eine Rate, die seit zehn Jahren nicht mehr erreicht worden ist. Gleichfalls konnte das Inflationstempo stark gedrosselt werden: Während die Preise Ende Juli 1970 bereits um 26,3 % gestiegen waren, verzeichnete man dieses Jahr eine Erhöhung von „nur" 11,5 %. Die Arbeitslosenquote, die in Groß-Santiago im Dezember 1970 noch 8,3 % betragen hatte, konnte bis Juni 1971 auf 5,2 % reduziert werden [10]).

Bei aller Notwendigkeit dieser Sofortmaßnahmen ist sich die UP völlig darüber im klaren, daß eine solche keyneseanische Politik — würde sie nicht durch andere strukturelle Veränderungen begleitet — lediglich kurzfristige Erfolge bescheren könnte. Mit ihnen soll eine Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse, eine Umstrukturierung des Produktionsapparats und der Organisation der Arbeit einhergehen. Die UP geht zu Recht davon aus, daß eine wirksame Planung und Lenkung der Wirtschaft nur möglich ist, wenn wesentliche ökonomische Schlüsselstellungen ihrer Dispositionsgewalt unterworfen sind. Die Erhöhung der Akkumulationsrate, die Bestimmung des Umfangs und der Art der produzierten Waren sowie die Stimulierung von (meist in kleinen Unternehmen hergestellten) Produktionsgütern hat die Verstaatlichung aus- und inländischer Produktionsmonopole ebenso zur Voraussetzung wie die Verstaatlichung der Privatbanken [11]). So hat die Regierung als eine ihrer ersten Akte einen verfassungsändernden Entwurf zur vollständigen Nationalisierung des Kupferbergbaus und sonstiger national wichtiger Ressourcen und Produktionsmittel eingebracht, der (nach einigen z. T. schwerwiegenden Modifikationen der Opposition am Regierungsentwurf) am 11. Juni dieses Jahres von beiden Häusern des Kongresses ratifiziert

10) S. diese Angaben in: Informe al Pueblo del Presidente de la República Doctor Salvador Allende en la Plaza de la Constitución 16 de Junio de 1971 (Santiago 1971), S. 4 f.; Boletín Mensual, hrsg. v. Banco Central de Chile, Juli 1971, S. 848 ff. (Santiago de Chile). Und „El Mercurio" (Edición Internacional) v. 9.—15. 8. 1971.

11) S. hierzu: Plan Anual 1971, hrsg. v. Oficina de Planificación Nacional, Santiago de Chile 1971, S. 15 ff., sowie das Interview mit Wirtschaftsminister Pedro Vuskovic, in: „Ercilla" (Santiago de Chile), No. 1864 v. 7.—13. 4. 71, S. 37—41.

wurde. Nachdem es in den noch von US-Gesellschaften geleiteten Minen zu Produktionsdrosselungen [12]) und zu einer internationalen Baissespekulation gegen den noch relativ hohen Kupferpreis gekommen war, hatte der chilenische Staat die Leitung der Gruben schon Ende März dieses Jahres übernommen. Ungeklärt ist die Frage, ob und in welchem Umfang die US-Gesellschaften entschädigt werden sollen. Angesichts der geringen Anfangsinvestitionen von einigen Mio. US-Dollar zu Beginn dieses Jahrhunderts und der inzwischen in die Milliarden gehenden Profitabschöpfungen, der Raubbaumethoden der Gesellschaften, die jetzt hohe Instandhaltungskosten verursachen werden, der veralteten Maschinen, der Beschränkung auf den Abbau nur der fündigsten Minen, der Gewinnung von Gold, Silber und hochwertigen Molybdänkonzentraten als „Nebenprodukten" des Kupferabbaus, die weitgehend unversteuert von den Gesellschaften exportiert wurden, ist eine Entschädigung kaum gerechtfertigt [13]). Sowohl die Frage, inwieweit die modifizierte Gesetzesvorlage noch ein präsidentielles Veto erfährt oder gar durch Plebiszit wieder zugunsten der ursprünglichen Vorstellungen der Regierung verändert wird, wie die endgültige Entscheidung der Regierung über ihre Haltung gegenüber den US-Gesellschaften wird in den nächsten Monaten wahrscheinlich zu einem zentralen innen- und außenpolitischen Konfliktpunkt werden, da die US-Regierung offensichtlich in diesem Fall eine harte Linie zu verfolgen bereit ist. Sie will Chiles Entschädigungsleistung zum Gradmesser für seine Kreditwürdigkeit überhaupt machen und hat kürzlich die EXIM-Bank angewiesen, einen (rein kommerziellen) Kredit, den Chile für den Kauf von drei Boeing-Maschinen verwenden wollte, zu versagen. Dieser offene und massive Pressionsversuch hat in Chile — selbst bis hin zu konservativen Kreisen — eine Welle der Empörung ausgelöst [14]). Im Bergbaubereich sind inzwischen auch die Eisenerzgruben der Bethlehem Iron Mines Company und die größten Kohlengruben des Landes (Lota y Schwager) in den Besitz des Staates übergegangen.

Schon um die Jahreswende brachte die Regierung einen Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der 24 Privatbanken des Landes ein, der jedoch auf harten Widerstand nicht nur der Rechten, sondern auch der Christdemokraten stieß. Daher hat sie, um ihre Produktions- und Kreditpläne nicht vollständig zu gefährden, die Banken durch verschärfte Kontrollen und Entsendung von „Interventoren" unter Druck gesetzt und konnte auf diesem Weg mittlerweile von etwa der Hälfte der Banken die Aktienmehrheit — zu relativ günstigen Bedingungen — erwerben. Die Regierung will nun eine allgemeine Entwicklungsbank und weitere spezialisierte Kreditinstitute für Klein- und Mittelunternehmen, für den Agrarbereich, den Handel, die Industrie etc. einrichten.

Besondere Bedeutung mißt die UP der Beschleunigung der Agrarreform und dem Aufbau selbständiger, demokratisch strukturierter bäuerlicher Kooperativen bei. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Einmal zählt die Landbevölkerung (und insbesondere die indianische, der die Regierung die größte Aufmerksamkeit schenkt) zu den rückständigsten und elendesten Schichten, zweitens nimmt die Landwirtschaft im Programm der Hebung des Lebensstandards der breiten, in der Mehrheit städtischen Massen naturgemäß einen hohen Rang ein, und drittens

12) Die anfänglichen Produktionsrückgänge (1. Quartal dieses Jahres: 20 %) sind inzwischen überwunden worden. Nach den letzten Meldungen steigerte sich die Kupferproduktion der Gran Minería in den ersten 6 Monaten gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 9,9 %. Vgl. „El Mercurio" (Santiago de Chile) (Edición Internacional) v. 9.—15. 8. 1971.

13) S. die Rede von Allende in Rancagua v. 11. 7. 1971 (Granma, Weekly Review v. 18. 7. 1971), wo er unter Berufung auf französische und sowjetische Expertenkommissionen, die den Zustand der Minen untersucht haben, diese Angaben machte. Angesichts dieser Enthüllungen verbreitet sich in weiten Teilen der Bevölkerung die Abneigung gegen irgendeine Entschädigung. In diesem Sinn hat sich auch kürzlich Senator C. Altamirano, Generalsekretär der Sozialistischen Partei, ausgesprochen.

14) Vgl. „Ercilla" (Santiago de Chile), Nr. 1883 v. 18.—24. 8. 1971.

können durch die Erhöhung der agrarischen Produktion 15—20 % der Importe erübrigt und damit die zum industriellen Aufbau notwendigen Devisen eingespart werden. Im Zeichen eines seit dem Machtantritt der UP zugespitzten Klassenkonflikts auf dem Lande, der sich in der Häufung spontaner Landnahmen durch quasi-leibeigene Bauern („inquilinos") und Landarbeiter einerseits, dem z. T. bewaffneten und organisierten Abwehrkampf bzw. der Produktionssabotage der „Latifundistas" andererseits konkret ausdrückt, hat die UP bereits bis 15. April 504 Latifundien mit 1,3 Mio. ha Land enteignet — eine Fläche, die über einem Drittel dessen liegt, was in den sechs Jahren Frei-Regierung enteignet wurde [15]). Die Regierung rechnet damit, daß in spätestens drei Jahren das Latifundiensystem aus Chile verschwunden sein wird. Da sie sieht, daß es mit der bloßen Landverteilung nicht getan ist, und daher beabsichtigt, große Agrarbetriebe zu schaffen, denen auch Verarbeitung und Vermarktung ihrer Produkte obliegen, hat sie etwa ein Drittel ihrer produktiven Investitionen für den Agrarbereich vorgesehen [16]). Besondere Aufwendungen verlangt die Verbesserung des Gesundheits- und Erziehungswesens, da dies eine der wichtigsten Voraussetzungen für die angestrebte Annäherung von Stadt und Land ist. „Im Grunde wollen wir große, regionale landwirtschaftliche Betriebe schaffen, die in der ersten Etappe noch technischen Beistand des Staates erhalten. Die Bestellung des Bodens wird kollektiv geschehen. Jeder Bauer wird sein Haus und ein Stückchen Land besitzen, das er allein bewirtschaften kann. Zu gleicher Zeit werden wir regionale Entwicklungspläne in Gang setzen, die den Zweck verfolgen, die Entwicklung der Landwirtschaft mit der der Industrie zu verbinden. Wir wollen der bis heute noch kapitalistischen Form der Beziehung zwischen Stadt und Land ein Ende setzen. Ferner: Um die ländlichen Werktätigen direkt am gegenwärtigen Transformationsprozeß teilhaben zu lassen, haben wir einen nationalen Bauernrat geschaffen, der auch Delegiertenversammlungen auf Provinz- und Gemeindeebene haben wird" [17]).

Auch im Industriesektor ist schon eine Reihe wichtiger Unternehmen verstaatlicht worden. Die unmittelbaren Gründe hierfür waren z. B. Produktionsstopp und Entlassung von Arbeitern (im Falle des Textilmagnaten Yarur), steuerliche Unregelmäßigkeiten, Flucht des Besitzers ins Ausland, Besetzung des Betriebes durch Arbeiter infolge von Lohnmanipulationen und sozialen Konflikten usw. Als weitere Gründe für die Enteignung gelten: Absolute Monopolstellung auf dem Markt, besondere Bedeutung für die nationale Industrie und Rationalisierungszwänge. Die Textilindustrie ebenso wie die Zementindustrie, die beide hohe Konzentrationsgrade aufwiesen, befinden sich nun zum überwiegenden Teil in dem Sektor des „vergesellschafteten Eigentums". Gleiches gilt für das große Stahlwerk „Corporación de Acero del Pacífico" (CAP), ein Unternehmen, das nach seiner staatlichen Gründung zu Beginn der 50er Jahre größtenteils privatisiert wurde, als eine gute Rentabilität erreicht war, und für verschiedene andere metallverarbeitende und Ausrüstungen herstellende Firmen. Die CAP soll zum Stahlproduktions- und Stahlverarbeitungskombinat ausgebaut werden. Es sind Investitionen in Höhe von 300 Mio. US-Dollar und eine Steigerung der Produktion von gegenwärtig rund 600 000 t auf 1 Mio. t 1974 und 2 ½ Mio. t 1976 geplant. Parallel zu dieser Produktionssteigerung soll das Produktionsprogramm der CAP in der Weise bereichert werden, daß Spezialstähle und bestimmte Fertigprodukte im Rahmen des Andenpaktabkommens einen gesicherten Absatz

15) Vgl. Primer Mensaje del Presidente Allende ante el Congreso Pleno, 21. 5. 1971 (Santiago de Chile 1971), S. 151, Tab. 1. Während der Frei-Regierung wurden 1410 fundos mit 3,5 Mio. ha Land expropriiert.
16) Vgl. Plan Anual 1971, a.a.O., S. 399, Tab. 121.
17) Interview mit dem Agrarminister Jacques Chonchol, in: „Le Monde" v. 6. 4. 1971.

auch im Ausland finden. Weitere Schwerpunkte der staatlichen Investitionen im industriellen Sektor, die gegenüber 1970 um 50 % gesteigert werden sollen, sind die Zellulose-, Textil- und Nahrungsmittelindustrie und die Kühlschrankproduktion. Ein wichtiges Feld der Industriepolitik der Regierung stellt die „Flurbereinigung" im Bereich der Automobilproduktion dar. Die bisher rund 20 ausländischen Montagefirmen (10 sind allein in der Regierungszeit Freis autorisiert worden!) sollen auf drei reduziert, die Anzahl der Typen verringert, die Produktivität gesteigert und der Anteil der heimischen Vorprodukte erhöht werden. Die Regierung will nur denjenigen Unternehmen gestatten, in Chile zu verbleiben, die auf ihre Produktionswünsche (Schwergewicht auf Taxis, Lastwagen, Omnibusse, billige Pkw's) einzugehen bereit sind [18]).

Den größten Teil ihres umfangreichen Investitionsplanes [19]), der außer dem industriellen Sektor den Kupferbergbau und die Kupferverarbeitung, den Kohlen- und Erzbergbau, die Agrarproduktion, die Fischereiindustrie und nicht zuletzt eine Reihe von Infrastrukturprojekten umfaßt, will die Regierung aus eigenen Quellen (durch Erhöhung der direkten Steuern, die Einnahmen aus den dynamischen Exportsektoren und durch interne Verschuldung) bestreiten. Von den sozialistischen Ländern wurden Chile Kredite in Höhe von rund 150 Mio. US-Dollar zugesagt. Auch einige westeuropäische Länder wie Frankreich, die Schweiz und Großbritannien scheinen im Sinne der imperialistischen Verdrängungskonkurrenz und des Wunsches, im Andenmarktbereich frühzeitig Fuß zu fassen, chilenischen Kreditwünschen gegenüber nicht abgeneigt zu sein [20]).

V

Die logische Ergänzung im außenpolitischen und internationalen Bereich, die eine auf die Einleitung der sozialistischen Umgestaltung unter Führung der Arbeiterklasse abzielende Politik erzwingt, findet in den außenpolitischen Hauptzielen der UP ihren Ausdruck: Verstärkung bzw. Aufnahme der politischen Beziehungen, des Handelsaustauschs und der Freundschaft mit sozialistischen Ländern. Solidarität mit den unterdrückten Völkern der Dritten Welt, Vorantreiben der lateinamerikanischen Unabhängigkeit, Aufnahme von Beziehungen mit allen Ländern — unabhängig vom politischen System —, wenn sie auf der Respektierung der Selbstbestimmung und der Wahrnehmung der Interessen des chilenischen Volkes basieren, und schließlich Stärkung der vollen politischen und ökonomischen Unabhängigkeit Chiles [21]). Es ist naheliegend, daß die konsequente Verfolgung einer solchen Politik, die sich in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba, der VR China, der DDR und der Intensivierung des Handelsaustausches mit Nordvietnam und Nordkorea manifestierte, den Unwillen der potentesten kapitalistischen Länder sofort heraufbeschwören mußte, da diese ihre Interessen entweder direkt oder indirekt verletzt sahen. So ist es kein Wunder, daß Chile gegenwärtig — trotz der unermüdlichen Betonung des Wunsches nach korrekten Beziehungen zu allen Staaten — das schlechteste Verhältnis zu den USA und der BRD unterhält. Zu Recht sehen die USA ihre Privatinvestitionen im Wert von rund 1 Mrd. Dollar durch den Expropriationswillen der UP-Regierung gefährdet; gleichfalls ist die Sorge berechtigt, daß mit Chile nach Kuba ein

18) Während die Regierung mit der Ford-Company noch in Verhandlungen stand, beschloß die Leitung in den USA den Betrieb zu schließen und die Arbeiter zu entlassen. Die Arbeiter reagierten mit der Besetzung der Fabrik. Inzwischen hat die chilenische Regierung Fiat die Produktionslizenz für dieses Werk in Valparaíso erteilt.
19) In den 50er und 60er Jahren war die Investitionsquote Chiles mit durchschnittlich 10 % extrem niedrig, die diesjährige Investitionsquote soll 18 % des BIP betragen; 10 % wird allein der staatliche Beitrag ausmachen. Vgl. Deutsche überseeische Bank (Hamburg), „Wirtschaftsbereich . . .", Januar 1971, S. 19.
20) Vgl. Bank of London and South America. Review, Juli 1971, S. 417 f.
21) Vgl. Primer Mensaje del Presidente Allende . . ., a.a.O., S. 60 f.

weiterer Revolutionsimpetus im traditionellen Herrschafts- und Interventionsbereich der US-Amerikaner Raum gewinnt und nun als befreiende Kraft keine Gelegenheit ausläßt — sei es im Rahmen der OAS, der Andenpaktorganisation, der CECLA (einer auf Antrag Chiles geschaffenen UN-Unterkommission, der nur Lateinamerikaner angehören) — die ökonomischen, politischen und militärischen Anmaßungen des US-Imperialismus anzuklagen und zu verurteilen. Daß Chile, dem von den USA die — auf die Bevölkerungszahl bezogen — höchsten „Auslandshilfe"-Kredite und „Militärhilfen" (in Lateinamerika) zuteil wurden und das als „stabil" und ressourcenreich geschätztes Land mit ausgezeichnetem Investitionsklima ein Alternativmodell gegenüber Kuba repräsentieren sollte, nun von Marxisten und Kommunisten regiert wird, mußte die US-Amerikaner zusätzlich irritieren.

Was die Bonner Regierung und ihre Reaktion auf den Machtantritt der UP angeht, so ist es keineswegs sehr überraschend, daß sie die von Anfang an drohende DDR-Anerkennung mit dem ebenso stereotypen wie anmaßenden Hinweis auf die „Störung des innerdeutschen Dialogs" zu verhindern suchte und damit sehr offen die Entscheidungsfreiheit der chilenischen Regierung durch plumpe Einschüchterungsmanöver einzuengen trachtete [22]).

Am nachhaltigsten aber wirkte der Sieg der UP in Lateinamerika selbst. Schon unmittelbar nach Bekanntwerden des Wahlausgangs fanden überall Solidaritätskundgebungen der Linken statt, die sowohl gegen den US-Imperialismus wie auch gegen die jeweiligen Oligarchien oder „Gorillas" gerichtet waren. Inzwischen hat Chiles Anerkennung Kubas die politische Isolierung der Insel weitgehend zerbröckeln lassen; die Linke in Uruguay ist dem chilenischen Beispiel gefolgt und hat ebenfalls ein Volksfrontbündnis („Frente Amplia") zustandegebracht; die argentinische (peronistische) Arbeiterbewegung hat energisch ihre Forderungen gegenüber dem Militärregime angemeldet und ebenfalls ein Aktionsbündnis geschlossen, das offenbar schon so stark ist, daß der Präsident, General Lanusse, bereit war, Allende einzuladen, um seine Konzessionsbereitschaft gegenüber der Linken zu „beweisen". Bei Allendes Besuch in Argentinien — wie auch bei seiner letzten Reise nach Ecuador, Kolumbien und Peru — wurde immer wieder deutlich, welch große Sympathie der Führer der Volksfrontregierung bei den breiten Massen genießt und wie ablehnend sie ihren konservativen (aber im gewissen Umfang nach nationaler Unabhängigkeit strebenden) Regenten gegenüberstehen. Für viele rechte und halbrechte Regierungen in Lateinamerika ist es eine offene Frage geworden, ob eine total ablehnende Haltung oder eine aus realpolitischen Gründen für nützlich angesehene Einladung von Repräsentanten der chilenischen Volks-Regierung ihre Position verbessern kann. Die Fortschritte der UP im eigenen Land und eine vorsichtige, wenn auch prinzipienfeste Politik gegenüber diesen lateinamerikanischen Regierungen werden am ehesten die Basis progressiver Veränderungen auf dem Halbkontinent festigen und erweitern helfen.

---

22) Obwohl sich die Brandt-Regierung offenbar schon zu einer „weichen Linie" gegenüber Chile auch im Falle der DDR-Anerkennung durchgerungen und auch die chilenische Regierung aus ökonomischen Erwägungen (die BRD ist der größte Abnehmer chilenischen Kupfers und hat ebenfalls — wie die USA — Chile zum Zentrum seiner „Entwicklungshilfe"-Politik in Lateinamerika ausersehen) zu einer etappenweisen Anerkennung der DDR sich bereitgefunden hatte, scheiterte diese Übereinkunft an der Intervention des CDU-„Entwicklungshilfeexperten" Leisler-Kiep. Wenngleich auch er empfahl, Chile nicht ohne weiteres dem DDR-Einfluß zu überlassen und die Chancen der westdeutschen Investoren im Augenblick des Rückzugs der US-Amerikaner nicht allzusehr zu mindern, so erregte er sich doch in opportunistisch-demagogischer Weise im Bundestag darüber, daß die Entwicklungshilfeprojekte im gleichen Umfang fortgesetzt werden sollten, „obwohl Chile die DDR anerkennen wolle, und obwohl ‚deutsche Eigentumsrechte' in der Andenrepublik von der Volksfrontregierung bedroht seien!" („Süddeutsche Zeitung" v. 2. 7. 71). Als daraufhin die Bundesregierung sich genötigt fühlte, die „weitere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe ‚sorgfältig zu prüfen' ", war es für die chilenische Regierung klar, daß es in jedem Fall bei einer DDR-Anerkennung Konflikte mit der westdeutschen Regierung geben würde, und so sah sie keinen Sinn darin, diese noch länger hinauszuzögern.

VI

Der überragende Sieg der Parteien der Unidad Popular in den Gemeindewahlen am 4. April dieses Jahres verstärkte die Polarisierungstendenzen in der noch immer stärksten chilenischen Partei, der PDC. Während die rechte Fraktion um Frei, Leighton und den ehemaligen Innenminister Zujovic die Partei aufforderte, ein „Bündnis mit dem Teufel" (Leighton) einzugehen, d. h.: „. . . . trotz der schwerwiegenden Differenzen zwischen den Parteien, die Alessandri unterstützen, und den programmatischen Grundsätzen der Democracia Cristiana . . . (diese) beiden politischen Richtungen zu einer gemeinsamen Opposition zu verbinden" [23]), schlugen die Parteijugend und Tomic die Bildung einer gemeinsamen Legislativ-Kommission mit der UP vor. Letztere Initiative, die durch eine Erklärung von 80 Priestern aus Arbeitergemeinden, die ihr Vertrauen zur Regierung der Unidad Popular bekundeten, mit veranlaßt worden war, wurde von der KP begrüßt, während die PS sie als „rein opportunistischen Schritt" interpretierte. Als auf der Sitzung des PDC-Nationalrats zur Vorbereitung des für August geplanten Nationalkongresses jedoch ein Manifest verabschiedet wurde, in dem sich erstmals ein offizielles PDC-Gremium öffentlich zum Sozialismus (wenn auch zu einem „kommunitären") bekannte, wurde dies allgemein als Sieg der Linksfraktion — zu der außer der Jugendorganisation noch in der Land- und Slumagitation arbeitende Gewerkschaftler und einige junge Parlamentarier gehören — interpretiert [24]).

Jedoch sollte die sich abzeichnende Konstellation eines Bündnisses zwischen PDC und UP durch eine spektakuläre Aktion einiger verwirrter ehemaliger Linksradikaler sowie rechtsstehender Provokateure zunächst wieder in weite Ferne gerückt werden. Am 8. Juni 1971 ermordeten drei Angehörige der VOP („Vanguardia Organizada del Pueblo"), einer winzigen anarchistisch-terroristischen Splittergruppe mit 20 bis 30 Mitgliedern, deren wichtigste kurz zuvor wegen ihrer kriminell-sadistischen Putschtheorien aus der MIR ausgeschlossen worden waren und die — nach Meinung aller anderen linken Gruppen — mit CIA-Agenten und Anhängern der äußersten Rechten durchsetzt ist, den ehemaligen PDC-Innenminister und Exponenten ihres rechten Flügels, Edmundo Pérez Zujovic. Er war für das Massaker von Puerto Montt im März 1969 verantwortlich. Damals „. . . hatte die ihm unterstellte Gendarmerie auf eine Gruppe von obdachlosen Familien geschossen, die im Süden des Landes ein Grundstück besetzt hatte; acht Menschen wurden dabei getötet und 40 verletzt. Zujovic wurde bald darauf unter dem Druck der öffentlichen Meinung abgesetzt . . . [25]).

Die in der Folge im Lande zu verzeichnende „Krisenstimmung" wurde nicht so sehr durch den Mord selbst als vielmehr durch die Reaktion der Rechten, insbesondere der offiziellen PDC-Organe, ausgelöst, die für die gewalttätige und chaotische Lage im Lande" die Regierung Allende verantwortlich machten, obwohl alle Parteien der Linken — einschließlich der linksradikalen MIR — diese Aktion als politisch verbrecherisch und den Interessen des Volkes und seiner Regierung zuwiderlaufend verurteilen. Die Regierung leitete eine — schon nach wenigen Tagen erfolgreiche — Großfahndung ein und rief den Notstand aus. Die VOP wurde in einem — von ihr initiierten — blutigen Gemetzel mit der Polizei dezimiert. Jedoch, was eventuelle rechte Mitakteure, von denen in der Mehr-

---

[23]) Leitartikel des rechten PDC-Organs „La Semana Politica" vom 11. 4. 1971, zit. nach: Editorial von „Principios" (theoretisches Organ der KP Chiles), No. 138 (März/April 1971), S. 9.
[24]) Vgl. Latin America (London) v. 14. 5. 1971.
[25]) Carlos Widmann, Belagerungszustand in Chile, in: „Süddeutsche Zeitung" v. 11. 6. 1971.

zahl der Presseberichte die Rede ist [26]), sich von dem Mord versprechen konnten, war vorerst eingetreten: Das Bündnis zwischen den Parteien der äußersten Rechten und der PDC, das von deren rechter Fraktion schon lange angestrebt wurde, konnte realisiert werden.

In den Nachwahlen für den Senat in Valparaíso am 18. Juli 1971 siegte der gemeinsame Kandidat der PN („Partido Nacional") der DR („Democracia Radical") und der PDC, der Christdemokrat Oscar Marin, mit knappem Vorsprung vor dem Kandidaten der UP. Bei der Beurteilung dieser Wahlniederlage des Unidad Popular-Kandidaten muß man allerdings berücksichtigen, daß Valparaíso eine traditionell zentristisch (insbesondere PDC) wählende Region ist und daß zudem der Vorsprung der vereinigten Rechten (4637 Stimmen) vor der Linken noch nie so klein war. Insofern haben diese Wahlen nicht die Signifikanz, die ihnen die bürgerliche Presse innerhalb und außerhalb Chiles so gerne zuschreibt. Jedoch wurde hier wieder einmal deutlich, daß die christdemokratische Partei-Oligarchie nicht gewillt war, der linken Parteibasis irgendein reales Zugeständnis zu machen, sondern sich ihrer im Gegenteil propagandistisch bediente, indem sie die linken Forderungen z. T. demagogisch in der Massenagitation einsetzte.

Nachdem der PDC-Linken diese Konstellation und ihre Folgen so deutlich demonstriert worden waren, zog sie unter Führung des Abgeordneten und Parteimitgründers Bosco Parra (lange Zeit theoretischer Führer der Zentrumsfraktion) zusammen mit dem Jugendverband und sieben Abgeordneten die Konsequenz und verließ die Partei. Sie gründete das „Movimiento de Izquierda Cristiana" (MIC), das sich alsbald der UP anschloß. Dem MIC traten bald darauf auch die führenden Mitglieder der MAPU bei — unter ihnen ein Abgeordneter, zwei Senatoren und Agrarminister Chonchol —, denen die Entwicklung zum Marxismus, die bei der MAPU-Basis seit einiger Zeit zu registrieren war, mißfiel. (Mit derselben Begründung verließen fünf Abeordnete und sieben Senatoren die PR und gründeten eine unabhängige radikale Bewegung, die aber ebenfalls die UP weiterhin unterstützen will [27]).

Die neue links-christliche politische Gruppe versteht sich als sozialistisch und demokratisch, jedoch nicht marxistisch [28]). Sie ist der Meinung, daß der Sozialismus in einem unterentwickelten Land wie Chile nur aufgebaut werden kann, wenn es gelingt, die einheitliche Beteiligung der Volksmassen an allen wichtigen politischen und ökonomischen Entscheidungen zu institutionalisieren und das Klassenbewußtsein des Proletariats zu aktivieren. Hier betont sie vor allem die Priorität der Entwicklung des Bewußtseins der Massen vor der Ökonomie, um allzu starke Einkommens- und Statusdifferenzierungen zu vermeiden. Ihre propagandistische Arbeit zielt vor allem auf die ländlichen und subproletarischen Massen ab (auf die sich bisher die PDC-Agitation konzentrierte), um zu verhindern, daß diese durch reaktionäre Propaganda in die Arme der rechten Parteien getrieben werden, nachdem durch die Spaltung der PDC auch für die Öffentlichkeit ihre bisherige fortschrittliche Propaganda als demagogisch entlarvt worden ist. Hier und im Weitertreiben aller nur erdenklichen Demokratisierungstendenzen im revolutionären Prozeß sieht die MIC ihre wichtigste Aufgabe.

Im Zusammenhang mit diesen Umgruppierungen im linken Parteienspektrum boten fünf Minister, die ihre Parteibasis gewechselt hatten, dem Präsidenten ihre Demission an. Versuche der Rechten, diesen im parlamentarischen System üb-

[26]) Vgl. z. B.: „Neue Zürcher Zeitung" v. 16. 6. 1971.
[27]) Vgl. Latin America (London) v. 6. 8. 1971.
[28]) Vgl. zum folgenden El pensiamento de la izquierda cristiana (Interview mit Bosco Parra), in: „Punto Final" (Santiago de Chile), No. 137 (August 1971), S. 2—4.

lichen Schritt zu einer Kabinettskrise hochzustilisieren, scheiterten, als bekannt wurde, daß Allende — mit Ausnahme des Kabinett-Vertreters einer sozialdemokratischen Splittergruppe, die sich erneut gespalten hatte — alle Demissionsgesuche ablehnte. Was sich zunächst in den Augen der bürgerlichen Öffentlichkeit als erste gravierende Schwierigkeit der Allende-Regierung präsentierte, stellte sich in Wirklichkeit als deren wichtigste Stärkung heraus: Sieben ehemalige Abgeordnete der PDC gehörten jetzt zur sicheren parlamentarischen Basis der UP. Darüber hinaus werden die Chancen der linken Parteien, Einbrüche bei der Land- und Slumbevölkerung zu erzielen, durch den Schwenk des bewußtesten Teils der PDC-Aktiven zur Volkseinheit erheblich vergrößert. Zwar haben sich die neuen Parteien bewußt als nichtmarxistisch etabliert und aus den beiden zum konsequenten Sozialismus sich entwickelnden Mitte-Links-Parteien (MAPU und PR) einen Großteil der oberen Funktionärsschicht herausgebrochen, was als Schwächung des sozialistischen Elements in der Unidad Popular interpretiert werden könnte; jedoch unterscheidet sich ihre Einschätzung der nächsten revolutionären Perspektiven nicht von der der beiden großen Arbeiterparteien. Außerdem bietet das Ausscheren der „Rechten" aus PR und MAPU diesen Gruppen die Möglichkeit einer stringenteren Linksentwicklung, da nicht mehr auf wichtige Funktionärsinteressen Rücksicht genommen werden muß. (So kann z. B. die marxistische Richtung in der traditionell radikalen Lehrergewerkschaft von dem Ausscheren der eher sozialdemokratisch orientierten Führungsschicht der Partei nur profitieren.)

In der Entwicklung der beiden marxistischen Parteien der Arbeiterklasse läßt sich diese Tendenz zur Verbreiterung der Basis der UP-Regierung am schlüssigsten nachweisen: Bei der KP drückt sich das in einer rapiden Zunahme der Mitgliedschaft aus. Sie konnte schon während der Frei-Periode ihre Mitgliederzahl um mehr als 80 % steigern [29]), jedoch die konzentriertesten Masseneintritte registrierte sie nach der Machteroberung der UP, insbesondere nach den siegreichen Gemeindewahlen. Allein im Juni 1971 traten über 3000 Werktätige in die Partei ein, die damit 160 000 Mitglieder zählt (davon 30 % Frauen) [30]).

Die kommunistischen Stimmengewinne bei Wahlen halten sich demgegenüber in Grenzen. Hier liegt die Stärke der PS, die bei den Munizipalwahlen gegenüber den Parlamentswahlen von 1969 etwa 300 000 Stimmen hinzugewinnen und damit ihren Stimmenanteil von 12,8 % auf 22,38 % verbessern konnte (gegenüber 16,6 % 1969 und 17,4 % 1971 bei der KP) und damit als zweitstärkste (bedenkt man die folgende Spaltung der PDC: als stärkste) chilenische Partei abschnitt. Diese ungeheuren Stimmengewinne erklären sich sowohl aus einer Verbreiterung der Wählerbasis durch Hinzugewinnung neuer jugendlicher Wählerschichten (Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre) als auch aus Stimmenverlusten der PR und der PDC, die diese z. T. auf Kosten der rechten „Democracia Radical" wieder wettmachen konnten. Die neuen Wählerschichten der marxistischen Parteien sind also eher bereit, PS zu wählen als KP — wahrscheinlich ein Relikt aus der Zeit des Antikommunismus. So entwickelt sich die PS immer mehr zur Wählerpartei der Linken, obwohl sie — wie es heißt — von allen Parteien den „ehrlichsten Wahlkampf" führt, also keine übertriebenen Versprechungen macht, sondern im Gegenteil stets die Notwendigkeit kommender Opfer der Massen in den Vordergrund ihrer Propaganda stellt.

---

[29]) Vgl. die Rede von Luis Corvalán (Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles) auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, in: Dokumente der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Prag 1969, S. 333.

[30]) Vgl. Informationsbulletin. Materialien und Daten kommunistischer und Arbeiterparteien (Wien), Nr. 13/14 (1971), S. 87.

So stellt sich — bewußt oder (wohl eher) unwillkürlich — eine „Arbeitsteilung" zwischen den beiden marxistischen Parteien her: Während die KP eher für die Konsolidierung und Verbreiterung des aktiven Kerns sorgt, gewinnt die PS neue, noch zu agitierende Anhänger hinzu. Diese neue Basis zu halten und in einen aktiven Kern zu verwandeln, ist die Aufgabe aller linken Parteien und Gruppen, seien sie nun an der Regierung beteiligt oder nicht.

Die starke Position der beiden marxistischen Parteien drückt sich auch in der Gelassenheit und Souveränität aus, mit der sie einerseits innere Diskussionen an der Parteibasis zulassen, andererseits auf die Angriffe der — hauptsächlich in der MIR organisierten — Linksopposition reagieren. So betont die KP, die den Kampf gegen die „Ultralinke" am heftigsten führt, in jedem ihrer Diskussionsbeiträge, daß trotz der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Linken der wirkliche Feind nicht aus den Augen gelassen werden dürfe und daß der „Ideologische Kampf mit der Ultralinken brüderlich ausgetragen" werden müsse. (Allerdings unterscheidet die KP dabei scharf zwischen Kräften, denen sie effektive Arbeit und revolutionären Impetus zugesteht, und jenen, die in Agitation und objektiver Wirkung Funktionen antikommunistischer Propagandisten übernehmen, wie z. B. die VOP [31].) Diese Offenheit der Diskussion kommt der einheitlichen Aktion der Linken (die MIR hat sich zu einer weitertreibenden Unterstützung der UP-Regierung entschlossen, bei den Aprilwahlen zum erstenmal ihre antiparlamentarische Haltung aufgegeben und ihren Anhängern die Wahl von KP und PS empfohlen) wie auch der Stringenz ihrer Analysen und der daraus abgeleiteten Übergangsstrategie zugute.

Einig sind sich alle sozialistischen Parteien und Bewegungen in der Frage, daß es zunächst darum gehe, die Vorbedingungen für eine wirkliche Machtübernahme des Proletariats zu schaffen, das bis jetzt nur einen Wahlsieg errungen habe. Das heißt: Verstaatlichung der wichtigsten in- und ausländischen Monopole in Produktion und Distribution, Überwindung der Macht der Imperialisten und einheimischen Oligarchien in der Administration, Justiz, Bewußtseinsindustrie und allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, und vor allem: Institutionalisierung der demokratischen Beteiligung der Volksmassen an allen wichtigen ökonomischen und politischen Entscheidungen. Einig ist sich die Linke auch darin, daß — insbesondere nach den Gemeindewahlen, die die Tendenz zur Polarisierung im politischen Leben Chiles anzeigten — schärfere Konfrontationen mit der herrschenden Klasse nicht ausbleiben werden. Allerdings bestehen über den Weg zur Vorbereitung der Machtübernahme des Proletariats wie über den Charakter der zu erwartenden Auseinandersetzungen mit der Reaktion erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die sich auf die Probleme der gewaltsamen Veränderung der Verhältnisse, der Legalität und der Arbeiterkontrolle konzentrieren [32].

Ad 1) Die Regierung der UP und die KP vertreten die Meinung, daß es in dieser Phase der revolutionären Entwicklung in Chile unbedingt notwendig ist, sich im Rahmen der bürgerlichen Legalität zu bewegen. Das sei auch deshalb möglich, weil die „bürgerlich-liberalen" Freiheiten in der chilenischen historischen Entwicklung zum großen Teil der Bourgeoisie vom Proletariat in harten Kämpfen hätten abgetrotzt werden müssen. So böten viele Gesetze die Möglichkeit extensiver Interpretation, wobei auf die Kluft zwischen dem Impetus der Legislative und der chilenischen Realität hingewiesen wird. Zudem seien manche — inzwischen

31) Vgl. hier z. B. J. Rodriguez Elizondo, Mitología de la ultraizquierda in: Principios, No. 139 (Mai/Juni 1971), S. 7—23, hier: S. 21.

32) Die Diskussion zu diesen Fragen wurde vor allem in „Principios", dem theoretischen Organ der KP, und in „Punto Final", dem Organ der MIR und der linken MAPU geführt. Sie kulminierte in der Debatte zwischen den Studenten der Universität in Concepción, dem Zentrum der MIR, und Allende im Mai dieses Jahres.

in Vergessenheit geratene — Reformgesetze aus der Periode der „radikalen" Präsidenten und der Volksfrontregierung der späten 30er und frühen 40er Jahre nun wieder voll anwendbar geworden. Schließlich könne man eine Vielzahl der ursprünglich von der Reaktion eingebrachten juristischen Bestimmungen zur Einschränkung der Macht der Legislative und der Justiz und zur Stärkung der Exekutive nun gegen ihre Initiatoren verwenden. (In diesem Zusammenhang sei es notwendig, den propagandistischen Kampf unter den bürgerlichen Justiz- und Staatsbeamten, mit denen man — mangels eigener Experten — z. Z. kooperieren müsse, zu verstärken.) Es sei taktisch und strategisch sinnvoller, erst bei massiven Rechtsbrüchen der Rechten, denen man offensichtlich mit den bestehenden gesetzlichen Mitteln nicht mehr begegnen könne, selbst die Installation einer revolutionären Legislation vorzuschlagen. Als Verteidiger der Legalität sei man in einer besseren Position als die Rechtsbrecher. Deshalb seien spektakuläre außerlegale Aktionen — wie z. B. Land-, Fabrik- und Hausbesetzungen — möglichst zu unterlassen.

Die um die MIR und die linke Fraktion des PS konzentrierten Kräfte der linkssozialistischen Opposition stimmen der Grundvoraussetzung der Regierung, man müsse in der jetzigen Etappe der Revolution die Grenzen der bürgerlichen Legalität wahren, im wesentlichen zu. Auch sie schlagen die extensive Interpretation und Anwendung bestehender juristischer Bestimmungen vor. Jedoch meinen sie, man müsse der Bevölkerung die Notwendigkeit einer revolutionären legislativen Initiative schon jetzt immer wieder deutlich vor Augen führen, indem man z. B. in Besetzungsaktionen die Unmöglichkeit wahrhaft revolutionärer Umwälzungen des Kapitalismus innerhalb der bestehenden Gesetze demonstriere. Deshalb konzentriert sich die MIR auf die Organisation und Unterstützung von Landbesetzungsaktionen (z. B. der Mapuche), Hausbesetzungen (in diesem Zusammenhang ist die in den Slums arbeitende Bewegung „pobladores sin casa" zu nennen, die darüber hinaus versucht, nachbarschaftliche Hilfe zu organisieren und zu institutionalisieren) und Fabrikübernahmen, die meistens mit der Forderung der entschädigungslosen Enteignung verbunden werden.

Ad 2) Die Frage, ob der Übergang zum Sozialismus sich in Chile friedlich oder bewaffnet vollziehen werde, wird von beiden Seiten heute nicht mehr dogmatisch beurteilt. Die sozialistische Opposition stimmt mit der traditionellen Linken darüber überein, daß dies Problem durch die Reaktion der Rechten entschieden werden. Jedoch nehmen die Regierung und die KP an, daß eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der herrschenden Klasse angesichts der inneren und äußeren Bedrängnis des US-Imperialismus, der Wandlung der OAS und der Haltung des chilenischen Militärs wahrscheinlich vermieden werden könne, während die MIR davon ausgehet, daß es in der nächsten Zeit zu einem rechten Staatsstreich kommen werde. Demzufolge ist sie der Meinung, eine der dringlichsten Aufgaben der Linken bestehe darin, das Proletariat auf die Notwendigkeit eines Einsatzes vorzubereiten, was sie in ihren Organisationsversuchen an der Basis auch tut. (So sind z. B. die „Pobladores sin casa" nach eigenen Angaben paramilitärisch organisiert; die Landbesetzungsbewegungen sind in vielen Fällen sowieso gezwungen, dem militärischen Widerstand der „hacendados" wirksam zu begegnen, was ihnen vielfach den Vorwurf eintrug, sie seien am kubanischen Guerilla-Konzept orientiert.)

Ad 3) Im Gegensatz dazu ist die traditionelle Linke der Meinung, die gefährlichsten Widerstandsmöglichkeiten der Imperialisten und der Oligarchie bestünden in politischen und ökonomischen Sabotageaktionen, denen mit verschärfter Kontrolle der staatlichen und privaten Administration durch die Massen („democra-

cia económica") und dem konzentrierten Arbeitseinatz des Proletariats („batalla de la producción") am wirksamsten zu begegnen sei. Vom Erfolg oder Mißerfolg der „Produktionsschlacht", die einzig eine Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung sichern könne, sei der Bestand der Regierung der Unidad Popular abhängig. In diesem Zusammenhang wirft die Linksopposition der Regierung „Ökonomismus" vor: Nicht die Erhöhung der Produktion — die zudem innerhalb der bestehenden Gesetze, die eine wirksame Kontrolle der kapitalistischen Machenschaften nicht zuließen, gar nicht erreichbar sei —, sondern die wirksame Demokratisierung der Gesellschaft und die Institutionalisierung proletarischer Entscheidungsbeteiligung seien Grundbedingungen für ein Überleben der Volksregierung und der Revolution.

Besonders in der letzten Frage wird deutlich, wie wenig grundsätzliche Differenzen und wie sehr Gewichtungsfragen die innersozialistische Diskussion z. Z. bestimmen. Für ausländische Beobachter der chilenischen Szenerie bleiben so Parteinahmen von reinen Spekulationen abhängig und deshalb unvertretbar. Doch läßt sich zusammenfassend annehmen, daß die solidarische Zusammenarbeit der verschiedenen chilenischen Linksgruppierungen — hier notwendig am Legalitätsprinzip orientierte Regierung, die illusionistische Revolutionsmanöver verhindern hilft; dort eher vorwärtsdrängende Linksopposition, die einer Bürokratisierung der beiden großen Parteien und der Entfernung der Regierung von der Basis wirksam entgegentreten kann — die beste Gewähr für das Gelingen des chilenischen Weges zum Sozialismus bietet.

„Alte" und „neue" Arbeiterklasse

Überlegungen zur Klassenanalyse der wissenschaftlich-technischen Intelligenz *)

Von Frank Deppe

Die Unterscheidung zwischen „alter" und „neuer" Arbeiterklasse ist sowohl durch den neubelebten reformistischen Syndikalismus in Frankreich als auch durch die Diskussion über das Verhältnis von Intelligenz und Arbeiterklasse in der westdeutschen Studentenbewegung popularisiert worden. Die folgenden Überlegungen gehen dagegen davon aus, daß die Klassenanalyse der wissenschaftlich-technischen Intelligenz nicht von der Analyse der Struktur, der materiellen Lage und der politisch-gesellschaftlichen Kampfbedingungen der gesamten Arbeiterklasse abgetrennt werden kann. Angesichts der kontroversen Standpunkte, die auch die marxistische Diskussion über das Verhältnis von Intelli-

*) Diesem Aufsatz liegt ein Vortragsmanuskript zugrunde, das von Frank Deppe und Hellmuth Lange am 16. 6. 1971 im Rahmen des „studium generale" an der Universität Heidelberg vorgetragen wurde. Der zweite Teil dieses Vortrages wird in einer der nächsten Nummern der „Blätter" veröffentlicht werden (Hellmuth Lange, Gewerkschaftliche Aktion und politisches Bewußtsein der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Frankreich).

genz und Arbeiterklasse unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution kennzeichnen, muß auf jeden Fall darauf insistiert werden, daß die Einheit der subjektiven und objektiven Bedingungen der Klassenanalyse gewahrt bleibt.

Jede „Randgruppentheorie", die das Bewußtsein und die politische Praxis von Fraktionen der Arbeiterklasse zum Maßstab für eine Theorie ihrer Gesamtpolitik benutzt, gründet mehr oder weniger offen auf der These von der Auflösung bzw. Integration der „alten" Arbeiterklasse und ihrer Kampfstrategien und führt notwendig zu falschen wissenschaftlichen und politischen Schlußfolgerungen.

I

Der Akkumulationsprozeß des Kapitals bildet — als die Kombination von Produktionsmitteln und Arbeitskraft — die Einheit der vergegenständlichten und lebendigen Elemente des gesellschaftlichen Produktionsprozesses. Auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse realisiert sich dieses Verhältnis durch die Aneignung von unbezahlter Mehrarbeit, die die Lohnarbeiter verrichten. Die Verwertung der Lohnarbeit ist der Prozeß der Produktion und Reproduktion des Kapitalverhältnisses selbst.

Sowohl die Produktivkraftentwicklung als auch Veränderungen im Umfang und der inneren Zusammensetzung der Arbeiterklasse — dem wichtigsten Element des gesellschaftlichen Produktivkraftsystems — stellen Erscheinungsformen veränderter Bedingungen der Kapitalakkumulation dar, der der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung ihrer Resultate zugrundeliegt. Klassenverhältnisse sind nicht durch die Kategorie „Beziehung zu den Produktionsmitteln" hinreichend zu bestimmen. Sie konstituieren sich erst im Prozeß der Aneignung des durch die Lohnarbeit geschaffenen Mehrwertes in der materiellen Produktion. Man kann diesen zentralen Gedanken der marxistischen Klassentheorie nicht oft genug hervorheben: Der gesamte Prozeß der Aneignung der Natur durch die gesellschaftlich produzierenden Individuen ist kapitalistischer Verwertungsprozeß.

In diesen Prozeß sind weitere Bestimmungen eingeschlossen, die die Klassenanalyse konkretisieren:

Die Veränderungen in der technischen Wertzusammensetzung des Kapitals, der Formen der Kooperation sowie Veränderungen in der Struktur des Arbeitskräfteeinsatzes und der Ausbildung der verschiedenen Organe des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters" (insgesamt die Entwicklung der Produktivkräfte) kann nicht aus dem Zusammenhang der Bewegung des Einzelkapitals und des Aufeinanderwirkens der Einzelkapitale im Rahmen des Profit-Preis-Mechanismus herausgebrochen werden. „Die Produktivkraft, die der Arbeiter als gesellschaftlicher Arbeiter entwickelt, ist . . . die Produktivkraft des Kapitals" [1]). Der methodische Modellcharakter von Marx' Analyse der Entwicklung der Kooperation im Zusammenhang der sich herausbildenden Manufaktur und ihres Übergangs zur großen Industrie muß gerade darin gesehen werden, daß Arbeitsteilung und Kooperation hier als Erscheinungsformen der Produktion und erweiterten Reproduktion des Kapitalverhältnisses gefaßt sind. Die „Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte" [2]) erscheint ja gerade darin, daß sie den privat angeeigneten gesellschaftlichen Neuwert um so mehr steigern, je mehr sie gesellschaftlich angewandt werden.

[1]) K. Marx, Das Kapital, 1. Band, MEW, Band 23, S. 353.
[2]) F. Engels, Anti-Dühring, MEW, Band 20, S. 260.

Weiterhin vermittelt der Akkumulationsprozeß des Kapitals das Verhältnis des Austausches der Tätigkeiten, d. h. der Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Zweige und Bereiche der gesellschaftlichen Produktion. Die Veränderung der gesellschaftlichen und betrieblichen Arbeitsteilung wird vor allem durch die Wertzusammensetzung des Kapitals bestimmt. Wachstum der organischen Zusammensetzung des Kapitals und die freie Bewegung des Kapitals von einer Anlagesphäre in die andere üben den entscheidenden Einfluß „auf das Geschick der Arbeiterklasse" (Marx) aus, vermitteln die Umverteilung der Arbeitskräfte zwischen den Sektoren der materiellen Produktion ebenso wie die Konzentration dieser Bewegung auf bestimmte Arbeitergruppen und Tätigkeitsbereiche. Marx hat diesen Zusammenhang bei der Analyse des Wachstums der Gruppe der kommerziellen Arbeiter, deren Funktion durch die Realisierung der Profitmasse für den Kapitalisten bestimmt wird, präzisiert: „Der Kapitalist vermehrt die Zahl dieser Arbeit, wenn mehr Wert und Profit zu realisieren ist. Die Zunahme dieser Arbeit ist stets Wirkung, nie Ursache der Vermehrung des Mehrwerts" [3]). Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation — als die Verwandlung einfacher agrarischer und handwerklicher Warenproduzenten in kapitalistische Lohnarbeiter, d. h. ihre Umverteilung aus dem Sektor der agrarischen Produktion in den Verwertungsbereich des industriellen Kapitals — ist ebenso ein Moment dieses Prozesses wie die innere Differenzierung der Arbeiterklasse, die Herausbildung neuer Tätigkeitsmerkmale und Schichten, die sich mit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium durchsetzt.

Solche Vorüberlegungen legen dar, daß die gesellschaftliche und politische Funktion bestimmter Gruppen und Schichten der Arbeiterklasse immer aus dem Gesamtzusammenhang der Analyse der Klassenverhältnisse und des Klassenkampfes entwickelt werden muß, daß in der Analyse der Kapitalbewegung und ihrer Widersprüche notwendig die Analyse der Produktivkraftentwicklung, der Veränderungen des Umfangs, der inneren Struktur, der materiellen und immateriellen Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse eingeschlossen sein muß.

Der Bruch mit diesen methodischen Voraussetzungen kennzeichnet nicht nur die neuere bürgerliche Industriesoziologie, die die Entwicklung der Produktivkräfte im Zuge der Automatisierung als einen gegenüber den kapitalistischen Produktionsverhältnissen neutralen bzw. autonomen Prozeß ausgibt, der die Entfremdung des modernen Automationsarbeiters aufhebe [4]), sondern auch Serge Mallets Theorie der „neuen" Arbeiterklasse [5]).

Getreu der syndikalistischen Tradition, welche die dialektische Differenz von ökonomischem und politischem Kampf im Mythos der „direkten Aktion" eliminierte, reduziert die Theorie der „neuen" Arbeiterklasse auch den Klassenkampf auf die unmittelbaren Initiativen der betrieblichen Basis [6]). Damit entfällt theoretisch die revolutionäre Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und politisch die Aufgabe der grundlegenden Veränderung politischer Machtverhältnisse. Stattdessen prognostiziert Mallet ein gleichsam

3) K. Marx, Das Kapital, 3. Band, MEW, Band 25, S. 311/312.
4) Vgl. z. B. R. Blauner, Alienation and freedom. The factory worker ad his industry. Chicago 1964; F. Fürstenberg, Die Soziallage der Chemiearbeiter. Neuwied und Berlin 1969.
5) Zur Kritik an der Theorie von S. Mallet vgl. L. Peter, Diskussionsbeitrag, in: Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften. Materialien der 2. theoretischen Konferenz des IMSF. Frankfurt/M. 1971.
6) Als besonders flacher Vertreter dieses Konzepts einer „basisdemokratischen Strategie" tritt Fritz Vilmar in Erscheinung. Wenngleich einzelne Forderungen seines Konzepts der Mitbestimmung am Arbeitsplatz auch von fortschrittlichen Gewerkschaftern vertreten werden, so leitet er dieses doch insgesamt von der Position einer marxistelnden Sozialethik ab, die kaum jemals über das Beklagen der entfremdeten Objektstellung des Arbeiters hinausgekommen ist. Vgl. F. Vilmar, Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Gewerkschaftsspiegel, 7/1971 (Sonderheft).

naturwüchsiges Absterben des monopolkapitalistischen Staates, hervorgerufen durch die Eigendynamik des „syndicalisme d'entreprise" der neuen Arbeiterklasse, welche der Führung und Organisation einer proletarischen Partei nicht mehr bedürfe.

Zwar konzediert Mallet, daß die neue Arbeiterklasse, die Schicht hochqualifizierter Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler im Lohnverhältnis nicht in dem von Marx bezeichneten Sinne revolutionär sei, aber gerade deshalb hält er die marxistische Bestimmung der Kategorie des revolutionären Bewußtseins unter den aktuellen Bedingungen der Produktion und der Arbeitsbeziehungen überhaupt für überlebt: „Ist die neue Arbeiterklasse revolutionär? Wenn man darunter versteht, daß sie ein revolutionäres Bewußtsein im klassischen Sinn besitzt, welches sich in dem Willen äußert, zunächst die politische Macht zu erringen, gleich durch welches Mittel und zu welchem Preis, dann ist unbestreitbar, daß die neue Arbeiterklasse nicht revolutionär ist. Aber wenn man unter revolutionär die ständige Bereitschaft versteht, die bestehenden sozialen Beziehungen zu verändern, dann machen die objektiven Bedingungen, in denen die neue Arbeiterklasse handelt und arbeitet, aus ihr eine vorbildliche Avantgarde der sozialistischen Bewegung" [7]).

II

Die Diskussion über das politische Potential und die Klassenlage der wissenschaftlich-technischen Intelligenz hat von dem Tatbestand auszugehen, daß wissenschaftlich und technisch qualifizierte Arbeit als Lohnarbeit in den materiellen Produktionsprozeß integriert wird. Die für vorkapitalistische, aber ebenso für vormonopolistische Produktionsweisen kennzeichnende Trennung von Wissenschaft und Produktion wird im Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, der mit der Entwicklung der Produktivkräfte, der weiteren Vergesellschaftung des Produktionsprozesses und der zunehmenden Bedeutung staatlicher Regulierung monopolistischer Verwertung einhergeht, aufgehoben. Schon hier wird deutlich: Wissenschaft als eine — wie z. B. Jürgen Habermas unterstellt [8]) — verselbständigte Produktivkraft, die außerhalb des materiellen gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionszusammenhangs steht, gibt es nicht. „Wissenschaftliche Arbeit, und mag sie noch so umfangreich sein, ist nicht per se produktiv, sondern nur in ihrer Anwendung innerhalb des Produktionsprozesses, sei es als inkorporierte Qualifikation der Arbeitskraft, sei es als in den Produktionsmitteln inkorporierter technischer Fortschritt" [9]). Erst in der Form der Lohnarbeit wird die Wissenschaft für den Verwertungsprozeß des Kapitals fungibel.

Dieser Zusammenhang erschließt sich aber präziser erst durch eine Betrachtung der Kategorie „Monopol" [10]). Das Monopol erwächst notwendig aus der anarchischen Bewegung der Einzelkapitale, aus der freien Konkurrenz. Monopolisierung bedeutet die Herstellung von Bedingungen, „die es dem Kapital erlauben, auf der Basis einer gewaltigen Konzentration der ökonomischen Macht mehr Profit, und daher Akkumulationsmittel, an sich zu reißen, als ihm nach

7) S. Mallet, Sozialismus und die neue Arbeiterklasse, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), Die neue Arbeiterklasse. Frankfurt/M. 1970, S. 98—115, hier S. 111.
8) Vgl. J. Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie. Frankfurt/M. 1969.
9) E. Altvater, Produktivkrift Wissenschaft?, in: E. Altvater/F. Huisken (Hrsg.), Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors. Erlangen 1971, S. 349 ff., hier S. 354.
10) Es ist für viele maoistische und andere ultralinke Strömungen charakteristisch, daß sie die Kategorie des „Monopols" negieren. Sie verharren analytisch gänzlich auf der Ebene des Einzelkapitals und kommen demzufolge auch nicht über das Konzept des betrieblichen Klassenkampfmodells hinaus. Ihre politische Strategie ist vom Modell des vormonopolistischen Kapitalismus abstrahiert und steht so in einem eklatanten Widerspruch zur gegenwärtigen sozialökonomischen und politischen Wirklichkeit.

dem immanenten kapitalistischen Verteilungsgesetz, jedem entsprechend seiner eigenen Kapitalmacht, zusteht" [11]). Mit der Verwandlung von privatem Kapital in Gesellschaftskapitel, der Ersetzung der freien durch die monopolistische Konkurrenz, der Einschränkung der freien Kapitalanlage und der freien Kapitalbewegung sowie der Aufhebung der freien Preisbewegung durch die monopolistische Preispolitik werden die Bedingungen des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses, der Verwandlung von Mehrwert in Kapital, dem neuen Entwicklungsstand der Produktivkräfte angepaßt. Der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, der, durch die freie Kapitalbewegung verschärft, im tendenziellen Fall der Profitrate und in der permanenten Drohung der Entwertung von Kapital zum Ausdruck kommt, wird durch das Monopol auf eine neue Stufe gehoben: es durchbricht die Schranken, die der freien Bewegung der Einzelkapitale gesetzt sind, um die Grundbedingung kapitalistischer Produktion, die Verwandlung von Kapital in Mehrwert, aufrechtzuerhalten. Monopolisierung ist also ein Prozeß der Kapitalzentralisation, der das Kapitalverhältnis ausdehnt und so neuen Raum für die Entwicklung der Produktivkräfte schafft. Die erste umfangreiche Erweiterung und Differenzierung der Arbeiterklasse, das Wachstum der Gruppe der kaufmännischen Angestellten, ist eng mit dieser Aufhebung der freien Bewegung der Einzelkapitale verbunden. Die Entstehung neuer Tätigkeitsmerkmale ist an die Voraussetzung gebunden, daß die kapitalistische Massenproduktion jetzt zunehmend längerfristige Dispositionen, Planmäßigkeit, systematische und regional weitgreifende Organisation von Beschaffung, Produktion und Absatz sowie eine gewisse Sicherheit des Marktes als Voraussetzung der Kapitalanlage erfordert. Die Erhöhung der Profitraten wurde vornehmlich durch die Verbesserung der Arbeitsproduktivität mit technischen und organisatorischen Methoden erreicht; darüber hinaus bewirkte die Beschleunigung des Kapitalumschlages eine Steigerung der Mehrwertmasse [12]).

Die Mehrheit dieser Tätigkeiten wird von Lohnarbeitern wahrgenommen, die sich nicht durch die Art des Ausbeutungsverhältnisses, sondern durch ihren Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit von den Arbeitern in der materiellen Produktion unterscheiden. Sofern sie nicht unmittelbar delegierte kapitalistische Leitungs- und Aufsichtsfunktionen wahrnehmen, sind sie für die Realisierung des produzierten Mehrwertes verantwortlich. Insofern ist die Erhöhung der Angestelltenzahlen in der Entfaltungsperiode des Imperialismus Wirkung, Ausdruck der neuen Methoden der Profitsicherung gewesen, die durch die „Vergesellschaftung der Leitungstätigkeit auf der Grundlage eines bestimmten Niveaus der Produktivkräfte, der Konzentration der Produktion sowie des gesamten Produktionsniveaus" [13]) bestimmt werden. Längst ist die soziologische Legende von der Herausbildung eines „neuen Mittelstandes" in Gestalt der kaufmännischen Angestellten von der Wirklichkeit falsifiziert worden; denn die Arbeits- und Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrheit dieser Gruppe — vor allem der weiblichen Angestellten, die 1967 schon 49 % aller Angestellten stellten [14]) — gleichen sich zunehmend denen der Arbeiter an. Ebensowenig kann die Behauptung aufrechterhalten werden, daß das Wachstum der kommerziellen Arbeiten mit der Herausbildung eines neuen Typus von geistiger Arbeit verbunden ist. Einerseits liegen die Qualifikationsanforderungen, die an die

11) P. Heß, Monopole, Staat und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts im gegenwärtigen Kapitalismus, in: Marxistische Blätter, Schulungstext Politische Ökonomie, o. O., o. J., (Sonderdruck), S. 21; vgl. dazu auch ders., Kapitalistisches Wachstum zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht, in: Sozialistische Politik, 3/1969, S. 35—51.
12) Vgl. M. Tjaden-Steinhauer / K. H. Tjaden, Zur Analyse der Sozialstruktur des deutschen Kapitalismus, in: Das Argument, 61/1970, S. 645—664, bes. S. 650/1.
13) H. Steiner, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Berlin 1967, S. 71.
14) Bolte/Neidhardt/Holzer, Deutsche Gesellschaft im Wandel. Band 2, Opladen 1970, S. 311.

Kritische Sachbücher

Neu im Oktober

Dieter Boris, Elisabeth Boris, Wolfgang Ehrhardt

Chile auf dem Weg zum Sozialismus

KLEINE BIBLIOTHEK Bd. 19, 320 S., engl. br. DM 9,80.

Die Absicht der Autoren ging dahin, Material und Analysen über die Geschichte und Struktur Chiles aufzuarbeiten, um ein solides Fundament für politische Einschätzungen zu gewinnen. Der primäre Zweck der Studie besteht also in der Präsentierung von Informationen, wenngleich diese selbst der Interpretation und einiger theoretischer Erwägungen bedürfen, welche über den unmittelbaren Gegenstand hinausgehen und für die Erklärung sozialer Verhältnisse und politischer Bewegungen in Lateinamerika auch von allgemeiner Bedeutung sein dürften.

Willy Wyniger Demokratie und Plan in der DDR

Probleme der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution, SAMMLUNG JUNGE WISSENSCHAFT, ca. 200 Seiten, kart. DM 14,80.

Wyniger verfolgt, wie die wissenschaftlich-technische Revolution und die damit aufgeworfenen Probleme in der DDR-Soziologie rezipiert werden. Es geht dabei vor allem um die Interpretation des Begriffs Produktionsverhältnisse und seines gesellschaftlichen Hintergrundes sowie um den Zusammenhang von Technik und sozialistischer Demokratie.

Hermann Ley Thomas Müller

Kritische Vernunft und Revolution

Zur Kontroverse zwischen Hans Albert und Jürgen Habermas.
KLEINE BIBLIOTHEK Bd. 11, 267 S., engl. br. DM 9,80.

Was hat es mit dem Positivismusstreit auf sich? Profitiert davon das progressive Weltselbstverständnis der neuen Linken oder bedeutet er etwa das Investieren von geistiger Substanz zu dem Zweck, den möglichen Einblick in den Ablauf gesellschaftlicher Prozesse bis zur Unkenntlichkeit zu verstellen? Habermas sieht in ideologiehafter Abschrankung von der Wirklichkeit das Übermächtigwerden der Technik und das Durchsetzen einer zeitlosen Nachgeschichte, auf die Albert technokratisch zustrebt. Das Buch weist die Konvergenz der Diskussionspartner innerhalb des spätbürgerlichen Bewußtseins nach.

Pahl-Rugenstein

einfache geistige Arbeit gestellt werden, in der Regel unter dem Niveau der Anforderungen an die körperliche Arbeit, was sich z. B. auch in der Lohnskala widerspiegelt. Andererseits führen Mechanisierung und Automatisierung in immer stärkerem Maße zur Verunsicherung der Arbeitsplätze gerade der traditionellen unteren und auch mittleren Kategorien der Büroarbeit [15]) — verbunden mit neuen Spezialarbeiten (z. B. Bedienungspersonal von EDV-Anlagen), die nicht nur kommerzielle und produktionstechnische Funktionen ausfüllen, sondern die auch der Anwendung industriemäßiger Technologien immer ähnlicher werden. Komplizierte geistige Arbeit der wissenschaftlichen Intelligenz konzentriert sich — vor allem in der ersten Phase des Imperialismus — nahezu ausschließlich auf der Ebene der Leitung der einfachen geistigen Arbeit. Dabei handelt es sich vorwiegend nicht um naturwissenschaftliche bzw. technische, sondern um die sozialwissenschaftliche Intelligenz, der die Rationalisierung der Rechnungsführung, die Effektivierung von Marktbeherrschung und Arbeitsorganisation obliegt. Für diese Gruppe trifft noch weitgehend die Definition des „leitenden Angestellten" nach dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 (§ 4, Abs. 2c) zu: diese werden als Angestellte bezeichnet, die „zur selbständigen Einstellung und Entlassung von im Betrieb oder in der Betriebsabteilung beschäftigten Arbeitnehmern berechtigt sind, Generalvollmacht oder Prokura erteilt bekommen haben, nicht angestelltenversicherungspflichtig sind und Aufgaben wahrnehmen, die ihnen regelmäßig wegen ihrer Bedeutung für den Bestand und die Entwicklung des Betriebes nur aufgrund besonderen Vertrauens des Arbeitgebers und im Hinblick auf ihre besonderen Erfahrungen und Kenntnisse übertragen werden".

III

Eine qualitative Veränderung der gesellschaftlichen Position der lohnabhängigen Intelligenz und ihrer Zusammensetzung vollzieht sich erst mit der zunehmenden technischen Anwendung der Wissenschaft im Produktionsprozeß. Die Verschärfung der nationalen und internationalen Konkurrenz erzwingt — zusammen mit der in der BRD vor allem seit Beginn der sechziger Jahre wirksamen Verknappung des Arbeitskräftereservoirs — die Intensivierung der Produktion: Der Entwertung des fungierenden Kapitals kann nur in der Weise begegnet werden, daß ein immer größerer Teil des kapitalisierten Mehrwertes für die Forschung und die Weiterentwicklung technologischer Prozesse — verbunden mit dem Ausbau der Organisation des Absatzes und der Produktion — eingesetzt werden muß. Die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft erfaßt dabei alle Elemente des Prozesses der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. Sie impliziert eine qualitative Veränderung im System der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Es handelt sich dabei nicht nur um eine neue Qualität der *Arbeitsgegenstände* (Substitution von Grundstoffen, Erschließung neuer Energiequellen, Anwendung neuer Werkstoffe), sondern auch der *Arbeitsmittel* (Mechanisierung und Automatisierung des Fertigungsprozesses, Anwendung neuer Technologien), der Organisation und Administration des Produktionsprozesses (Einsatz elektronischer Datenverarbeitung) sowie der längerfristigen Planung von Produktion und Markt (Forschung und Entwicklung). Zugleich verändert sich der Charakter menschlicher Arbeit. Ihr Schwerpunkt verlagert sich auf vor-, neben- und nachgelagerte Bereiche der Produktion. Weiterhin erfordert die Kombination dieser Elemente des Produktivkraft-

15) Vgl. J. Fuhrmann, Zur Veränderung der Arbeitsaufgaben von kaufmännischen und technischen Angestellten durch Computer (10 Fallstudien), in: G. Friedrichs (Redaktion), Computer und Angestellte, Band I, Frankfurt/M. 1971, S. 320—443.

systems die langfristige Planung und die wissenschaftliche Durchdringung von Organisation und Leitung des gesamten Produktionsprozesses [16]).

Folgende Strukturmerkmale können also zunächst festgehalten werden: 1) Zunahme der vergegenständlichten über die lebendige Arbeit. 2) Wachsende Bedeutung der geistigen gegenüber der körperlichen Arbeit. 3) Fortschreitende Vergesellschaftung des Produktionsprozesses und seiner Leitung. Das Zusammenwirken dieser Faktoren resultiert in einer Steigerung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit, die zugleich die Reduktion der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit in der materiellen Produktion beinhaltet. Bürgerliche Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von der verdeckten oder offenen „Freisetzung" von Arbeitskraft durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität [17]).

Entsprechend diesen Strukturveränderungen des Systems der Produktivkräfte sind der Umfang und die innere Zusammensetzung der Arbeiterklasse, das System der gesellschaftlichen und betrieblichen Arbeitsteilung, einem Wandlungsprozeß unterworfen, der auch das Wachstum der lohnabhängigen wissenschaftlich-technischen Intelligenz umschließt. Im folgenden soll dieser Prozeß in einigen Thesen knapp umrissen werden [18]). Dabei muß jedoch dieser Prozeß in seiner Gesamtheit betrachtet werden; denn die lohnabhängige wissenschaftlich-technische Intelligenz ist — vom Standpunkt des gesellschaftlichen Charakters der Produktion aus gesehen — keine isolierte, autonome soziale Gruppe, sondern Organ des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters" —, „und alle zusammen, als Atelier, sind die lebendige Produktionsmaschine dieser Produkte, wie sie, den gesamten Produktionsprozeß betrachtet, ihre Arbeit gegen Kapital austauschen und das Geld des Kapitalisten als Kapital reproduzieren, d. h. als sich verwertenden Wert ... Es ist ja eben das Eigentümliche der kapitalistischen Produktionsweise, die verschiedenen Arbeiten, also auch die Kopf- und Handarbeiten ... zu trennen und an verschiedene Personen zu verteilen, was jedoch nicht hindert, daß das materielle Produkt das gemeinsame Produkt dieser Personen ist oder ihr gemeinsames Produkt in materiellem Reichtum vergegenständlicht; was andererseits ebensowenig hindert oder gar nichts daran ändert, daß das Verhältnis jeder einzelnen dieser Personen das des Lohnarbeiters zum Kapital und in diesem eminenten Sinne das des produktiven Arbeiters ist" [19]).

Welches sind nun die Hauptmomente der Veränderung der Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters?

1) Der Umfang der durch das Kapital und den kapitalistischen Staat angeeigneten Lohnarbeit nimmt — gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen — ständig zu. Von ca. 71 % im Jahre 1950 ist er auf ca. 82 % im Jahre 1969 angestiegen.

2) Der Anteil der Lohnarbeiter in der Industrie stagniert bzw. verringert sich gegenüber dem Anteil der Lohnarbeiter in den Bereichen Handel, Verkehr und Dienstleistungen.

3) In der Industrie konzentrieren sich die Arbeitskräfte zunehmend auf bestimmte Branchen. Die Investitionsgüterindustrien — dort vor allem Ma-

16) Vgl. dazu auch: Autorenkollektiv, Der Imperialismus der BRD, Frankfurt/M. 1971, bes. S. 247 ff.
17) So z. B. G. Friedrichs, Technischer Fortschritt und Beschäftigung in Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und den USA. Frankfurt/M. 1964.
18) Vgl. dazu ausführlich: H. Jung, Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs „Arbeiterklasse" und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse, in: Das Argument, 61/1970, S. 665 ff. H. Steiner, Soziale Strukturveränderungen . . ., a.a.O.; F. Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971, S. 134 ff.; W. Gerns, Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse der BRD, in: Marxistische Blätter, 5/1969, S. 54 ff.; J. Marx, Strukturveränderungen der westdeutschen Arbeiterklasse in der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: DWI-Berichte, 12/1969, S. 354 ff.; dies., Wissenschaftlich-technische Revolution und Qualifikation der westdeutschen Industriearbeiter, in: DWI-Berichte, 1/1968, S. 15 ff.
19) K. Marx, Theorien über den Mehrwert. Erster Teil. MEW, 26.1, S. 386/7.

schinenbau, elektrotechnische und kunststoffverarbeitende Industrie — haben ihren Anteil an der Gesamtzahl der in der Industrie Beschäftigten von 31 % (1950) auf 44 % (1968) gesteigert. Auch der Anteil der Beschäftigten in der chemischen Industrie hat erheblich zugenommen. Traditionell wichtige Branchen wie die eisenschaffende Industrie, der Bergbau, Textil- und Bekleidungsindustrie stagnieren bzw. schrumpfen beträchtlich.

4) Der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals entspricht die Konzentration der Arbeitskräfte auf die Großbetriebe. Im Jahre 1966 waren ca. 40 % aller Beschäftigten in der Industrie in Großbetrieben mit über 1000 Beschäftigten tätig [20]). „In den Unternehmen von nur 26 Industriemonopolen, die wiederum miteinander verflochten sind, werden rund 2,5 Mio. Werktätige ausgebeutet. In kaum 2 % aller Industriebetriebe arbeitet fast die Hälfte des Industrieproletariats, wobei diese 2 % der Betriebe einen größeren Umsatz haben als alle übrigen 98 % zusammen" [21]).

5) Die Zunahme der Lohnarbeit konzentriert sich auf bestimmte Berufsgruppen. Hier ist zunächst an die — bereits angesprochene — ständig wachsende Gruppe der Angestellten zu erinnern. Quantitativ wirkt sich hier besonders der steigende Anteil der weiblichen Angestellten aus, die meist minder qualifizierte Tätigkeiten verrichten und den unteren Einkommensgruppen angehören. Ebenfalls überdurchschnittlich sind die Wachstumsraten der Gruppe der technischen Angestellten. In einigen Bereichen — wie z. B. in der Großchemie — ist der Anteil der Angestellten mit Hochschulausbildung (1970 = 10 %) und des Forschungspersonals (bei den Großkonzernen zwischen 15 und 20 %) besonders hoch [22]).

Diese Prozesse — vor allem die zuletzt genannten — spiegeln die wachsende Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Produktion, Organisation, Verwaltung und Forschung wider. Selbstverständlich ist dazu auch die Tatsache zu rechnen, daß Verschiebungen in der Berufsstruktur der Industriearbeiterschaft durch die zunehmende Bedeutung von hochqualifizierten Facharbeitergruppen (z. B. Regel- und Meßtechniker, Apparatebauer, Metallspanabheber u. a.) geprägt werden [23]). Dennoch muß hier eine illusionäre Prognose empirisch zurückgewiesen werden, die vor allem von den Theoretikern der „neuen Arbeiterklasse" — verbunden mit ebensolchen illusionären und falschen politischen Schlußfolgerungen — aufgestellt wurde: Es trifft nicht zu, daß sich als Folge der Automatisierung und Verwissenschaftlichung der Produktion unter kapitalistischen Verhältnissen ein neuer hochqualifizierter Arbeitertyp durchsetzt, daß der ingenieurmäßig und wissenschaftlich qualifizierte Facharbeiter von heute in der Tendenz den repräsentativen Typus des Arbeiters der Zukunft antizipiere.

Zudem haben H. Kern und M. Schumann in ihrer Studie „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein" als eines der wichtigsten Ergebnisse empirisch ermittelt, daß gerade die Steuer- und Regeltätigkeit in der hochmechanisierten Produktion „komplexe Anlerntätigkeiten" sind, die keine besonderen Qualifikationen voraussetzen [24]). Dem entspricht in den vergangenen 20 Jahren das Ansteigen des Anteils der angelernten Arbeiter an der Gesamtheit der Industriearbeiter

20) Vgl. Bundesministerium f. Arbeit u. Sozialordnung, Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik. 1967, S. 42/43.
21) Autorenkollektiv, Der Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 341.
22) Vgl. R. Rippel, Veränderungen in der Arbeitskräftestruktur der chemischen Industrie der BRD, in: DWI-Berichte, 6/1971, S. 15 ff.
23) Vgl. Bolte u. a.: Deutsche Gesellschaft im Wandel, 2, a.a.O., S. 392.
24) Vgl. H. Kern/M. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Teil I. Frankfurt/M. 1970, S. 123.

gegenüber einem nahezu unveränderten Anteil der Facharbeiter. Gerade in den fortgeschrittensten Bereichen der Produktion findet also unter kapitalistischen Bedingungen eine verstärkte Differenzierung von qualifizierten und unqualifizierten, von privilegierten und diskriminierten Tätigkeiten statt. Die Entwicklung der Produktivkräfte — vor allem die Entwicklung der Produktivkraft menschliche Arbeitskraft — verläuft demnach ungleichzeitig und widersprüchlich. Zwei Branchen, die zu den technologisch fortgeschrittensten zu rechnen sind, lassen diese Entwicklungstendenz deutlich erkennen. In der elektrotechnischen Industrie steht einem relativ hohen Anteil von technisch und wissenschaftlich qualifiziertem Forschungs- und Leitungspersonal ein weit über dem Durchschnitt liegender Anteil unqualifizierter Frauenarbeit gegenüber [25]). In der chemischen Industrie geht der hohe Anteil der kaufmännischen Angestellten und des Forschungspersonals mit der Dominanz un- und angelernter Tätigkeiten in der Produktion einher [26]).

Die realen Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf Umfang und Struktur der Arbeiterklasse weisen offensichtlich darauf hin, daß jedwede Klassentheorie, die den „Kern der Arbeiterklasse" — die unmittelbaren Agenten der materiellen Produktion, die zugleich in den ökonomischen Machtzentren des spätkapitalistischen Systems konzentriert sind — durch eine „neue" Arbeiterklasse substituieren will, auf falschen analytischen Voraussetzungen und Verallgemeinerungen beruht, da sie die Hauptprobleme der Entwicklung der Klassenverhältnisse und des Klassenkampfes negiert. Gleichwohl darf diese berechtigte Kritik an der Theorie der neuen Arbeiterklasse nicht zu einem dogmatischen Begriff des „Kerns der Arbeiterklasse" führen, wie er z. B. in der — vorwiegend intellektuellen — Mythologisierung des Proleten vergangener Zeiten zum Ausdruck kommt. Die Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Systems haben den „Kern der Arbeiterklasse" verändert — und die konkrete Analyse dieses Veränderungsprozesses ist eine der entscheidenden Voraussetzungen für die adäquate Einschätzung der Kampfbedingungen und der Bewußtseinsbildung der gesamten Arbeiterklasse. In diesem Zusammenhang sind vor allem die folgenden Momente zu berücksichtigen: 1) Der Schwerpunkt des „Kerns der Arbeiterklasse" hat sich von der traditionell bestimmenden Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie auf die Investitionsgüterindustrien verlagert. 2) Die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrzahl der unteren und mittleren Angestelltengruppen an die der Arbeiter. 3) Das Wachstum der Arbeiterklasse wird schon gegenwärtig — noch stärker freilich mit der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte in der Zukunft — durch die Verschmelzung von bestimmten Gruppen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz mit der Arbeiterklasse beeinflußt [27]). Für einen Teil, keinesfalls aber für die Gesamtheit der lohnabhängigen Intelligenz ist demzufolge die *historische Tendenz der Proletarisierung und* ihres Verschmelzens mit der Arbeiterklasse [28]) der bestimmende Faktor ihrer sozialen Lage und ihrer unmittelbaren Arbeitserfahrungen.

IV

Zunächst muß freilich noch auf einen anderen Bereich eingegangen werden, in

25) Zu deren Arbeitsbedingungen vgl. z. B. P. Schneider, Die Frauen bei Bosch; und M. Herzog, Akkordarbeiterinnen bei AEG/Telefunken, in: Kursbuch, 21, September 1970, S. 83—128.
26) Vgl. z. B. F. Fürstenberg, Die Soziallage der Chemiearbeiter, a.a.O. Insofern ist auch die These von R. Rippel (Veränderungen in der Arbeitskräftestruktur . . ., a.a.O.) von der bestimmenden Tendenz der Höherqualifikation der Beschäftigten in der chemischen Industrie problematisch.
27) Vgl. dazu H. Kolbe, Die Arbeiterklasse und ihre neuen Kampfbedingungen, in: DWI-Forschungshefte, 1/1970, Aktuelle Probleme des Imperialismus.
28) Vgl. H. Jung, Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs „Arbeiterklasse" . . ., S. 693.

dem die Aneignung von wissenschaftlich qualifizierter Lohnarbeit stattfindet. Es handelt sich um die wissenschaftlich-technische Intelligenz, die der Staatsapparat beschäftigt. Häufig wird übersehen, daß dies mit die größte Gruppe der wissenschaftlich-technischen Intelligenz überhaupt ist. Erweiterte Aneignung von qualifizierter Arbeitskraft vermittels der Staatstätigkeit im monopolistischen Kapitalismus ist Ausdruck der Tatsache, daß der Staat nicht mehr nur die Funktionen der politischen, rechtlichen und ideologischen Sicherung des kapitalistischen Systems mit außerökonomischen Mitteln wahrnimmt, sondern daß er als unmittelbares Element des monopolistischen Akkumulations- und Verwertungsprozesses fungiert. Wenn Joachim Hirsch mit Recht festhält, daß „die ökonomisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen profitabler Kapitalverwertung ... sich als das eigentlich politische Datum (erweisen)" [29]), so schließt das die These ein, daß die Staatstätigkeit unmittelbar „ökonomische Potenz" geworden ist, daß ökonomische und politische Macht im Spätkapitalismus zunehmend miteinander „fusionieren" und daß sich schließlich in diesem Prozeß der Funktionszusammenhang politisch-rechtlicher Institutionen und Normen — wie er sich z. B. im System des bürgerlichen Parlamentarismus und Parteiensystems darstellt — grundlegend verändert.

Die ökonomische Hauptfunktion des kapitalistischen Staates muß gegenwärtig darin gesehen werden, daß er die Anforderungen der Produktivkräfte, d. h. des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, mit den Erfordernissen der Kapitalverwertung in Übereinstimmung bringt, „indem er in wachsendem Maße Kapital mobilisiert und anwendet, ohne es unmittelbar, als Kapitalanwender, zu verwerten, d. h. so, daß die Verwertung, der Profit, sich bei den Monopolisten realisiert" [30]). Damit erweitert die ökonomische Aktivität des Staates als Mobilisierung und Zentralisierung von gesellschaftlichem Kapital die Grenzen, die dem Einfluß des Monopolkapitals gesetzt sind, beträchtlich und schafft so Raum für die Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Diese Mobilisierungsfunktion gründet in dem staatlichen Monopol der Umverteilung des Nationaleinkommens. So ist der Anteil der staatlichen Aneignung und Umverteilung des Nationaleinkommens von 1913 bis 1967 von 15 % auf knapp 44 % angestiegen [31]).

Die gesamtwirtschaftlich regulierende Funktion der Staatstätigkeit und ihre unmittelbaren Auswirkungen auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt lassen sich grob nach zwei Bereichen hin differenzieren:

1) Die staatliche Nachfrage nach Investitionsgütern (vor allem über den Rüstungshaushalt, aber auch z. B. über den verstaatlichten Verkehrs- und Kommunikationssektor) sowie die Wirksamkeit staatlicher Aufträge im Baugewerbe werden zu einem bestimmenden Faktor des Wirtschaftswachstums und der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

2) Die sogenannte „Strukturpolitik" bestimmt in den letzten Jahren zunehmend die Zusammensetzung der Staatsausgaben. Dazu gehören gegenwärtig die folgenden Prioritäten: a) Wissenschaft, Forschung und Bildung; b) Verkehrswesen; c) strukturpolitische Maßnahmen in der Industrie; d) Entwicklung der Agrarstruktur und e) Raumordnung und Städteplanung [32]).

Hierbei handelt es sich um ein dreipoliges System der staatlich administrierten

---

29) J. Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System. Frankfurt/M. 1970, S. 244/5.
30) P. Heß, Kapitalistisches Wachstum . . ., a.a.O., S. 42.
31) Vgl. K. H. Heise, Profitbesteuerung und Regulierung der Kapitalakkumulation. DWI-Forschungshefte, 3/1968, S. 11.
32) Vgl. H. J. Höhme, Der Staatshaushalt der BRD, DWI-Forschungshefte, 1/1971, S. 34 ff.

„profiterhaltenden Anpassung volkswirtschaftlicher Produktionsstrukturen an veränderte ökonomische und technische Bedingungen" [33]): Die staatliche Subventionierung strukturschwacher Branchen der Industrie (z. B. Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie) erfolgt nach Maßgabe der Verminderung von Profiteinbußen in diesen Bereichen. Maßnahmen auf den Gebieten Verkehr, Raumordnung, Städteplanung und auch Bildung sichern die allgemeinen „infrastrukturellen" Voraussetzungen optimaler Produktionsbedingungen. Im Bereich der sogenannten Forschungs- und Wissenschaftsförderung schließlich finanziert der Staat gezielt technische Neuerungen und fungiert so unmittelbar als Motor wissenschaftlich-technischer Entwicklung. Die Finanzierung der Industrieforschung konzentriert sich — nach der Ausgabenstruktur des Haushalts des Wissenschaftsministeriums — zur Zeit auf die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung, neuer Technologien sowie auf die Weltraum- und Kernforschung.

Damit sind keineswegs alle Instrumente der staatlichen Regulierung des Kapitalverwertungsprozesses benannt. Die Regulierung des Akkumulationsprozesses durch das Instrumentarium der Finanz- und Wirtschaftspolitik bildet ebenso ein Element der ökonomischen Gesamtfunktionen des kapitalistischen Staates wie die zunehmenden Eingriffe in die Verteilung der Primäreinkommen durch die Festlegung von Orientierungsdaten für die Lohnentwicklung im Rahmen der sogenannten „konzertierten Aktion" [34]).

Es ist diese Funktionserweiterung des kapitalistischen Staates, seine für die Erhaltung des Profitprinzips notwendige Vermittlungs- und Regulierungsfunktion, die dem Anwachsen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im staatlichen Sektor zugrunde liegt [35]). Die Ministerialbürokratien mit ihren Planungs- und Organisationsstäben, Forschungsinstitutionen und -zentren von halbstaatlichem Charakter sowie die Forschungseinrichtungen an Universitäten und Hochschulen absorbieren zunehmend sozialwissenschaftlich, technisch und naturwissenschaftlich qualifizierte Intelligenz. Wegen der immer offensichtlicher werdenden Disproportionen zwischen dem vorhandenen Produktions- und Qualifikationspotential — vor allem in den Bereichen Bildung und Ausbildung — und dem durch die nationale und internationale Konkurrenz erzwungenen Entwicklungstempo der Produktivkräfte kommt gegenwärtig der Gruppe der pädagogischen Intelligenz zahlenmäßig eine besondere Bedeutung zu.

Faßt man die Entstehungsbedingungen der lohnabhängigen wissenschaftlich-technischen Intelligenz zusammen, so resultiert ihre Funktionsbestimmung: 1) aus der zunehmenden Vergesellschaftung kapitalistischer Leitungsfunktionen; 2) aus der Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses; 3) aus der staatlichen Regulierung des monopolistischen Akkumulationsprozesses; 4) aus der Anpassung der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft an den Entwicklungsstand der Produktivkräfte und an die monopolistischen Bedingungen der Kapitalverwertung, sowie 5) aus der Notwendigkeit der allgemeinen politischen und ideologischen Sicherung des Gesamtsystems.

V

Die Funktionsbestimmung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und ihres Platzes in der gesellschaftlichen Klassenstruktur lassen schon klar erkennen,

33) J. Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt . . ., a.a.O., S. 246.
34) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Jahresgutachten 1967/68. Stabilität im Wachstum. Stuttgart und Mainz 1967. 4. Kap. I.: Einkommenspolitik als Stabilitätspolitik: Erfahrungen im Ausland und Lehren für die BRD. S. 179 ff.
35) In den USA hat diese Gruppe schon jetzt die höchsten Zuwachsraten. Vgl. A. Melnikov, Intelligenz in den USA. Anzahl, Zusammensetzung, soziale Differenzierung, in: Marxismus Digest, 1/1971, S. 31 ff.

daß eine eindeutige Klassenzuordnung dieser Gruppe unmöglich ist. Auch die Tatsache des Ausbeutungsverhältnisses gegenüber dem Kapital oder dem kapitalistischen Staat ist noch ein unzulängliches Kriterium, um die wissenschaftlich-technische Intelligenz als eine Schicht oder Abteilung der Arbeiterklasse zu bestimmen und damit ihre objektiven Klasseninteressen zu ermitteln. Geht man von Lenins Klassendefinition aus, derzufolge sich Klassen voneinander unterscheiden „... nach ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen" [36]), so klassifizieren gerade die letzten Kriterien die Intelligenz als eine in sich differenzierte Schicht, deren Mitglieder sich sowohl auf die beiden antagonistischen Hauptklassen der Gesellschaft wie auch auf Zwischenschichten verteilen.

Welche Bedingungen verhindern diese klare Zuordnung? Wie schon gezeigt wurde, verteilt sich die lohnabängige Intelligenz auf die verschiedenen Bereiche der materiellen Produktion sowie der staatlichen Vermittlung des Reproduktionsprozesses. Aber auch innerhalb der Produktion selbst finden wir die Intelligenz in verschiedenen — nicht kontinuierlich miteinander verbundenen — Tätigkeitsbereichen wie z. B. Geschäftsführung und Verwaltung, Forschung und Entwicklung, Konstruktion und Projektierung, Fertigung, Absatz und Kundendienst [37]).

Weiterhin ist die Schicht der Intelligenz in sich — nach Funktion, Qualifikation, Einkommen, insgesamt nach ihrem Platz in der kapitalistischen Leitungshierarchie — außerordentlich differenziert gegliedert. An der Spitze steht das „Top-management", dem die sogenannten höheren und mittleren „Führungskräfte" unmittelbar untergeordnet sind. Erst unterhalb dieser Positionen, die meist von Akademikern eingenommen werden, gruppiert sich das Heer der sogenannten „wissenschaftlichen Hilfskräfte" (Ingenieure, Techniker, Laboranten, Programmierer u. a.) [38]). Selbst in den Forschungslaboratorien oder z. B. beim Computerpersonal reproduziert sich in nuce diese strenge Hierachie, die darüber hinaus durch scheinbar individuelle, außertarifliche Festlegung des Einkommens, durch Aufstiegsversprechungen und -erwartungen im Sinne der bewußten Untergrabung einer möglichen kollektiven, d. h. solidarischen Orientierung des Personals verfestigt wird.

Diese Hinweise unterstreichen die These, daß sich die Arbeitssituation sowie die materiellen Lebensbedingungen des überwiegenden Teils der wissenschaftlich-technischen Intelligenz immer noch grundlegend von denen der Masse der Arbeiter — sowohl der Produktionsarbeiter als auch der Masse der kaufmännischen Angestellten — unterscheiden. Das trifft hauptsächlich für diejenige Gruppe zu, die immer noch die Chance hat, in Spitzenfunktionen aufzusteigen und so in die Reihen der herrschenden Klasse rekrutiert zu werden. Auch dort, wo diese Chance nur noch dem Scheine nach besteht, wird freilich — besonders gegenüber den jungen Akademikern — ein enormer ideologischer Anpassungsdruck und Unterwerfungszwang produziert. Dazu kommt, daß der überwiegende Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Leitungsfunktionen seiner sozialen Herkunft nach nicht aus der Arbeiterklasse, sondern aus kleinbürgerlichem oder bürgerlichem Milieu stammt, also keine Beziehung zur Tradition und

36) W. I. Lenin, Werke, Band 29, S. 410.
37) Nach Angaben der Farbenwerke Bayer-Leverkusen verteilen sich die dort beschäftigten Chemiker (1970 = 1 299) wie folgt: ca. 60 % in Forschung, Entwicklung und Anwendungstechnik, ca. 30 % in der Produktion, der Rest: Patentwesen, Dokumentation, Verwaltung, Management.
38) Vgl. M. Gronau, Intelligenz unter Monopolherrschaft, DWI-Forschungshefte, 3/1969, bes. S. 24 ff.

zu den Organisationen der Arbeiterbewegung hat. All diese Faktoren fördern offenbar die Anpassung des Bewußtseins und Verhaltens an vorgegebene Normen sowie elitäre und technokratische Vorstellungen. Im Fall des Scheiterns subjektiver Erwartungen und der Bedrohung der beruflichen Position durch Rationalisierung — was vor allem für die älteren Angestellten der mittleren Stufen der betrieblichen Hierarchie zutrifft — schlagen solche Formen des Bewußtseins oft in resignative Überanpassung um.

Gegenüber diesen Gruppen hebt sich das sogenannte „Heer der wissenschaftlichen Hilfskräfte" deutlich ab. Nicht nur ihrem Einkommen nach stehen sie den Produktionsarbeitern näher. Zumeist arbeiten sie unmittelbar in oder neben der Produktion, haben ständigen Kontakt mit den Arbeitern und stammen — zu einem erheblichen Teil wenigstens — selbst aus Arbeiterfamilien. Bei diesen Gruppen ist die Verschmelzung mit dem Kern der Arbeiterklasse am weitesten fortgeschritten. Sie stehen zum Teil schon — vor allem in den westeuropäischen Ländern mit einer starken, kämpferischen Arbeiterbewegung — in der vordersten Reihe des Kampfes der Lohnabhängigen [39]).

Wenn weiter oben von der historischen Tendenz der Proletarisierung immer größerer Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz gesprochen wurde, so wird damit eine Entwicklung bezeichnet, die schon gegenwärtig unmittelbar die gesellschaftlichen Erfahrungen dieser Schicht bestimmt: In der Folge fortschreitender Konzentration der Produktion — damit auch fortschreitender monopolistischer Machtkonzentration — und der Verwissenschaftlichung der Produktion wird notwendig der Anteil derer, die aus der Schicht der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in die herrschende Klasse aufsteigen, immer geringer. So ist auch dieser Widerspruch als ein konstitutives Element der antikapitalistischen Politisierung der Studenten in der BRD zu begreifen: denn die Reform des Ausbildungswesens ist dem vorrangigen Zweck der Produktion von fungibler, wissenschaftlicher Arbeitskraft untergeordnet. Der traditionellen Perspektive des Studenten, seine Karriere in einer großbürgerlichen Welt aufzubauen, wird so objektiv der Boden entzogen. Das „vorproletarische" Bewußtsein großer Teile der Studentenbewegung reflektiert mithin diese historische Tendenz der Proletarisierung der Intelligenz [40]).

Das Verhältnis der Lohnabhängigkeit gegenüber dem Kapital bedingt aber notwendig, daß sich die Widersprüche kapitalistischer Akkumulation auch in der unmittelbaren Arbeitserfahrung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz konkretisieren. Die durch die staatliche Regulierung der monopolistischen Konkurrenz verschärfte Tendenz zur Überproduktion, der das Kapital durch Vernichtung und Brachlegung von Produktivkraft zu begegnen sucht, stellt sich auch für die Intelligenz zunehmend als Bedrohung der Sicherheit des Arbeitsplatzes und des Einkommens, als Verschleiß der Qualifikation und als Entwertung der Arbeitskraft dar. Darüber hinaus wird im Zuge der Zentralisation der Profitentscheidungen der Dispositionsspielraum, die Möglichkeit schöpferischer Initiative wissenschaftlich qualifizierter Arbeit immer mehr eingeengt. Sie wird auf die wissenschaftliche Detailarbeit, auf jenen „Fachidiotismus" reduziert, der den kapitalistischen Verwertungsinteressen entspricht.

Erst das Zusammenwirken dieser verschiedenen widersprüchlichen Erfahrungen bildet den Praxiszusammenhang, in dem der Kampf von Teilen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz als Teil des Kampfes der Arbeiterklasse ent-

39) Vgl. dazu den Beitrag von Hellmuth Lange in einem der folgenden Hefte.
40) Vgl. H. Hesselbarth, Aufbruch der „Vorproletarier". Zur Soziologie der Studenten, in: facit, März 1970, S. 25 ff.

wickelt werden kann. Dennoch ist die Politisierung der Intelligenz kein automatischer, naturwüchsiger Prozeß — sie wird vielmehr entscheidend durch die gewerkschaftliche Aktivität und politische Organisation des Kerns der Arbeiterklasse, damit durch die Entfaltung von Klassenbewußtsein und durch die politische und ideologische Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen bestimmt. Die Industriearbeiterschaft ist demnach weit davon entfernt, zu einer politisch bedeutungslosen „alten" Arbeiterklasse zu degenerieren. Im Gegenteil — ihre Bewegung, Organisation und Bewußtseinsentwicklung ist unabdingbare Voraussetzung für die Politisierung jener Teile der Intelligenz, die Serge Mallet als die „neue" Arbeiterklasse bezeichnete [41]).

Kernenergie, Elektrizität und Umwelt

Von Gerhard Kade

Den nachfolgenden Vortrag wollte Prof. Dr. Gerhard Kade auf der zwölften ordentlichen Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie am 24. 6. 1971 in Bern halten. Einige Tage vor der Generalversammlung wurde er allerdings ausgeladen mit dem Hinweis, in seinem Vortrag übe er destruktive Kritik, was sich für eine Jahresversammlung nicht eigne. Wir drucken den bisher unveröffentlichten Text im Wortlaut ab. D. Red.

Üblicherweise bedankt sich der Redner, dem die Ehre zuteil wurde, auf der Jahrestagung einer so angesehenen Vereinigung den Festvortrag zu halten, zu Beginn seines Referates und weist darauf hin, daß es ihm eine besondere Freude war, der Einladung zu folgen. Ich will diese Selbstverständlichkeit, die man weihevoll als Höflichkeit zu etikettieren pflegt, übergehen und meine Anwesenheit weniger von der Person als von der Bedeutung des Themas her motivieren. Tue ich das jedoch, so kommt mir sofort in den Sinn, dieser Vereinigung eingangs ein Kompliment zu sagen — nicht nur für die Auswahl des Themas, sondern auch für die Wahl des Redners.

Die Auswahl des Themas wird denjenigen nicht überraschen, der sich seit einigen Jahren mit Fragen des Umweltschutzes beschäftigt: die Umwelt ist zum Modethema geworden. Alle reden von Umwelt — wir auch! Wir werden uns jedoch zu fragen haben, ob wir uns mit dem gewählten Thema in die gängigen Formen der Umweltdiskussion gefällig einpassen wollen oder ob es nicht vielmehr notwendig ist, sich davon abzusetzen, um nicht zur Verfestigung eines Diskussionsstils beizutragen, der sich progressiv gibt, bei näherem Hinsehen jedoch äußerst konservative Züge trägt.

Die Entscheidung für den heutigen Referenten gereicht — so glaube ich — der Vereinigung deshalb zur Ehre, weil das schon die Bereitschaft impliziert, aus der

[41]) Zur Kritik an Mallet vgl. jetzt auch: M. Gronau, Das revisionistische Postulat von der „neuen Arbeiterklasse" und die Realität, in: DWI-Berichte, 8/1971, S. 6—10.

gewohnten Umweltdiskussion auszubrechen und nicht jenes beliebte Spiel mitzuspielen, das diejenigen erfunden haben, die ihre Schuld an der zunehmenden Zerstörung der menschlichen Umwelt geflissentlich verschleiern wollen: Ich meine das Spiel mit dem technischen Fortschritt. Die Umweltkatastrophe wird als bedauerlicher Betriebsunfall des kapitalistischen Systems ausgegeben. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt hat beklagenswerte Nebenerscheinungen, das Vertrauen in den künftigen Fortschritt von Technik und Wissenschaft bietet hinreichenden Trost für die menschliche Gesellschaft, deren Selbstmordbereitschaft inzwischen offensichtlich geworden ist.

Wenn diese Vereinigung von angesehenen Naturwissenschaftlern und Technikern einen Sozialwissenschaftler zum Referenten bestellt hat, so drückt sich darin wohl doch die Bereitschaft aus, sich mit einer Analyse der Umweltaspekte gegenwärtiger und künftiger Energiepolitik auseinanderzusetzen, die nicht an den Oberflächenerscheinungen festgemacht ist, sondern bereit ist, nach Ursachen und „innerem Zusammenhang", also radikal, zu fragen, die für „Differenzierungen im Begriff Fortschritt" plädiert und die nicht bereit ist, zu glauben, daß sich die Zukunft der menschlichen Gesellschaft mit Rekordziffern von Sozialprodukten beschreiben ließe. Eine solche Bereitschaft — lassen Sie mich das eingangs ohne falsche Höflichkeit sagen — verdient Anerkennung, und in diesem Sinne ist es mir Freude und Ehre zugleich, heute zu Ihnen zu sprechen. Ich will bemüht sein, Ihre Erwartungen nicht zu enttäuschen.

I

Die gängigen Energieprognosen passen sich nahtlos in das heute vorherrschende Bild der Zukunftsforschung ein, einer Zukunftsforschung, die unbekümmert extrapoliert, was in der Vergangenheit als Trend erkennbar war, ohne nach Sinn und Zweck zu fragen, einer Zukunftsforschung, die „ideologische Bestätigung einer Ordnung" ist, „die den Schleier des Neuen vorzieht, um alles beim Alten zu lassen" (C. Koch).

So heißt es etwa in jener Weltenergieprognose, die Sir Harold Hartley im Rahmen der von Nigel Calder initiierten, 1964 im „New Scientist" veröffentlichten Vorausschau auf das Jahr 1984 anbietet, sinngemäß: Wirtschaftliches Wachstum ist das Ziel eines jeden Landes, der industrialisierten Länder ebenso wie der Länder der Dritten Welt. Wachstum hängt unmittelbar von der verfügbaren Energie ab; sie ist die Lebensader der industriellen Produktion und die Grundlage häuslicher Bequemlichkeiten. Die Bedeutung der Energie für das menschliche Wohlergehen ist so offensichtlich, daß es kaum einer weiteren Begründung bedarf. Die Prognose kann dann — unter Berücksichtigung einiger struktureller Umschichtungen — einfach davon ausgehen, daß sich der künftige Energieverbrauch aus dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch und dem zu erwartenden Bevölkerungswachstum herleiten läßt.

Ich will nicht mit den Ergebnissen dieser oder ähnlicher Energieprognosen aufwarten, die Ihnen geläufig sind. Mir kommt es hier nicht auf Größenordnungen, sondern auf den Stil der Argumentation an: Wirtschaftliches Wachstum wird unkritisch akzeptiert, ohne nach den sozialen Kosten des Wachstumsfetischismus zu fragen; daraus wird der erwartete Energieverbrauch hergeleitet, und es werden schließlich die technischen Möglichkeiten des Energieangebots untersucht. Das Ganze wird dann als steigender Wohlstand ausgegeben, und wer nicht applaudiert, ist selber schuld.

Doch sehen wir uns zu Beginn die Umweltdiskussion, soweit sie sich auf den Energiesektor bezieht, etwas genauer an!

Wer sich heute mit den Auswirkungen der Kernenergie auf die Biosphäre befaßt, wird bei sorgfältigem Studium der Entwicklung feststellen müssen, daß die Kernenergie-Industrie nicht erst in jüngster Zeit umweltbewußt geworden ist, seit dem Zeitpunkt also, da die Umwelt zum Modethema Nr. 1 geworden ist, weil eine an diesem Thema festgemachte, ohnehin schon hinreichend entpolitisierte Öffentlichkeit leichter über die grundsätzlichen gesellschaftlichen Konfliktzonen hinweggetäuscht werden kann; seitdem die friedliche Nutzung der Kernenergie technisch machbar und ökonomisch profitabel geworden war, vor allem seitdem die Erzeugung elektrischer Energie mit Hilfe von Kernreaktoren zum Thema einer gesamtwirtschaftlichen Energiepolitik geworden war, ist über die mögliche Umweltbelastung durch Kernkraftwerke diskutiert worden.

Wenn das heute immer häufiger betont wird, so mag die Häufigkeit wohl mit dem zunehmenden Umweltbewußtsein der breiten Öffentlichkeit zusammenhängen, die Tatsache selber kann man nicht ohne weiteres in den Bereich jener Schutzbehauptungen verweisen, die sich bei *den* Industrien am raschesten entwickelt haben, deren Beitrag zur Umweltkatastrophe am größten ist.

Der Nachweis fällt nicht schwer, daß bereits 1955, auf der ersten UN-Konferenz über die friedliche Nutzung der Atomenergie in Genf, Fragen des Umweltschutzes debattiert wurden.

Die International Commission on Radiological Protection hat in den folgenden Jahren eine Reihe von Empfehlungen ausgearbeitet, die Grenzwerte für die radioaktive Belastung der Luft und des Wassers enthalten und damit zur Grundlage für Sicherheitsvorkehrungen dienten — auch das ist nicht zu bestreiten.

Mit dem Einsetzen einer wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie wurden — unter dem Druck des ökonomischen Kalküls — die Kraftwerk-Einheiten größer, und das Problem der thermischen Verseuchung wurde diskutiert; bereits Anfang der sechziger Jahre wurden technische Möglichkeiten einer Reduzierung solcher Umweltbelastungen erörtert — auch das wird der Chronist unumwunden registrieren.

Und auch der Blick in die jüngste Vergangenheit und ein Ausblick in die nächste Zukunft könnten eigentlich nur Hoffnung und Beruhigung verbreiten: Die Internationale Atomenergiebehörde hat zusammen mit der United States Atomic Energy Commission vor knapp einem Jahr eine große Tagung mit dem Thema „Environmental Aspects of Nuclear Power Stations" abgehalten; für September 1971 ist die Vierte Internationale Konferenz über die friedliche Nutzung der Atomenergie einberufen, die sich auch der Umweltproblematik annehmen wird, ebenso wie die große Umwelt-Konferenz der Vereinten Nationen in Stockholm 1972 sich mit den Problemen der Atomenergie befassen wird.

Die Internationale Atomenergie-Behörde wird noch im Jahre 1971 zwei weitere Symposien über Spezialprobleme, über die Beseitigung radioaktiver Abfälle und über die Verwendung der Kerntechnik zur Messung und Kontrolle der Umweltverschmutzung, abhalten. (Man revanchiert sich!)

Dieser imponierende Katalog mag den von der Umwelt-Hysterie befallenen Laien überraschen; den Kenner der Materie kann er nur folgerichtig zu dem Statement zwingen: „In fact, no other industry has shown such a positive approach to pollution control as has the nuclear industry" (I. S. Scheludow, Stellvertretender Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Behörde.)

Und trotz allem sind in der letzten Hälfte der sechziger Jahre die Kernkraftwerke zunehmend in das Schußfeld der Umweltdiskussion geraten — mehr als die „traditionellen" Verschmutzungsindustrien, die Chemie- und Ölkonzerne etwa. Das mag — wie gesagt — mit dem wachsenden Umweltbewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit zu tun haben, das liegt vielleicht auch an der Assoziation, die ein Industriezweig weckt, der nicht ausschließlich für friedliche Zwecke tätig war und ist; vor allem ist es — das einmal vorausgesetzt — aber doch wohl darauf zurückzuführen, daß die Zuwachsraten, von denen im Bereich der Kernenergie im Augenblick die Rede ist, zu Besorgnis Anlaß geben.

Aber wie dem auch sei; die Hinweise derjenigen, die an der Entwicklung der Kernenergie interessiert sind oder ein rasches Wachstum für unumgänglich halten, auf ihre stets vorhandene Bereitschaft, Schädigungen der menschlichen Umwelt fernzuhalten, häufen sich, und die technologischen Bemühungen, auf die sie ihre Rechtfertigungsargumente stützen können, sind zahlreich und imponierend. Das alles also unbestritten, stellt sich demjenigen, der sich die Zukunft der menschlichen Gesellschaft nicht als ein Bündel von technologischen Extrapolationen vorstellen möchte, deshalb auch nicht bereit ist, sich die Frage nach der zunehmenden Gefährdung der Biosphäre durch konservative oder reaktionäre Systemschutz-Ideologien verstellen zu lassen, die sich zeitgemäß im Gewande technischer Fortschrittsmeldungen präsentieren, die Aufgabe, die Umweltdiskussion, soweit sie sich auf das Problem der Energieversorgung bezieht, selber zunächst zum Gegenstand kritischer Reflexion zu machen.

II

Ich möchte zunächst einige Charakteristika der Umwelt-Diskussion herausstreichen, die unabhängig von den Erscheinungsformen und den Verursachern bestimmter Schädigungen der Biosphäre zu konstatieren sind, um dann auf Spezifika des Energiesektors einzugehen.

Die Umwelt ist bereits vereinnahmt; sie paßt so schön in das Konzept der „inneren Reformen". Die Bedrohung ist zwar erheblich, aber wir werden es schon schaffen! Die Umwelt-Diskussion hat Alibi-Funktionen angenommen, sie ist geeignet, die verlorengegangene Beziehung zur Natur zu revitalisieren, auf das Allgemeinmenschliche umzulenken, was eigentlich in gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung ausgetragen werden müßte, und mit einer vertrauenserweckenden Reformideologie die Illusion zu wecken, daß mit ein paar zusätzlichen Kontrollmaßnahmen und einer Reihe von technischen Korrekturen einer Bedrohung beizukommen sei, die langfristig wohl die gefährlichste ist, mit der die Menschheit bisher konfrontiert wurde.

Die Umwelt-Diskussion ist zum Fetisch geworden; von den gesellschaftlichen Ursachen kann munter abstrahiert werden. Trotz aller alarmierenden Zerstörungs-, Belästigungs- und Vergiftungsmeldungen spürt man gezielte Verniedlichung des Problems. Der Umweltschutz wird als bloße Schönheitsreparatur an der „wackeren, neuen Welt" der „modernen Industriegesellschaft" ausgegeben. Die Umwelt-Diskussion ist an Oberflächenerscheinungen orientiert, sie treibt sich „innerhalb des scheinbaren Zusammenhangs herum" (Marx), statt das Problem bei den Wurzeln zu packen, also radikal zu fragen. Sie träumt damit aber den Traum von der schönsten aller möglichen ökonomischen Welten mit und bleibt im Kern apologetisch.

Die im Energiesektor geführten Umweltdebatten passen sich diesem Diskussionsstil unbekümmert an.

Die erste Stufe einer Rechtfertigungsargumentation ist durchgängig die gleiche: Man disqualifiziere den Diskussionsgegner, indem man ihm eine unsinnige Alternative unterschiebt; d. h. die Interessenten an unkontrolliertem Wachstum und technischem Fortschritt reduzieren die Alternativen zu Wachstumsfetischismus und undifferenziertem Fortschrittsglauben auf die scheinbare Idylle des vorindustriellen Zeitalters, und mit erhobenem Zeigefinger fügt man den Hinweis an, daß auch diese Epochen ihre Umweltbelastungen aufwiesen.

In einem zweiten Schritt kann dann ein Bild des technischen Fortschritts entworfen werden, das eine ununterbrochene Aufwärtsbewegung menschlicher Zivilisation erkennen läßt. Jede zivilisatorische Aktivität, so heißt es dann etwa, hat nützliche und schädliche Aspekte, und jede schädliche Nebenwirkung einer vorangehenden Entwicklungsstufe wird durch fortschrittlichere Technik der nächstfolgenden überwunden.

Mit dem Hinweis auf die segensreichen Wirkungen eines solchen zivilisatorischen Aufschwunges kann dann in einem dritten Argumentationsschritt der Aufruf zu einer affirmativen Haltung gegenüber den Erscheinungsformen der Überflußgesellschaft mit dem Hinweis verbunden werden: „Es führt kein Weg zurück!"

Ist damit schließlich — und zwar wiederum durch Konstruktion einer falschen Alternative, deren einziger Zweck ein apologetischer ist — erreicht, daß die Prolongation unseres undifferenzierten Fortschrittsglaubens als einziger Ausweg erscheint, so kann die Bereitstellung der nötigen neuen Energiequellen stringent gefordert werden.

Unter dem Aspekt der Umweltbelastung stellt sich das ganze Problem schließlich nur noch als ein Entscheidungsproblem dar, das jedoch durch die „objektive" Beschreibung von Alternativen determiniert ist. Was hier erkennbar ist, sind die technokratischen Lösungsvorschläge für soziale Probleme, ist die Ideologie der Sachzwänge, die eine zunehmende Irrationalität politischer Entscheidungen mit dem Deckmantel der steigenden Rationalität der Alternativen-Analyse verschleiert. Das Ganze hört sich dann etwa so an: „. . . jede zivilisatorische Aktivität, natürlich auch die Kernenergie, weist nützliche und schädliche Aspekte auf . . ."; „die sehr komplexen Umweltprobleme können nicht durch den Traum vom Unmöglichen, sondern nur durch die Kunst des Möglichen vom Bedrohlichen ins Erträgliche abgemildert werden. Zur Kunst des Möglichen gehört das Abwägen von Vor- und Nachteilen und die Wahl zwischen den Alternativen."

„Man kann die Auswirkungen der Kernenergie auf die Umwelt nur dann unverzerrt sehen und richtig beurteilen, wenn man sie im Gesamtzusammenhang unserer Zivilisation als eine von mehreren Methoden der Energieerzeugung betrachtet, die gegen andere Methoden abgewogen werden muß" (Grümm).

Ist auf diese Weise das Terrain für die Diskussion bereinigt, sind die Diskussionsgegner in Demagogen, „nicht ausreichend informierte Persönlichkeiten", „selbsternannte Umweltfachleute", „Weltuntergangs-Propheten" und „verkannte Erfinder" auf der einen Seite und gewissenhafte, verantwortungsbewußte Fachleute auf der anderen aufgeteilt, so kann der entsprechende Plausibilitätsspielraum für das Problembewußtsein abgesteckt werden. Die Schritte für die Problemanalyse sind damit ein für allemal fixiert.

III

Akzeptiert man für einen Augenblick einmal dieses Argumentationsschema, so lassen sich Analyse der gegenwärtigen Energiesituation und Energieprognosen

nahtlos in die Zukunftsvision einer fortschrittsgläubigen Industriegesellschaft einpassen:

Die hochentwickelten Industrieländer haben durch Ausnutzung der Ressourcen einen Wohlstand erreicht, der nur durch kleinere Schönheitsfehler getrübt ist; wo noch Armut herrscht, ist das, wie man meint, auf Unzulänglichkeiten in den Verteilungsmechanismen zurückzuführen, die Allokation der Ressourcen funktioniert dank der Fortschritte von Wissenschaft und Technik so, daß allen Effizienzforderungen Genüge getan ist.

Dieser Zustand ist wesentlich auf den Fortschritt der Energieversorgung zurückzuführen. Die unterentwickelte Peripherie wird ebenso wie die heutigen Industriezentren der Welt diesen Weg beschreiten müssen, nur daß die Entwicklung hier rascher vor sich gehen kann, weil man nicht alle Stufen des technisch-wirtschaftlichen Fortschritts nachvollziehen muß, den die heutigen Industrieländer vorexerziert haben.

Berücksichtigt man also diese Gegebenheiten — Aufrechterhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums in den Industrieländern und beschleunigte Industrialisierung der Dritten Welt —, so stellen sich für eine Welt-Energieprognose zwei Probleme: Einmal hat sie jene Bedingungen zu klären, die erfüllt sein müssen, damit alle Länder der Welt auf jenes Niveau der Energieversorgung gebracht werden können, das heute in den hochentwickelten Industrieländern vorherrscht; das würde etwa eine Verdreifachung der heutigen Energieproduktion bedeuten. Zum anderen sind Bevölkerungswachstum und steigender Lebensstandard die treibenden Kräfte, und die werden dafür verantwortlich sein, daß auf lange Sicht mit einem Zuwachs der Energieversorgung von 7—8 % pro Jahr zu rechnen sein wird.

Die Prognose eines solchen immensen Anstieges des Energiebedarfs führt zur Frage nach den Energiequellen. Die Voraussagen gehen hier bei allen Unterschieden in den Details grundsätzlich in einer Richtung: Die fossilen Energiequellen werden in absehbarer Zeit aufgebraucht sein; die verfügbaren Alternativen sind nicht sehr zahlreich, und hiervon scheiden die meisten wieder wegen technischer oder ökonomischer Probleme aus oder sind in ihrer Wirkung unzureichend. So sind die Ausnutzung der Gezeiten und die geothermischen Energiequellen bisher unzulänglich, die Umwandlung der Sonnenenergie nicht sehr vielversprechend, und Wasserkraftwerke von hinreichender Kapazität haben ihre eigene Problematik.

Bleibt also auf lange Sicht nur die Kernenergie, um den voraussehbaren Energiebedarf zu decken. Das scheint sich zwangsläufig schon aus einer rein technisch-ökonomisch orientierten Kapazitätsanalyse zu ergeben — so meinen jedenfalls die Experten.

Für den Beitrag der Kernenergie zur Befriedigung des Welt-Energiebedarfs liegen dann auch die Prognosen schon vor: Bis zum Jahre 1980 wird ein Sechstel des Weltelektrizitätsbedarfs durch Kernspaltung gedeckt; bis zum Jahre 2000 werden es 60 % sein. Bis 1980 wird eine Kapazität von 350 GW, bis 2000 etwa 4300 GW installiert sein; zum Vergleich die 1970 gegebene Gesamtkapazität der Welt-Elektrizitätsversorgung: 1100 GW.

Die Zuwachsraten in einzelnen Ländern werden unterschiedlich sein, und so wird sich die Verteilung der Kernenergieproduktion in der Welt bis zum Jahre 2000 entscheidend verändern, vor allem wenn man bedenkt, daß der größte Teil der im Jahre 2000 verfügbaren Kernkraftwerke erst nach 1980 in Auftrag gegeben wird.

Die starken Zuwachsraten werden vornehmlich ökonomisch begründet: die Kernenergie scheint ein Kostenminimum für Kraftwerke mit einer Kapazität von 500 MW zu garantieren, und die zunehmende Industrialisierung und Technisierung der gesamten Welt verlangt Einheiten mit dieser oder noch größerer Kapazität.

Die technologischen Voraussagen für die Reaktortechnik sind — so scheint es — mit diesen Erwartungen kompatibel: Leicht-Wasser-Reaktoren und CO_2-gekühlte Graphit-Reaktoren, die mit angereichertem Uran versorgt werden, würden in absehbarer Zeit zu einer vollen Ausschöpfung der Welt-Uranvorkommen führen und nur aufrechtzuerhalten sein, wenn sich Uran kostengünstig aus Meerwasser gewinnen ließe. Der Ausweg liegt deshalb in Richtung neuer Reaktortypen, die heute schon als technisch praktikabel ausgegeben werden, deren Wirtschaftlichkeit eine Frage von zwei bis drei Jahrzehnten ist.

Die Zukunft der Energieversorgung scheint also gesichert zu sein, selbst wenn man neben dem steigenden Elektrizitätsbedarf noch einen weiteren Anspruch an die Kernenergie einkalkuliert: die Meerwasserentsalzung, die für die industrielle und städtische Frischwasser-Versorgung der Zukunft unumgänglich zu sein scheint.

Der Weg in eine allgemeine Wirtschaftswunderwelt ist also nicht durch Energieschranken verstellt — im Gegenteil, die Straße ins Gelobte Land eines weltweiten Wohlstandes ist gesäumt mit Kernkraftwerken, deren Arbeitsweise von dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt abhängt.

IV

Und auch für die Umwelt-Diskussion unserer Tage ist man hinreichend gerüstet. Ist einmal die Zwangsläufigkeit jener immensen Ausweitung des Energiebedarfs akzeptiert, so bleibt nur ein geringer Spielraum für eine affirmative Argumentation in Sachen Umweltschädigung, der unschwer aufzufüllen ist: Die Umweltbelästigung durch fossile Energiequellen ist inzwischen so offensichtlich, daß man die Kernenergie mit Leichtigkeit als die umweltfreundlichere Alternative deklarieren kann; das gilt ohne Zweifel für die Reinhaltung der Luft. Für die spezifischen Belastungserscheinungen, die durch die gewaltige Zunahme der Kernkraftwerke auftreten, hat man jenes Argumentationsschema parat, das sich als notwendige Konsequenz aus dem ungebrochenen Glauben an technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum herleiten läßt: Fortschritt in Wissenschaft und Technik war notwendig, um den Wohlstand der Menschheit zu erhöhen; Umweltbelästigungen sind bedauerliche Pannen, die sich bewältigen lassen, wenn wir nur bereit sind, unseren Fortschrittsglauben zu prolongieren.

Die wichtigsten Einwände gegen den Betrieb von Kernkraftwerken beziehen sich auf die Strahlenemission in der Umgebung von Atomkraftwerken bei Normalbetrieb und vor allem bei Störungen und schweren Katastrophen, auf die Beeinträchtigung des biologischen Gleichgewichts in den Flüssen oder Seen, die das Kühlwasser liefern, und auf die Gefährdung durch Freisetzung von radioaktiven Stoffen bei Unfällen auf dem Transport oder bei der Lagerung von frischen oder abgebrannten Brennelementen und radioaktiven Rückständen.

Man könnte nun herangehen und die Fülle derjenigen technologischen Antworten registrieren, die alle diese Besorgnisse weitgehend unbegründet erscheinen lassen. Wo die heute verfügbaren Antworten nicht vollauf befriedigen, wird man sich mit technologischen Vorausschätzungen trösten können: Es wird alles getan, damit wir den steigenden Wohlstand noch miterleben!

Diese Antworten sind Ihnen jedoch — wie ich meine — allen geläufig, und es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte ich als Nicht-Fachmann sie vor Ihnen wiederholen. Was mir nur auffällt, wenn ich die technischen Lösungsvorschläge Revue passieren lasse und sie mit der Unbefangenheit und dem Problembewußtsein des Nicht-Fachmannes evaluiere, ist folgendes:

Abgesehen von den unmittelbaren Interessenten, die noch immer das Talent aufgebracht haben, billige Rechtfertigungsabsichten mit dem Deckmäntelchen einer wissenschaftlichen Argumentation zu umgeben, scheint es mir der Einhelligkeit der Argumentation unter den Wissenschaftlern nicht allzu weit her zu sein. Vor gerade zwei Wochen hat David Freeman vom Office of Science and Technology, Exekutive Office of the President, auf einem Kolloquium über „Electrical Energy Needs and Environmental Problems", das vom John F. Kennedy Institute in Eindhoven veranstaltet wurde, allen technologischen Beschwichtigungsargumenten das lapidare Statement entgegengehalten: „We do no have the technological answers to the problems of environmental pollution!", und gleichzeitig das generelle Vertrauen erschüttert, das sich gemeinhin an nationale oder internationale Standards für Strahlenschutz knüpft.

Ebenso kontrovers erscheinen dem unbefangenen Beobachter oder Zuhörer die Argumente zur Strahlengefährdung in der Umgebung von Kernkraftwerken, zur Abfallwärme und vor allem zur Frage der endgültigen Beseitigung radioaktiver Abfälle. Was die Wärmebelastung betrifft, so hat die „Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft zur Reinerhaltung des Rheins" einen Wärmeplan für den Fluß ausgearbeitet und nachgewiesen, daß die Kühlkapazität des Rheins bis 1975 annähernd erschöpft sein werde. Aus dem Gutachten geht hervor, daß ein erhebliches Mißverhältnis zwischen der bis 1975 am Rhein geplanten Kapazität (16 GW) und dem, was der Strom selbst bei günstiger Standortwahl verkraften könnte (4 GW), besteht. Längerfristig — bis 1985 — heißt die Lösung: Ausstattung mit kostspieligen Kühlinstrumenten; darüber hinaus bleibt nur mehr die Vertröstung auf umweltfreundlichere Reaktorsysteme. Als elegante Lösung wird die Entwicklung der MDH (magnetohydrodynamischer) Generatorwerke postuliert. Bei erhöhtem thermischen Wirkungsgrad wird die je elektrischer Energieeinheit freigesetzte überschüssige Wärmemenge erheblich reduziert.

Hier nun — wie überhaupt bei allen Hinweisen auf technisch bessere Lösungen der Zukunft — wird jene Selbsttäuschung offenbar, deren sich die Anhänger eines undifferenzierten Fortschrittglaubens nicht bewußt sind: Der Wechsel auf die Zukunft hat seine Tücken deshalb, weil die zu erwartenden Zuwachsraten auch die minimalen Belastungen pro Einheit in der Summe als Gefährdung erscheinen lassen. Die globale Umweltdebatte hat eine Vielzahl von Beispielen anzubieten, die alle auf das gleiche Prinzip zu reduzieren sind.

Einleuchtend — zum Vergleich — ist das Beispiel der Luftverschmutzung in den USA. Automobile sind zu 60 % an der Verpestung der Luft beteiligt. Man hat nun prognostiziert, daß bis 1980 durch verbesserte Brennstoffe und Abgasfilter die Belästigung um ein Drittel auf 60 Mill. t pro Jahr reduziert werden könnte. Bis zum Jahr 2000 wird sie wieder auf 70 Mill. t ansteigen, weil sich die Zahl der Automobile bis dahin von heute 100 Mill. auf 200 Mill. erhöht haben wird. Von 1975 bis 1990 entstehen Kosten von 100 bis 150 Mrd. $ für technische Verbesserungen an Automobilen, ohne daß die Luft besser wird.

Sicher wird der Hinweis auf solche Selbsttäuschungen nicht schon Anlaß zur Revision des zugrundeliegenden Argumentationsschemas für diejenigen sein, die mit gläubiger Haltung dem technischen Fortschritt und dem wirtschaftlichen

Wachstum ergeben sind. Auch der prinzipielle Nachweis, daß sich die Umweltdiskussion, besonders im Bereich der Energiepolitik, eines unentscheidbaren Alternativensystems bedient und damit — wenn man so will — schon aus logischen Gründen die Frage nach der Revisionsbedürftigkeit der Axiome zwingend wird, mag für den im herkömmlichen Diskussionsstil Befangenen ohne Wirkung bleiben.

V

So bleibt nur noch der Versuch, die Voraussetzung in Frage zu stellen, zu untersuchen also, ob Wachstum und technischer Fortschritt an sich gut sind, ohne sich dabei durch Zuweisung falscher Alternativen behindern zu lassen. Diese Bereitschaft zum grundsätzlicheren Fragen ist nicht mit Romantizismus gekoppelt, mit dem Versuch, die guten alten Zeiten zurück zu wünschen; sie braucht sich auch nicht vom Vorsitzenden der US-Atom-Energie-Kommission mit einer Mischung aus Belehrung und Schulterklopfen sagen zu lassen, daß früher alles gar nicht so schön war und daß es nur auf selektive Erinnerung zurückzuführen sei, wenn wir die schönen Seiten der Vergangenheit herausstreichen, die schlechteren verdrängen.

Wir bringen auch keine „politischen Scheinargumente" vor, ein Etikett, mit dem Herr Schuster auf Ihrer Novembertagung alle jene Behauptungen belegte, die sich auf Analysen der gesellschaftspolitischen Ursachen der gegenwärtigen Umweltkatastrophe stützen, um sie dann mit einer Handbewegung abzutun; sie „sprechen für sich selbst und bedürfen keiner Erwiderung".

Die Energiediskussion bewegt sich auf ausgetretenen Pfaden und kann, wenn sie nicht endlich bereit ist, den anerzogenen Plausibilitätsspielraum zu durchbrechen, trotz aller Beteuerungen des guten Willens zum Fortgang des Unheils beitragen. J. K. Galbraith hat einmal treffend jenen Stil der Diskussion über die drohende Umweltkatastrophe charakterisiert, der sich unbekümmert über die sozialen Kosten des wirtschaftlichen Wachstums hinwegzusetzen weiß: „Der vorletzte Bewohner der westlichen Welt, der in der letzten Verkehrsstauung festsitzt und langsam an Kohlenmonoxyd zugrundegeht, wird kaum noch dadurch zu erheitern sein, daß ihm der allerletzte Überlebende zuruft, daß das Bruttosozialprodukt einen Rekordzuwachs aufweist."

Argumentieren wir also nicht gegen die überzeugende Sicherheitsbilanz der Kernkraftwerke, die allerdings die Lungenkrebs-Häufung im Uranbergbau dezent verschweigt und auch nicht sagt, daß sie über Langzeitschädigungen noch herzlich wenig auszusagen weiß. Glauben wir auch allen Bereitschaftserklärungen, die Abfallwärme zu reduzieren, die Standortwahl verantwortungsbewußt zu treffen und die Reaktorsicherheitstechnik weiter zu fördern, um Großkatastrophen in den Bereich des Unwahrscheinlichen zu verweisen. Hoffen wir weiter, daß alles Vertrauen auf die inhärente Stabilität tiefer geologischer Formationen gerechtfertigt ist, in denen radioaktiver Abfall abgelagert werden soll.

Was bleibt, ist dennoch ein grundsätzliches Bedenken gegen den Wachstumsfetischismus, dem die moderne Industriegesellschaft sich überantwortet hat, ohne für einen Augenblick zu merken, daß sie sich in einem fehlerhaften Zirkel befindet und ihren Weg in ein menschenunwürdiges Leben bereitwilligst beschritten hat. Die Profiteure an dieser Veranstaltung werden es ihr danken — aber das ist, weiß Gott, ein schwacher Trost.

Die zunehmende Ausbeutung der Energiequellen hat ein Wachstumstempo er-

möglicht, dessen Resultate als Wohlstand ausgegeben werden — als Wohlstand für alle, meinen die Politiker gar. Aber woran wird das Wachstum gemessen und wie kommt es zustande? Ist die Zuwachsrate des Sozialprodukts, der Zuwachs der in Geld bewerteten Summe von Gütern und Dienstleistungen also, wirklich ein Wohlstandsindikator — ganz abgesehen einmal von der Verteilungsproblematik? Nur eine Nationalökonomie, die eine „komplette Bereicherungswissenschaft" ist, ein „ausgebildetes System des erlaubten Betrugs" — wie Engels bereits 1843 schrieb —, kann uns das glauben machen. Diese Art von Wachstum der privatwirtschaftlich organisierten Produktion hat nur scheinbar Wohlstand produziert, eben dann, wenn man bereit ist zu abstrahieren von den sozialen Kosten, die das vom Profitmotiv getragene System verursacht.

Gerade die energiepolitische Diskussion macht deutlich, um welche Art Wachstum es geht, wenn davon die Rede ist, daß eine immense Steigerung des Energiebedarfs zu erwarten ist. Läßt sich das in den Industrieländern mit wachsender Güter- und Dienstleistungsversorgung rechtfertigen, so werden die Entwicklungsländer dazu benutzt, ein weiteres, weltweites Anwachsen der Energieproduktion zu begründen. Die Länder der Dritten Welt haben überhaupt eine bestimmte Funktion in der Rechtfertigung unserer ungebrochenen Wachstumsgigantomanie: sie dienen gerade zu einer Zeit, da die sozialen Nebenprodukte einer hohen Wachstumsrate — Umweltschäden, militärisch-technischer Komplex, Unwirtlichkeit der Städte, Freizeit- und Konsumterror — zunehmend in das Bewußtsein breiter Massen geraten, dazu, den Glauben an die Segnungen des Wachstums zu stabilisieren. Auch in der Energiediskussion spielt dieses Argument eine Rolle. So hat z. B. P. J. Searby von der Britischen Atomenergie-Behörde verkündet: „Energie bietet die Voraussetzung für den Fortschritt . . . ; mit genügend Energie, die nur richtig angewendet werden muß, kann ein Volk vom Subsistenzniveau zum höchsten Lebensstandard fortschreiten." Man könnte ähnliche Beispiele für eine missionarische Attitude der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern auch aus den jüngsten energiepolitischen Diskussionen anführen, hinter denen sich nichts anderes verbirgt als ein krudes Interesse derjenigen, die im Entwicklungsländer-Geschäft die Möglichkeit sehen, den Tendenzen einer fallenden Profitrate entgegenzuwirken.

Und wenn man richtig hinsieht, ist die Interessenharmonisierung nicht zu unterschätzen, die man durch Berufung auf die Länder der Dritten Welt erreicht: die Vorzüge der Überflußgesellschaft können um so wirkungsvoller gepriesen werden, so lange mit entsprechendem Nachdruck das Elend der Entwicklungsländer apostrophiert wird — nicht in der Absicht, es wirklich zu ändern, sondern eher, um einen Bezugspunkt zu finden, der den Nichtbeteiligten eine Mischung aus moralischer Irritation und Wohlbehagen schafft.

Um zu erkennen, warum das ungebrochene Vertrauen in die Segnungen des wirtschaftlichen Wachstums problematisch ist, muß man sich einmal kurz diejenigen Prozesse ins Gedächtnis rufen, die zur Stabilisierung des gegenwärtigen Wachstumsfetischismus ihren Beitrag leisten. Die Entwicklung der Produktivkräfte war ursprünglich, d. h. in der emanzipatorischen Phase der bürgerlichen Gesellschaft, getragen von der Vorstellung, daß jeder Fortschritt als Fortschritt der gesamten Gesellschaft zu begreifen sei. Mit der Stabilisierung der sozio-ökonomischen Machtverhältnisse im 19. Jahrhundert ist das Kapitalverwertungsinteresse und das Interesse an der Aufrechterhaltung der Profitraten, die sich im naturwüchsigen Kapitalismus eingespielt haben, zum dominierenden Entwicklungsmotor geworden. Über Vergeudung und privatwirtschaftlich geplante Obsoleszenz, unterstützt durch staatliche Planung, militärisch-technischen Komplex, wirtschaftliche

Integration und Ausbeutung der Entwicklungsländer, konnte man die Bedingungen der Akkumulation des 19. Jahrhunderts künstlich aufrechterhalten. Denjenigen, die alles das zu durchschauen beginnen, kann man den Vorwurf des mangelnden Realismus machen, man kann ihnen — wie schon gezeigt — die falschen Alternativen in die Schuhe schieben oder eine der sonst schon häufig praktizierten Abschirmungstaktiken verwenden.

VI

Bleibt die Frage nach der „realistischen" Alternative zur Wachstumsgigantomanie. Mit einer solchen Frage ist man immer schnell bei der Hand. Wir sind daran gewöhnt worden, in konkreten Alternativen zu denken. Da jedoch nichts konkreter ist als das, was ist, impliziert die Frage nach der Alternative schon das Urteil über das, was der ohnehin schon stark reduzierten Phantasie entspringen mag.

Man könnte also die Frage aufwerfen, wie die Energieprognosen aussähen, würde man das „Zero-Growth-Konzept" akzeptieren. Wir werden sicher in absehbarer Zeit, wenn der modische Firlefanz der Umwelt-Diskussion durch wirkliches Problembewußtsein abgelöst wird, merken, daß wir die Zukunft der Energieversorgung unter der Beschränkung einer minimalen Umweltbelästigung diskutieren müssen. Das impliziert allerdings die Bereitschaft, auch über die Voraussetzungen des gegenwärtigen Wachstumsprozesses zu diskutieren. Erwarten Sie nicht, daß ich Ihnen hier den schlüssigen Nachweis für die Praktikabilität des „Zero-Growth-Konzepts" liefere. Nichts ist konkreter als die Interessenlagen, und die Geschichte verläuft nicht im Konjunktiv. Aufklärung allein ist nicht der Weg in die bessere Welt, weil die Menschen guten Willens noch nie die Macht hatten und die Mächtigen noch nie Menschen guten Willens waren.

Es geht nicht darum, die „konkrete Alternative" durch Experten entwickeln zu lassen, um dann die künftige Geschichte von der Zustimmung oder Ablehnung einer inzwischen politisch unmündigen Majorität abhängig zu machen. Was entscheidend ist, ist die Bereitschaft, jenseits der „vested interests" Fragen zu stellen. Und eine solche Bereitschaft mag dann dazu führen, daß man entdeckt, welche Zwänge von der unkritischen Befolgung der Gesetze der sogenannten Leistungsgesellschaft ausgehen. Dieses Fragen wird uns vielleicht dazu führen, endlich einmal das wiederzuentdecken, was das menschliche Leben zum menschenwürdigen Leben macht. Und lassen wir uns nicht mit dem vordergründigen Hinweis auf die ungerechte Verteilung der Güter dieser Welt vom Fragen abhalten. Diejenigen, die eine Fortsetzung des Wachstumsspieles befürworten mit dem Hinweis, bisher haben ja nur wenige davon profitiert und die Aufrechterhaltung hoher Wachstumsraten sei schon aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit erforderlich, geben sich humanitär und merken möglicherweise gar nicht, daß sie längst vor den Karren der Profiteure gespannt sind.

Jener Common-Sense-Attitude, die sich kein Gesellschaftssystem außerhalb einer auf Wachstum und technischem Fortschritt verpflichteten „Leistungsgesellschaft" mehr vorstellen kann, müssen auch schon technologische Alternativen, die an den ökonomischen Interessenlagen scheitern, als abwegig erscheinen. Man konstatiert einfach, daß andere Energiequellen sich bisher nicht als technisch und ökonomisch machbar erwiesen haben, ohne die Frage nach der Allokation der Forschungs-Ressourcen zu stellen. Die Forschungspolitik ist aber wiederum an Interessenlagen gebunden und nicht mit der Spontaneität wissenschaftlicher Innovationen zu begründen.

Die Verbindung der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit den militärischen Interessen ist nicht nur ein Tatbestand, den man für die Vergangenheit konstatieren kann, sondern der auch Anlaß zum Nachdenken über die Energiepolitik der Zukunft bieten sollte. Wir haben schon betont, daß wir uns die Zukunft der menschlichen Gesellschaft nur ungern als eine Sozialproduktziffer vorstellen wollen. Ungeachtet der verschiedenen möglichen Einstellungen zur Organisation von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik in der Gesellschaft von morgen ist doch eines klar: Es wird nur eine Zukunft geben, wenn es gelingt, globale kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Das Wunschbild einer fortschrittsgläubigen Energiepolitik ist jedoch mit dieser Grundvoraussetzung kaum vereinbar. Wir wissen, daß die Zahl der Atom-Tests nach der Einigung auf einen Test-Stopp zugenommen haben. Es könnte durchaus sein, daß alle Bemühungen um Non-proliferation sich als müßig erweisen, solange die Zukunft der Energieversorgung der Welt einseitig unter nuklearen Aspekten gesehen wird.

Man könnte die gesamte Energiediskussion noch genauer auf die dahinterstehenden wirtschaftlichen Interessen befragen; man könnte weiterhin jene Formen des Neo-Malthusianismus unter die Lupe nehmen, die gleichzeitig das Bevölkerungswachstum zur Begründung für die Aufrechterhaltung von Wachstum und technischem Fortschritt benutzen und wohlmeinende Empfehlungen zur Reduzierung des Bevölkerungswachstums geben; und man könnte schließlich die fragwürdigen Risikobewertungen decouvrieren, die uns eine bestimmte technologische Alternative dadurch schmackhaft machen möchten, daß sie nicht-vergleichbare Arten des Risikos heranziehen, um die geringe Zahl von Todesfällen im Umkreis von Kernkraftwerken zu bagatellisieren. Alles das würde auf die gleiche Kritik an dem gängigen Argumentationsstil hinauslaufen. Die energiepolitische Diskussion muß sich aus den Beschränkungen technologischer Plausibilitäten lösen. Energieversorgung hat instrumentale Bedeutung, die gesellschaftliche Zieldiskussion darf nicht durch einen technologischen Determinismus unterdrückt werden. Die Ideologie der Sachzwänge ist von denjenigen erfunden worden, die unter diesem Vorwand ihre eigenen Interessen am besten durchsetzen können.

Die energiepolitische Diskussion sollte endlich aufhören, dazu beizutragen, den Wachstumsfetischismus zu stabilisieren. Die globale Abhängigkeit der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft vom Energiesektor gibt der energiepolitischen Diskussion eine Verantwortung, die über eine fortgesetzte Beschwichtigungsstrategie hinausweist. Sie — die energiepolitische Diskussion — sollte sich ihrer gesellschaftlichen Aufgabe bewußt sein. Sie kann nicht nur das Wachstum der Energieversorgung diskutieren und auf die Nebenwirkungen reagieren; sie muß vielmehr aktiv Stellung nehmen zu der künftigen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, ohne sich hinter einem fragwürdigen Objektivitätspostulat zu verschanzen und ohne sich für Interessen einspannen zu lassen, die nicht gerade primär für eine menschenwürdige Zukunft aktiv sind.

So komme ich denn zum Schluß. Sollte ich Ihre Erwartungen doch enttäuscht haben, so üben Sie bitte Nachsicht — nicht mit dem Referenten, sondern mit Ihrer Entscheidung, einen Redner einzuladen, der nicht bereit war, Interessenlagen zu bestätigen und fertige Antworten zu präsentieren; der es vielmehr als seine Aufgabe ansah, einen Fragenkomplex zu problematisieren, was für das Überleben der menschlichen Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist.

Zauberin und Arbeitstier

Analyse des Frauenbildes in Grundschullesebüchern

Von Dorothea Beilfuß und Ulf Preuss-Lausitz

I. Einleitung

Die Diskussion um die Emanzipation der Frau wird von zwei politischen Richtungen geführt: von den Liberalen, denen es in erster Linie um bürgerliche Rechte auf Selbstverwirklichung der Frau geht (Recht auf Verfügung über eigenen Körper: Legalisierung der Abtreibung; Chancengleichheit im Beruf; gleicher Lohn für gleiche Arbeit; Entlastung der Hausfrau durch öffentliche Kinderkrippen, Ganztagsschulen), und von sozialistischen Gruppen; sie haben erkannt, daß die heutige Familie, als die Reproduktionsstätte der Ware Arbeitskraft, die Geschlechtsrollen von Mann und Frau durch ihre ökonomischen Funktionen bestimmt. Sie verstehen daher den Kampf gegen die Trennung zwischen Arbeit in und für die Familie und Arbeit in der Öffentlichkeit und im Beruf als einen von beiden Geschlechtern zu führenden gemeinsamen sozialistischen Kampf. Hier geht es nicht um die Beseitigung der psychisch und körperlich belastenden Folgen der „Doppelrolle der Frau", sondern um die Schaffung der Voraussetzungen dafür, daß beide Geschlechter am politischen Kampf teilnehmen können; dies setzt zugleich die Veränderung *beider* Geschlechtsrollen voraus.

Noch immer ist allerdings in dieser Gesellschaft die Familie die Institution, die vom Staat und von der Gesellschaft als die Zelle angesehen wird, in der die Selbstverwirklichung der Frau einzig und ganz stattfinden kann. Die Familie gilt als eine Verbindung, die den besonderen Schutz und die besondere Förderung des Staates braucht und teilweise auch erhält. Zu Zeiten der Bonner CDU-Herrschaft erklärte der damalige Familienminister Wuermeling: „Die Familien sind die Grundfesten für den Fortbestand von Staat und Gesellschaft... Die Familie erfüllt die einzig unersetzliche Funktion für die Bestanderhaltung der Gesellschaft und ihrer Aufgaben, indem sie durch ihre Sorge für die Kinder der Gesellschaft leistungsfähige Individuen zur Verfügung stellt" [1]).

Wuermelings treffendes Wort macht zweierlei deutlich: Die Familie ist in der kapitalistischen Gesellschaft notwendig einmal zur Reproduktion der Arbeitskraft des Mannes; das umgreift nicht nur materielle, sondern auch psychische Reproduktion. Zum andern garantiert die Familie — verstärkt durch die materielle Abhängigkeit der Frau und der Kinder — die politische Anpassung der Männer, der Frauen und auch der Kinder, deren Sozialisation durch die Apologie des Bestehenden gekennzeichnet ist. Frauen übernehmen daher in der Tat eine „unersetzliche Funktion für die Bestanderhaltung" der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.

Diese Funktion gerät bei dem wachsenden Bedarf an leicht austauschbarer, angelernter Arbeitskraft in zunehmendem Maß in Widerspruch zu der zugleich vom Kapital gewünschten Berufstätigkeit der Frau. Diese Rollenerwartungen haben sich so verfestigt, nicht zuletzt durch die geschlechterspezifische Erziehung der Jungen und Mädchen, daß die Frauen sie meistens selbst akzeptieren.

[1]) Haensch, Rerpessive Familienpolitik, zit. bei: Pelagea.

Hinzu kommt, daß spätestens bei einer Heirat, auch bei Studentinnen, die z. T. gegensätzlichen Ansprüche von Beruf und Ehe zu Konflikten führen.

Das geforderte Privatleben der Familie kollidiert mit der Ausbildung, und nicht wenige Frauen sind bereit — da „verheiratet sein" immer noch *der* Prestigeerfolg für eine Frau ist, ja, sie verheiratet überhaupt erst voll gesellschaftlich akzeptiert wird —, die Ausbildung oder den Beruf aufzugeben und einen Beruf erst dann wieder aufzunehmen, wenn der Mann nicht genug verdient, wenn es in der Ehe kriselt oder wenn die Kinder erwachsen sind und das Leben zu Hause noch eintöniger als zuvor geworden ist.

Diese, an den Möglichkeiten der Frau nur als „ideologisch", als in Gedanken gefaßte Wirklichkeit einer Klassenherrschaft, als in Gedanken gefaßte Praxis herrschaftssichernder Illusionen und unverstandene Utopie zugleich [2]) zu bezeichnende Einschätzung der Rolle der Frau und ihre Funktion in der Gesellschaft bedingen einander wechselseitig.

Seit Beginn der Industrialisierung sind immer mehr Frauen, verheiratete und nicht verheiratete, in das Berufsleben eingetreten. Für die Bundesrepublik und Westberlin ergibt sich heute folgendes Bild:

„Von den 94 % weiblichen Lohnabhängigen sind: 212 000 Beamtinnen — Botinnen bei der Post etwa, Schaffnerinnen bei der Bahn, Sachbearbeiterinnen bei den Ämtern; 3,6 Millionen Angestellte — Verkäuferinnen in den Warenhäusern etwa, Stenotypistinnen in den Großbüros, Friseusen in den Damen-Salons; 3,4 Millionen Arbeiterinnen — Montiererinnen in der Metallindustrie etwa, Stepperinnen in Schuhfabriken, Näherinnen im Bekleidungsgewerbe" [3]).

Daraus läßt sich ersehen, in welchen Berufen Frauen vornehmlich arbeiten: in den Berufen, die auf der gesellschaftlichen Wertskala sehr weit unten stehen. Bei den „höheren" Berufen, z. B. bei Akademikerinnen, sieht es, nach einem Vergleich mit den Männern, nicht viel besser aus: noch immer gibt es auch im Studienbereich typische Männer- und Frauenberufe; für Frauen ist dies vor allem der Lehrerinnenberuf, in dem sie „die Hälfte des Personals an Westdeutschlands Schulen stellen" [4]).

Wenn Männer Frauen Berufe zuordnen — selbst wenn sie zugestehen, daß Frauen gleiche Ausbildungschancen haben sollten —, so gehören diese meist in den Bereich des Mütterlich-Pflegerischen, also: Kinderärztin, Krankenschwester, Sozialfürsorgerinnen.

Ein Blick in die Produktionssphäre zeigt: die Frauen bilden ein fast unerschöpfliches Reservoir an billigen Arbeitskräften, das man je nach Bedarf erweitert oder reduziert, was selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf die Gruppendynamik, die materielle Basis und die Bedürfnisstruktur innerhalb der Familie bleibt.

Frauen werden meist schlechter ausgebildet als Männer. „9 % der Arbeiterinnen in der BRD haben eine qualifizierte Ausbildung, 45 % sind ungelernt, und 45 % sind kurzfristig angelernt — von den Männern dagegen sind 53 % Facharbeiter, 34 % angelernt, und nur 13 % arbeiten als Hilfsarbeiter" [5]).

Frauen werden oft in den Fabriken zu sogenannten „Leichtlohngruppen" zusammengefaßt, das bedeutet unter anderem, daß sie für dieselbe Arbeit geringeren Lohn erhalten.

---

2) Vgl. Wellmer, Gesellschaftstheorie, S. 95 u. 104.
3) „Der Spiegel", 25. 1. 1971.
4) Ebenda.
5) Pelagea, Berliner Materialisten zur Frauenemanzipation, 1. 5. 1970.

Die Männergesellschaft zeichnet das Bild einer Frau, welches auf einen erschrekkenden Grad männlicher Bewußtlosigkeit schließen läßt. Frauen sind entweder Sexmonstren, die dem stärksten Mann die Kraft rauben können (die man aber dennoch zu erobern bestrebt ist, um nachher mit der Eroberung zu prahlen), sie sind Zauberinnen und Hexen. Oder sie sind „Maria", heilig und keusch oder jungfräulich, sitzend zur Linken Gottes und damit „niederem" Begehren entrückt, nurmehr der Verehrung preisgegeben.

Zwischen diesen mythischen Gegensätzen lebt das Millionenheer braver, benutzbarer Frauen, die schön sein müssen, auch wenn es ihnen nicht gut geht, die froh sein müssen, wenn sie geheiratet werden, die arbeiten dürfen, wenn es nicht genug Männer in den Berufen gibt, die jene Arbeit machen dürfen, die von einem besonders hohen Grad von Entfremdung ausgezeichnet ist, und die ihren „schwächeren" Intellekt ausbilden dürfen, wenn die Männergesellschaft es für erforderlich hält.

Eine Umfrage des Allensbacher Instituts, unter Männern, ergab, daß kluge Frauen heute so wenig wie früher gefragt sind. Auf der Wunschliste der über 40 Jahre alten Männer rangiert Klugheit an letzter Stelle. Für diese Altersgruppe gilt die Reihenfolge: Sparsamkeit, Sauberkeit, Treue, Herzlichkeit, Natürlichkeit, sexuelle Anziehung, Klugheit. Die befragten Männer unter 40 Jahren entschieden sich für die Reihenfolge: Sex appeal, Natürlichkeit, Treue, hübsches Aussehen, Sauberkeit, Klugheit [6]).

II. Lesebuchanalyse

Die Sozialisation der Kinder zu den geschlechtsspezifischen affektiven und kognitiven Persönlichkeitsstrukturen und den daraus resultierenden Verhaltensweisen findet in erster Linie in der Familie statt, unterstützt und verstärkt durch Verwandte und Bekannte, durch gleichaltrige Kinder und durch öffentliche Erzieher in Kindergärten, Horten und der Grundschule. Wenn sechsjährige Kinder in die Grundschule kommen, ist daher schon eine Vielzahl Fähigkeiten und Einstellungen bei Jungen und Mädchen unterschiedlich ausgeprägt [7]). Eine an der Emanzipation beider Geschlechter orientierte schulische Erziehung müßte sich daher entschließen, eine gegen die bisherige Sozialisation gerichtete Erziehung zu betreiben und dies zugleich mit gezielter Elternarbeit zu verbinden, wenn progressive schulische Erziehung nicht die Kinder in einen für sie unerträglichen psychischen Konflikt zwischen sanktionsgewaltiger Schule und sanktionsgewaltigen Eltern treiben soll.

Medien wie Filme, Arbeitsmaterial und Lesebücher können dabei die Funktion übernehmen, neue Erfahrungsbereiche zu eröffnen, neuartige „Imitationsmodelle" abzugeben, die Reflexion über Gewohntes einzuleiten. Die folgende systematische Analyse von Grundschullesebüchern soll daher unter der Fragestellung erfolgen, welche Ansätze emanzipatorischer Geschlechtsrollensozialisation in ihnen enthalten sind. Das leitende Interessse dabei ist nicht die schon seit Jahren an Lesebüchern geübte Kritik an deren „Modernitätsrückstand" im Sinne der Anpassung an die „Industrie"gesellschaft oder die „moderne Welt", sondern eine umfassende, beide Geschlechter verändernde Sozialisation, die ökonomische und politische Bedingungen zu berücksichtigen versucht. Die Ergebnisse dieser

---

6) „Süddeutsche Zeitung", 20. 4. 1971.
7) Vgl. U. Preuss-Lausitz, Kompensatorische Geschlechtsrollenerziehung?, in: Neuer Rundbrief, Hrsg. Senator für Familie, Jugend und Sport, Westberlin, 2/1971.

Analyse können als repräsentativ gelten; zwei jüngste Untersuchungen zur gleichen Frage kommen zu gleichen Ergebnissen [8]).

Künftige Analysen von Texten müßten allerdings untersuchen, ob die Texte sprachlich so organisiert sind, daß sie den Schülern mit ihren unterschiedlichen Klassenerfahrungen und Sprachmustern wie -inhalten die Übernahme traditionneller Verhaltens- und Wertmuster erleichtern oder erschweren. Dies kann von uns wegen fehlender Kompetenz nicht geleistet werden; wir beschränkten uns daher auf eine ideologiekritische *Inhalts*analyse neuester und weitverbreiteter Schulbücher auch unter dem Aspekt, wieweit die gängige Lesebuch-Kritik Berücksichtigung gefunden hat. Die im Rahmen dieser Lesebuchanalyse gestellten Fragen lauteten:

1) In welchen Gedichten und Geschichten wird auf die veränderungsbedürftige Lage der Frau eingegangen?

2) Gibt es Ansätze in der Schilderung familiärer Erziehung, die darauf hinweisen, daß die traditionelle Rollenzuschreibung problematisiert und einem Emanzipationsverständnis zugeordnet wird?

3) In welchen Gedichten und Geschichten setzen sich die Lesebuch-Autoren kritisch mit der Realität auseinander, die die Kinder jeden Tag erleben, z. B. in bezug auf die Berufstätigkeit der Mutter usw.

Es wurden folgende Lesebücher untersucht, die alle in der Liste des Berliner Senators für Schulwesen für die öffentliche Benutzung in den Berliner Grundschulen freigegeben sind: Wir von der Spree, I, 2. Schuljahr, „Kiek in die Welt". — Wir von der Spree, II, 3. Schuljahr, „Berliner Kind". — Wir von der Spree, III, 4. Schuljahr, „Heimat Berlin". — Wir von der Spree, IV, 5. Schuljahr, „Berliner Fenster". — Wir von der Spree, V, 6. Schuljahr, „Pulsschlag Berlin". — Schauen und Schaffen, Teil I, 5. Schuljahr. — Schauen und Schaffen, Teil II, 6. Schuljahr. — Die Glocke, 4. Schuljahr, „Heimatklang". — Die Glocke, 5. Schuljahr, „Weggeläut". — Die Glocke, 6. Schuljahr, „Türmerschau". — Der Strom 1, 5. Schuljahr. — Der Strom 2, 6. Schuljahr. — Die Silberfracht, 2. Schuljahr, 2. — Die Silberfracht, 3. Schuljahr, 3. — Die Silberfracht, 4. Schuljahr, 4. — Wunder der Welt, 2. Schuljahr. — Wunder der Welt, 3. Schuljahr. — Wunder der Welt, 4. Schuljahr. — Texte für den Deutschunterricht, Geschichten 2. Schuljahr. — Texte für den Deutschunterricht, Geschichten 3. Schuljahr.

Die als Beispiele gebrauchten Lesebuchzitate sind Resultat einer qualitativen Analyse aller angeführten Lesebücher. Es wurden die typischsten Exempel aus der Fülle der möglichen ausgesucht; wobei unter „typisch" das dem Gesamtbild Adäquate zu verstehen ist. Es wurden also keine besonders extremen oder krassen Beispiele ausgewählt.

Sozialisation von Mädchen und Jungen

Das Leben der kleinen Mädchen im Lesebuch spielt sich auf der einen Seite im „Puppenwinkel", auf der anderen Seite im Schutz der Mutter, des großen Bruders und des starken Vaters ab. Als Vorbereitung auf ihre spätere Rolle als Mutter sitzt Brigitte „still in ihrem Puppenwinkel" [9]), geht eine „kleine Madam" mit ihrem kranken Kind zum „Puppendoktor" [10]), wird die Puppe vor einem „klei-

8) V. Nitsche, Inhaltsanalyse über die Geschlechtsrollensozialisation in Berliner Fibeln, Manuskript 1971 (PZ Berlin). — I. Sollwedel, Politische Mädchenerziehung im Lesebuch, in: Gesellschaft-Staat-Erziehung 2/1968. — U. Krüger, Das Fremdbild des Mädchens und der Frau in Schullesebüchern der BRD, in: Informationen für die Frau 3/1971.
9) Wir von der Spree, Bd. I, S. 13.
10) Ebenda, S. 17.

nen Bösewicht" [11]) geschützt, werden Puppen spazieren gefahren und getragen, man geht mit ihnen einkaufen, wie Mutter mit dem Kind [12]); wenn Anneliese krank ist, spielt sie bei aller sonst angebotenen Abwechslung „am liebsten mit der Puppe" [13]), Puppen sind „etwas für Mädchen" [14]), der Junge dagegen will lieber „Türme bauen" [15]).

Entwickelt ein Mädchen einmal Forschungsdrang und schneidet die Puppe auf, wird die Szene so dargesellt, als ermorde sie die Puppe: „... ein Strom von Sägespänen ergoß sich aus der Wunde. Voller Staunen sahen wir dem Strom zu, vergrößerten grausam mit den Fingern den Riß und sahen kaltblütig ihr Leben entströmen" [16]). In einem anderen Band gibt es als Scherz die „Puppenbohne", die dem kleinen Mädchen den allersehnlichsten Wunsch per Gartenbeet erfüllt [17]). Aus bunten Flicken nähen die Mädchen Puppenkleider [18]), und einige Seiten weiter werden nach dem Backen „die Kinder schöngemacht", d. h. Ursel und Annemie machen große Puppenwäsche [19]).

Auch in den Lesebüchern, die der Ausstattung nach moderner sind [20]), d. h. eine moderne Drucktype und ansprechende bunte Zeichnungen verwenden, finden sich die Puppen-Kinder-Klischees in vielen Variationen. Die Puppe „Adelchen" mit dem aufgeschlitzten Bauch ist auch hier mahnend angeführt [21]), ein „Puppenpark" der kleinen Mädchen wird vom Bruder böswillig zertrampelt [22]), man feiert „im Dunkeln" Geburtstag, und „Anne, Sabine und Bärbel sind mit ihren Puppen zu Besuch gekommen" [23]).

Den üblichen Wiegenliedern der Mutter angepaßt ist das „Schlaflied für die Puppe", in dem die goldene Zukunft als Mutter mit dem Kind märchenhaft angemalt wird [24]). In der Geschichte „Das gestohlene Christkind", die in mehreren Lesebüchern steht, wird „Anne sicher später ein gutes Mütterchen, dem Gott viele Kinder schenkt, mit denen es eia, popeia machen kann" [25]).

Spielen Mädchen einmal ausnahmsweise nicht mit Puppen, unterscheiden sich ihre Spiele dennoch streng von denen der Jungen: Wenn die Tante zu Besuch kommt, erhält Gerd eine Laubsäge, Margret bekommt einen Ball. Spielen dann beide damit, kann der Junge „natürlich" viel höher werfen [26]). Beim Rollerfahren stellt sich Monika recht ungeschickt an, der größere Bruder hat Grund zur Entrüstung [27]). Ist ein Mädchen beim Wettrennen schneller als der Junge, so kann das der Ehrgeiz des Jungen nicht zulassen. „Was, Ilse ist wieder die Erste? Ran, Harry." Und diesmal „haben" sie Ilse [28]).

Die für die Einhaltung der von der Gesellschaft gewünschten weiblichen Rolle notwendigen Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen werden in allen Büchern geradezu bewunderungswürdig konsequent durchgehalten.

Das Mädchen sieht der Mutter beim Nähen zu, der Junge spielt zur gleichen Zeit

11) Wir von der Spree, Bd. II, S. 8.
12) Ebenda, S. 72.
13) Ebenda, S. 76.
14) Ebenda, S. 77.
15) Ebenda.
16) Wir von der Spree, Bd. III, S. 44.
17) Die Silberfracht, Bd. 2, S. 123.
18) Die Silberfracht, Bd. 3, S. 17.
19) Ebenda, S. 68.
20) Wunder der Welt, 3 Bände / Texte für den Deutschunterricht, 2 Bde.
21) Texte für den Deutschunterricht, 2. Schuljahr, S. 22.
22) Texte für den Deutschunterricht, 3. Schuljahr, S. 21.
23) Wunder der Welt, 2., S. 27.
24) Wunder der Welt, 2., S. 29.
25) U. a. Der Strom, Bd. 2, S. 27.
26) Wir von der Spree, Bd. I, S. 44.
27) Ebenda, S. 66.
28) Wir von der Spree, Bd. II, S. 28.

mit dem Stabilbaukasten und der Eisenbahn [29]). Beim Umzug übt sich Heini bereits spielend im Kommandieren, während die Mädchen den Suppentopf und Vaters Pfeifenkopf zu tragen haben [30]). Die Mädchen nehmen lieber nicht am Sackhüpfen teil, weil man sich dabei die Kleider schmutzig machen kann [31]). Werner und Monika haben sich eine neue Glühlampe eingeschraubt, aber es war die falsche. Als der Vater nach Hause kommt, wird nur Werner getadelt, und das anschließende „Fachgespräch" über „Tranfunzeln" findet nur zwischen Vater und Sohn statt, das Mädchen darf zuhören [32]).

Als Zusammenfassung aller notwendigen weiblichen Tugenden, die im kleinen Mädchen „von der Natur" angelegt worden sind und zielstrebig durch die Erziehung gefördert werden müssen, kann das Gedicht „Lied vom feinen Mädchen" gelten, das den größeren Abschnitt „Fleißig rührt sich jede Hand in der Stadt und auf dem Land" einleitet:

„Ich bin ein fein's Mädchen,/ kann drehen das Rädchen,/ kann stricken die Maschen/ und flicken die Taschen;/ kann nädeln und putzen/ und fädeln und stutzen;/ kann singen und springen/ und braten und kochen/ das Fleisch und die Knochen" [33]).

Mädchen sind braver als Jungen: das ist allen Geschichten obligatorisch. Auch werden Mädchen immer als schwächer, ängstlicher und hilfsbedürftiger dargestellt. Wenn ein Wolf auftaucht, „flieht das Mädchen schreiend zurück" [34]), in einer anderen Wolfsgeschichte besteht der Bruder das gefährliche Abenteuer, die Schwester ist geliebtes, ängstliches Anhängsel [35]).

Kleine Mädchen petzen gern [36]) und sind „nun mal" neugierig [37]). Sie kreischen, wenn sie einen Buckligen sehen: „Die Mädchen aber kreischen auf, und die Burschen klopfen ihm den Buckel wie eine Trommel" [38]). Selbstverständlich darf auch das Klischee der Angst vor den Mäusen nicht fehlen [39]).

In den unzähligen Tiergeschichten tauchen unterschiedliche „Hasenjungen" und „Hasenmädchen" auf, und die „Hasenmädchen" passen wiederum auf die unternehmungslustigen „Hasenjungen" auf: „... Ihre Schwestern sagten: ‚Bleibt lieber bei uns. Draußen erwischt dich der böse Uhu oder der Fuchs' " [40]).

In den Märchen, die einen Teil jedes der Lesebücher ausmachen, sind die Mädchen meist ein wenig töricht, aber sanft und gütig [41]). Als Ausgleich zu ihrer niedrigeren Stellung werden schon die kleinen Mädchen mystifiziert. Sie treten auf als kleine Zauberinnen oder erwecken in Jungen merkwürdige, unnennbare, geheimnisvolle Gefühle. In der Geschichte „Freundschaft" von Werner Bergengruen bekommt ein Junge von einem fremden Mädchen, das ihn beim Äpfelklauen auf dem „herrschaftlichen" Grundstück erwischt, noch eine Birne dazu geschenkt. Er rennt weg. „Klopfenden Herzens ließ ich mich ... nieder. Ich verzehrte die Birne, und mit jedem Bissen, mit jedem Tropfen des überreifen Saftes sog ich die süße Trunkenheit des Abenteuers tiefer in mich ein. Ich hatte ein mir selbst nicht deutliches Bedürfnis, etwas zu opfern. So warf ich mit plötzlichem

29) Wir von der Spree, Bd. I, S. 17.
30) Wir von der Spree, Bd. II, S. 17.
31) Ebenda, S. 83.
32) Wir von der Spree, Bd. III, S. 77.
33) Die Silberfracht, Bd. 2, S. 100.
34) Wir von der Spree, Bd. IV, S. 42.
35) Der Strom, Bd. 2, S. 150 ff.
36) Wir von der Spree, Bd. IV, S. 44.
37) Die Silberfracht, Bd. 3, S. 81.
38) Wir von der Spree, Bd. V, S. 125.
39) Die Silberfracht, Bd. 3, S. 81.
40) Die Silberfracht, Bd. 2, S. 49.
41) U. a. Die Silberfracht, Bd. 3, S. 116. — Weggeläute, S. 171.

Entschluß die beiden Äpfel ins Gebüsch." Aus dieser ersten Begegnung ergibt sich für die beiden Kinder dann ein „inniger Verkehr" [41a]).

Vorstufen des Rollenverhaltens

Auch in den Bänden „Wunder der Welt" erscheinen die gleichen Erziehungsinhalte und -vorschriften.

Ein Junge tadelt, daß es zum Spielen nur Mädchen gibt [42]), Jungen schicken ihren scheinbar feigen Freund zu den „kleinen Mädchen" [43]), Mädchen haben Angst vor Gewittern, Jungen nicht [44]), und im Band für das 4. Schuljahr kann ein Junge in einem Spiel zu seiner „Ehefrau" sagen: „He, bring mir die Uhr, Kathrin!", und weiter: „Die Frauen sind doch sonderbar. Die meinige weiß klipp und klar — weil ich die Uhr schon oft vermißt —, wo sie im Haus zu finden ist. Und trotzdem fragt sie stets aufs neu, als hätte sie im Kopfe Heu" [45]).

Der Junge ist der große Beschützer der hilflosen Mädchen [46]), auf diversen Bildern ist der Junge groß (älter), das Mädchen klein (jünger) [47]).

Die Geringschätzung der Mädchen zeigt sich schon in der Namengebung. Die Jungen heißen Peter, Fritz und Hans, die Mädchen heißen, quer durch alle Geschichten: Lotti, Lenchen, Liese, Gretchen, Susel, Trinchen, Klarchen, Lieschen, Rosa, Grete, Mimi, Gustl, Klein Annemie, Lotti und Klein Erni. Gibt es einen Bruder Nikolaus, so heißt die Schwester Nikolinchen, und das „Zwieselchen" von Bergengruen ist ebenso niedlich, putzig, hübsch und zahm, manchmal ein kleiner Kobold, wie Mädchen eben sein sollen.

Eines der „schönsten" Beispiele für die Programmierung auf Heim und Familie ist folgende Geschichte: Ein abenteuerlustiger Junge streift durch die Welt und fragt alle Menschen, was denn das Schönste auf der Welt sei. Er erhält viele, ihn nicht befriedigende Antworten. Zuletzt trifft er ein kleines Mädchen, das traurig im Gras sitzt und weint. Sie erzählt ihm, daß sie kein Zuhause mehr habe. „Da wußte der Junge auf einmal, was das Allerbeste auf der Welt ist. Er nahm das fremde Mädchen bei der Hand und ging mit ihm nach Hause zu seinen Eltern. ‚Nein, wie dumm war ich doch!' sagte der Junge. ‚Dies kleine Mädchen hat mir gezeigt, das Allerbeste auf der Welt ist, zu Hause zu sein bei Vater und Mutter' " [48]).

Ausnahme: das aktive Mädchen

Die Ausnahmen in dem Reigen beschränkter und sanfter Mädchenfiguren bilden „Pünktchen" von Erich Kästner, vertreten mit einer kurzen Geschichte [49]), und „Pony Hütchen" aus „Emil und die Detektive" vom selben Autor [50]).

An einigen wenigen Stellen sind Mädchen einmal anders aktiv als im Haushalt, z. B. die blinde Helen Keller, die durch Arbeit und Ausdauer ihre Taubstummheit überwinden lernt [51]).

41a) Schauen und Schaffen, Teil II, S. 11.
42) Wunder der Welt, 3., S. 33.
43) Ebenda, S. 107.
44) Ebenda, S. 104.
45) Wunder der Welt, 4., S. 63.
46) Ebenda, S. 93.
47) Z. B. Wunder der Welt, 3., S. 128. — Wir von der Spree, Bd. II, S. 81, 96, 65.
48) Die Silberfracht, Bd. 2, S. 97 ff.
49) Schauen und Schaffen, Teil II, S. 197.
50) Weggeläut, S. 20.
51) Schauen und Schaffen, Teil II, S. 1 ff.

In einer anderen Geschichte kann auch ein Mädchen einmal helfen, es hat sogar Mut, und zwar, nachdem ein Wanderer bei einer Bergbesteigung abgestürzt ist [52]). Von William Saroyan ist ein Märchen abgedruckt, in dem eine Schafshirtentochter es durch Klugheit zur Frau des Königssohnes bringt [53]).

Diese Geschichten sind quantitativ unbedeutend. Das Mädchenbild, in allen Lesebüchern von agrarisch-vorindustriellen Lebensbedingungen geprägt, propagiert in penetranter Selbstverständlichkeit das bürgerliche Frauenbild, das von den Frauen verlangt: Unterordnung, Passivität, bornierte Beschränkung auf unreflektierte Hinwendung zur Familie, zum Kind, zum Haushalt. Weder werden Qualifikationen, die schon heute aufgrund des ökonomischen Strukturwandels den meisten Frauen abgefordert werden, in die Geschichten eingebracht, noch gar die Rollen von Männern und Frauen problematisiert.

Zusammenfassung

Durchgehend werden die Mädchen ausschließlich auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter vorbereitet. Taucht je ein außerhäusliches Problem auf bei den Kindern, werden damit stets nur Jungen konfrontiert; Fragen nach einem Beruf z. B. werden nur von Jungen gestellt [54]).

E. V. Rochow hoffte von dem von ihm herausgegebenen Lesebuch „Der Kinderfreund", es würde: „... verständig machen, zum Verstande verhelfen, aufklären, veredeln, Weisheit, rechte Erkenntnis, Wahrheitssinn und Wahrheitsliebe mehr gemeinsam machen" [55]). All diese löblichen Tugenden können Mädchen gewiß nicht entwickeln, wenn sie praktisch vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden und nur am Rande daran teilnehmen dürfen, denn nichts anderes wird ihnen von den Lesebuchgeschichten nahegelegt, geradezu eingehämmert. Das selbständige Denken wird anscheinend als etwas nicht besonders Förderungsbedürftiges betrachtet, denn Konfliktsituationen in der Familie, denen auch die Kinder in dieser Altersgruppe nur zu oft ausgesetzt sind, tauchen in nur ganz wenigen Geschichten auf — und dann werden sie sofort durch ein Machtwort des Vaters oder der Mutter eindeutig geklärt. „Alle Kinder der ganzen Welt haben ihre Mutter lieb" [56]), heißt es in einer Erzählung; jede Strafe erscheint gerecht, jeder Widerstand als falsch. Der Vater wird vom Mädchen zum Übermenschen stilisiert, Vater kann alles, „nur der liebe Gott kann mehr" [57]), die Mutter ist ebenfalls unantastbar.

Die Frau als Mutter

In allen untersuchten Lesebüchern finden sich Gedichte, die den Müttern gewidmet sind: „Mutterhand ist immer weich, Mutterhand ist immer reich, Mutterhand ist Arzenei, trag zur Mutter, was es sei" [58]).

„Wenn Du noch eine Mutter hast,/ so danke Gott und sei zufrieden;/ nicht allen auf dem Erdenrund/ ist dieses hohe Glück beschieden./ Wenn Du noch eine Mutter hast,/ so sollst Du sie mit Liebe pflegen,/ daß sie dereinst ihr müdes Haupt in Frieden kann zur Ruhe legen ..." — Und die letzte Strophe: „Ein Muttergrab, ein heilig Grab,/ für Dich die ewig heil'ge Stelle!/ Oh, wende Dich an diesen Ort,/ wenn Dich umtost des Lebens Welle" [59]).

52) Türmerschau, S. 212.
53) Der Strom, Bd. 1, S. 107.
54) Die Silberfracht, Bd. 2, S. 34—48.
55) Zit. nach: Schulz, Welt im Lesebuch.
56) Die Silberfracht, Bd. 2, S. 12.
57) Wir von der Spree, Bd. I, S. 11.
58) Heimatklang, S. 114.
59) Weggeläute, S. 165 f.

„Die Mutter (Zum Aufsagen für ein Kind): Im Walde säugt ein Reh das weißgetupfte Kleine./ Wer eine Mutter hat, ist nicht alleine./ Schon rankt der wilde Wein, Kirschblüten wehn vorm Winde./ Wirst nie vergessen sein. Die Mutter lebt im Kinde./ Im Herbst die Buche knospt/ und grünt im Lenze,/ den Müttern windet Gott/ die immergrünen Kränze" [60]). — Dieser Kitsch stammt von Carl Zuckmayer.

Alle Gedichte sind in ähnlichem Tenor gehalten. Es wird ein Bild von der Mutter heraufbeschworen, meistens im Dichterstil des 19. Jhrdts., das die Grenze der Geschmacklosigkeit vehement überschreitet. Durchgängig wird die Mutter sentimental, weinerlich und rührselig verherrlicht.

Ein anderer Teil der Muttergedichte, fast ebenso oft vertreten, verherrlicht die Mutter als nie ruhende Putzfrau und Dienerin, die Tag und Nacht munter ist, um ihren Lieben zu dienen:

„Mütterlein, lieb Mütterlein,/ wie mußt du immer fleißig sein!/ Wenn wir noch schlafen, am frühen Morgen,/ mußt du dich schon plagen,/ mußt du dich schon sorgen,/ daß wir auch beizeiten den Kaffee kriegen,/ daß wir nicht zu lang in den Federn liegen . . ."/ — „Dann mußt du fegen und putzen und klopfen,/ mußt scheuern und flicken und bürsten und stopfen./ Die Wäsche darfst du auch nicht vergessen/ und die Blumen, den Vogel, das Mittagessen . . ." [61]). Die Mutter ist zu jedem Opfer für die Familie bereit, und für die Kinder besitzt sie eine Art Wunderkraft, denn sie ist imstande, ihnen in jeder Lebenslage selbstlos, liebevoll und erfolgreich zu helfen: „Komm, ach komm zu deinem Kind,/ gib mir deine kühlen Hände,/ weil ich arm und müde bin,/ und der Weg nimmt nie ein Ende,/ — wandern soll ich immerzu,/ sing mir du mein Herz zur Ruh,/ liebe Mutter" [62]). — Oder: „Wer versteht, was du meinst?/ Wer weiß Rat für dich?/ Wer findet dein Zeugnis nicht fürchterlich?/ Wer tröstet dich, wenn du weinst?/ Wer hört zu, wenn du fragst?/ Wer hält dich für schön? . . ./ Wer mag den Freund, den du magst?/ Wer erklärt dir die Welt?/ . . . Wer duldet, daß du Mäuse mitbringst?/ Wer träumt, du wirst einst ein Held?" [63])

Wie hält wohl letzteres Gedicht den realen Situationen stand, denen Kinder jeden Tag ausgesetzt sind?

Wir wissen aus unzähligen soziologischen Untersuchungen, welchen Frustrationen Kinder in den engen Strukturen der Kleinfamilien ausgesetzt sind, wissen, wie oft Mütter die Launen, verursacht durch ihr unbefriedigendes Leben, zum Teil an den Kindern auslassen, wissen, wie viele Kinder in Erziehungsheimen leben müssen, weil die Eltern nicht fähig sind, mit ihren Kindern sinnvoll zusammenzuleben, wissen, daß Obdachlosenviertel, proletarische Lebensbedingungen, aber auch bürgerliche Familienstrukturen derartige Glorifizierungen als ideologisch entlarven. Die heile Welt der Lesebücher ignoriert Scheidungen, von Eltern totgeschlagene Kinder, miserable Wohnverhältnisse in den Zellen des sozialen Wohnungsbaus.

In den Lesebüchern wird jede mütterliche Erziehung voll gebilligt. „Wir lebten alle im Bannkreis der mütterlichen Zucht wie im lautlosen, leuchtenden Licht der Sonne" [64]).

60) Schauen und Schaffen, Teil I, S. 40.
61) Die Silberfracht, Bd. 3, S. 5.
62) Der Strom, Bd. 2, S. 6.
63) Wunder der Welt, 4., S. 72.
64) Schauen und Schaffen, Teil I, S. 41.

Schilt die Mutter einmal, folgt dem gleich ihr Bedauern und zuletzt die warmherzige Hilfe [65]).

Eine etwas weniger pathetisch-vollkommene Mutter ist die aus „Emil und die Detektive", die aber auch darum patenter wirkt, weil sie die üblichen Nörgeleien, die Frage nach Taschentuch und Portemonnaie in realitätsgebundener Umgangssprache stellt [66]).

Die ungetrübte Verklärung im Sinne der herrschenden Ideologie zeigt sich in den zahlreichen Geschichten von Maria und dem Jesuskind und in einer Geschichte von Lersch, „Bildnis einer Mutter": „Mutter war nur von Gestalt und Körperkraft eine ganz kleine schwache Frau. Ihre Seele jedoch war die einer großen Heldin. Sie war eine der Millionen stiller und schlichter Mütter des Volkes, die das Wort zur Wahrheit machten: Besser Unrecht leiden als Unrecht tun! Ich knie vor dem Bildnis meiner toten Mutter und erneuere den Schwur, den ich als kleiner Junge fest in mein Herz prägte: stark und groß zu werden, um ein Kämpfer zu sein für das Recht der Mutter auf ihr mütterliches Glück" [67]). Diese sich verdächtig der „Blut und Boden"-Literatur nähernden Sätze lassen sich mit dem lapidaren Ausruf abrunden: „Für alles gibt es Ersatz auf Erden, aber nicht für eine Mutter!" [68])

Die vielen schönen Abbildungen „Mutter mit Kind" und „Maria mit Kind" werden einzig einmal durch die „Harfenjule" von Zille [69]) im zarten Reigen unsanft unterbrochen.

Die Frau in der Familie

Die einzig zugestandene Funktion der Frau ist es, sich für Mann und Kinder aufzuopfern. Die Arbeitsteilung zwischen „Privatheit und Öffentlichkeit", zwischen dem Leben im Haus und in der Arbeitswelt, wird geschlechtsspezifisch ontologisiert. Die Mutter wird gelobt für gutes Wirtschaften [70]), sie muß zu Hause bleiben und kochen [71]), sie näht, flickt, bügelt, hat Waschtag, backt Kuchen, und erst „wenn wir alle gegessen hatten und zur Arbeit weg waren, aß sie für sich allein" [72]). Die Mutter schält emsig Kartoffeln, während der Vater das Kind „ausnahmsweise" zu Bett bringt [73]). Der Vater liest Zeitung und hört Nachrichten, die Mutter näht derweil (ein häufig auftretendes Motiv) [74]). Die Mutter hilft dem Vater, damit er zur Arbeit gehen kann [75]), Mutter badet das Kind, der Vater liest in einem Buch [76]), Mutter schneidet den Kuchen und wartet, daß Vater und Sohn vom Ausflug zurückkommen [77]). Der Vater hat die *Idee*, den Freund des Sohnes einzuladen, die Mutter *schreibt* den Brief [78]). Am großen Waschtag wollen alle helfen, die kleinen und die großen Männer sagen aber gleich: Waschen können wir nicht, wir wollen lieber kochen, aber das auch nicht jeden Tag [79]). Mutter steht in der Küche, Vater bringt dem Sohn das Radfahren bei [80]),

65) Wir von der Spree, Bd. III, S. 118.
66) Schauen und Schaffen, Teil I, S. 126.
67) Ebenda, S. 41.
68) Wir von der Spree, Bd. II, S. 6.
69) Wir von der Spree, Bd. V, S. 16.
70) Weggeläut, S. 157.
71) Der Strom, Bd. 2, S. 11.
72) Schauen und Schaffen, Teil I, S. 41.
73) Turmgeläut, S. 243.
74) U. a. Wir von der Spree, Bd. I, S. 33.
75) Wir von der Spree, Bd. II, S. 13.
76) Ebenda, S. 8.
77) Ebenda, S. 46.
78) Ebenda, S. 912.
79) Wir von der Spree, Bd. II, S. 95 ff.
80) Die Silberfracht, Bd. 2, S. 30.

Mütterchen backt mit den Kindern Plätzchen; als Vater kommt, wird es gleich viel lustiger, denn *er* hat Phantasie und backt kleine Tiere [81]).

Diese Aufzählung ließe sich endlos fortsetzen.

Wenn die Kinder Fragen haben, die nicht den Haushalt betreffen, wenden sie sich an den Vater, denn Vater weiß alles [82]). Mutter bringt die Suppe, und Vater erklärt die Welt [83]). Die Mutter ist freundlich, der Vater streng und ernst [84]). Die Mutter schließt sich der Meinung des Vaters an [85]), und nur in einer einzigen Geschichte macht der Mann die Hausarbeit, aber auch nur, weil die Mutter tot ist [86]).

In der Erzählung „Ein schlimmer Tausch" wechseln Mann und Frau für einen Tag die Arbeit: sie geht aufs Feld, er bleibt zu Hause, er soll kochen und das Vieh versorgen. Natürlich geht alles schief. Am Ende steckt des Mannes Kopf im Reistopf, und die Kuh stürzt sich beinahe zu Tode. Die Frau kommt nach Hause, und der Mann meint: „Künftig bleibst du wieder zu Hause, und ich gehe aufs Feld und ackere" [87]).

Die Frau als Ehefrau

Als Ehefrau kommt die Frau in den Lesebüchern selten vor. Wird sie einmal als Ehefrau erwähnt, ist sie ängstlich und schickt den Mann vor [88]), bei Problemen ist sie immer eins mit dem Mann, und „der eine tut, was dem anderen lieb ist" [89]). In anderen Geschichten wird die pure Unterdrückung wie selbstverständlich beschrieben.

In einer Erzählung geht es um den Bruch einer Brücke. Der Mann rennt in die Schlafstube und sagt: „‚Weck schnell den Wilhelm!' — ‚Den Wilhelm auch? Er ist ja noch ein Kind', erwidert die Frau. ‚Keine Widerrede', sagte der Mann, ‚den Wilhelm brauche ich!' Da tat die Frau, wie ihr befohlen war . . ." [90]).

Alle Eltern leben in Harmonie

Nur in *einer* Geschichte haben sich die Eltern gestritten, und das darunter leidende Kind schleicht allein im Haus herum [91]). Warum die Eltern sich gestritten haben, welche Ursachen zu Ehestreitigkeiten führen können, bleibt offen; mit einer eindeutigen Schilderung würde man kein Kind im 4. Schuljahr überfordern, da viele Kinder oft täglich Streit zwischen den Eltern erleben. Erst wenn diese konkreten Erfahrungen der Kinder aufgegriffen würden, ließen sich Lernprozesse im Sinne bewußter Gegen-Sozialisation einleiten.

Die Frau im Beruf

Wie sieht es aus, wenn die Frauen nicht nur zu Hause die liebevolle Mutter sind, sondern wenn sie einen Beruf haben, wenn sie Geld verdienen gehen?

Sieht man davon ab, daß die meisten Frauen nur arbeiten gehen, weil die Män-

81) Ebenda, S. 58.
82) Schauen und Schaffen, Teil I, S. 97.
83) Die Silberfracht, Bd. 2, S. 11 f.
84) Texte für den Deutschunterricht, 2. Schuljahr, S. 23.
85) Wunder der Welt, 3., S. 79.
86) Wunder der Welt, 2., S. 7.
87) Die Silberfracht, Bd. 4, S. 65.
88) Türmerschau, S. 43.
89) Heimatklang, S. 70.
90) Schauen und Schaffen, Teil II, S. 42.
91) Wunder der Welt, 4., S. 89.

ner tot oder „weg" sind und sie die Kinder ernähren müssen (in diesen Fällen sind sie Putzfrau oder arbeiten bei „fremden Leuten" [92])), so findet man genau unseren gegenwärtigen Gesellschaftszustand bestätigt, in dem 91 % aller Mädchen im Jahr 1968 Anlernlinge waren und nur 35 % Lehrlinge [93]). Denn Frauen sind in den Lesebüchern von Beruf: Näherin, Waschfrau, Dienstmädchen, Köchin, Kinderfrau, Amme, Wärterin, Haushälterin, Stallmagd, Backfrau, Tagelöhnerin, Spinnereiarbeiterin, Fischerfrau, Arbeiterin, Textilarbeiterin, Schaffnerin, Krankenschwester, Verkäuferin, Beerenfrau, Kellnerin, Landstreicherin, Stadtstreicherin, Bürofräulein, Telefonfräulein und Zeitungsfrau [94]). Diese Berufe erfordern niedrigere Qualifikationen innerhalb unterschiedlicher Phasen der Entwicklung der Produktivkräfte: agrarischer, feudaler, frühkapitalistischer und spätkapitalistischer Phasen. Nur einmal erscheint eine Ärztin [95]), zweimal eine Lehrerin [96]), einmal eine Stewardess [97]).

Mit je einer besonderen Geschichte ehren sich Elsa Brandström und Hanna Reitsch. Elsa Brandström beschreibt ihre Arbeit, die ganz in das Klischee der sozialen Funktion der Frauenarbeit fällt [98]). Hanna Reitsch beschreibt ihre ersten Segelflugversuche und berichtet forsch und sportlich streng, wie sie sich gegen die Vorurteile der Männer durch vermehrte Kraftanstrengungen zur Wehr setzen mußte [99]). Über ihre Flugdienste für das Dritte Reich wird nicht berichtet.

Auch von der Berliner Bürgermeisterin Louise Schröder gibt es Lobendes zu erzählen. Sie verkehrt robust und herzlich mit sowjetischen Soldaten, die, ungehobelt wie die Sowjets nun einmal sind, nicht glauben wollen, daß die „bescheidene Frau in den unscheinbaren Kleidern" die Oberbürgermeisterin von Berlin ist. Den Abgeordneten in Bonn fällt das leicht, denn Louise Schröder war die „Verkörperung des guten preußischen Wahlspruchs ‚Mehr sein als scheinen'" [100]).

Eine Bresche in die Berufswelt der Männer schlägt auch „Fernfahrerin Anna". Sie ist eine der realistischeren Frauengestalten. Auch sie muß sich gegen die Vorurteile der Männer wehren, aber nur durch massive Anstrengung, durch ein Übermaß an Ausdauer und Tüchtigkeit schafft sie es und wird schließlich von den Herren der Schöpfung anerkannt [101]).

Ebenso wie bei der Schilderung anderen Rollenverhaltens ist es bei der Schilderung der Berufssituationen erschreckend, wie kritiklos die Situation der Frau hingenommen, ja sogar als „natürlicher Zustand" beschrieben wird. Wenn Frauen gegen „Vorurteile" der Männer anzukämpfen haben, so scheint das richtig zu sein: Frauen müssen eben kämpfen, wenn sie in die Männerwelt eindringen wollen. Letzten Endes haben sie in der Arbeitswelt nichts zu suchen, sie gehören den drei großen K zu: Küche, Kirche, Kinder. (Von Kosmetik ist in Lesebüchern noch keine Rede.)

Auf eines der Grundprobleme des heutigen weiblichen Daseins, auf die Überbeanspruchung der Frau durch zwei Tätigkeitsbereiche: Familie und Beruf, wird überhaupt nicht eingegangen, bzw. es wird in keiner Erzählung beschrieben, welchen Schwierigkeiten, welchen Konflikten sich die Frau heute ausgesetzt sieht.

92) U. a. Wir von der Spree, Bd. V, S. 18. — Die Silberfracht, Bd. 2, S. 17.
93) „Süddeutsche Zeitung", 4. 5. 1971.
94) Alle Lesebücher.
95) Türmerschau, S. 163.
96) Wir von der Spree, Bd. I, S. 22. — Schauen und Schaffen, Teil I, S. 108.
97) Wir von der Spree, Bd. III, S. 71.
98) Türmerschau, S. 204.
99) Ebenda, S. 213.
100) Wir von der Spree, Bd. V, S. 25 f.
101) Weggeläute, S. 97.

Der Charakter der Frau

Ab und an fällt, ganz nebenbei, in den Erzählungen und Gedichten eine weibliche Charakterisierung mit ab, die ebenso einseitig ist wie alle anderen Beschreibungen.

Weint ein Mann, so flennt er wie ein altes Weib [102]), die Mutter darf weinen, der Vater weint heimlich [103]). Gilt es zu kämpfen, dann müssen Männer für zwei kämpfen, denn Frauen zählen nicht [104]); sind Frauen einer Gefahr ausgesetzt, dann stehen die armen „Beerenfrauen" ratlos, schreien und wissen sich nicht zu helfen. Erst der herbeieilende Förster bringt mannhaft Ordnung in das entstandene Chaos [105]).

Sind Mann und Kinder tot, dann wartet auch die Frau auf den Tod, denn ihre Lebensaufgabe ist ihr genommen [106]). Von der „alten Waschfrau" sagt Chamisso: „Sie hat in ihren jungen Tagen/ geliebt, gehofft und sich vermählt;/ sie hat des Weibes Los getragen,/ die Sorgen haben nicht gefehlt . . ." [107]).

Ihrem „unbändigen Trieb nach Freiheit und Bewegung" kann die Mutter nicht nachgeben, denn sie ist zum Geduldigsein und zur Fügsamkeit auf der Welt [108]). Wenn die Frau weint, weiß sich der Mann keinen Rat, er weiß nur: „Wenn erst die Kinder kommen, dann gibt sich das von selbst" [109]).

Mütter regen „sich immer leicht auf" [110]), die Haushälterin keift und ist geizig [111]), alte Frauen sind vergeßlich [112]), unsicher, trottelig, hilflos [113]). Junge Verkäuferinnen „kichern immer", während Männer, die zur Arbeit gehen, ernsthafte Gespräche „über alle Dinge der Zeit führen" [114]).

Mystifizierung

Die andere Seite dieser stumpfen Medaille ist die Mystifizierung des weiblichen Charakters.

Hermann Löns vergleicht die Frau mit der herbstlichen Heide: „Das Lerchenliederlachen ihrer Mädchenjahre hat sie verlernt, die Blaufalterseligkeit ihrer jungen Frauenzeit liegt weit von ihr" [115]). Der sinnigen Naturbetrachtung folgt gleich Goethes „Sah' ein Knab' ein Röslein stehn". Das Röslein Frau wird vom Knaben gebrochen, da hilft auch kein Stechen [116]). Auch die „Loreley", die unheilvoll Schöne, erscheint in mehreren Lesebüchern.

Den Unterdrückungsmechanismus rationalisierend, wird das Frauenbild mit einem mystischen Schleier verhängt, hinter dem sich der Zauber von Hexen und Feen — als geheimnisvolle Herrschaft über die harte Realität — manifestiert. Diese Mystifizierung wird auch durch die vielen Märchen in den Lesebüchern suggeriert, deren Resultat ein Einverständnis mit der weiblichen Rolle produziert. Welche Frau läßt sich nicht gern Komplimente wie „zauberhaft", „göttlich" u. ä. machen.

102) Ebenda, S. 158.
103) Heimatklang, S. 165.
104) Türmerschau, S. 85.
105) Wir von der Spree, Bd. IV, S. 37 f.
106) Türmerschau, S. 163.
107) Der Strom, Bd. 1, S. 119.
108) Ebenda, S. 7 f.
109) Schauen und Schaffen, Teil I, S. 110.
110) Wunder der Welt, 4., S. 148.
111) Ebenda, S. 61.
112) Texte für den Deutschunterricht, 3. Schuljahr, S. 79.
113) Wir von der Spree, Bd. III, S. 26.
114) Wir von der Spree, Bd. II, S. 22.
115) Schauen und Schaffen, Teil I, S. 85.
116) Ebenda, S. 87.

III. Schluß

Theodor W. Adorno schreibt in seiner „Minima Moralia", den „Reflexionen aus dem beschädigten Leben":

„Der weibliche Charakter und das Ideal der Weiblichkeit, nach dem er modelliert ist, sind Produkte der männlichen Gesellschaft. Das Bild der unentstellten Natur entspringt erst in der Entstellung als ihr Gegensatz. Dort, wo sie human zu sein vorgibt, züchtet die männliche Gesellschaft in den Frauen souverän ihr eigenes Korrektiv und zeigt sich durch die Beschränkung als unerbittlicher Meister. Der weibliche Charakter ist ein Abdruck des Positivs der Herrschaft. Damit aber so schlecht wie diese. Was überhaupt im bürgerlichen Verblendungszusammenhang Natur heißt, ist bloß das Wundmal gesellschaftlicher Verstümmelung. Wenn das psychoanalytische Theorem zutrifft, daß die Frauen ihre physische Beschaffenheit als Folge von Kastration empfinden, so ahnen sie in ihrer Neurose die Wahrheit. Die sich als Wunde fühlt, wenn sie blutet, weiß mehr von sich als die, welche sich als Blume vorkommt, weil das ihrem Mann in den Kram paßt. Nicht darin erst steckt die Lüge, daß Natur dort behauptet wird, wo sie geduldet und eingebaut ist, sondern was in der Zivilisation für Natur einsteht, ist seiner Substanz nach aller Natur am fernsten ... Jene Art Weiblichkeit, die auf den Instinkt sich beruft, ist stets genau das, wozu eine jegliche Frau mit aller Gewalt — mit männlicher Gewalt — sich zwingen muß: die Weibchen sind die Männchen. Man muß nur einmal als Eifersüchtiger wahrgenommen haben, wie solche weiblichen Frauen über ihre Weiblichkeit verfügen, sie nach Bedarf einsetzen, ihre Augen blitzen machen, ihr Temperament bedienen, um zu wissen, was es mit dem gehüteten, vom Intellekt unversehrten Unbewußten auf sich hat. Seine Unversehrtheit und Reinheit gerade ist die Leistung des Ichs, der Zensur, des Intellekts, und eben darum schickt sie sich so konfliktlos ins Realitätsprinzip der rationalen Ordnung. Ohne alle Ausnahme konformieren die weiblichen Naturen. Daß Nietzsches Insistenz davor Halt machte und das Bild weiblicher Natur ungeprüft und unerfahren von der christlichen Zivilisation übernahm, der er sonst so gründlich mißtraute, hat die Anstrengung seines Gedankens schließlich doch der bürgerlichen Gesellschaft unterworfen. Er verfiel dem Schwindel, ‚das Weib' zu sagen, wenn er von Frauen spricht. Daher allein der perfide Rat, die Peitsche nicht zu vergessen: das Weib selber ist bereits der Effekt der Peitsche. Befreiung der Natur wäre es, ihre Selbstsetzung abzuschaffen. Die Glorifizierung des weiblichen Charakters schließt die Demütigung aller ein, die ihn tragen" [117]).

Es läßt sich historisch ablesen, daß, je mehr die Frauen unterdrückt wurden, sie um so stärker glorifiziert wurden. So verstanden, stellen die Lesebücher ein Spiegelbild der Demütigung dar, das Aufschluß über die gesellschaftliche Situation von Frauen und Männern gibt.

Die Frauen in unserer Gesellschaft werden — das hat die Analyse der Lesebücher einmal mehr deutlich gemacht — einseitig erzogen, unmündig und bewußtlos gehalten, unmündiger und bewußtloser als die Männer in derselben Gesellschaft. Darum geht es bei der Lesebuchkritik auch nicht nur darum, einen „Modernitätsrückstand" zu bekritteln, der das Versäumnis aufzeigt, daß auf die neue Anpassung der Frau an Familie und Beruf nicht hingewiesen wird, sondern es geht um das Aufzeigen der fehlenden Orientierung an einem emanzipatorischen Geschlechtsrollenverständnis.

---

117) Adorno, Minima Moralia, S. 119 f.

Die Unterdrückung der Frauen läßt sich nicht bekämpfen, indem man Männer generell bekämpft und von einem Amazonenstaat träumt (das behaupten die Männer, die in den Emanzipationsansprüchen der Frauen keine ernstzunehmenden Ansprüche sehen, geschweige denn sie berechtigt finden), sondern der erste Schritt muß in einer kompensatorischen Sozialisation liegen. Diese aber ist nur möglich, wenn die gesellschaftlich-ökonomische Klassenstruktur unserer Gesellschaft verändert wird, denn durch sie werden alle unterdrückt — Frauen *und* Männer. Der nötige Kampf muß gemeinsam begonnen werden, Frauen können dabei helfen, indem sie versuchen, selbstbewußt zu werden, indem sie nicht länger mithelfen, ein verzeichnetes Bild ihrer eigenen Wirklichkeit mit zu produzieren (ein Drittel der Lesebuchbeiträge wurde von Frauen geschrieben), indem sie versuchen, die ökonomisch und ideologisch bedingte Konkurrenzhaltung der Frauen untereinander abzubauen, indem sie gemeinsam mit den politisch bewußten Männern für die Verwirklichung einer Gesellschaft kämpfen, in der Veränderungen im Überbau der Rollen wie innerhalb der ökonomischen Basis die Emanzipation aller, Frauen wie Männer, ermöglichen.

Bücher

Ökonomie des Todes

Richard J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes. Rowohlt Verlag (rororo aktuell 1450/1451), Reinbek bei Hamburg 1971, 149 S., 3,80 DM.

Just als Richard M. Nixon im März dieses Jahres den Lesern der „New York Times" anvertraute, daß er sich für „einen überzeugten Pazifisten" halte, erschien eine der wichtigsten Untersuchungen des amerikanischen Militär-Industrie-Komplexes auf dem deutschen Buchmarkt: Richard J. Barnets „The Economy of Death", zu deutsch: Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes, mit einem Beitrag von C. Grossner „Ein militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik?" Barnet war unter Kennedy im US-Außenministerium und in der Abrüstungsbehörde beschäftigt; seit 1963 leitet er das von ihm gegründete „Institute for Policy" in Washington.

Barnets Band, der in kurzer Zeit in den USA die 5. Auflage erreichte, stellt zweifellos eine der materialreichsten Studien über die „Ökonomie des Todes" dar, die bislang in den USA bzw. in der BRD publiziert wurde. Das Verdienst des Bandes ist, daß er recht systematisch eine Verschleierungsideologie der Militärs, Rüstungsindustriellen und Politiker nach der anderen bloßlegt und einige wichtige Ursachen und Triebkräfte des Militär-Industrie-Komplexes aufdeckt und benennt. Im ersten Kapitel arbeitet er die drei Prämissen des Mechanismus heraus, der dazu geführt hat, daß die US-Regierung „mehr als 70 Cent von jedem Etatdollar für vergangene, gegenwärtige und künftige Kriege" (9) verbraucht: 1) der Glaube, daß die USA ihre Sicherheit durch das Horten weiterer Kernwaffen erhöhen könnten und daher in paranoischer Manier wie „Detroits idealer Autokäufer" (17) neue Nuklearwaffen und -träger produzieren, obwohl das US-Militär schon seit Jahren nicht mehr imstande ist, die USA gegen einen Angriff zu verteidigen. Schon die Grundannahme — der berühmte Fall Rot — wird von Barnet kritisiert: „Im Gegensatz zu einem ehemaligen Staatssekretär für Angelegenheiten der Seestreitkräfte...

und einem Dutzend oder mehr Generalen der US-Luftwaffe haben die Sowjets niemals öffentlich mit einem Präventivkrieg gedroht" (21) oder wie der jetzige Verteidigungsminister Laird einen atomaren Angriff auf die UdSSR empfohlen, falls die UdSSR weiterhin den „Frieden bedrohe" (69). Und im Gegensatz zu den USA haben die UdSSR und die mit ihr verbündeten Staaten ihre Streitkräfte mit vorwiegend defensiven und nicht offensiven Waffen ausgestattet, wie sogar Nixon in einer Fernsehkonferenz zugeben mußte (21). Die Annahme eines Falles Rot habe im Gegenteil bewirkt (so Barnet), „daß die USA die Sowjetunion das meiste von dem gelehrt haben, was man mit Kernwaffen anfängt" (27). „Es ist eine Tatsache, daß die Aufrüstung der USA die Sowjets dazu veranlaßt hat, mehr Raketen gegen die USA in Stellung zu bringen, als es ihre Absicht gewesen war"(28). Der Mechanismus der Abschreckung als „Nothelfer" einer Politik, die sich mit der Existenz von Nuklearwaffen plötzlich der Möglichkeit der Instrumentalisierung von Gewalt beraubt sah und daher das System der Abschreckung entwickelte, hat somit weniger statt mehr Sicherheit zum Ergebnis.

2) Als zweites Motiv für die Milliardenaufwendungen nennt Barnet „das Versprechen der USA, 42 Länder gegen Angriffe von außen zu verteidigen, auch wenn das bedeutet, daß sie drei Kriege gleichzeitig führen müssen; und

3) die weltweite Verpflichtung der USA, Revolutions- und Guerillabewegungen zu bekämpfen" (37/8). Das führte zum Aufbau eines einmaligen Militärapparats: 429 US-Militärbasen und 2 972 Einrichtungen geringeren Ausmaßes in 30 Ländern mit einer Million Soldaten (ohne Vietnam), Militärhilfe an 43 Länder in Höhe von 2,35 Mrd. Dollar im Jahr 1971 — all das verschafft den USA, wie das ‚Handelsblatt' vom 29. 10. 1970 feststellte, „bessere Möglichkeiten gezielter Attacken auf das Gebiet der Sowjetunion". Barnet schließt realistisch: „Solange eine militärische Präsenz in Asien, ein Ring von Militärbasen rund um die Sowjetunion, eine Seestreitmacht auf allen fünf Weltmeeren und ein weltweites Programm zur Unterdrückung von Aufständen im vitalen Interesse für die Sicherheit der Vereinigten Staaten liegen, können in der Tat kaum Einsparungen gemacht werden"(34).

4) Als viertes Motiv der USA für ihre Hochrüstung nennt Barnet die Hoffnung, zu einem „technologischen Druchbruch" zu kommen und dadurch einen militärischen Vorteil gegenüber dem Kontrahenten zu bekommen — ein Bestreben, das in der Kriegsgeschichte bisher noch niemals wirklich entscheidend realisiert wurde.

Im zweiten Kapitel untersucht Barnet die Struktur und Funktionsweise des Militär-Industrie-Komplexes, den er als eigentliche Basis des amerikanischen Militarismus begreift. Sehr aufschlußreich sind vor allem die Angaben zur sozialen Zusammensetzung der Entscheidungsträger der Sicherheitspolitik, die Untersuchung der Rolle der Militärs und der Bedeutung der Rüstungsindustrie. Er beginnt mit der Untersuchung des Militärs, das in seiner antikommunistischen Grundeinstellung und in seiner Einschätzung des Krieges als einer ewigen Naturnotwendigkeit immer noch nicht über die entsprechenden Feststellungen des faschistischen Oberkommandos der Wehrmacht hinausgekommen sei. Die Stellung der Militärs gegenüber den „Zivilisten", die sie kontrollieren sollten, hat sich in den vergangenen 25 Jahren beständig verbessert. Bereits unter Eisenhower lehnte das Verteidigungsministerium nur 4 von 2 954 Empfehlungen der „Vereinigten Stabschefs" ab, und auch unter Kennedy wurde deren Einfluß ständig größer. Barnet: „Die Joint Chiefs of Staff sind heute so mächtig, daß der Präsident der USA ihnen nicht mehr einfach befehlen könnte. Er muß mit ihnen verhandeln"(59). Die neueste Entwicklung hat diese Feststellung bestätigt. Nach dem Bericht eines Ausschusses für Verteidigungsfragen, der am 1. 7. 1970 veröffentlicht wurde, ist auch in den letzten Jahren die zivile Kontrolle zurückgegangen, und in einem Resümee zur Stellung der Militärs unter Nixons Verteidigungsminister Laird stellt „Wehr und Wirtschaft" 10/1970 S. 537 fest: „Jedenfalls ist eine Reduzierung des Einflusses ziviler Ämter im Pentagon unverkennbar. Es wurde durch Melvin R. Laird eine gewisse Dezentralisierung im zivilen Sektor eingeleitet; zugleich erfolgte eine Verstärkung der Rolle der Militärs." Der Preis für das Weiterbestehen einer — wenn auch dünnen — zivilen Kontrolle des Militärs ist die „Militarisierung der zivilen Führungsschicht". Die zivile Führungsschicht aber ist noch enger mit dem Rüstungskapital liiert als die Militärs: „Sieht man sich

die Männer an, die in den Jahren von 1940 bis 1967 die höchsten Ämter im Staat innehatten — die Außen- und Verteidigungsminister sowie die Staatssekretäre in beiden Ministerien, die Staatssekretäre für die drei Waffengattungen, den Vorsitzenden der Atomenergiebehörde und den Direktor der CIA —, so stellt man fest, daß siebzig von einundneunzig Männern aus der Großindustrie oder der Hochfinanz kamen"(63). Unter 234 außenpolitischen Entscheidungsträgern kamen knapp 60 % aus Großindustrie, Finanzkapital und Justiz (63). Darin kommt der Grad der Verschmelzung der drei Hauptpfeiler des Militär-Industrie-Komplexes zum Ausdruck, der den Rüstungsmonopolen Extraprofite, dem Pentagon die zentrale Position im staatlichen Herrschaftsapparat und den Militärs eine qualitativ neue Machtstellung zuordnet.

Barnets Stärke liegt in der Aufbereitung und Darstellung des vorliegenden Materials. Von den großen Mengen der aufgeführten Daten und Informationen konnten hier nur ganz wenige wiedergegeben werden. Barnets Schwäche liegt in der theoretischen Verarbeitung und in seinen idealistischen Lösungsvorschlägen; da jedoch keine deutschsprachige — in der BRD erschienene — Untersuchung dieser Art existiert, ist Barnets Studie unentbehrlich. Gerade deswegen aber sollen einige Kritikpunkte noch kurz angedeutet werden:

a) Man vermißt eine gründliche Darstellung der Rolle der Militärforschung als eigenständiger Kraft bei der Herausbildung und Entfaltung des Militär-Industrie-Komplexes;

b) ebenso wird der Prozeß der Strategiebildung, die Rolle der jeweiligen Strategien überhaupt nur recht unvollkommen analysiert, wobei Barnet zugute gehalten werden kann, daß in den USA wohl bislang keine Fundamentalkritik der Militärstrategie und ihrer Prämissen existiert, die größeren politischen Einfluß gewonnen hätte. c) Wesentlich wichtiger jedoch ist, daß Barnet keine theoretische Konzeption hat, mit deren Hilfe er den „Militär-Industrie-Komplex" in die Erscheinung des Militarismus insgesamt einordnen könnte. Dies kommt besonders in seinen widersprüchlichen Äußerungen zur Rolle der Rüstungsindustrie zum Ausdruck. Er spricht einerseits von der „symbioseähnlichen Partnerschaft" (80) zwischen Rüstungsindustrie und Regierung, dann von der „Abhängigkeit der Rüstungsindustrie vom Pentagon", die „den Militärs eine ungeheure zusätzliche Macht" (103) verleihe, und schließlich konstatiert er: „Die Geschäftswelt definiert also, was nationales Interesse ist und was zur Verteidigung der nationalen Sicherheit erforderlich ist"(64).

Das Verhältnis zwischen Staat und (Rüstungs-)Kapital bleibt also unbestimmt. Daß Barnet das Verhältnis von Ökonomie und Politik, die entscheidende Frage für die Beurteilung des Militarismus (und den Kampf dagegen!), nicht in den Griff bekommt, hat im wesentlichen zwei Gründe: Trotz einiger Exkurse gibt Barnet keine historische Analyse, sondern eher einen blitzlichtartigen Abriß; zum anderen verkürzt er die zahlreichen Erscheinungsformen imperialistischer Aggressivität auf eine ihrer Erscheinungsformen, nämlich den Militarismus — mehr noch: die klassische Funktion des Militarismus als Instrument innerer Repression spielt für ihn keine oder höchstens eine zufällige Rolle. Vordergründig charakterisiert die inhaltlichen Grenzen der Barnetschen Kritik auch, daß er die Auswirkungen der Militarisierung auf den gesamten kapitalistischen Reproduktionsprozeß nicht untersucht.

Die Stoßrichtung seiner Kritik gilt also nicht dem Militarismus als einem Produkt der Klassengesellschaft auf einer bestimmten Entwicklungsstufe, sondern der Überdimensionierung, die den US-Militarismus auszeichnet. Sein Ziel ist, „das Pentagon auf einen überschaubaren Apparat zu reduzieren, damit es der aus Zivilisten bestehenden Regierung untergeordnet werden kann, sowie die institutionellen Verflechtungen zu ändern, die die Ökonomie des Todes fördern"(93). Dieser kurzgegriffenen und idealistischen Zielsetzung entspricht Barnets Einschätzung der politischen Gruppen, die eine solche Veränderung durchsetzen könnten. Den Kongreßabgeordneten und der wissenschaftlichen Intelligenz mißt er am meisten Bedeutung zu; da ihm der Zusammenhang zwischen innerer Repression und äußerer Aggression — eben die Klassenfunktion des Militarismus — nicht gegenwärtig ist, hat er die Arbeiter und ihre Organisationen ebenso wie die politischen Organisationen der unterdrückten und unterprivilegierten Minoritäten als potentielle oder aktuelle antimilitaristische Kraft abgeschrieben.

Einige dieser Kritikpunkte sind bereits in dem kenntnisreichen Aufsatz von C. Grossner über die Gefahr eines Militär-Industrie-Komplexes in der BRD, der im Anhang abgedruckt ist, entwickelt. Grossner qualifiziert daher Barnet nicht zu Unrecht als Idealisten. Doch angesichts der sich auch in der BRD rapide entwickelnden „Ökonomie des Todes" wären hierzulande solche „Idealisten" bitter nötig.

Rainer Rilling

Neue Lituratur zur Friedensforschung

SIPRI Yearbook of World Armaments and Disarmament 1969/70. Almqvist & Wiksell, Stockholm 1970, 540 S., 40,— schwed Kronen.

Dieter Senghaas (Hrsg.), Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Rombach Verlag, Freiburg i. Br. 1970, 396 S. 62,— DM.

Georg Picht / Wolfgang Huber, Was heißt Friedensforschung? Ernst Klett Verlag, Stuttgart / Kösel-Verlag, München 1971, 74 S., 4,80 DM.

Dieter Senghaas (Hrsg.), Kritische Friedensforschung. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1971, 424 S., 8,— DM (edition suhrkamp 478).

Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Band I/1971: Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1971, 313 S., 19,80 DM.

Gerta Scharffenorth / Wolfgang Huber (Hrsg.), Bibliographie zur Friedensforschung. Ernst Klett Verlag, Stuttgart/Kösel-Verlag, München 1970, 188 S., 15,— DM (Studien zur Friedensforschung 6).

Mit Feuereifer, wie man ihn unter Wissenschaftlern gleich welcher Herkunft nur selten antrifft, haben sich Forscher und Philosophen, Journalisten und Kulturkritiker einer Disziplin bemächtigt, die Moral und Politik, Geist und Macht, Wissenschaft und Humanität nachhaltig zusammenzubringen verspricht: Friedensforschung. Aber — bereits heute ist Friedensforschung ein Abfallhaufen von sentimentalem Scharfsinn in Detailfragen, von unpraktikablen Zukunftsmodellen, von verklebten Perspektiven. Friedensforscher unter sich: so muß es kurz vor dem Ende der Arbeit am Turm zu Babel zugegangen sein. Friedensforscher in der Öffentlichkeit: enttäuschte Hoffnungen, unerfüllte Erwartungen, das große Mißverständnis.

Woran liegt das? Wer dies beantworten will, wird zunächst um eine Analyse der politischen und sozialen Verhältnisse nicht herumkommen, die es gestatten, daß Friedensforschung zur Mode wurde, ehe sie auch nur ansatzweise ihr Selbstverständnis reflektieren konnte. Und in einem zweiten Schritt würde zu klären sein, wem die Ergebnisse der Friedensforschung zur Verfügung stehen, wer sie verwendet und wie er es tut. Der Verdacht liegt nahe, daß Friedensforschung, gleichviel ob mittel- oder langfristig konzipiert [1]), zu einer konservativen Kraft in der Politik wird (Galtung), zu einer Pazifierungsforschung, wie es ja die Forschung über Entwicklungsländer, besonders die in den USA, bereits geworden ist.

Mögliche Alternativen dazu gibt es allerdings. Wenn auch die von Gerta Scharffenorth und Wolfgang Huber im Auftrag der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg herausgegebene „Bibliographie zur Friedensforschung" mit ihren weit mehr als 2000 Titeln noch einmal unübersehbar deutlich macht, daß die wuchernde Menge der Publikationen zur Friedensforschung die Unterscheidung zwischen Wichtigem und Nebensächlichem sehr schwer macht. Bibliographien sind ein wichtiges Hilfsmittel für denjenigen, der die Schulen und Tendenzen einer Disziplin bereits einigermaßen kennt. Interessierte Laien werden nur noch mehr verwirrt. Nach der von Krippendorff [2]) und von Kaiser/Meyers [3]) liegt nun bereits die dritte in der BRD erarbeitete Bibliographie zur Friedensforschung vor. Man fragt sich, ob die Produktion solcher Publikationen noch in einem Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Öffentlichkeit steht oder ob nicht kaufmännische oder andere Gründe

1) Über die unterschiedlichen Konzeptionen in der Friedensforschung vgl. Wilfried v. Bredow, Von „realistischen" und „utopischen" Luftschlössern in der Friedensforschung. Ein Literaturbericht, in: „Blätter", 15. Jg. 1970, H. 11, S. 1172 ff.

2) E. Krippendorff (Hrsg.), Friedensforschung, Köln/Berlin 1968, S. 559—589 (Zusammenstellung: Eva Knobloch, Dieter Senghaas).

3) Karl Kaiser, Friedensforschung in der Bundesrepublik, Göttingen 1970, S. 186—241.

den Primat besitzen. So solide und übersichtlich diese Bibliographie auch geraten ist — es scheint so, als erfülle sie keinen Zweck.

Das kann man vom ersten bundesdeutschen Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung nun wahrlich nicht behaupten. Es erfüllt einen Zweck, nämlich den, eine große Friedensforschungs-Show zu dokumentieren, eine Tagung vom Mai 1970 in München, auf der (fast) alles, was in der BRD als Friedens- und Konfliktforschung sich zu etablieren begonnen hat, repräsentiert war und mit mündlichen oder schriftlichen Diskussionsbeiträgen zu Worte kommen konnte. „Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik" lautete das Tagungsthema, zu dem Referate von v. Weizsäcker, Karl W. Deutsch, Widbert Schnippenkötter, Dieter Senghaas, G. Wettig und eines Münchner Pädagogen-Kollektivs sowie ein längerer Diskussionsbeitrag von Josef Joffe abgedruckt sind. Die Qualität dieser Referate ist unterschiedlich, sie umfaßt ein wenig „anekdotische Verhaltensforschung" (Weizsäcker), Verteidigung der Haltung der Bundesregierung (Schnippenkötter) und eine Reihe ziemlich schwer verständlicher Vorüberlegungen zu einigen Aspekten der Theorie der internationalen Beziehungen. Die gegenseitige Verständigung auf dieser Tagung schrumpfte, weil sie kaum jemand für notwendig hielt, ebenfalls bald auf ein Minimum. Die Diskussion z. B. zwischen Senghaas und Joffe über die Abschreckung bewegt sich, vor allem wegen Joffes begrenzten Ansatzes, auf einem ziemlich niedrigen Niveau. Dieses Jahrbuch ist, zumal z. B. der Beitrag von Senghaas bereits anderwärtig gedruckt vorliegt, überflüssig, nicht einmal als Repräsentations- und Werbegabe der Institution Friedensforschung besonders geeignet. Wenn schon das erste Jahrbuch pure Selbstbespiegelung bleibt, was sollen dann die nächsten werden?

Daß ein Jahrbuch, wenn es nicht aus Eitelkeit und Prestigegründen und, was weiß ich, aus welchen unerheblichen Gründen sonst noch konzipiert wird, außerordentlich nützlich sein kann, das beweist zum zweiten Mal das Jahrbuch des Internationalen Friedensforschungsinstituts Stockholm. Es liefert mit äußerster Sorgfalt gesammelte Daten und Hintergrundmaterialien über den Waffenhandel in der Welt, über den Stand des Wettrüstens und die Versuche, es einzuschränken, über die Militarisierung der Ozeane, über die internationale Diskussion eines B- und C-Waffenverbots und über den Vertrag über eine kernwaffenfreie Zone in Lateinamerika. Verlage in der BRD konnten sich bislang zu einer deutschsprachigen Publikation dieses Jahrbuchs, das in Englisch vorliegt, nicht entschließen. Dabei gehören solche Informationen und ihre Verarbeitung in der Friedensforschung zu dem wichtigsten Desiderat in der Bundesrepublik.

Auch in dem von Dieter Senghaas herausgegebenen Sammelband „Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs" finden sich einige Artikel, die zu lesen wichtig ist. Alle Beiträge des Bandes stammen von Autoren aus den USA, die meisten wurden Mitte der sechziger Jahre geschrieben. Das schränkt zwar die aktuelle Bedeutung einer Reihe von Aufsätzen ein, zeigt jedoch auch, daß die Diskussion um den Zusammenhang zwischen Rüstung und kapitalistisch organisierter Wirtschaft einerseits und zwischen Wissenschaft und Militär andererseits hierzulande erst viel später begonnen hat — trotz der wichtigen Studie von Fritz Vilmar [4]). Der Preis des Bandes und seine thematische Zuspitzung lassen vermuten, daß auch er nur unter den Spezialisten sein Publikum finden wird, die ihn eigentlich gar nicht so sehr benötigen. Gerade so gut geschriebene und engagierte Beiträge wie der von Marc Pilisuk und Thomas Hayden über „Rüstungskomplex, gesellschaftlicher Pluralismus und Frieden" gehörten eigentlich in ein preiswertes Paperback.

Preiswert sind die beiden folgenden Bände, wenn auch von unterschiedlichem Wert. Georg Picht und Wolfgang Huber (und, in einem Vorwort, Heinz Eduard Tödt), umreißen knapp und verständlich noch einmal die Position der Evangelischen Studiengemeinschaft in der Diskussion um die Frage, was denn Friedensforschung nun eigentlich sei und leisten könne. Picht beantwortet diese Frage etwas wolkig-unverbindlich, sozusagen höflich nach allen Seiten. Huber kritisiert dann einige Vorstellungen von Friedensforschung, die allzu konservativ bleiben. Beide Beiträge wenden sich an den Nicht-Fachmann. Das ist begrüßenswert. Beide aber kommen über eine Zusammenfassung bereits bekannter Aspekte nicht hinaus, das ist zu bedauern.

4) Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt 1970. 5. Aufl.

Auch C. Pieter van Andels Bemerkungen über die Rolle der Kirche in einer internationalen Strategie des Friedens rechtfertigen nicht eigentlich diese Veröffentlichung in dieser Form.

Intensive Aufmerksamkeit verdient hingegen der von Dieter Senghaas zusammengestellte Band „Kritische Friedensforschung". Hier nämlich wird die eingangs voll Bitterkeit erwähnte Problematik der möglichen Fehlentwicklung der Friedensforschung in allem Ernst aufgenommen und hin- und hergewendet. Vor allem die Aufsätze von Herman Schmid über „Friedensforschung und Politik", von Johan Galtung über „Gewalt, Frieden und Friedensforschung" sollten die Grundlage einer auch in der Bundesrepublik einsetzenden Kritik und Selbstkritik der Friedens- und Konfliktforschung bilden. In der Tat nämlich blieb ein großer Teil der Friedensforscher, auch und gerade derjenigen, die sich progressiv dünken, bei ihren Forschungen einer bürgerlich-liberalen Wertperspektive verhaftet, die es nicht nur unmöglich macht, den Ost-West-Konflikt angemessen zu analysieren, sondern auch die Einbeziehung wichtiger anderer Probleme, wie das des Neokolonialismus, erschwert. Zwar wurde mit Galtungs Begriff der „strukturellen Gewalt" eine entscheidende neue Dimension der Friedensforschung gewonnen, denn von nun an konnte sich die Forschung von individual-psychologischen, biologischen und herrschaftsphilosophischen Erklärungsansätzen für Gewalt und Unfrieden endgültig lösen. Aber wie darüber hinaus z. B. zu kontrollieren und durchzusetzen ist, daß die Erkenntnisse der Friedensforscher im Sinne der Friedensforschung verwandt werden, wie die politische Praxis in die Aktivität der Friedensforscher einzubeziehen ist, diese Fragen sind weiterhin kontrovers. Die Antworten von Schmid und Dencik sind heilsame Provokationen, wenngleich sie nicht selten über das Ziel hinausschießen und beispielsweise in ihre Kritik an der „symmetrischen" Modell-Vorstellung von Konflikten eine irrationale Verurteilung der friedlichen Koexistenz miteinschließen (S. 251).

Der Sammelband „Kritische Friedensforschung" dokumentiert so die Unreife einer Disziplin, die heute mehr denn je im Spannungsfeld von Theorie und Praxis, von Emanzipation und Anpassung steht. Deshalb ist es eine ehrliche Dokumentation, eine, die weiterhilft. Darüber nämlich sollte man sich klar sein: Der Friedensforschung muß weitergeholfen werden, sonst degeneriert sie zu einem Instrument derer, die Frieden mit Ruhe und Ordnung gleichsetzen.

Wilfried v. Bredow

Erinnerungen eines preußischen Linkskonservativen

Günther Gereke, Ich war königlich-preußischer Landrat. Union Verlag Brelin o. J. (1971), 469 S., 12,80 DM.

Fünf Tage nach dem Tode Gerekes, am 6. Mai 1970, veröffentlichte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" einen sachlich gehaltenen Bericht über den Verstorbenen, der in der Endphase der Weimarer Republik zu Deutschlands führenden Politikern gehörte, sich sodann am Widerstand gegen Hitler beteiligt hatte, nach 1945 innerhalb der CDU Adenauer entgegengetreten und im Sommer 1952 in die DDR übergewechselt war. Mit Datum vom 10. Juni 1970 qualifizierte hierauf Prof. Friedrich Heim, vormals Amtsgerichtspräsident in Hannover, Gereke als „einen der zwielichtigsten Politiker aus der Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg". Den Unwahrheiten, mit denen sein Brief gespickt war, trat in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 10. Juli 1970 Kristian Hummel-Groß-Carzenburg entgegen. Er gab zugleich zu verstehen, daß er Gerekes Gespräche mit Semjonow und Ulbricht 1949/50 in Berlin allerdings für töricht hielt.

Keiner der Streitenden verstand Günther Gerekes Grundhaltung, die den von ihm gesteuerten Kurs bestimmt hat. Mit dem Autor selbst läßt sich diese Haltung so charakterisieren, daß er während seines ganzen politischen Lebens Idealen des Preußentums anhing, die prinzipiell und in einen progressiven gesellschaftspolitischen Rahmen gestellt auch heute noch als positiv gewertet werden können. „Preußen", heißt es z. B. auf S. 10/11 der Memoiren, „war für mich Friedrich der Große, der auf-

geklärteste Monarch seines Jahrhunderts und Freund Voltaires, eines der geistigen Väter der Französischen Revolution. Preußen hieß für mich die mutige Konvention eines Yorck in Tauroggen, die Tradition Bismarcks, dessen kluge Freundschaftspolitik mit Rußland uns wahrscheinlich vor diesem furchtbaren Krieg (dem Ersten Weltkrieg; F. W.) bewahrt hätte. Als preußisch galten mir Zucht, Demut und zugleich Klugheit, Abhärtung und Ehrlichkeit, Enthusiasmus und Fleiß, Ausdauer und Sparsamkeit ... Später erst habe ich schmerzlich erkannt, daß von diesem Preußenideal die wirklich herrschenden Kreise in Preußen, insbesondere in der Wilhelminischen Zeit, sich immer mehr entfernt hatten." Auf S. 41 grenzt Gereke sein Preußentum von kleinbürgerlicher Untertanengesinnung und herrischem Bürokratismus gleichermaßen ab. Er schreibt über die Staatsdiener seiner Art von 1918, sie wären Gegner jedes Umsturzes gewesen, hätten aber zugleich auch vorwärts — d. h. auf Modernisierung des Staates — gedrängt. Auf S. 391/92 bekennt der Verfasser schließlich, daß er nach wie vor den Begriff konservativ „nicht völlig abwertend betrachte und gebrauche ... Für uns ... war konservativ immer gleichbedeutend mit dem, was der alte Fontane darunter verstand, jener ausgeprägt konservative Schriftsteller, der indes in seinem Werk und in seinem Denken immer dem Neuen geöffnet blieb, der daher gerade auch in der Deutschen Demokratischen Republik ein geschätzter Schriftsteller ist." Die Autobiographie erweist, daß Gereke seinem Preußenideal ernstlich nachgelebt hat. Er war zugleich ein sehr gewandter Politiker, der — wie im ersten Kapitel ausgeführt — schon als Landrat zu Beginn der Weimarer Republik auf Kontakt zu allen Bevölkerungskreisen bedacht und darum außer bei den Liberalen auch allgemein beliebt war. 1921 half er die Ruhe im Kreise Torgau mit dadurch aufrechterhalten, daß er eine provokatorische Anordnung des sozialdemokratischen Oberpräsidenten in Sachsen-Anhalt, Hörsing, die sich gegen kommunistische Arbeiter richtete, nicht befolgte.

Im zweiten Kapitel berichtet der Verfasser über seine Erlebnisse als Reichstagsabgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei (Landbund-Flügel) und später der Landvolkpartei. Vor allem beschreibt er jedoch den Weg zum Zusammenschluß der Landgemeinden in einem ähnlich starken Interessenverband, wie es der Deutsche Städtetag war. Gereke wurde Präsident zunächst des preußischen Landgemeindeverbands, danach des Deutschen Landgemeindetages. Es gab schon damals Reibereien zwischen ihm und Konrad Adenauer, einem der Städtetags-Präsidenten. In dem Memoirenwerk fehlen aber die zur Beurteilung nötigen Einzelheiten.

Das gewichtigste Kapitel ist „Im Schatten Schleichers" überschrieben. Gereke geht hier auf den Versuch einer durch Kurt v. Schleicher, Johannes Popitz und ihn selbst repräsentierten Gruppe von Politikern und Militärs am Ende der Weimarer Republik ein, mit einem Programm ökonomisch sinnvoller Arbeitsbeschaffung der Massenerwerbslosigkeit zu steuern und gleichzeitig durch eine „Querfront" von Hindenburg-Anhängern über den Strasser-Flügel der NSDAP bis hin zu den Sozialdemokraten Hitlers Machtantritt zu verhindern. Derart sollten die dem Monopolkapital drohenden Gefahren unter Vermeidung reaktionärer innen- und außenpolitischer Abenteuer abgewendet werden. Zunächst unterstützten auch Konzernherren dies Konzept, so Krupp, Flick, Otto Wolff und die Giganten der Chemie-Elektro-Industrie. Als sich aber die Lage weiter zuspitzte, sprangen sie sukzessive ab; zugleich zerbröckelte die heterogen zusammengesetzte politische Querfront. So illusionär aber der Plan auch war, mit Hindenburg als Gallionsfigur den braunen Horden zu wehren — es ist nicht nur aus Gründen der Geschichtsschreibung verdienstlich, ihn erstmals so kenntnisreich dargelegt zu haben.

1932 organisierte Gereke als „Präsident der vereinigten Hindenburg-Ausschüsse" die Wiederwahl des Generalfeldmarschalls zum Staatsoberhaupt. Wie er mitteilt, steuerte die Reichswehr aus ihrem Geheimfonds hierfür eine Million Reichsmark bei. Um die Jahreswende 1932/33 war der Autor Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und Kabinettsmitglied, zunächst unter Schleicher. Als Hindenburgs Vertrauensmann behielt er diese Ämter auch in der ersten Hitler-Regierung bei. Die Naziführer versuchten, ihn auf ihre Seite zu ziehen. Aber schon bald wurde er verhaftet und gleich anderen Politikern der „Systemzeit" wegen angeblicher finanzieller Untreue angeklagt. Die damaligen Vorwürfe, 1970 durch Prof. Heim als erwiesene Tatsachen hingestellt,

sind öffentlich schon 1933 in einigen noch nicht gleichgeschalteten Berliner Tageszeitungen ad absurdum geführt worden.

Im vierten Kapitel schildert der Autor insbesondere seine Beziehungen zu großbürgerlichen Hitlergegnern, die ihn als künftigen Innenminister in Aussicht nahmen. Gereke hatte nach dem 30. Juli 1944 Glück und vermochte Freislers „Volksgerichtshof" zu entgehen. 1945/46 war er zeitweise in der Verwaltung Sachsen-Anhalts tätig, folgte dann aber einem Ruf in die britische Zone.

Das fünfte Kapitel ist Gerekes Wirken als CDU-Vorsitzender Niedersachsens, als Innenminister sowie später Landwirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident der dortigen Landesregierung gewidmet. Wie seinerzeit in der DNVP, stand er nun innerhalb der CDU auf dem linken Flügel. Das hieraus und aus seinem Kurs gegen die deutsche Spaltung resultierende Spannungsverhältnis zu den Kreisen um Adenauer ist ausführlich dargestellt. Konrad Adenauer nutzte später die Verhandlungen des Autors in Berlin dazu, durch ein Parteigericht Gerekes Ausschluß aus der CDU zu bewirken. Schon in der Einleitung hat der Verfasser mit Recht auf die Aktualität seiner Anfang der fünfziger Jahre manchem bundesdeutschem Politiker gegenüber getroffenen Feststellung verwiesen, sie würden Gespräche mit der DDR, wie er sie geführt, noch einmal herbeisehnen.

Im sechsten Kapitel geht Gereke auf seine Tätigkeit nach dem Übertritt in die DDR ein, wo er bis zu seinem Tode dem Präsidium des Nationalrats der Nationen Front angehört hat.

Günther Gerekes Memoiren, die unter der wissenschaftlichen Beratung von Eberhard Czichon entstanden und deren erste Auflage bereits vergriffen ist, sind nicht allein ihrer historischen und aktuell-historischen Bezüge wegen aufschlußreich. Es verdient speziell auch der politische Lebensweg unser Interesse, den dieser preußische Linkskonservative nahm.

Fred Wilm

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Wort und Wirklichkeit. Beiträge zur allgemeinen Semantik. Aus dem Amerikanischen ausgewählt, übersetzt und herausgegeben von Günther Schwarz. Verlag Darmstädter Blätter, Darmstadt, VI, 344 S., Ln. 28,50 DM.

Günther Schiwy, Neue Aspekte des Strukturalismus. Kösel-Verlag, München, 192 S., Paperback 16,80 DM.

Alois Troller, Die Begegnung von Philosophie, Rechtsphilosophie und Rechtswissenschaft. Schwabe Verlag, Basel/Stuttgart, 238 S., Ln. 29,50 DM.

Hermann Krapoth, Dichtung und Philosophie, Eine Studie zum Werk Hermann Brochs. Bouvier Verlag, Bonn, X, 202 S., kart. 28,50 DM.

Die deutsche Literatur der Gegenwart. Aspekte und Tendenzen. Herausgegeben von Manfred Durzak. Verlag Reclam, Stuttgart, 470 S., Paperback 22,80 DM.

Klaus Schuhmann, Der Lyriker Bertolt Brecht 1913—1933. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 418 S., Kunststoffeinbd. 7,80 DM (DTV / Wissenschaftliche Reihe / Bd. 4075). — Die Originalausgabe dieses Buches, das zu den Standardwerken der Brecht-Literatur gehört, erschien im Jahre 1964 im Verlag Rütten & Loening, Berlin/DDR. Der Text wurde vom Autor überarbeitet, erweitert und auf den neuesten Stand gebracht.

Brecht Chronik. Daten zu Leben und Werk. Zusammengestellt von Klaus Völker. Hanser Verlag, München, 164 S., br. 7,80 DM (Reihe Hanser, Bd. 74).

Klaus v. Beyme, Die politische Elite der Bundesrepublik. Piper Verlag, München, 244 S., kart. 16,80 DM (Piper Sozialwissenschaft / Texte und Studien zur Politologie / Bd. 1). — Es erscheint als Bd. 2: Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik (244 S., kart. 16,80 DM).

Lothar Krappmann, Soziologische Dimensionen der Identität. Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionspro-

zessen. Klett Verlag, Stuttgart, 232 S., kart. 26,50 DM (Texte und Dokumente zur Bildungsforschung).

Hedwig Ortmann, Arbeiterfamilie und sozialer Aufstieg. Kritik einer bildungspolitischen Leitvorstellung. Juventa Verlag, München, 216 S., Paperback 12,80 DM.

Bruno Frei, Die anarchistische Utopie. Freiheit und Ordnung. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 162 S., Paperback 7,50 DM (Marxistische Taschenbücher).

Fritz Vilmar, Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Verlag Luchterhand, Neuwied, 112 S., kart. 9,80 DM (Luchterhand Typoskript).

Arbeiter-Seminar '71. Eigentum, Mitbestimmung, Systemveränderung. Nachrichten-Verlags-GmbH, Frankfurt, 216 S., kart. 6,— DM (ab 10 Stück Mengenrabatt).

Geschichte und Zeitgeschichte

J. C. Beckett, Geschichte Irlands. Übersetzt aus dem Englischen von Behrend Finke. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, VIII, 264 S., mit Bibliographie, Register und 2 Kt., br. 11,- DM (Kröners Taschenausgabe, Bd. 419).

Edvard Kardelj, Die Vierteilung. Die nationale Frage der Slowenen. Europa Verlag, Wien, 272 S., Paperback 17,— DM (Reihe „Europäische Perspektiven").

Franz Menges, Reichsreform und Finanzpolitik. Die Aushöhlung der Eigenständigkeit Bayerns auf finanzpolitischem Wege in der Zeit der Weimarer Republik. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 467 S., br. 84,60 DM (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 7).

Aktuelle Themen

Die Tabus der bundesdeutschen Presse. Herausgegeben von Eckart Spoo. Hanser Verlag, München, 140 S., br. 9,80 DM (Reihe Hanser, Bd. 66).

Wolfgang Kunert, Pressekonzentration und Verfassungsrecht. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 201 S., br. 39,60 DM (Berliner Abhandlungen zum Presserecht, Bd. 11).

Ute Flögel, Pressekonzentration im Stuttgarter Raum. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 232 S., Linson 36,— DM.

Karl-Heinz Schock, Schülerpresse — Recht. Zur Rechtslage der Schülerpresse in NRW. Verlagsgesellschaft Neue Deutsche Schule, Essen, 108 S., br. 10,— DM.

Ivan Stefanov, Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsplanung in Bulgarien. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 15 S., br. 4,— DM (Kieler Vorträge / Neue Folge / Heft 67).

Ulrich Albrecht, Der Handel mit Waffen. Hanser Verlag, München, 216 S. mit 35 Abb., 27,— DM.

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

6 *Bamberg* Militärseelsorge in der Bundeswehr. 304 S. DM 9,80

7 *Nazari* Das iranische Erdöl. 217 S. DM 9,80

8 *Rilling* Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD. 312 S. DM 9,80

9 *Lewan* Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse. 179 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Dokumente zum Zeitgeschehen

Abkommen zwischen Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 3. September 1971

(Wortlaut)

Der nachstehend abgedruckte Text des Abkommens über Westberlin entspricht der von der Bundesregierung veröffentlichten Übersetzung („Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung", Nr. 127 vom 3. 9. 1971). Die Nachrichtenagentur der DDR, ADN, veröffentlichte eine Übersetzung des Abkommens, die sich in einigen Punkten vom Text der Bundesregierung unterscheidet („Neues Deutschland" vom 4. 9. 1971). Auf die entsprechenden Textstellen wird in Anmerkungen hingewiesen. Verbindlich sind der englische, französische und russische Wortlaut des Abkommens. D. Red.

Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Vereinigten Staaten von Amerika,
vertreten durch ihre Botschafter, die in dem früher vom Alliierten Kontrollrat benutzten Gebäude im amerikanischen Sektor Berlins eine Reihe von Sitzungen abgehalten haben,
handelnd auf der Grundlage ihrer Viermächte-Rechte *) und -Verantwortlichkeiten und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die nicht berührt werden,
unter Berücksichtigung der bestehenden Lage in dem betreffenden Gebiet,
von dem Wunsch geleitet, zu praktischen Verbesserungen der Lage beizutragen,
unbeschadet ihrer Rechtspositionen,
haben folgendes vereinbart:

I. Allgemeine Bestimmungen

1) Die Vier Regierungen werden bestrebt sein, die Beseitigung von Spannungen und die Verhütung von Komplikationen in dem betreffenden Gebiet zu fördern.

2) Unter Berücksichtigung ihrer Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen stimmen die Vier Regierungen darin überein, daß in diesem Gebiet keine Anwendung oder Androhung von Gewalt erfolgt und daß Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln beizulegen sind.

3) Die Vier Regierungen werden ihre individuellen und gemeinsamen Rechte und Verantwortlichkeiten, die unverändert bleiben, gegenseitig achten.

4) Die Vier Regierungen stimmen darin überein, daß ungeachtet der Unterschiede in den Rechtsauffassungen die Lage, die sich in diesem Gebiet entwickelt hat und wie sie in diesem Abkommen sowie in den anderen in diesem Abkommen genannten Vereinbarungen definiert ist, nicht einseitig verändert wird.

II. Bestimmungen, die die Westsektoren Berlins betreffen

A. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt, daß der Transit-

*) In der von ADN veröffentlichten Übersetzung heißt es „ihre vierseitigen Rechte", wie dort auch grundsätzlich vom „vierseitigen Abkommen" gesprochen wird (Die von der Bundesregierung veröffentlichte Fassung übersetzt „quadripartite agreement" als „Viermächte-Abkommen" etc.).

verkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen durch das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik ohne Behinderungen sein wird, daß dieser Verkehr erleichtert werden wird, damit er in der einfachsten und schnellsten Weise vor sich geht und daß er Begünstigung erfahren wird.

Die diesen zivilen Verkehr betreffenden konkreten Regelungen, wie sie in Anlage I niedergelegt sind, werden von den zuständigen deutschen Behörden vereinbart.

B. Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika erklärten, daß die Bindungen **) zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) ***) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden.

Konkrete Regelungen, die das Verhältnis zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland betreffen, sind in Anlage II niedergelegt.

C. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt, daß die Kommunikationen zwischen den Westsektoren Berlins und Gebieten, die an diese Sektoren grenzen, sowie denjenigen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik, die nicht an diese Sektoren grenzen, verbessert werden. Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins werden aus humanitären, familiären, religiösen, kulturellen oder kommerziellen Gründen oder als Touristen in diese Gebiete reisen und sie besuchen können, und zwar unter Bedingungen, die denen vergleichbar sind, die für andere in diese Gebiete einreisende Personen gelten.

Die Probleme der kleinen Enklaven einschließlich Steinstückens und anderer kleiner Gebiete können durch Gebietsaustausch gelöst werden.

Konkrete Regelungen, die die Reisen, die Kommunikationen und den Gebietsaustausch betreffen, wie in Anlage III niedergelegt, werden zwischen den zuständigen deutschen Behörden vereinbart.

D. Die Vertretung der Interessen der Westsektoren Berlins im Ausland und die konsularische Tätigkeit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in den Westsektoren Berlins können wie in Anlage IV niedergelegt ausgeübt werden.

III. Schlußbestimmungen

Dieses Viermächte-Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, der in einem Viermächte-Schlußprotokoll festgelegt wird, das abzuschließen ist, sobald die in Teil II dieses Viermächte-Abkommens und in seinen Anlagen vorgesehenen Maßnahmen vereinbart worden sind.

Geschehen in dem früher vom Alliierten Kontrollrat benutzten Gebäude im amerikanischen Sektor Berlins am 3. September 1971, in vier Urschriften, jede in englischer, französischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Französischen Republik
Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Anlage I

Mitteilung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika

**) ADN-Übersetzung: „Verbindungen". Originaltext englisch: „ties" / französisch: „liens" / russisch: „swjasi".
***) ADN-Übersetzung: „Kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland"; Originaltext englisch: „constituent part" / französisch: „élément constitutif" / russisch: „sostawnaja tschastj".

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat die Ehre, unter Bezugnahme auf Teil II Abschnitt A des Viermächte-Abkommens vom heutigen Tage und nach Konsultationen und in Übereinkunft mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika folgendes mitzuteilen:

1) Der Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland auf Straßen-, Schienen- und Wasserwegen durch das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik wird erleichtert werden und ohne Behinderungen sein. Er wird in der einfachsten, schnellsten und günstigsten Weise erfolgen, wie es in der internationalen Praxis vorzufinden ist.

2) In Übereinstimmung damit

a) können für die Beförderung von zivilen Gütern auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland vor der Abfahrt verplombte Transportmittel benutzt werden. Die Kontrollverfahren werden auf die Prüfung der Plomben und der Begleitdokumente beschränkt werden.

b) werden bei Transportmitteln, die nicht verplombt werden können, wie zum Beispiel offene Lastkraftwagen, die Kontrollverfahren auf die Prüfung der Begleitdokumente beschränkt werden. In besonderen Fällen, in denen hinreichende Verdachtsgründe dafür vorliegen, daß nichtverplombte Transportmittel Materialien enthalten, die zur Verbreitung auf den vorgesehenen Wegen bestimmt sind, oder daß sich in ihnen Personen oder Materialien befinden, die auf diesen Wegen aufgenommen worden sind, kann der Inhalt der nichtverplombten Transportmittel geprüft werden. Die Verfahren zur Behandlung derartiger Fälle werden zwischen den zuständigen deutschen Behörden vereinbart.

c) können für Reisen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland durchgehende Züge und Autobusse benutzt werden. Die Kontrollverfahren umfassen außer der Identifizierung von Personen keine anderen Formalitäten.

d) werden Personen, die als Transitreisende identifiziert sind und individuelle Transportmittel zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland auf den für den Durchgangsverkehr vorgesehenen Wegen benutzen, zu ihrem Bestimmungsort gelangen können, ohne individuelle Gebühren und Abgaben für die Benutzung der Transitwege zu zahlen. Die Verfahren, die auf solche Reisende Anwendung finden, werden keine Verzögerungen mit sich bringen. Die Reisenden, ihre Transportmittel und ihr persönliches Gepäck werden nicht der Durchsuchung und der Festnahme unterliegen oder von der Benutzung der vorgesehenen Wege ausgeschlossen werden, außer in besonderen Fällen, wie das zwischen den zuständigen deutschen Behörden vereinbart werden kann, in denen hinreichende Verdachtsgründe bestehen, daß ein Mißbrauch der Transitwege für Zwecke beabsichtigt ist, die nicht mit der direkten Durchreise von und nach den Westsektoren Berlins in Zusammenhang stehen und die den allgemein üblichen Vorschriften bezüglich der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufen.

e) kann eine entsprechende Kompensation für Abgaben, Gebühren und andere Kosten, die den Verkehr auf den Verbindungswegen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland betreffen, einschließlich der Instandhaltung der entsprechenden Wege, Einrichtungen und Anlagen, die für diesen Verkehr benutzt werden, in Form einer jährlichen Pauschalsumme erfolgen, die von der Bundesrepublik Deutschland an die Deutsche Demokratische Republik gezahlt wird.

3) Regelungen zur Durchführung und Ergänzung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Bestimmungen werden zwischen den zuständigen deutschen Behörden vereinbart.

Anlage II

Mitteilung der Regierung der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika beehren sich, unter Bezugnahme auf Teil II Abschnitt B des Viermächte-Abkommens vom heutigen Tage und nach Konsultation mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:

1) In Ausübung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten erklären sie, daß die Bindungen **) zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) ***) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden. Die Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der in den Westsektoren Berlins in Kraft befindlichen Verfassung, die zu dem Vorstehenden in Widerspruch stehen, sind suspendiert worden und auch weiterhin nicht in Kraft.

2) Der Bundespräsident, die Bundesregierung, die Bundesversammlung, der Bundesrat und der Bundestag, einschließlich ihrer Ausschüsse und Fraktionen, sowie sonstige staatliche Organe der Bundesrepublik Deutschland werden in den Westsektoren Berlins keine Verfassungs- oder Amtsakte vornehmen, die in Widerspruch zu Absatz 1 stehen.

3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird in den Westsektoren Berlins bei den Behörden der Drei Regierungen und beim Senat durch eine ständige Verbindungsbehörde vertreten sein.

Anlage III

Mitteilung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat die Ehre, unter Bezugnahme auf Teil II Abschnitt C des Viermächte-Abkommens vom heutigen Tage und nach Konsultationen und in Übereinkunft mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika folgendes mitzuteilen:

1) Die Kommunikationen zwischen den Westsektoren Berlins und Gebieten, die an diese Sektoren grenzen, sowie denjenigen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik, die nicht an diese Sektoren grenzen, werden verbessert werden.

2) Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins werden aus humanitären, familiären, religiösen, kulturellen oder kommerziellen Gründen oder als Touristen in diese Gebiete reisen und sie besuchen können, und zwar unter Bedingungen, die denen vergleichbar sind, die für andere in diese Gebiete einreisende Personen gelten. Zur Erleichterung der oben beschriebenen Besuche und Reisen von Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins werden zusätzliche Übergangsstellen eröffnet.

3) Die Probleme der kleinen Enklaven einschließlich Steinstückens und anderer kleiner Gebiete können durch Gebietsaustausch gelöst werden.

4) Die Telefon-, Telegraphen-, Transport- und anderen Verbindungen der Westsektoren Berlins nach außen werden erweitert werden.

5) Regelungen zur Durchführung und Ergänzung der Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 werden zwischen den zuständigen deutschen Behörden vereinbart.

Anlage IV

A

Mitteilung der Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches

und der Vereinigten Staaten von Amerika an die Regierung der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika beehren sich, unter Bezugnahme auf Teil II D des Viermächte-Abkommens vom heutigen Tage und nach Konsultation mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:

1) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika behalten ihre Rechte und Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Vertretung im Ausland der Interessen der Westsektoren Berlins und der Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren einschließlich der Rechte und Verantwortlichkeiten, die Angelegenheiten der Sicherheit und des Status betreffen, sowohl in internationalen Organisationen als auch in Beziehungen zu anderen Ländern bei.

2) Unbeschadet des Vorstehenden und unter der Voraussetzung, daß Angelegenheiten der Sicherheit und des Status nicht berührt werden, haben sie sich einverstanden erklärt, daß

a) die Bundesrepublik Deutschland die konsularische Betreuung für Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins ausüben kann;
b) in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren völkerrechtliche Vereinbarungen und Abmachungen, auf die Westsektoren Berlins ausgedehnt werden können, vorausgesetzt, daß die Ausdehnung solcher Vereinbarungen und Abmachungen jeweils ausdrücklich erwähnt wird;
c) die Bundesrepublik Deutschland die Interessen der Westsektoren Berlins in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen vertreten kann;
d) Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins gemeinsam mit Teilnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland am internationalen Austausch und an internationalen Ausstellungen teilnehmen können. Tagungen internationaler Organisationen und internationale Konferenzen sowie Ausstellungen mit internationaler Beteiligung können in den Westsektoren Berlins durchgeführt werden. Einladungen werden vom Senat oder gemeinsam von der Bundesrepublik Deutschland und dem Senat ausgesprochen.

3) Die drei Regierungen genehmigen die Errichtung eines Generalkonsulates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in den Westsektoren Berlins, das gemäß den üblichen in diesen Sektoren geltenden Verfahren bei den entsprechenden Behörden der drei Regierungen zum Zwecke der Ausübung konsularischer Betreuung nach Maßgabe der in einem gesonderten Dokument vom heutigen Tage niedergelegten Bestimmungen akkreditiert wird.

Anlage IV

B

Mitteilung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat die Ehre, unter Bezugnahme auf Teil II D des Viermächte-Abkommens vom heutigen Tage und auf die Mitteilung der Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika, die die Vertretung im Ausland der Interessen der Westsektoren Berlins und der Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren betreffen, den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika folgendes mitzuteilen:

1) Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nimmt die Tatsache zur Kenntnis, daß die drei Regierungen ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Vertretung im Ausland der Interessen der Westsektoren Berlins und der Personen

mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren einschließlich der Rechte und Verantwortlichkeiten, die Angelegenheiten der Sicherheit und des Status betreffen, sowohl in internationalen Organisationen als auch in Beziehungen zu anderen Ländern beibehalten.

2) Unter der Voraussetzung, daß Angelegenheiten der Sicherheit und des Status nicht berührt werden, wird sie ihrerseits keine Einwände haben gegen

a) die Ausübung der konsularischen Betreuung für Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland;
b) die Ausdehnung von völkerrechtlichen Vereinbarungen und Abmachungen, die die Bundesrepublik Deutschland schließt, auf die Westsektoren Berlins in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren, vorausgesetzt, daß die Ausdehnung solcher Vereinbarungen und Abmachungen jeweils ausdrücklich erwähnt wird;
c) die Vertretung der Interessen der Westsektoren Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen;
d) die Teilnahme von Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins gemeinsam mit Teilnehmern der Bundesrepublik Deutschland am internationalen Austausch und an internationalen Ausstellungen oder Tagungen internationaler Organisationen und internationaler Konferenzen in diesen Sektoren sowie Ausstellungen mit internationaler Beteiligung, wobei berücksichtigt wird, daß Einladungen durch den Senat oder gemeinsam durch die Bundesrepublik Deutschland und den Senat ausgesprochen werden.

3) Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nimmt die Tatsache zur Kenntnis, daß die drei Regierungen der Errichtung eines Generalkonsulates der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in den Westsektoren Berlins zugestimmt haben. Es wird bei den entsprechenden Behörden der drei Regierungen für die Zwecke und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen akkreditiert, die in ihrer Mitteilung genannt und in einem gesonderten Dokument vom heutigen Tage niedergelegt sind.

Viermächte-Schlußprotokoll

Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika,
eingedenk des Teils III des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971 und mit Befriedigung davon Kenntnis nehmend, daß die nachstehend genannten Vereinbarungen und Regelungen getroffen wurden,
sind wie folgt übereingekommen:

1) Die Vier Regierungen setzen mittels dieses Protokolls das Viermächte-Abkommen in Kraft, das ebenso wie dieses Protokoll die Viermächte-Vereinbarungen oder -Beschlüsse, die früher abgeschlossen oder gefaßt wurden, nicht berührt.

2) Die Vier Regierungen gehen davon aus, daß die Vereinbarungen und Regelungen, die zwischen den zuständigen deutschen Behörden getroffen wurden (Aufzählungen dieser Vereinbarungen und Regelungen), gleichzeitig mit dem Viermächte-Abkommen in Kraft treten.

3) Das Viermächte-Abkommen und die nachfolgenden Vereinbarungen und Regelungen zwischen den zuständigen deutschen Behörden, die in diesem Protokoll erwähnt werden, regeln wichtige Fragen, die im Verlaufe der Verhandlungen erörtert wurden, und bleiben zusammen in Kraft.

4) Bei Schwierigkeiten in der Anwendung des Viermächte-Abkommens oder einer der oben erwähnten Vereinbarungen oder Regelungen, die eine der Vier Regierungen als ernst ansieht, oder bei Nichtdurchführung eines Teils des Viermächte-Abkommens oder der Vereinbarungen und Regelungen hat diese Regierung das Recht, die drei anderen Regierungen auf die Bestimmungen des Viermächte-Abkommens und dieses Protokolls aufmerksam zu machen und die erforderlichen Viermächte-Konsultationen zu führen, um die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen und die Situation mit dem Viermächte-Abkommen und diesem Protokoll in Einklang zu bringen.

5) Dieses Protokoll tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft.
Geschehen in dem früher vom Alliierten Kontrollrat benutzten Gebäude, im amerikanischen Sektor Berlins am ..... 1971, in vier Urschriften, jede in englischer, französischer und in russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
Für die Regierung der Französischen Republik
Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Note der drei Botschafter an den sowjetischen Botschafter

Die Botschafter der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika beehren sich unter Bezugnahme auf die Erklärungen bezüglich des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Westsektoren Berlins, die in der Anlage II des am heutigen Tage zu unterzeichnenden Viermächte-Abkommens enthalten sind, den Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken von ihrer Absicht zu unterrichten, dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar nach Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens einen Brief zu senden, der Klarstellungen und Interpretationen enthält, die das wiedergeben, was ihre Regierungen unter den in Anlage II des Viermächte-Abkommens enthaltenen Erklärungen verstehen. Ein Doppel des Briefes, der an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gesandt werden wird, ist dieser Note beigefügt.

Die Botschafter benutzen diesen Anlaß, den Botschafter der UdSSR erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Anlage (vgl. den nachfolgend abgedruckten Brief der drei Botschafter an den Bundeskanzler)

Sowjetische Antwortnote

Der Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beehrt sich, den Empfang der Note der Botschafter der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika vom 3. September 1971 zu bestätigen, und nimmt von der Mitteilung der drei Botschafter Kenntnis.
Schlußformel

Brief der drei Botschafter an den Bundeskanzler

Seiner Exzellenz
dem Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland
Bonn
Exzellenz,
unter Bezugnahme auf das am 3. September 1971 unterzeichnete Viermächte-Abkommen möchten unsere Regierungen mit diesem Brief die Regierung der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Klarstellungen und Interpretationen der Erklärungen unterrichten, welche in Anlage II enthalten sind, die während der Viermächte-Verhandlungen Gegenstand von Konsultationen mit der Regierung des Bundesrepublik Deutschland waren.
Diese Klarstellungen und Interpretationen geben das wieder, was unsere Regierungen unter dem Teil des Viermächte-Abkommens verstehen, nämlich:

a) Der Satz in Anlage II Absatz 2 des Viermächte-Abkommens, der lautet „... werden in den Westsektoren Berlins keine Verfassungs- oder Amtsakte vornehmen, die den Bestimmungen von Absatz 1 widersprechen", ist so auszulegen, daß darunter Akte in Ausübung unmittelbarer Staatsgewalt über die Westsektoren Berlins verstanden werden.

b) In den Westsektoren Berlins werden keine Sitzungen der Bundesversammlung und weiterhin keine Plenarsitzungen des Bundesrats und des Bundestags stattfinden. Einzelne

Ausschüsse des Bundesrats und des Bundestags können in den Westsektoren Berlins im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung und Entwicklung der Bindungen zwischen diesen Sektoren und der Bundesrepublik Deutschland tagen. Im Falle der Fraktionen werden Sitzungen nicht gleichzeitig abgehalten werden.

c) Die Verbindungsbehörde der Bundesregierung in den Westsektoren Berlins umfaßt Abteilungen, denen in ihren jeweiligen Bereichen Verbindungsfunktionen obliegen.

d) Geltende Verfahren bezüglich der Anwendbarkeit der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland auf die Westsektoren Berlins bleiben unverändert.

e) Der Ausdruck „staatliche Organe" in Anlage II Absatz 2 bedeutet: der Bundespräsident, der Bundeskanzler, das Bundeskabinett, die Bundesminister und die Bundesministerien sowie die Zweigstellen dieser Ministerien, der Bundesrat und der Bundestag sowie alle Bundesgerichte.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die erneute Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Für die Regierung der Französischen Republik
Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Vereinbartes Verhandlungsprotokoll I

Es wird davon ausgegangen, daß Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins zur Erlangung eines Visums für die Einreise in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei entsprechenden sowjetischen Stellen vorzulegen haben

a) einen Paß, der mit dem Stempel „ausgestellt in Übereinstimmung mit dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971" versehen ist;

b) einen Personalausweis oder ein anderes entsprechend abgefaßtes Dokument, das bestätigt, daß die das Visum beantragende Person ihren ständigen Wohnsitz in den Westsektoren Berlins hat, und das die genaue Adresse des Inhabers und dessen Lichtbild enthält.

Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins, die auf diese Weise ein Visum erhalten haben, steht es frei, während ihres Aufenthalts in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken entweder beide Dokumente oder eines von beiden mit sich zu führen. Das von einer sowjetischen Stelle ausgestellte Visum wird als Grundlage für die Einreise in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Paß oder der Personalausweis als Grundlage für die konsularische Betreuung nach Maßgabe des Viermächte-Abkommens während des Aufenthalts solcher Personen im Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dienen.

Der oben erwähnte Stempel wird in allen Pässen erscheinen, die von Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins für Reisen in Länder benutzt werden, die dies verlangen.

Vereinbartes Verhandlungsprotokoll II

Hiermit werden Vorkehrungen für die Errichtung eines Generalkonsulats der UdSSR in den Westsektoren Berlins getroffen. Es wird davon ausgegangen, daß die Einzelheiten bezüglich dieses Generalkonsulats Nachstehendes umfassen. Das Generalkonsulat wird bei den entsprechenden Behörden der Drei Regierungen gemäß den üblichen in diesen Sektoren geltenden Verfahren akkreditiert. Die geltenden alliierten und deutschen Rechtsvorschriften und Regelungen werden auf das Generalkonsulat Anwendung finden. Die Tätigkeiten des Generalkonsulats werden konsularischer Natur sein und keine politischen Funktionen sowie keine mit den Viermächte-Rechten und -Verantwortlichen in Zusammenhang stehende Angelegenheiten umfassen.

Die Drei Regierungen sind bereit, eine Erweiterung der sowjetischen kommerziellen Aktivitäten in den Westsektoren Berlins wie nachfolgend beschrieben zu genehmigen. Es wird davon ausgegangen, daß die einschlägigen alliierten und deutschen Rechtsvorschriften und Regelungen auf diese Aktivitäten Anwendung finden. Diese Genehmigung wird unbefristet erteilt, vorbehaltlich der Beachtung der in diesem Verhandlungsprotokoll umrissenen Bestimmungen. Es werden angemessene Vorkehrungen für Konsultationen getroffen. Diese Erweiterung wird die Errichtung eines „Büros der Sowjetischen Außenhandelsvereinigungen in den Westsektoren Berlins" mit kommerziellem Status umfassen, das ermächtigt ist, Ankäufe und Verkäufe für Außenhandelsvereinigungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu tätigen. Sojuspuschnina, Prodintorg und Nowoexport können je ein Konsignationslager in den Westsektoren Berlins zur Lagerung und Ausstellung ihrer Waren errichten. Die Tätigkeiten des Intourist-Büros im britischen Sektor Berlins können auf den Verkauf von Fahrkarten und Gutscheinen für Reisen und Rundreisen in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und anderen Ländern ausgedehnt werden. Ein Aeroflot-Büro kann für den Verkauf von Flugkarten für Personen und für Luftfrachtdienste errichtet werden.

Die Zuweisung von Bediensteten an das Generalkonsulat und an zugelassene sowjetische kommerzielle Organisationen bedarf der Vereinbarung mit den entsprechenden Behörden der Drei Regierungen. Die Zahl dieser Bediensteten wird nicht mehr als 20 sowjetische Staatsangehörige in dem Generalkonsulat, 20 in dem Büro der Sowjetischen Außenhandelsvereinigungen, je einen in den Konsignationslagern, 6 in dem Intourist-Büro und 5 in dem Aeroflot-Büro betragen. Die Bediensteten des Generalkonsulats und zugelassener sowjetischer kommerzieller Organisationen sowie ihre Angehörigen können auf Grund von Einzelgenehmigungen in den Westsektoren Berlins ihren Wohnsitz nehmen.

Das Eigentum der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Lietzenburger Str. 11 und Am Sandwerder 1 kann für Zwecke benutzt werden, die zwischen entsprechenden Vertretern der Drei Regierungen und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu vereinbaren sind.

Einzelheiten der Durchführung der oben genannten Maßnahmen und ein Zeitplan für ihre Durchführung werden zwischen den vier Botschaftern in der Zeit zwischen der Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens und der Unterzeichnung des in dem Abkommen vorgesehenen Viermächte-Schlußprotokolls vereinbart.

Kommuniqué über die Begegnung zwischen Willy Brandt und Leonid Breschnew in Oreanda vom 16. bis 18. September 1971

(Wortlaut)

Über das Treffen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, das im Text des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung folgenden Wortlaut hat:

Entsprechend der Vereinbarung beim Besuch des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, W. Brandt, in Moskau im August 1970, die Gespräche fortzusetzen, stattete er der Sowjetunion vom 16. bis 18. September 1971 einen Besuch ab.

Während des Besuchs auf der Krim fand eine Reihe von Gesprächen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, W. Brandt, und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew, statt.

Die Gespräche trugen einen sachlichen und aufgeschlossenen Charakter und verliefen in einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses.
An dem Treffen nahmen teil:
von seiten der Bundesrepublik hohe Beamte des Bundeskanzleramtes und des Auswärtigen Amtes;
von sowjetischer Seite verantwortliche Mitarbeiter des Sekretariats des Generalsekretärs sowie des Außenministeriums der UdSSR.

In voller Loyalität zu ihren Bündnispartnern besprachen beide Seiten zahlreiche internationale Probleme, die für beide Seiten von Interesse sind, in besonderem Maße die Entwicklung der Lage in Europa. Sie führten einen Meinungsaustausch über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD und über die Möglichkeiten ihrer Entwicklung.

Die erstrangige Bedeutung des am 12. August 1970 durch die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrages für Gegenwart und Zukunft der Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurde unterstrichen. Dieser Vertrag leistet bereits jetzt einen Beitrag zur Verbesserung des politischen Klimas zwischen den beiden Ländern und wirkt sich günstig auch auf das europäische Geschehen aus.

W. Brandt und L. I. Breschnew besprachen Fragen betreffend die Ratifizierung dieses Vertrages durch den Obersten Sowjet der UdSSR und den Deutschen Bundestag der Bundesrepublik Deutschland und gaben ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß das baldige Inkrafttreten des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD sowie des Vertrages der Volksrepublik Polen mit der Bundesrepublik Deutschland eine entscheidende Wende in den Beziehungen zwischen den genannten Ländern ermöglichen und eine umfassende, dauerhafte, langfristige Zusammenarbeit zum Nutzen der heutigen und künftigen Generationen dieser Länder sowie deren Nachbarn und zur Festigung des Friedens in Europa einleiten wird. Beide Seiten stellten übereinstimmend fest, daß sie diese Entwicklung wünschen und daß sie die Belastungen der Vergangenheit überwinden und dadurch der Verwirklichung der Ideen der friedlichen Zusammenarbeit sowohl in den zwischenstaatlichen Beziehungen als auch zwischen den Bürgern und den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen dienen wollen.

Ausgehend hiervon nahm die Erörterung der mit der Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens am 3. September dieses Jahres durch Frankreich, die UdSSR, Großbritannien und die USA zusammenhängenden Fragen großen Raum ein. Dieses Abkommen setellt einen großen Schritt auf dem Wege zur europäischen und internationalen Entspannung dar.

Beide Seiten stimmen darin überein, daß das Zustandekommen dieses Abkommens gute Voraussetzungen für weitere praktische Schritte schafft, die auf die Gesundung der Lage im Zentrum Europas, auf die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Kontinent gerichtet sind.

Einen wichtigen Platz nahmen in den Gesprächen die Fragen der Vorbereitung der Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ein. Es wurde festgestellt, daß die Entwicklung in Europa eine solche Konferenz unter Teilnahme der USA und Kanada fördert. Die Sowjetunion und die Bundesrepublik wollen demnächst untereinander und mit ihren Verbündeten sowie mit anderen europäischen Staaten Konsultationen führen, um die Abhaltung einer solchen Konferenz zu beschleunigen.

Beide Seiten haben ihre Auffassungen zur Frage der Verminderung von Truppen und Rüstungen in Europa — ohne Nachteile für die Beteiligten — dargelegt. Dabei stellten sich übereinstimmende Elemente in ihren Positionen heraus. Sie sind überzeugt, daß die Lösung dieses schwierigen Problems die Grundlagen des europäischen und internationalen Friedens wirksam festigen würde. Die Zukunft in Europa ebenso wie in anderen Gebieten der Welt soll nicht auf militärischer Konfrontation, sondern auf der

Grundlage gleichberechtigter Zusammenarbeit und Gewährleistung der Sicherheit für jeden einzelnen sowie für alle Staaten zusammen gebaut werden.

Die allgemeine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, der Achtung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit der beiden Staaten in Angelegenheiten, die ihre innere Kompetenz in ihren entsprechenden Grenzen betreffen, erscheint heute möglich und wird eine große Bedeutung haben. Einer der wichtigsten Schritte in dieser Richtung wird im Zuge der Entspannung in Europa der Eintritt dieser beiden Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen sein. Entsprechend ihrer früher erzielten Übereinkunft werden die Bundesrepublik und die Sowjetunion eine solche Lösung dieser Fragen in angemessener Weise fördern.

In den Gesprächen des Bundeskanzlers und des Generalsekretärs wurde die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD ausführlich behandelt. Beide Seiten kamen zu der Schlußfolgerung, daß es umfangreiche Möglichkeiten für den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf verschiedensten Gebieten gibt, die für beide Seiten von Nutzen sein wird und Buchstaben und Geist des Vertrages vom 12. August 1970 entspräche.

Dementsprechend sollen die Handelsbeziehungen, die Beziehungen auf wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet sowie auf den Gebieten des Sports und des Jugendaustausches erweitert werden. Sie erklärten ihre Bereitschaft, alsbald entsprechende Abkommen zu schließen.

Für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit soll eine gemischte Kommission geschaffen werden.

W. Brandt und L. I. Breschnew vertraten die Ansicht, daß die entstehende Praxis des Meinungsaustausches und der Konsultationen auf verschiedenen Ebenen zwischen der UdSSR und der BRD sowohl über bilaterale Beziehungen wie internationale Probleme nützlich ist und fortgesetzt werden soll. In diesem Zusammenhang wurde mit Befriedigung festgestellt, daß sich die Außenminister beider Länder demnächst in New York und im Spätherbst in der Sowjetunion treffen werden.

Erklärung zu Fragen der Europäischen Sicherheit am 25. September 1971 in Bad Godesberg

(Wortlaut)

An der vom Initiativkreis Europäische Sicherheitskonferenz am 25. September 1971 in der Stadthalle Bad Godesberg veranstalteten Konferenz zu Fragen der Europäischen Sicherheit nahmen ungefähr 700 Personen teil. Als Referenten bzw. Leiter der drei Arbeitsgemeinschaften beteiligten sich u. a. Prof. Dr. Phillipe Devillers, Paris; der Publizist Gerd Ruge, Bonn; Caerwyn Roderick, MP, London; *Prof. Dr. Eugen Kogon; Prof. Dr. Hans Heinz Holz; Dr. Jerzy Sulek, Institut für internationale Angelegenheiten, Warschau; Boguslav Lastovicka, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Parlaments der CSSR, Prag; Prof. Dr. Walter Fabian; Staatssekretär Matti Kekkonen, Vorsitzender des finnischen Komitees für Europäische Sicherheit, Helsinki; Prof. Dr. Renate Riemeck; Alexandra Birjukowa, Sekretärin des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, Mos-*

kau; Prof. Dr. Stefan Doernberg, Stellvertretender Direktor des Instituts für internationale Politik und Wirtschaft der DDR, Berlin; Prof. Dr. Gerhard Kade; Prof. Dr. Reinhard Kühnl. Aufgrund der in den Arbeitsgemeinschaften erarbeiteten Diskussionsergebnisse verabschiedete zum Abschluß der Konferenz das Plenum die folgende Erklärung. D. Red.

Die Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion sowie der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen, ferner das Rahmenabkommen der Vier Mächte zur Regelung des Problems Westberlin sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer umfassenden Entspannung in Europa. Die Möglichkeit zeichnet sich ab, den Kalten Krieg nun radikal zu beenden und die Völker von den immer unerträglicheren Rüstungen zu entlasten. Jetzt sollte keine Zeit verloren werden, das Erreichte zügig weiterzuführen. Die Einberufung einer Konferenz der Regierungen zu Fragen der Europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit ist nunmehr unmittelbar aktuell. In zahlreichen zweiseitigen diplomatischen Erörterungen ist bereits weitgehende Verständigung über die Tagesordnung und über den Konferenzort Helsinki erzielt. Einigkeit besteht über die Teilnahme aller europäischen Staaten, der USA und Kanadas. Daß die Zeit für die Konferenz reif ist, wird von keiner Regierung bestritten. Es handelt sich nur noch darum, mit der allseitigen praktischen Vorbereitung zu beginnen. Die Konferenz wird um so eher zustandekommen, je mehr sich die Öffentlichkeit in allen Ländern dafür einsetzt.

Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion ist besser geworden. Damit sind die Voraussetzungen für einen von allen europäischen Staaten zu unterzeichnenden Gewaltverzichtsvertrag herangereift. Fragen des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen Austausches und der Zusammenarbeit, die dringlicher geworden sind als je, können in Angriff genommen werden.

Nach fünfundzwanzigjähriger Teilung durch zwei einander gegenüberstehende Militärblöcke bietet sich für Europa endlich die Chance, auf der Grundlage der Anerkennung der territorialen Grenzziehungen ein von allen Staaten getragenes System der Sicherheit zu schaffen. Zugleich ist die Zeit gekommen, Verhandlungen über einen Abbau der Truppenstärken und der Rüstungen zu beginnen.

Wenn diese Möglichkeiten wahrgenommen werden, kann Europa die Schwelle zu einer neuen Ära überschreiten, in der die auf seinem Boden bestehenden unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme in friedlichem Wettbewerb nebeneinander existieren und die Völker bei wachsendem Austausch ungehindert durch Wettrüsten und frei von Furcht sich den großen sozialen und zivilisatorischen Aufgaben des Fortschritts zuwenden. Die Bundesrepublik kann den Fortschritt wesentlich fördern: durch die baldige Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, durch Normalisierung des Verhältnisses zur DDR auf völkerrechtlicher Grundlage, durch ihr Eintreten für die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, durch aktive Teilnahme an der Vorbereitung der Europäischen Konferenz.

Die Bundesregierung hat ihre Absicht erklärt, dieses Programm im Zuge der Entspannung in Europa zu verwirklichen. Um es durchzusetzen, ist die Unterstützung durch eine starke öffentliche Meinung nötig; denn der Widerstand der Kräfte, die das Land in der Konfrontation festhalten wollen, ist nicht geringer geworden.

Wir meinen daher, daß es notwendig ist, in der Öffentlichkeit die fälligen Schritte zu weiterer Entspannung zur Diskussion zu bringen — nicht zuletzt mit Hilfe der Massenmedien — und die Bevölkerung für die aktive Anteilnahme zu gewinnen. Wir begrüßen es, daß vielerorts gesellschaftliche Gruppen und einzelne die Initiative ergriffen haben, in diesem Sinne tätig zu sein. Es ist naheliegend, daß dies in Übereinstimmung mit den gleichgesinnten Kräften aller Länder geschieht. Darum unterstützen wir den Vorschlag, den Persönlichkeiten aus Komitees verschiedener Länder kürzlich auf einer Tagung in Brüssel gemacht haben, ein Forum der europäischen Öffentlichkeit zu veranstalten, auf dem der Wille der Völker zu Entspannung, Abrüstung und Zusammenarbeit gemeinsam und umfassend zum Ausdruck gebracht wird.

Neuerscheinungen
Politische Bildung/Sozialkunde

Bilstein/Holbein/Klose
Jungsozialisten - Junge Union - Jungdemokraten

Die Nachwuchsorganisationen der Parteien in der Bundesrepublik
Analysen, Band 11
112 Seiten. Kart. DM 6,80

Die empirisch angelegte, materialreiche Analyse zeigt, welchen Stellenwert die Politik der Jungsozialisten, der Jungen Union und der Jungdemokraten sowohl für die ihnen verbundenen Parteien als auch für das gesamte politische System besitzen.

Volker Matthies
Schwarzafrika

Politische Konflikte und Entwicklungskrisen
Analysen, Band 2
80 Seiten. Kart. DM 6,80

Der Autor schafft mit diesem Band eine Verbindung von politischer Grundinformation und politikwissenschaftlicher Strukturanalyse über Schwarzafrika. Besondere Berücksichtigung findet die Untersuchung der Konflikte in der politischen Entwicklung, veranschaulicht durch Fallstudien über die Bürgerkriege in Nigeria, Tschad und Sudan.

Fohrbeck/Wiesand/Zahar
Helle Welt und Dritte Welt

Medien und politischer Unterricht I
Schulbuchanalyse
Reihe Arbeitsplatz Schule, Band 1
205 Seiten. Kart. DM 12,80

Ein Arbeitsbuch für alle Bereiche der politischen Bildung.
Am Beispiel der Behandlung des Themas „Dritte Welt" in aktuellen Schulbüchern wird eine Anleitung zur kritischen Auseinandersetzung mit Informationen geboten.

J. Manuel Delgado
Das Image der Gastarbeiter im Spiegel der Tagespresse

Ca. 120 Seiten. Kart. ca. DM 16,–

Eine Untersuchung zahlreicher Berichte westdeutscher Zeitungen über das Verhalten ausländischer Arbeitnehmer in der BRD.
Analysiert werden die Thematik und die Technik der Presseinformationen sowie die inhaltlichen Verschiebungen der vermittelten Informationen zu verschiedenen Zeitpunkten.

Franz F. Wurm
Alle wollen besser leben

Gesellschaftliche Entwicklungen im Konsumzeitalter

Kart. In Vorbereitung.

Welche Antriebskräfte bewirken in den hochentwickelten Industrienationen die Entwicklung zur Wohlstandsgesellschaft im Wohlfahrtsstaat? Welche gesellschaftlichen und bildungspolitischen Voraussetzungen müssen erfüllt werden, damit in den heutigen Entwicklungsländern der Lebensstandard auch der breiten Masse ein Niveau erreicht, das den technischen und weltwirtschaftlichen Möglichkeiten entspricht? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Buches.
Sein Ziel ist, die Diskussion über die nächste Zukunft der Menschheit zu versachlichen.

Leske Verlag Opladen

Offener Brief von 661 Unterzeichnern, vorwiegend evangelischen Pfarrern, an Bundeskanzler Brandt

(Wortlaut)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
als Christen, die sich verpflichtet wissen, für das friedliche Zusammenleben der Menschen einzustehen, haben wir die Unterschriften unter die Verträge von Moskau und Warschau, die Sie geleistet haben, von ganzem Herzen begrüßt. Sie haben damit im Interesse des Friedens in Europa und im Interesse unseres Volkes, dem nur ein gesicherter Frieden dienlich sein kann, gehandelt.

Sie mußten dabei auf den Widerstand derjenigen Kreise in unserem Lande stoßen, die ihr Interesse nicht in Entspannung, sondern in Verhärtung, nicht in Abrüstung, sondern in Rüstung finden.

Wir sehen mit großer Sorge, daß diese Kreise immer stärker Einfluß auf Ihre Politik nehmen. Wie sonst wäre zu verstehen, daß die Ratifizierung der Verträge, die doch die Voraussetzung für den Fortgang der Entspannung, Verständigung und schließlich auch Zusammenarbeit sind, verschleppt wird?

Daraus erwächst die Gefahr, daß die Chance, jetzt den Frieden zu sichern, verpaßt wird. Damit wird das Risiko eines Wiederausbruchs des Kalten Krieges zu einer realen Bedrohung des Friedens in Europa. Eine solche Entwicklung wäre gegen die Lebensinteressen unseres Volkes gerichtet.

Deshalb bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sich dem Einfluß jener Kreise zu entziehen, die sich einer Politik der friedlichen Koexistenz widersetzen. Wir bitten Sie, den Weg weiterzugehen, auf dem Sie mit den Unterschriften in Moskau und Warschau die ersten Schritte getan haben. Wir versichern Ihnen, daß Sie die Mehrheit des Volkes hinter sich haben werden, wenn Sie in diesem Sinne von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch machen werden. Unsere Unterstützung in allen Bereichen, in denen wir wirksam sein können, wäre Ihnen gewiß.

Dieter Abel, Oberhausen; Dieter Adam, Vikar, Saalsdorf/Helmstedt; Helga Alberti, Pfarrvikarin, Nürnberg; Ernst Günther Aisdorf, Pfarrer, Neviges; Berthold Althoff, Pfarrer, Lippstadt; Fritz Angne, Pfarrer, Albshausen; *Jürgen Anker, Theologiestudent, Hamburg;* Günter Arnold, Pastor, Ronnenberg; Helmut Aßmann, Pfarrer, Ludwigshafen; Siegfried Bachmann, Studienrat, Urach; Ulrich Bachteler, Pfarrer i. R., Korntal; Walter Bachteler, Pfarrer, Wangen; Peter Bäß, Pfarrer, Zorge; Helmut Bätzing, Pfarrer, Emstal; Georg Ballod, Pfarrer, Großbundenbach; Reinhold Bars, Pfarrer, Nidda; Johannes Bartekt, Pfarrer, Bad Vilbel-Heilsberg; Eckart Barth, Pfarrer, Dörnigheim a. M.; Frieder Bauer, Pfarrer, Göttingen; Gerhard Bauer, Pfarrer, Starnberg; Dieter Baumann, Pfarrer, Düsseldorf; Hanns Baumeister, Theologiestudent, Arpke; Albin Beck, Pfarrer, Kleinkems; Wolfgang K. Becker, Pfarrer, Neumünster; *Traugott Begrich, Pfarrvikar, Selbach;* Kurt Behmenburg, Pastor, Gelsenkirchen; Heinz Behnken, Pastor, Hannover; Wolfgang Beitz, Theologiestudent, Wanne-Eickel; Hans-Jochen Bekker, Pastor, Bremerhaven; Johann Beneke, Pastor, Wietze; Richard Benz, Pensionär, Heidenheim; Martin Benzing, Pfarrer, Bibersfeld; Friedrich Berg, Oberstudienrat, Bärstadt; Ruth Berg, Pfarrerin, Bärstadt; Hermann Bergengruen, Studentenpfarrer, Hannover; Ulrich Bernecker, Pfarrer, Horb a. N.; Gerhard Bernsee, Physik ingenieur, Mainz; Helmut Bertram, Pastor, Salzgitter; Rolf Bertuch, Pastor, Münster; Arend Bertzbach, Pastor, Bremen; Karl Besemer, Pfarrer, Heilbronn; Rudolf Bettges, Pastor, Mahle/Kr. Alfeld; Hartmut Bezzel, Vikar, München; Eckehard Bickelmann, Pfarrvikar, Heidelberg; Klaus Bieber, Pastor, Dorverden; U. Bienengräber, Pastor, Gelting ü. Kappeln; Jürgen Bildstein, Vikar, Brackenheim; Adolf G. Binder, Pfarrer, Zell (Aichelberg); Friedemann Binder, Vikar, Eislingen; Jörg v. Blanckenburg, Pastor, Faßberg; Hans Blitt, Pfarrer, Speyer; Christoph v. Bodelschwingh, Pastor, Wanne-Eickel; Dietrich v. Bodelschwingh, Pastor, Dortmund; Barbara Boehme, Sozialarbeiter, Hannover; Dr. F. Böhm, Oberstudienrat, Pfarrer, Reutlingen; Wolf Böttcher, Pfarrer, Wallrode; G. v. Boetticher, Pastor, Oldenburg; Heinz-Hermann Bohlmann, Pastor, Lauenburg; Hans Bonnet, Pfarrer, Mönchengladbach; Hans Borchert, Sozialsekretär, Koblenz; Dieter Borck, Pfarrer, Montabaur; Winfried Bormann, Pastor, Nordhorn; Günther Bothe, Pfarrvikar, Hattert; Dr. Christine Bourbeck, Pastorin i. R., Bad Pyrmont; Eberhard Bracht, Sozialsekretär, Berlin; Walter H. Bradt, Bienrode; Annemarie Bradt, Bienrode; Otto Brandas, Landwirt, Mollensen/Hannover; Martin Braner, Pfarrer, Berlin; Georg Brandt, Pfarrer, Offenbach/M., Friedrich Bredt, Pfarrer, Ratingen; Martin Bregenzer, Pfarrer, Nußdorf; Walter Brehm, Pfarrer, Dortmund-Scharnhorst; Hermann Bremer, Pastor, Suhlendorf; Eckart Bretzke, Pfarrer, Tündern; Engelke Brin, Pastor, Hinte; Friedrich Brose, Gymn.Prof., Schittau; Maren Brückner, Pastorin, Kiel; Wolfgang Bruns, Pastor, Lamspringe; Eberhard Buder, Pfarrer, Stuttgart; Ernst-August Büker, Pfarrer, Dortmund; Samuel Büttner, Gymn.Prof., Reut-

lingen; Günter Buhl, Pfarrer, Aschaffenburg; Wilhelm Buitkamp, Pastor, Eddigehausen; Christoph Busch, Pfarrer, Frankfurt; Johannes Busch, Pastor, Bethel; Gottfried Busse, Pfarrer, Ibbenbüren-Dickenberg; Harald Chaverist, Pastor, Bremerhaven-Leherheide; Rolf Christiansen, Pastor, Ahrensburg; Peter Christoph, Pfarrer, Andernach; Gebhard Class, Pfarrer, Eichstetten; Heiner Cordes, Pastor, Fröndenberg/Dellwig; Hans Decke-Cornill, Pfarrer, Herne 1. W.; Hans-Joachim Corth, Pfarrer, Berlin; Heinz Crönert, Pfarrer, Bad Boll; Günter Danger, Pfarrer, Wetzlar; Günter Dechant, Pfarrer, Neu-Ulm; Dr. Axel Denecke, Pastor, Isernhagen; Cord Denker, Vikar, Hamburg; Elkemarie Denker, Sozialpädagogin, Hamburg; Dr. theol. Wolfgang Deresch, Vikar, Hamburg; Kurt Dettmar, Pfarrer, Gütersloh; Christoph Deuchert, Pfarrer, Mülheim/Ruhr; Jakob Diefenbacher, Revierförster i. R., Mühlbach; Adolf Diestelkamp, Pfarrer, Lippstadt; Heinrich Diestelmeier, Lemgo-Brake; Edelgard Dieterich, Pfarrerin, Denkendorf; Dr. Heinrich Dietz, Schriftsteller, Tübingen; Herta Dietze, Pfarrerin, Bingen; Manfred Dinger, Pastor, Hagen-Kabel; Erhard Domay, Pfarrer, Münster; Heinz F. Dressel, Pfarrer, Frankfurt; Fredeke Drewes, Lehrerin, Bremen; Hartmut Drewes, Pastor, Bremen; Töbke Drews, Lehrerin, Lüthorst ü. Kreiensen; Christoph Dreyer, Pastor, Sarstedt; Karl Dreyer, Pfarrer i. R. Dr. phil., Minden; Dr. Hartwig Drude, Pastor, Hannover; Wilhelm Dullweber, Religionslehrer, Gehlenbeck; Manfred Dumont, Pfarrer, Schwetzingen; Joachim Duwe, Pfarrer, Hochdorf; Friedrich Eberhardt, Pfarrer, Faurndau; Ralf Eck, Pfarrvikar, Pforzheim; Alfred Eckhardt, Pfarrer, Rodenthal; Robert Eckstein, Pfarrer, Heringen; Dr. Reiner-Friedemann Edel, Pfarrer, Lüdenscheid; Friedrich Edelmann, Gemeindepfarrer, Legelshorst; Werner Egler, Pfarrer, Weil/Rhein; Rudolf O. Ehrhardt, Pfarrer, Frankfurt; Albert Ehrmann, Pfarrer, Heilbronn; Heidemarie Eichholz, Lehrerin, Kleve; Eckart Eichholz, Pfarrer, Kleve; Günther Eisele, Pfarrer, Göppingen; Dr. Imela Eisele, Ärztin, Göppingen; Dieter Eitel, Pfarrer, Schlierbach; Dr. Andreas Eitz, Pfarrvikar, Freigericht; Friedrich Elsäßer, Pfarrer, Bissingen; Helmut Elsäßer, Pfarrer, Köngen; Theo Enderes, Pfarrer, Mannheim; Friedrich Eras, Pfarrer, Freising; Jürgen Erdmann, Pfarrer, Düsseldorf; Wolfgang Erk, Redakteur, Hamburg; Ernst Erlenmeier, Pfarrverweser, Bunzwangen; Eberhard Erne, Theologe, Eislingen; Annemarie Esch, Geschäftsführerin, Münster; Helmut Ensslin, Pfarrer, Stuttgart; Werner M. H. Ewert, Pfarrer, Brenz; Hans-Rüdiger Färber, VVikar, München; J. Fangmeier, Pfarrer, Prof. Dr. theol., Schöller; Theo Fehn, Pfarrer, Tiefenthal; Eckhard Fedrowitz, Pfarrer, Lüneburg; Heinrich Fehr, Pfarrer, Reichelsheim; Kurt Gerhard Feisel, Pfarrer, Reichshof; Ludwig Fink, Pfarrer, Karlshuld; Gerd Finster, Pfarrer, Dieburg; Dieter Fiffner, Pfarrer, Gravenbruch; Ernst Fischer, Pfarrer, Obersuhl; Fitz Fischer, Jugenddorfleiter, Nienburg; Rupert Fischer, Dekan, Heinsheim; Wilhelm Flender, Pfarrer, Wuppertal-Barmen, Marlies Fleisch-Thebesius, Pastorin, Bonn BG; Brigitte Forch, Sozialarbeiter, Hannover; Erna Forch, Hausfrau, Hannover; Hermann Forner, Buchbinder i. R., Saarbrücken; Traugott Fränkle, Lenzkirch; Conrad Franke, Pfarrer, Rektor, Freiburg; Claus-Eckart Fricke, Pfarrer, Michelstadt; Heinrich Frickel, Theol.-Referent, Berlin; Ernst Friedel, Pfarrer, Frankfurt; Georgia Friedrich, Dipl.-Psychologin, Köln; Helmut Friedrich, Pfarrer, Köln; Wolfgang Früh, Pfarrer, Waiblingen; Wilhelm Garlipp, Pastor, Bremen; Heide-Rose Gathmann, Pastorin, Celle; Christa Geischer, Kindergärtnerin, Spiesen; Dr. Hans-Jürgen Geischer, Pfarrer, Spiesen; Friedhelm Gensichen, Pfarrer, Düsseldorf; Hans J. Geppert, Redakteur, Hamburg; Rainer Gerhardt, Pfarrer, Fechheim; Friedrich Gerlach, Pfarrer, Bremen; Sigrid Gerlach, Buchhändlerin, Gelsenkirchen; Simon-Peter Gerlach, Pfarrer, Gelsenkirchen; P. Gertz, Pastor, Wahlstedt; Dr. Gottfried Giese, Dozent, Norderstedt; Herbert Giese, Pfarrer, Albbruck; Dr. theol. Helmut Gießer, Pfarrer, Binau; Hildegard Glaue, Pastorin i. R., Münster; Barbara Glockenmeier, Pfarramtshelferin, Bremerhaven; Erhard Goeken, Pfarrer, Setterich; Helmut Graeber, Pfarrer, Essen; Hannelore Graebe, Essen; Klaus Grammel, Pfarrer u. Dozent, Berlin; Albert Gravemann, Pfarrer, Duisburg; Wilhelm Grillenberger, Pfarrer, Berg/Ofr.; Christian Grimm, Vikar, Ochsenfurt; Harald Groß, Pastor, Wilhelmshaven; Klaus Groß, Pfarrer, Kirkel; Eva Grote, Hausfrau, Bensheim-Auerbach; Dr. theol. Heiner Grote, Wiss. Angest., Bensheim-A.; Friedrich Grotjahn, Studentenpfarrer, Braunschweig; Helmut Grün, Pfarrer, Stumpertenrod; Heidrun Grüttner, Pfarrvikarin, Frankfurt; Hermann Günther, Pfarrer, Schwalbach; Werner Günther, Diakon, Kl. Lafferde; Michael Grunow, Sozialarbeiter; Karl Gutbrod, R. D., Metzingen; Martin Guther, Pfarrer, Ulm; Hans Haack, Pfarrer, Oerlinghausen; Dr. Johann Haar, Horn-Bad Meinberg; Richard Haas, Betriebsobermeister a. D., Karlsruhe; Irmgard Häbel, Studentin, Schwalbach-Limes; Ulf Häbel, Pfarrer, Schwalbach-Limes; Karl-Bruno Haferburg, Pastor, Neu-Büddenstadt; Friedrich Hagemeister, Hauptlehrer, Reutlingen; Hans-Dieter Haller, OStR. und Pfarrer, Reutlingen; Hans-Neithart Hansch, Pastor, Osnabrück; Gottfried Hartenstein, Pfarrer, Salem; Wilhelm Hartmann, Pfarrer, Schweinfurt; Willi Hartkopf, Pfarrer, Westerburg; Harald Hartwig, Pastor, Oldenburg; Egbert Haug, Pfarrer, Gelnhausen; Irmgard Haug, Hauptlehrerin, Gelnhausen; Lotte Hauser, Lehrerin i. A., Stuttgart; Rudolf Hauser, Pfarrer, Stuttgart; Max Heckel, Dipl.-Ing., Essen; Wilhelm Heermann, Pfarrer, Goddelsheim; Günter Hegele, Pfarrer, Solingen; Arno Heilig, Pfarrer, Berlin; Dieter Heim, Pfarrer, StR., Bad Windsheim; Engelbert Hein, Pastor, Niederfischbach; Gerhard Heinlein, Pfarrer, Berlin; Lothar Heitmann, Pfarrer, Dortmund; Rolf Held, Pfarrer, St. Julian; P. Hellmich, Pfarrer, Ohrum; Hans Helweg, Pastor, Göttingen; Andreas Henrich, Vikar, Stuttgart; Gerd Henschen, Pastor, Hamburg; Manfred Henrich, Pfarrer, Kaiserslautern; Ernst-Ludwig v. Herbold, Pastor, Bevern; Carl Herlyn, Pastor, Rinteln; Eduard Herlyn, Pastor, Wesel; Christhart Hess, Pfarrer, Speyer; Horst Hildebrandt, Pfarrer, Essen; Wolfgang Hill, Pfarrer, Raunheim; Hans-Joachim Hinze, Pfarrer, Uetersen; Gerhard Hinze, Pastor, Fürstenberg; Klaus Hirsch, Pfarrer, Kirchheim/Teck; Hans-Heinrich Hirschberg, Pfarrer, Bielefeld; Heinrich Höflich, Pfarrer, Nunschweiler; Otto Hölschen, Prokurist, Schwelm; Friedrich Hörsch, Religionslehrer, Blaubeuren; Hartmut Hötzel, Pfarrer, Haltern; Eberhard Hoffmann, Pastor, Gildehaus; Heinrich Hoffmann, Pfarrer, Niederlauken; Lieselotte Hoffmann, Lehrerin, Gildehaus; Winfried Hohlfeld, Pfarrer, Rendsburg; Hartwig Hohnsberg, Pastor, Lehrte; Gisela Holler, Pfarrvikarin, Unterflockenbach; Horst Holler, Vikar, Einbeck; Peter Holborn, Pastor, Fockbek; Gerhard Holzapfel, Pfarrer, Waiblingen; Siegfried Horeld, Pfarrer, Eckenweiler; Christian Horn, Pfarrer, Stuttgart; Lothar Horstmann, Betriebs-

leiter, Wissingen; Sigrid Horstmann, kfm. Angestellte, Wissingen; Gerhard Hoss, Pfarrer, Neckarsulm; Georg Huber, Pastor, Celle; Gotthold Hümmer, Pfarrer, Hof; Weert Hüttmann, Pastor, Wittmund; Alfred N. Hufnagel, Pfarrer, Bobenhausen; Volkmar Hundhausen, Pfarrer, Bremen; Wolfhart Hundhausen, Pastor, Wickrath; Herbert Iglhaut, Vikar, Schweinfurt; Klaus Immer, Dipl.-Landwirt, Altenkirchen; Hermann Jacob, Pfarrer i. R., Enkenbach-Alsenborn; Eberhard Jaekel, Pfarrer, Darmstadt; Rainer Jarchow, Pastor, Hamburg; Hedwig Jeschawitz, Religionslehrerin, Bad Mergentheim; Horst Jeschawitz, Missionar u. Pfarrer, Bad Mergentheim; Dieter John, Pfarrer, Steinenbrück; Dietrich Johst, Berufsschulpfarrer, Köln; Hans-Joachim Jürgens, Pfarrer, Obenstrohe; Eberhard Jung, Pastor, Siegen; Dr. Dietrich Jungermann, Pfarrer, Palmbach; Johannes Junker, Pastor, Bunde; Rolf H. Kahle, Vikar, Zaberfeld; Ulrich Kalms, Pastor, Sandesneben; Theodor Kasting, Pastor, Nienburg; Andreas Kautzsch, Pfarrer, Freiburg; Martin Keck, Pfarrer, Heilbronn; Hans-Hermann Keinath, Pfarrer, Blaubeuren; Gottfried Keitel, Pfarrer, Tailfingen; Ludwig Keller, Pfarrer, Baunatal; Theodor Kentner, Prokurist a. D., Esslingen a. N.; Gertrud Kern, Vikarin, Neuendettelsau; Arnold Kiel, Pastor, Wolfenbüttel; M. Kirchhoff, Pfarrer, Gummersbach; Reinhard Kirste, Pastor, Hildesheim; Berthold Klaiber, Pfarrer, Eppenhoim; Wilhelm Kleber, Pfarrer, Freiburg; Immanuel Kling, Pfarrer, Hemmingen; Alexander Knackstedt, Pfarrer, Linden; Heinrich Knetsch, Pfarrer, Neu-Isenburg; Friedrich Knoch, Superintendent i. R., Höxter; Heinrich Knöß, Pfarrer, Schwalheim Kr. Friedberg; Friedrich Koch, Pfarrer, Dinkelsbühl; Jürgen Koch, Pfarrer, Kulmbach; Günter König, Dipl.-Ing., Bad Vilbel-Heilsberg; Werner König, Pfarrer, Rastatt; Helga Körtge, Pfarrvikarin, Nürnberg; Klaus D. Kohl, Pfarrer, Bonn; Rüdiger Korte, Pfarrer, Nachrodt; Michael Kraatz, Pfarrer, Berlin; Werner Krabbes, Pastor, Neustadt; Arnulf Kraft, Pfarrer, Berlin; M. Krapf, Pfarrer, Konstanz; Wilhelm Kraushaar, Pfarrer, Kassel; L. Kreh, Pfarrer, Giengen; Willy Kreßmann, Laienprediger, Frankfurt; Klaus Kreuser, Pfarrer, Stuttgart; Ernst Kreutz, Pfarrer, Meinerzhagen; Dr. Ernst Krienitz, Oberstudienrat i. R., Eimelrod; Bodo Kromus, Pastor, Beverstedt; Hans Kropatschek, Pastor, Dunum; F. R. Kudis, Pfarrer u. OStrat, Karlsruhe; Kurt Künkel, Pfarrer, Braubach; Hermann Küster, Pfarrer, Werlte; Helga Küster, Werlte; Arnold Kuppler, Vikar, Möckmühl; Gerhard Kutter, stud. Diakon, Nordwohlde; Ulrich Laatsch, Referent, Stetten; Werner Lachner, Pfarrer, Hohenlimburg; Hans L. Lamparter, Pfarrer, Stetten; Axel Lang, Pfarrer, Opperhausen; Werner Lange, Pfarrer, Dortmund; Wolfgang Langenbach, Pfarrer, Burgweinting; Egon Lassen, Pastor, Flensburg; Heinrich Lau, Göttingen; Hansjörg Lechler, Pfarrer, Heilbronn; Franz Lechner, Sozialsekretär, München; Martin Lehmann, Pfarrer, Berlin; Volker Frhr. v. Lepel, Vikar, Velden; W. Lerch, Dipl.-Volkswirt, Frankfurt; Hans Thilo Liebe jr., stud. theol., Schwalenbach; Peter Lindemann, Pastor, Hamburg; Manfred Lindner, Vikar, Utting; Dieter Linz, Düsseldorf; Wolf-Dieter Liobs, Pfarrer, Berlin; Heilmuth Linke, Pfarrer, Berlin; Werner Lobsien, Amtsgerichtspräsident, Lübeck; Johannes Locher, Pfarrer, Essen; Willy Löffelbein, Pastor, Norturp-Loxten; Jörg-Martin Löffler, Pfarrer, Rosenberg; Eckart Ludwig, Pfarrer, Langenberg; Klaus v. Lübke, Student, Hamburg; Horst Lütten, Pastor, Hamburg; Daniel Mannherz, Gemeindevorsteher i. R., Neuvent; Hermann Martin, Pfarrer, Leonberg-Raustel; Friedrich Martini, Diakon, Mainz; Ernst Maschmann, Pfarrer, Pohlheim; Werner Matthalm, Sozialpädagoge, Nürnberg; Klaus Matthes, Pfarrer, Duisburg; Otfried Maurer, Pfarrer, Ehingen; Fritz-Gerd Mayer, Vikar, Weinsberg; Günther Mees, Pfarrer, Uchtelfangen; Jürgen Meier, Pfarrer, Dreifelden; Renate Meier, Hausfrau, Dreifelden; Hernot Meinhard, Pfarrer, Siegen; Heinrich Meissner, Pfarrer, Rüsselsheim; Wolfgang Mehlig, Bau-Ing., Gelldorf; Eberhard Messner, Pfarrverweser, Bönnigheim; D. Günther Metzger, Pfarrer, Ulm; Hermann Meyer, Pfarrer, Wasserburg; Otto Meyer, Pastor, Osnabrück; Prof. Dr. M. Mezger, Mainz; Elisabeth Mische, Lage; Erhard Mische, Pastor, Lage; Ingrid Mittge, Gemeindegehilfin, Berlin; Dr. Herbert Mochalski, Pastor, Frankfurt; Christa Möbius, Gemeindepastor, A Scheffel; Michael Möbius, Pastor, A Scheffel; Gerhard Möckel, Pfarrer, Berlin; Hermann Möller, Pastor, Rüdelsdorf; Dr. Hans Mohr, Pfarrer, Stuttgart; Wolf Dieter Möckel, Student, Berenbostel; Karsten Mohr, Theologiestudent, Hannover; Konrad Moll, Pfarrer, Stuttgart; Liselotte Moll, Hausfrau, Stuttgart; Dr. Rudolf Molter, Pfarrer, Grünstadt; Harald Morgenbesser, Pastor, Bremen; Max Mühleisen, Pfarrer, Mannheim; Ulrich Mühlenbeck, Pfarrer, Dauborn; Dieter Müller, Pfarrer, Rehlingen; Dieter Müller, Pastor, Schönkirchen; Ernst Müller, Wiss. Mitarbeiter, Wehen; Frieda Müller, Pfarrvikarin, Wehen; Gerhard Müller, Pfarrer, OStRat, Neu-Ulm; Hans-Günter Müller, Pfarrer, Waldhausen; Karl Müller, Pfarrer, Bäumenheim; Siegfried Müller, Vikar, Bäumenheim; Thomas A. Müller, Pastor, Schwanewede; Wilfried Müller, stud. rer. pol., Frelsdorf; Rolf Müller, Pfarrer, München; Gelko Müller-Fahrenholz, Pastor, Loccum; Konrad Mundt, Pfarrer, Berlin; Friedrich-Adolf Nebel, Pastor, Helmstedt; Erika Neureuter, Pfarrerin, Wackenheim; Wilfried Niemeyer, Pastor, Gronau; Dieter Nilse, Pastor, Delmenhorst; Ingrid Nilse, Buchhändlerin, Delmenhorst; Jürgen Nöldeke, Pastor, Nienburg; Dieter Nolte, Dekanatsjugendwart, Zell; Rolf Nölle, Pastor, Norderstedt; Hans-Gerd Nowoczin, Pfarrer, Witzhelden; Dr. theol. Hans U. Nübel, Pfarrer, Böblingen; Werner Oloff, Pfarrer, Reinsbronn; Friedrich Oldenburg, Pfarrer i. R., Bad Mergentheim; Dr. Klaus Onnasch, Pastor, Koppelsberg; Kurt Oppel, Pfarrer, Bingen; Herbert Oppermann, Pastor, Wallshüll; Günther Orth, Pfarrer, Wuppertal; Karl Ossenkop, Superintendent, Dortmund; A. v. d. Osten Sacken, Jugendleiterin, Hannover; Martin Ostertag, Pastor, Hannover; Wilfried Ostheim, Pfarrer, Offenbach; Detlef Ostkamp, Pastor, Herzogenrath; Klaus Overath, Pastor, Tarp; Hans Peter Papke, Pfarrer, Stuttgart; Gerhard Pastra, Pastor, Hollern; Anne Paulsen, Kirchenreferentin,

Schleswig; Hans Paulus, Pfarrer, Veilberg; Wolfgang Pessenlehner, Theologe, Wattenheim; Hermann Petersen, Pfarrer, Mainz; Karl-Günther Petters, Pastor, Norderstedt; Roland Pfänder, Landesjugendwart, Stuttgart; Adolf Pflugrade, Pfarrer, Nochem; Manfred Plasse, Pfarrer, Middels; Klaus Plorin, Vikar, Sulzbach; Heinz Poller, Pfarrer, Bechtheim; Dieter Prengel, Pastor, Lingen; Dr. Wilhelm Pressel, Pfarrer, Hamburg; Adalbert Pulmer, Pastor, Drausfeld; H. J. Pulmer, Pastor, Einbeck; Lothar Rabenschlag, Pfarrer, Neuwied; Dr. E. Ranft, Pfarrer, Berlin; Elfriede Rappold, Pfarrerin, Tübingen; Klaus Rautenberg, Pastor, Sievershausen; Hilmar Regenberg, Pfarrer, München; Herta Rehfisch, Kosmetikerin, Münster; Friedrich W. Reichardt, Steinfischbach; Günther Reinboth, Pastor, Hannover; Arnd Reinmuth, Pfarrvikar, Singen; Klaus Reiser, Göttelfingen; Friedrich Richter, Gem.-Missionar, Duisburg; Harm H. Ridder, Pastor, Großmidlum; Adalbert Riebensalm, Landesjugendpfarrer, Kassel; W. Riebesel, P. I. R., Worms; Heinrich Riebesell, Pastor, Buxtehude; Hilmar Riedel, Pfarrer, Werneck; Klaus Rieger, Pfarrer, Beinstein; Prof. Dr. Renate Riemeck, Eppenhain; Friedrich Rießbeck, Oberstudienrat, Nürnberg; F. Rode, Pfarrer, Eschwege; Dr. med. Veronika Rode, Eschwege; Michael Röhrig, Pfarrer, Rumpenheim; Sigrid Römelt, Vikarin, Dortmund; Harald Rohr, Pfarrer, Herne; Gottfried Roller, Pfarrer, Heidenheim; Jörg Roller, Pfarrer, Asch; Wolfgang Rose, Pfarrer, Esslingen; Martin Roser, Pfarrer, Großglattbach; Christa Rosenbusch, Lehrerin, Wietze; Walter Rosenbusch, Pastor, Wietze; Dietmar Rosenkranz, Pfarrer, Stuttgart; Gerd Rowald, Pfarrer, Bielefeld; Eike Rubner, Vikar, Roth; Michael Rücker, Vikar, Reutlingen; Burchard Rüter, Jugendpfarrer, Lübeck; Martin Ruhfus, Pastor, Bissendorf; Günther Ruholl, Pastor, Bremen; Dieter Rumpf, Pfarrer, Mörzheim; H. Ruhrberg, Kreuznach; Hermann Rupprecht, Pfarrer, München; Hans Saecker, Pfarrer, Offenburg; Bodo Sander, Pfarrer, Kaierde; Ernst Sandrock, Werkzeugmacher, Großalmerode; Werner Sanß, Pfarrer, Selm i. W.; Dr. Werner Salm, Pfarrer, Schweinsberg; Hermann Saßmannshausen, Pfarrer, Winterlingen; Gert Sauer, Pfarrer, Karlsruhe; Christian Sauermann, Pfarrvikar, Mannheim; Volker Sauermann, Pfarrer, Landshut; Wolfgang See, Pfarrer, Berlin; Edelgard Seeber, Versmold; Otto Seeber, Pfarrer, Essen; Peter Seeber, Pfarrer, Versmold; Uwe Seidel, Pastor, Düsseldorf; Dietmar Selbach, Pastor, Moers; Dr. Guido Senzig, Syndikus, Offenbach; Rainer Sieg, Pastor, Kiel; Helga Siemann, Hausfrau, Münster; Florian Sporkale, Pfarrer, Berlin; Werner Speck, Pfarrvikar, Emmerichenhain; Horst Specovius, Groß-Heere; Wolfgang Spengler, Vikar, Nürnberg; Johannes Sperl, Pfarrer, Schönkrippen; Dr. Yorick Spiegel, Habilitant, Bochum E. Lu. Spitzner, Pfarrer, Kandel; Jürgen Spradau, Vikar, Varel; Christa Springe, Pfarrerin, Mainz; Peter Suchanek, Pfarrer, Kassel; Karl H. Supplie, Pfarrer, Bockum; Martin Sylvester, Pfarrer, Unnau; Horst Symanowski, Pfarrer, Mainz; Ulrich Schäfer, Kraftfahrer, Haiger; Lothar Schapal, Pfarrer, Köln; Wolfram Schaubele, Pfarrer, Heilbronn; Christian Schaudinn, Vikar, Neumarkt; Johannes H. Schauss, Pfarrer, Burgsponheim; Werner Schemann, Pfarrer, Hagen; Jürgen Schendel, Pfarrer, Blaubeuren; Helmut Schenkluhn, Pfarrer, Velmeden; Christoph Scheydt, Pfarrer, Ulm; Reinhard Schlamp, Pfarrer, Hartenrod; Horst Schlie, Pfarrer, Berlin; Erhard Schlüter, Pfarrer, Worms; Ellionor Schlie, Katechetin, Berlin; Karl Albrecht Schmauder, Pfarrer, Zainingen; Barbara Schmidt, Dipl.-Übersetzerin, Hamburg; Christian D. Schmidt, cand.phil., Berlin; Gerhard Schmitthenner, Pfarrer, Bopfingen; Klaus Schnabel, Pfarrer, Karlsruhe; Dr. Dieter Schnebel, Pfarrer, München; Wilhelm Schneider, Pfarrer, Söcking; Detlef Schobeß, Student, Hannover; Ottmar Schönhut, Pfarrer, Jesingen; Bernhard Scholz, Pfarrer, Liebenau; Wolfgang Schrader, Pfarrer i. R., Berlin; Berthold Schröder, Vikar, Emden; Gerhard Schröder, Pastor, Neustadt; Hans-Ludwig Schröder, Pastor, Achim; Helmut Schroeder, Pfarrer, Wuppertal; Nils Schroeder, Pastor, Hamburg; Günter Schroth, Diakon, Pforzheim; Ernst Ulrich Schüle, Pfarrer, Neuhütten; Manfred Schulken, Pfarrer, Bremen; Hans-Jürgen Schuhmacher, Pastor, Witzenhausen; Horst Schumann, Pfarrer, Köln; Dr. theol. Hannelis Schulte, Ziegelhausen; Rolf Schulten, Pfarrer, Gernsheim; Wolfgang Schulz, Vikar, Wasserburg; Horst Schulze, Pfarrer, Bermaringen; Walter Schwab, Pfarrer, Heiligenmoschel; Karl Schwarz, Diakon, Faurndau; Schweihhart, Pfr., Schiltach; Gertrud Staewen, Gefängnis-Fürsorgerin, Berlin; Wolfgang Stahnke, Pfarrer, Wiesenthal; Paul Stalter, Pfarrer, Aub üb. Ochsenfurth; Astrid Standhartinger, Pastorin, Bremerhaven; Ernst Standhartinger, Pastor, Bremerhaven; Dirk Steffens, Pastor, Wittmund; Eugen Stegmann, Pastor, Klostersulz; Dieter Stein, Pfarrer, Neustadt/Cbg.; Jürgen Stengel, Pfarrer, Saarlouis; Hans Stenzel, Prädikant, Alfeld; Dr. Gerhard Stephan, Pfarrer, Döffingen; Max Stetter, Pfarrer, Gussenstadt; Heilgard Stieber, Musiklehrerin, Braunschweig; Frieder Stiehler, Pfarrer, Marburg; Wolfgang Stihler, Pfarrer, Karlsruhe; Hans Jürgen Stöckl, Pfarrer, Mainz; Martin Stöhr, Pfarrer, Arnoldshain; Wolfram Stracke, Pfarrer, Solingen; Emil Stratmann, Pfarrer, Wattenscheid; Hans Straub, Pfarrer, Rittersbach; Strobel, Pfarrer, Glattau; Horst Stuckmann, Pfarrer, Mainz; Walter Taubmann, Pfarrer, Weidenberg; Carl Tempel, Pfarrer, Wippingen; Hans-Traugott Tempel, Pfarrer, Stubersheim; Martin Tarnow, Pfarrer, Bochum; Klaus G. Teschner, Pfarrer, Wuppertal; Brunhilde Teschner, Lehrerin, Dinkelhausen; Bernhilde Teschner, Lehrerin, Dinkelhausen; Werner Teschner, Pastor, Dinkelhausen; Heinrich Teubel, Pfarrer, Rhaunen; Bertold Thoma, Vikar, Mannheim; Hilde Thomas, Pfarrwitwe, Fischerhude; Lic. Wilhelm Thomas, Oberkirchenrat i. R., Hildesheim; Peter Tidow, Pastor, Loxstedt; Friedrich Tode, Pastor, Wanderup; Joachim Tolksdorff, Pfarrer, Offenbach; Gerhard Torp, Pastor, Flensburg; Martin Tränkle, Vikar, Schorndorf; Heinrich Treblin, Pfarrer, Alzey; Friedrich Trentepohl, Pastor, Waddens; Rudolf Tuente, Pastor, Bremerhaven; Hermann Uffmann, Gemeindehelfer, Neuenkirchen; Karl Uffmann, Pfarrer, Dortmund; Thomas Utz, Vikar, Stuttgart; Walter Veil,

Pfarrverweser, Bondorf; Oskar Vetter, Stadtoberinspektor a. D., Bochum; Gertrud Vogelbusch, Vikarin, Düsseldorf; Karl-Ernst Vogelbusch, Pfarrer, Düsseldorf; Hans-Wolfgang Vogt, Pfarrer, Lorch; Dr. theol. Hermann Vogt, Pfarrer, Frankfurt; Herbert Vollmar, Pfarrer, Albersweiler; Dr. Jochen Volimer, Vikar, Riedlingen; Harm de Vries, Pastor, Wuppertal; Hans-Heinrich Waack, Pastor, Delmenhorst; Friedrich Wackernagel, Pastor, Ankrug; Gerhard Wagner, Schuldekan, Waiblingen; Wiegand Wagner, Vikar, Bodenfelde; Egge de Wall, Pfarrer, Hamburg; Ernst Walter, Pfarrer, Wallerstädten; Theo Walter, Pfarrer, Heilsbronn; Helmut Warntien, Pfarrer, Wilhelmshaven; Gerhard Weber, Pfarrer, Kornwestheim; Max Rudolf Weber, Pfarrer, Sprendlingen; Kaj Wechterstein, Pfarrer, Rüsselsheim; Gottfried Wehr, Pastor, Elbrinxen; Donald Weihmann, Pfarrer, Berlin; Bernd Weisker, Pastor, Schwarzfeld; Dietmut Weisker, Krankenschwester, Schwarzfeld; Georg Wentsch, Vers.-Inspektor, Calw; Joachim Wesemann, Pastor, Dudensen; Hans-Georg Westphal, Pfarrer, Witten-Heven; Heinrich Werner, Pfarrer, Nieder-Olm; Gerd A. Wewers, Pastor, Ebergötzen; Heiner Wezel, Pfarrer, Weingarten; Hugo Wicke, Pastor, Siekke; Johann-Heinrich Wicke, Pastor, Braunschweig; Ulrich Wickel, Pfarrvikar, Elsenroth; Horst Wiegand, Pfarrer, Gau-Odernheim; Klaus-Dieter Wiegel, Pastor, Moordorf; Günther Wiencke, Pfarrer, Bochum; Walter Wiese, Pfarrer, Hildesheim; Detlef Wildraut, Pfarrer, Witten/Ruhr; L. Wilhelm, Vikar, Ludwigshafen; Otto Wilhelmy, Pfarrer, Leverkusen; Dr. Wilhelm Wilkens, Pfarrer, Lieven; Hans Wieland, Student, Trittau; Hartmut Winde, Pfarrer, Hamburg; Walter Winheller, Pfarrer, Bonn-Beuel; Wolfgang Winterbauer, Vikar, Karlsruhe; Werner Wissele, Pfarrer, Oberroßbach; Martin Wissner, Pfarrer, Schwäbisch-Hall; Hartmut Witt, Pfarrdiakon, Schlit; Ernst E. Wittenkindt, Pfarrer, Berlin; Armin Witzlau, Pfarrer, Herborn; Albrecht Wörner, Pfarrer, Stuttgart; Gerd Wohlfeil, Pfarrvikar, Zell; Jürgen Wohlhab, Schulpfarrer, Herford; Herbert Wohlhuter, Pfarrer, Leinfelden; Ernst-Gerhard Wolter, Pfarrvikar, Varel; Rudolf Wolter, Pastor, Hamburg; Christian Wossidlo, Pfarrer, Berlin; Hans-Erwin Zabel, Celle; Helmut Zeilinger, Pfarrer, Wertheim; Gerhard Zeitz, Vikar, Berlin; D. Zeller, Pfarrer, Berlin; Martin Ziegler, Vikar, Bettmar; Klaus L. Zimmermann, Pastor, Hamburg; Winfried Zimpel, Realschullehrer, Bremervörde; Dr. Christian Zippert, Pfarrer, Marburg.

(Veröffentlicht am 13. September 1971)

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

ALBRECHT, Stephan, geb. 1949 in Benndorf bei Leipzig, Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften in Bonn und Hamburg, Mitglied des Bundeszentralrats des SHB. *** *JOESTEN, Joachim,* geb. 1907 in Köln, studierte Jura und Sprachen, mußte 1933 als aktiver Antifaschist emigrieren, seit 1948 amerikanischer Staatsbürger; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter acht Studien über Hintergründe des Mordes an Präsident Kennedy. *** *MATTHIESSEN, Gunnar,* geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *BORIS, Dr. Dieter,* geb. 1943 in Bielitz/OS, studierte Soziologie, Politologie und Philosophie in Frankfurt/Main und Marburg, ist Assistent am Soziologischen Institut der Universität Marburg. *** *BORIS, Elisabeth,* geb. 1947, studiert Erziehungswissenschaften und Soziologie an der Universität Gießen. *** *EHRHARDT, Wolfgang,* geb. 1943, studiert Soziologie, Politik und Archäologie an der Universität Marburg. *** *DEPPE, Frank,* geb. 1941, Akademischer Rat am Fachbereich Gesellschaftswissenschaft der Universität Marburg, Verfasser bzw. Mitverfasser folgender Bücher: „Verschwörung, Aufstand, Revolution", Frankfurt 1970; „Kritik der Mitbestimmung", Frankfurt 1969; „Die neue Arbeiterklasse", Frankfurt 1970; „Das Bewußtsein der Arbeiter", Köln 1971; weitere Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelwerken.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen ein Prospekt des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen sowie eine Werbekarte des Pahl-Rugenstein Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Igor Bestushew
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz †
Helga Einsele
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Ragnar Forbech
Gertrud v. le Fort
Wolfgang Friedmann
Ragnar Frisch
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Wilhelm Hasenack
Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Friedrich Heer
Horst Heiden
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Erich Kahler
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Heinrich Meng
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Friedhelm Nyssen
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pini
A. Poltorak
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Karl Rode
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz B. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Karl Stoevesandt
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz †
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

ALBRECHT, Stephan, geb. 1949 in Benndorf bei Leipzig, Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften in Bonn und Hamburg, Mitglied des Bundeszentralrats des SHB. *** *JOESTEN, Joachim,* geb. 1907 in Köln, studierte Jura und Sprachen, mußte 1933 als aktiver Antifaschist emigrieren, seit 1948 amerikanischer Staatsbürger; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter acht Studien über Hintergründe des Mordes an Präsident Kennedy. *** *MATTHIESSEN, Gunnar,* geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *BORIS, Dr. Dieter,* geb. 1943 in Bielitz/OS, studierte Soziologie, Politologie und Philosophie in Frankfurt/Main und Marburg, ist Assistent am Soziologischen Institut der Universität Marburg. *** *BORIS, Elisabeth,* geb. 1947, studiert Erziehungswissenschaften und Soziologie an der Universität Gießen. *** *EHRHARDT, Wolfgang,* geb. 1943, studiert Soziologie, Politik und Archäologie an der Universität Marburg. *** *DEPPE, Frank,* geb. 1941, Akademischer Rat am Fachbereich Gesellschaftswissenschaft der Universität Marburg, Verfasser bzw. Mitverfasser folgender Bücher: „Verschwörung, Aufstand, Revolution", Frankfurt 1970; „Kritik der Mitbestimmung", Frankfurt 1969; „Die neue Arbeiterklasse", Frankfurt 1970; „Das Bewußtsein der Arbeiter", Köln 1971; weitere Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelwerken.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen ein Prospekt des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen sowie eine Werbekarte des Pahl-Rugenstein Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.